

in kürze

CITIFINANCIAL-KUNDEN
Daten verschwunden

In den USA bahnt sich ein neuer Skandal um verschwundene Daten von Bankkunden an. Die CitiFinancial, die Verbraucherfinanztochter der Citigroup, hat am Montag den Verlust von Computerbändern gemeldet, die auf dem Weg zu einer Kreditbürofirma waren. Die Bänder enthielten persönliche Daten von 3,9 Millionen Kunden. (dpa)

GM USA streicht
25.000 Stellen

WASHINGTON ap/taz ■ Der US-Autobauer General Motors will bis 2008 rund 25.000 Stellen streichen. Das kündigte Konzernchef Rick Wagoner gestern auf der Hauptversammlung des Konzerns an. Dazu würden eine Reihe von Produktionsstätten in den USA geschlossen und Komponenten künftig verstärkt von ausländischen Zulieferern eingekauft. Nähere Einzelheiten gab Wagoner nicht bekannt. Der Opel-Mutterkonzern hatte zuletzt mit Absatzproblemen zu kämpfen. Mit einem Minus von 1,1 Milliarden US-Dollar hatte er im ersten Vierteljahr 2005 den höchsten Quartalsverlust seit 13 Jahren eingefahren. Zusätzlich kämpft der derzeit noch weltgrößte Autohersteller mit steigenden Kosten für die Krankenversicherung seiner Beschäftigten und Pensionäre. Wagoner zeigte sich wenig zuversichtlich, dass es hier bald eine Einigung mit den Gewerkschaften gebe.

Garzweiler-Klage
gescheitert

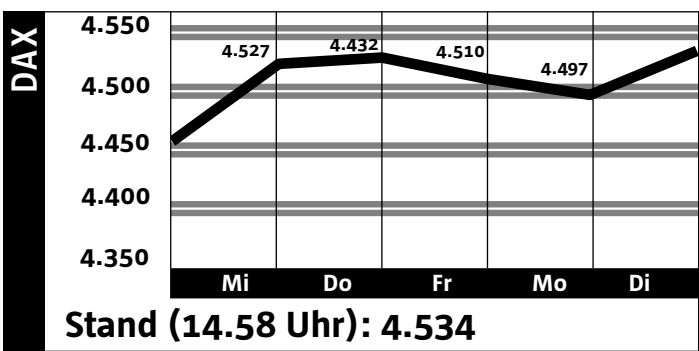
MÜNSTER afp ■ Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hat gestern zwei Klagen gegen den seit Jahren umstrittenen Braunkohletagebau Garzweiler II zurückgewiesen. Damit scheiterten der Naturschutzverband BUND und ein privater Kläger mit dem Versuch, die Zulassung des Rahmenbetriebsplans für das niederrheinische Tagebauprojekt durch das Bergamt Düren gerichtlich zu kippen. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung beider Verfahren ließ das Gericht allerdings die Revision beim Bundesverwaltungsgericht zu. Der Senat des Oberverwaltungsgerichts wies beide Klagen als unbegründet zurück. Nach Gerichtsangaben machte der BUND auch in zweiter Instanz vergeblich geltend, der Rahmenbetriebsplan habe nicht ohne Planfeststellungsverfahren und Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt werden dürfen. (Az. 11 A 1193/02 und 11 A 1194/02)

Wahlkampfhilfe
für Rot-Grün

BERLIN rtr ■ Solche Meldungen dürften die regierenden Koalitionäre freuen: Unterstützt von einer kräftigen Frühjahrsbelebung in der Bauwirtschaft haben deutsche Firmen im April unerwartet viel produziert – insgesamt 1,1 Prozent mehr als im März. Der Bau legte um 19 Prozent zu, weil Ausfälle aus den Wintermonaten nachgeholt wurden. Die Industrie fuhr ihre Produktion um 0,6 Prozent hoch, die Energieerzeugung nahm dagegen um 2,9 Prozent ab. „Dies ist durchaus ein gelungener Auftakt in das zweite Quartal“, sagte Volkswirt Heinrich Bayer von der Postbank, der „Ängste, dass die deutsche Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal schrumpfen könnte“, gedämpft sieht. Trotz des kräftigen Wirtschaftswachstum rechnen Volkswirte im Frühling allerdings höchstens mit einem geringen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts.

HANDYSPARTE VON SIEMENS
Von BenQ gekauft

Siemens trennt sich von seiner verlustreichen Handysparte mit 6.000 Beschäftigten. Der BenQ-Konzern aus Taiwan übernimmt die Sparte und darf die Marke Siemens fünf Jahre lang nutzen. Die Trennung kostet Siemens 350 Millionen Euro vor Steuern. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat sehen den Verkauf mit Sorge. (dpa)



AKTIEN VON SIEMENS
Von Anlegern gekauft

Die Börsianer freuten sich gestern über den Verkauf der Handysparte des Elektronikkonzerns Siemens. „Nun ist das Thema vom Tisch“, sagte ein Analyst. Das bringe Ruhe in den Konzern. Der Aktie brachte es jedenfalls erst einmal einen Schub. Sie legte bis zum Nachmittag um deutlich über 2,3 Prozent zu. (taz)

MARKTPLATZ

Dow Jones **10.467,03** (+ 6,06)
TecDax 50 **534,38** (+ 3,06)
EuroStoxx 50 **3.114,18** (+ 14,98)
Anleihen **2,930 % Rend.** (– 0,04)
1,2285 Dollar = 1 Euro (+ 0,0013)
0,6715 Pfund = 1 Euro (+ 0,0033)
131,13 Yen = 1 Euro (– 0,31)
Feinunze Gold **426,60 \$** (+ 1,80)
Barrel Rohöl **53.67 \$**

Stand 15.30 Uhr, Änderung zum Vortagsfixing in Klammern, Anleihen-Renditedurchschnitt, Dow v. Vortag

Ein Quotenmodell als Investitionsbremse

Diese Zahlen entlarven, was Eon und Co tatsächlich wollen: Wer das Quotenmodell in Großbritannien und Italien mit dem Einspeisesystem Deutschlands und Spaniens vergleicht, kann – will er wirklich mehr Ökostrom – nur das bestehende gutheißen

VON BERNWARD JANZING

Die Qualität eines Fördersystems lässt sich an zwei Punkten bemessen: Erfolg und Preis. Im Fall der regenerativen Energien macht sich Erfolg am Umfang des Kapazitätsausbaus fest. Der Preis ist das, was pro Kilowattstunde Ökostrom bezahlt werden muss.

Das vom VDEW gestern auf seinem Jahreskongress vorgeschlagene Quotenmodell ist nicht neu: Italien und Großbritannien praktizieren es. Und belegen: ohne Erfolg. So betrug 2004 in den Ländern etwa der Windkraftausbau pro Kopf nur ein Sechstel des deutschen, ein Zwölftel des spanischen Zuwach-

ses. Das Quotensystem funktioniert so: In Großbritannien müssen die Stromversorger seit 2002 zu einem festgelegten Prozentsatz grünen Strom entweder selbst produzieren oder Zertifi-

**Erfolgsfaktor Preis:
Deutscher Windstrom
kostet 8,8 Cent,
italienischer 14,5**

kate (Renewable Obligation Certificates, ROC) kaufen. Tun sie das nicht, müssen sie Strafe zahlen. Der staatlich geforderte Anteil an Ökostrom lag für 2004 bei 4,3 Prozent und erhöht sich jährlich um 1 Prozentpunkt. Sie sollen 2015 schließlich bei 15,4 Prozent liegen. Tatsächlich wurde

die Quote bisher nicht erreicht: Im Jahr 2003 wurden gerade 1,8 Prozent Ökostrom produziert.

Dieser Misserfolg liegt am Preis. Der setzt sich aus drei Teilen zusammen: Zertifikatspreis, der über Handelsauktionen bestimmt wird – 2003 durchschnittlich 7 Cent je Kilowattstunde, dem Marktpreis des – konventionellen – Stroms und einem staatlichen Zuschuss – in Großbritannien eine Steuerbefreiung für regenerative Energien (Climate Change Levy). Damit bekommen britische Ökostromer umgerechnet etwa zehn Cent je Kilowattstunde – fast ein Drittel mehr als deutsche Kollegen. Doch trotz höherer Vergütung hinkt der Ausbau weit hinter Deutschland zurück. Das liegt

vor allem an der fehlenden Planungssicherheit: Würde eines Tages die Quote tatsächlich erfüllt, fiel der gehandelte Zertifikatspreis – die Kalkulation der Projekte bräche zusammen. Auf

**Erfolgsfaktor Ausbau:
Großbritannien hat
1,8 Prozent Ökostrom,
Deutschland 11**

dieses Risiko lässt sich kaum ein Banker ein.

Außerdem ist im Quotenmodell keine Differenzierung nach Art der Stromerzeugung vorgesehen. Während das deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) jede Energieart individuell fördert, so innovative und Erfolg

versprechende Technologien bevorzugt, ist das in Großbritannien nicht möglich und auch gar nicht gewollt. Solarenergie fällt so zum Beispiel hinten runter, weil sie derzeit einfach teurer ist als Windstrom.

Das italienische Modell ist ganz ähnlich: Anfangs wurde ein Zuwachs von jährlich 2 Prozent Regenerativstrom vorgeschrieben, der auch erreicht wurde. Seit 2004 steigt die Quote leicht. Weil hier die Zertifikate aber nur für die ersten acht Jahre des Anlagenbetriebs vergeben werden, stockt der Ausbau. Das hat Auswirkungen auf den Preis: Windkraft kostet in Italien zwischen 12 und 14,5 Cent je Kilowattstunde – in Deutschland zwischen 6,6 und 8,8 Cent.

DEUTLICH MEHR WIDERSTAND GEGEN DEN ZWEITEN CASTORTRANSPORT AUS DRESDEN

Die Agenturen berichteten gestern von „wachsendem Protest beim zweiten Castortransport“: Tatsächlich waren im Vergleich zum ersten Transport dreimal so viele Leute vor Ort – und hielten die Einfahrt zum Zwischenlager im westfälischen Ahaus bis 4.30 Uhr blockiert. Die Castoren mussten deshalb auf der Autobahn A31 erst einmal zwischengeparkt werden – fünfzehn Kilometer vor Ahaus. So hatte die Polizei Gelegenheit, die Einfahrt zu räumen – etwa 100 Demonstranten wurden bis gegen 6 Uhr eingekesselt, nach Polizeiangaben wurden 118 festgesetzt. Obwohl die Polizei einen Transport „ohne nennenswerte Störungen“ vermeldete, brauchte der zweite Transport über eine Stunde mehr als sein Vorgänger: Immer wieder war es dem Anti-Atom-Widerstand gelungen, den rollenden Strahlungsmüll – wie hier, kurz vor Ahaus – aufzuhalten, wenn auch oft nur kurzzeitig. Der dritte und letzte Transport aus Dresden soll kommenden Montag rollen. ddp FOTO: O. STRATMANN

Neue Sparrunde bei VW

Billigeres Material und Personal sollen 2006 dem Konzern 2 Milliarden Euro bringen

HANNOVER taz ■ Einsparungen und Kostensenkungen werden bei Europas größtem Autobauer Volkswagen zur Daueraufgabe. Gestern kündigte Vorstandschef Bernd Pischetsrieder an, die Sparschraube 2006 weiter anzuziehen. Bis 2008 wolle er „nochmals mehr als 4 Milliarden Euro Ergebnisverbesserungsmaßnahmen“ durchsetzen. Die Summe soll sowohl durch Einsparungen als auch durch höhere Leistung erzielt werden. Bis Jahresende läuft bei VW noch das Effizienzprogramm ForMotion, das schon 3,1 Milliarden Euro sparen sollte. Nun sollen Material- und Personalkosten schon im kommenden Jahr um jeweils eine weitere Milliarde gedrückt werden.

Pischetsrieders großes Problem ist die Stammmarke VW

und dort ausgerechnet das wichtigste Modell: Der VW Golf ist nur noch mit dicken Rabatten an den Kunden zu bringen. Mit der Polarisierung der Gesellschaft in Arm und Reich scheint der Normalverdiener und Golf-Fahrer zunehmend seltener zu werden. Pischetsrieder vertraut bei der Konsolidierung von VW auf den neuen Chef der Kernmarke, Wolfgang Bernhard. Der will demnächst mit mehreren hunderten Experten in eine „Kostenklausur Golf V“ gehen, die sich nicht nur die Preise der Zulieferer, sondern den gesamten Fertigungsprozess vornehmen soll. Zuweilen gehen die VW-internen Sparvorschläge allerdings schon ins Absurde. So ist für das Wolfsburger Stammwerk eine Rückkehr zum 10-Stunden-Tag

im Gespräch, eine Arbeitszeit, wie sie vor dem Ersten Weltkrieg üblich war. Danach würde es zwar bei der per Haustarif festgeschriebenen 28,8-Stunden-Woche bleiben, die Beschäftigten könnten aber im wöchentlichen Wechsel montags bis mittwochs oder donnerstags bis samstags jeweils drei 10-Stunden-Schichten kloppen.

Das Management rechnet sich – weil Zulagen wegfallen – Einsparungen von 67 Millionen Euro pro Jahr aus. Der Betriebsrat sperrt sich allerdings und verweist auf die monatliche Einkommenseinbuße von rund 300 Euro pro Beschäftigtem – und auf die geringere Produktivität bei einer Arbeitszeit von zehn Stunden am Stück.

JÜRGEN VOGES

1.750 Jobs gefährdet

Mutterkonzern will Nürnberger AEG-Werk schließen

NÜRNBERG dpa ■ Den 1.750 Beschäftigten des Nürnberger AEG-Haushaltsgeräte-Werks droht Arbeitslosigkeit: Der schwedische Mutterkonzern Electrolux beauftragte die Nürnberger Geschäftsführung mit Prüfungen zur Aufgabe des Standorts, wie AEG/Electrolux-Unternehmenssprecher Michael Eichel gestern in Nürnberg erklärte. Grund für die Schließungspläne sei der drastische Preisverfall bei Waschmaschinen und Geschirrspülern.

Die IG Metall sprach von einer „furchtbaren Nachricht“ und gab dem Preiskrieg im deutschen Handel die Hauptverantwortung für die Unternehmenskrise.

Nach Angaben des Unternehmenssprechers will sich der Wirtschaftsausschuss von AEG/Electrolux noch in dieser Woche

treffen, um die weiteren Perspektiven des Werks im immer enger werdenden Markt zu erörtern. In den kommenden Wochen und Monaten würde dann die Schließung des Standorts geprüft. „Wir können schon jetzt für den deutschen Markt nicht mehr rentabel produzieren“, sagte Eichel. Da immer mehr Billigbieter aus Asien und der Türkei auf den deutschen Markt strömten, seien die Nürnberger Electrolux-Produkte einem immer stärkeren Preisdruck ausgesetzt. So seien die Preise für Waschmaschinen in den letzten Jahren um 15 Prozent gefallen. Deutschland stellt für AEG/Electrolux einen Schlüsselmarkt dar, knapp die Hälfte der in Nürnberg produzierten Geräte würden hier verkauft.

in kürze

ÜBERSTUNDEN/URTEIL

Zahlung nur mit Liste

Ein Arbeitnehmer kann die Bezahlung von Überstunden vor Gericht nur dann erfolgreich einklagen, wenn er die zusätzliche Arbeitszeit nachvollziehbar aufgelistet hat. Das entschied gestern das Landesarbeitsgericht in Mainz. Unklare Aufzeichnungen gehen zu Lasten des Mitarbeiters. (Az. 6 Sa 799/04) (dpa)

SCHERF-NACHFOLGE

Rasche Entscheidung

Die Bremer SPD lässt ihre rund 5.700 Mitglieder über die Nachfolge von Senatspräsident Henning Scherf noch in der ersten Oktoberhälfte abstimmen. Bildungssenator Willi Lemke oder Fraktionschef Jens Böhrnsen stellen sich der Wahl, sagte der SPD-Landesvorsitzende Carsten Sieling am gestrigen Dienstag. (dpa)

IG BAU

Wiesehügel bleibt

Als Bundesvorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) ist Klaus Wiesehügel wiedergewählt worden. Die 286 Delegierten bestätigten ihn mit 94,1 Prozent in seinem Amt. Seit Jahren hat die IG BAU mit einem großen Mitgliederverlust zu kämpfen, seit 2000 ging die Zahl um rund 20 Prozent zurück. (ap)

BERLIN

Mahnmal beschmiert

Die Gedenktafel des Jüdischen Mahnmals in der Levetzowstraße (Tiergarten) ist wieder durch einen zehn Zentimeter schwarzen Schriftzug beschmiert worden, teilte die Polizei gestern mit. Der politische Hintergrund für die Tat ist unklar, das Mahnmal wurde schon mehrmals mit Hakenkreuzen besprüht. (dpa)

BUNDESWEHR

Ausbilder in Emirate

Die Bundeswehr verlegt ihre Soldaten in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) zur Ausbildung irakischer Sicherheitskräfte. Ein Vorauskommando von 16 Mann ist am Montag in die VAE geflogen, hieß es gestern. 60 Soldaten der Hauptkräfte sollen am 8. Oktober folgen, um dort Pionierbataillone auszubilden. (ap)

DAS WETTER

Hoch „Oldenburgia“ arbeitet sich heute von Norden her bis zu den Mittelgebirgen vor. Der Morgen beginnt mit zähem Nebel, der sich am späten Vormittag auflöst. Danach wird es sonnig. Im Süden hält Tief „Boris“ noch dagegen. Es bleibt wolkig und regnerisch im Alpenraum. Die Thermometer klettern auf 17 bis 22 Grad. Morgen bleibt es so gut wie trocken, und die Sonne wird überall angeknipst.

Pokern um die Kanzlerfrage

Heute wollen CDU und SPD ausloten, ob sie sich auf eine gemeinsame Regierung einigen können

VON HANNES KOCH UND LUKAS WALLRAFF

Großer Koalitionspoker, dritte Runde: Heute Nachmittag wollen sich Union und SPD wieder zu einem Sondierungsgespräch treffen, um die Aussichten auf eine Regierungsbildung auszuloten. Doch gestern war selbst die Tagesordnung für das Gespräch zwischen beiden Seiten strittig.

„Es geht um die Sache“, sagte Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul, die zur SPD-Delegation gehört, der taz, „zum Beispiel darum, die Angriffe auf die Arbeitnehmerrechte abzuwehren, die Steuerfreiheit für Schichtzulagen zu erhalten und die Entscheidung zum Atomausstieg und zur Förderung erneuerbarer Energien weiter zu verankern.“ Die Union dagegen bestand darauf, vor allen inhaltlichen Verhandlungen zunächst die wichtigste Personalfrage zu klären. Und zwar in ihrem Sinne.

Eine große Koalition werde es nur mit einer Kanzlerin Angela Merkel geben – oder gar nicht. Auf diese Linie haben sich die CDU-Präsidiumsmitglieder bei einer Telefonschaltkonferenz am Montagabend eingeschworen. Dabei sei Merkel unisono in ihrem Führungsanspruch unterstützt und aufgefordert worden, hart zu bleiben, hieß es aus ihrer Umgebung. Und erfreut konnte man dort feststellen: Auch gestern brach kein nennenswerter Unionspolitiker aus den geschlossenen Reihen aus. „Es gibt keine Verhandlungen in der Sache, wenn die SPD nicht akzeptiert, dass unsere Kandidatin Kanzlerin wird“, fasste CDU-Generalsekretär Volker Kauder die Haltung der Union zusammen. Spätestens seit dem CDU-Erfolg bei der Nachwahl in Dresden am Sonntag fühlen sich Merkel und ihre Leute am längeren Hebel in der machtpolitischen Auseinandersetzung mit der SPD. Schließlich hat sich der Vorsprung der Union bei der Sitzverteilung im Bundestag auf vier Abgeordnete

vergrößert. Merkels Helfer sind sich sicher: Gegen das Recht des Stärkeren, das sich aus der Mathematik ergibt, kommt die SPD nicht an. Zufrieden stellen sie fest, dass auch jene Zeitungen, die sie nicht für unionsnah halten, Merkels Führungsanspruch anerkennen. „226 > 222“ – diese kurze Leitartikel-Überschrift der *Berliner Zeitung* hat sie begeistert und bestärkt. „Jämmerlich“ seien dagegen die Versuche von SPD-Chef Franz Müntefering, CDU und CSU getrennt zu rechnen, die SPD „stärkste Partei“ zu nennen und an Gerhard Schröders Führungsrolle festzuhalten.

CDU-Fraktionsvize Wolfgang Schäuble nannte die Lösung der K-Frage „eine Frage von demokratischen Grundregeln“ und erhöhte ebenfalls den Druck: „Wenn wir nicht einmal darauf vertrauen können, dass die SPD die demokratischen Grundregeln anerkennt, dann ist eine Vertrauensgrundlage für eine Koalition nicht gegeben.“

Bei allem Streit um die K-Frage will die Union eine Eskalation, gar einen Abbruch der Gespräche vermeiden. Die Forderung an die SPD, Merkel als Kanzlerin zu akzeptieren, sei „kein Ultimatum“, also keine Forderung, die heute oder an einem bestimmten Tag erfüllt werden müsse, hieß es beschwichtigend. Das Ja der SPD zu Merkel bleibe aber „auf jeden Fall Vorbedingung für Koalitionsverhandlungen“.

Die SPD-Sondiererinnen Wieczorek-Zeul gab sich davon gestern betont unbeeindruckt: „Die SPD will alle Fragen – inhaltliche wie personelle – in Verhandlungen klären.“ Wenn CDU-Generalsekretär Kauder die Klärung der Personalfrage zur Vorbedingung erkläre, sei das „völlig unakzeptabel“, sagte Wieczorek-Zeul der taz. „Das ist nicht die gleiche Augenhöhe, die wir wollen.“

Für den Fall, dass man heute nicht weiter kommen sollte, wird aus der SPD eine „semantische Lösung“ vorgeschlagen. Statt Koalitionsverhandlungen könnte es „Vorverhandlungen“ geben.



Eine Umarmung vom Kanzler – und dann endet, was 2001 begann: Renate Künast Zeit als Verbraucherschutzministerin. Gestern überreichte Bundespräsident Horst Köhler der Grünen-Politikerin ihre Entlassungsurkunde. Es ist die erste Umbildung im zweiten rot-grünen Kabinetts. Künast widmet sich nun als Fraktionschefin ihrer Partei. Ihre Amtspflichten übernimmt Ministerkollege Jürgen Trittin. FOTO: AP

Entlassungsurkunde. Es ist die erste Umbildung im zweiten rot-grünen Kabinetts. Künast widmet sich nun als Fraktionschefin ihrer Partei. Ihre Amtspflichten übernimmt Ministerkollege Jürgen Trittin. FOTO: AP

Koalieren in Zeiten der Finanznot

Inoffiziell verhandeln CDU und SPD schon. Hauptfrage: Was tun mit 14-Milliarden-Loch?

BERLIN taz ■ 14 Milliarden Euro – das ist nach Informationen der taz die Größenordnung, auf die das Bundesfinanzministerium die zusätzliche Lücke in den staatlichen Haushalten für 2006 beziffert. Damit beschreiben die Beamten von Finanzminister Hans Eichel (SPD) eine der Begrenzungen, die weder Union noch SPD in den Verhandlungen um die große Koalition ignorieren können.

Heute findet das zweite Sondierungsgespräch zwischen den Parteien statt. Obwohl es vordergründig noch darum geht, welche Seite den Kanzler oder die Kanzlerin stellt, haben die inhaltlichen Verhandlungen über den Vertrag der großen Koalition schon begonnen – obwohl sie noch niemand so nennt. Jedenfalls stehen heute neben der Kanzlerfrage auch mehrere Sachthemen zur Diskussion: Finanzen, Sozialsysteme, Arbeitsmarkt und Föderalismus.

Zum ersten Punkt wurde Eichel beauftragt, eine Vorlage zu

erarbeiten: Wie stellt sich die finanzielle Lage dar? Nicht gut, lautet die Antwort. Weil sich die Europäische Union die hohen deutschen Defizite nicht länger gefallen lassen will, droht ab 2006 der Zwang, die strukturelle Lücke in den öffentlichen Etats um 0,5 Prozent pro Jahr zu senken. Rund 14 Milliarden Euro müssten dann zusätzlich beschafft werden – darüber hat SPD-Finanzexperte Joachim Poß SPD-Chefverhandler Franz Müntefering in der vergangenen Woche informiert.

Dem Geldmangel wird sich vieles unterordnen müssen. Die Einkommensteuer senken, wie die Union es will? Eher unwahrscheinlich. Die Unternehmenssteuer reduzieren, wie beide es wollen? Die SPD schlägt hier vor, erst einmal die Struktur des Steuersystems zu ändern und die höhere Belastung des Mittelstands an die niedrigere für Kapitalgesellschaften anzugleichen. Erst später solle man dann über niedrigere Steuersätze auch

für die großen Unternehmen sprechen.

Bei der Zukunft der Sozialversicherung geht es um die beiden Modelle Bürgerversicherung (SPD) und Kopfpauschale (Union). Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) steuert bereits auf einen Kompromiss zu. Sie würde der Union eine Teilfinanzierung des Pflegesystems durch private Kapitaldeckung seitens der Versicherten anbieten. Eine weitere Kompromissmöglichkeit liegt darin, bei der Krankenversicherung den Beitrag der Arbeitgeber einzufrieren. Beides kritisiert Karl Lauterbach, Gesundheitsökonom und SPD-Abgeordneter. Sein wichtigstes Argument: Die einseitige Verlagerung der Kostenzuwächse auf die Beschäftigten würde ihre Konsumnachfrage beschränken und damit die wirtschaftliche Erholung verhindern. HANNES KOCH

taz thema

beruf & qualifikation

Erscheinungstermin ist der 5. November 2005

Das Bildungsforum als Sonderthema in der taz. Aktuelle Themen, Trends und Hintergrundinformationen. Nutzen Sie das optimale redaktionelle Umfeld für Ihre Anzeige.

Die Themenschwerpunkte für diese Ausgabe sind:

- **Medizinische Sozialarbeit**
Das neue Berufsbild der Family Health Nurse
- **Das Bild verändert sich**
Die digitale Technik schafft neue Möglichkeiten
- **Bleibt alles anders**
Wege aus der Berufsunfähigkeit

Anzeigen- und Druckunterlagenschluss: 21. Oktober 2005

■ Weitere Informationen und Leserschaftsdaten:
taz-Anzeigenabteilung | Christiane Woltmann
anzeigen@taz.de
T (030) 259 02-133
F (030) 251 06 94

die tageszeitung

Rechtsextreme steigern Wahlergebnis

Experten widersprechen dem Jubel über das vermeintlich schlechte Abschneiden der NPD bei der Nachwahl

BERLIN taz ■ Auf den ersten Blick schien es ein schlechtes Ergebnis für die NPD zu sein. Um die 2,5 Prozent bei den Erst- und Zweitstimmen holten die Rechtsextremen in der Nachwahl in Dresden am Sonntag. Die Chefs der anderen Parteien gaben sich erleichtert.

„Auf dem absteigenden Ast“, sieht Sachsens SPD-Vorsitzender Thomas Jurk die NPD. Diese Partei halbiere „sich von Wahl zu Wahl“, frohlockte auch Landes-FDP-Chef Holger Zastrow. Und Cornelia Ernst von der Linkspartei sieht die Nationaldemokraten sogar wieder auf dem „guten Weg“ raus aus dem Parlament.

Selbst NPD-Sprecher Klaus Baier gibt zu, dass „wir uns mit der bekannten Person Schönhuber ein höheres Wahlergebnis gewünscht haben“.

Ist die NPD in Sachsen auf dem Weg nach unten? Kaum. Im gleichen Wahlkreis 160 bekam die NPD bei der Bundestagswahl 2002 nur 0,78 Prozent der Stimmen. Sie konnte sich also steigern. Zwar erhielt das Nationale Bündnis aus NPD und anderen rechtsextremen Gruppierungen bei den Kommunalwahlen 2004 in Dresden 4,1 Prozent, da fehlte allerdings auch die Schröder-Merkel-Fixierung dieser Bundestagswahl. Sachsenweit erhielten

die Rechtsextremen bei dieser Bundestagswahl gar 4,9 Prozent. „Die NPD hat sich in Dresden stabilisiert“, sagt der Rechtsextremismusexperte David Begrich aus Halle. Dies könne man auch an der Arbeit der Partei in der Stadtpolitik sehen. „Sie erledigen die normale Arbeit, und das gar nicht mal schlecht“, sagt Begrich. Eine Beraterin für Opfer rechtsextremer Gewalt, die selbst im Wahlkreis 160 wohnt, sagt, dass „in der sächsischen Schweiz zwar natürlich weitaus mehr Leute die NPD wählen“ und die dortige Situation mit Dresden nicht vergleichbar sei. Dennoch sei auch in Dresden

keine Entwarnung zu geben, die Höhe des NPD-Wahlergebnisses habe sie nicht erwartet.

Martin Dulig, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD und jahrelang selbst in der Arbeit gegen Rechtsextreme aktiv, möchte seinem Parteichef Jurk „nicht widersprechen“. Aber differenzieren will er schon: „Ich warne davor, jetzt zu feiern, dazu besteht kein Anlass.“ Das Wahlergebnis sei Ausdruck der Tatsache, dass es die NPD in den Städten schwerer habe als auf dem Land. „Das war in Leipzig und Chemnitz auch zu sehen“, sagt Dulig. Dresden sei nicht die Sächsische Schweiz. DAS

in kürze

EU-BUSSGELD

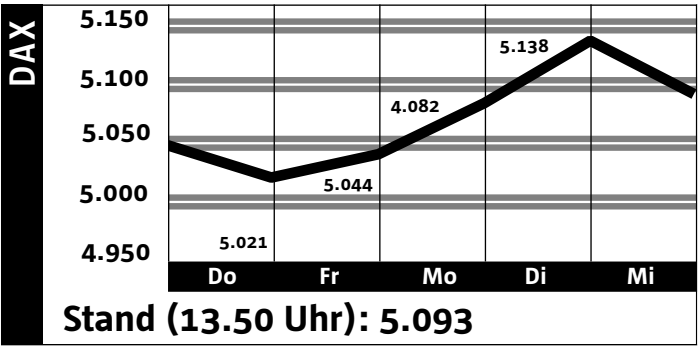
Peugeot muss zahlen

49,5 Millionen Euro Bußgeld muss der französische Autohersteller Peugeot SA wegen wettbewerbswidrigen Verhaltens zahlen. Das entschieden gestern die Wettbewerbsbehüter in Brüssel. Der Konzern hat Lieferungen von Fahrzeugen aus den Niederlanden in andere EU-Staaten behindert. (ap)

TIERFILMER/UMWELTPREIS

Sielmann geehrt

Tierfilmer Heinz Sielmann, 88, erhält für seine Lebensleistung den Deutschen Umweltpreis 2005. Den mit 500.000 Euro dotierten Preis der DBU-Stiftung teilt sich Sielmann mit Kiels Ex-Umweltminister Berndt Heydemann, 75, und dem Leiter des Fraunhofer Instituts für Solare Energiesysteme, Joachim Luther, 64. (dpa)



Die Chemielobby gibt nicht auf

Zwar musste die Industrie im Streit um die europäische Chemiereform eine Niederlage hinnehmen. Doch sollten sich Umweltschützer nicht zu früh freuen. Die Kampfabstimmung steht noch bevor

AUS BERLIN HANNA GERSMANN

Karl-Heinz Florenz ist in diesen Tagen ein gefragter Mann. Industrievertreter, Umweltschützer, Regierungsbeamte – alle wollen mit ihm über Chemiepolitik reden, ihn auf die eigene Seite ziehen. Der niederrheinische CDU-Abgeordnete ist Vorsitzender des Umweltausschusses im Europaparlament. Dessen Mitglieder stimmten am Dienstagnachmittag über die neue EU-Chemiereform ab. Das Ergebnis überraschte: Die Industrie erlitt eine Niederlage. Doch aufgeben wird ihre Lobby nicht. Die Kampfabstimmung steht erst noch bevor.

Einig sind sich alle nur darin, dass es um das größte Reformwerk der europäischen Umweltpolitik geht. Für 30.000 Chemikalien soll es zum ersten Mal einen Sicherheitscheck geben. Heute werden Substanzen ungeprüft verkauft. Nebenwirkungen

stellen sich häufig erst heraus, wenn der Stoff schon Jahre auf dem Markt ist. Das jüngste Beispiel dafür heißt FTOH: Kanadische Forscher warnten, der Stoff, der im beschichteten Einwickelpapier für Hamburger steckt, schädige die Leber (*siehe taz vom 30. 9.*). Das neue Regelwerk soll Verbraucher besser schützen.

Wie das genau funktionieren

soll, darüber wird nun heftig gezankt. Florenz musste sich durch 1.100 Änderungsanträge zum Gesetzentwurf kämpfen. So viele gab es noch nie. Andere Vorlagen konnten noch so umstritten sein, das Maximum waren 700 neue Vorschläge.

Der Kern des Chemiestreits: Welche Tests werden für Stoffe gefordert, die nur in kleineren

Mengen produziert werden? Wer von einer Substanz zum Beispiel zwischen 10 und 100 Tonnen produziert, so heißt es im ursprünglichen Entwurf, muss einen 28-Tage-Test nachweisen. Wissenschaftler verstehen darunter einen Versuch, bei dem die Substanz einen Monat lang an Ratten verfüttert wird. Sind Niere oder andere Organe der Tiere auffällig geschädigt, folgen weitere Untersuchungen.

Die Chemiebranche wehrt sich vehement gegen diese Auflagen und findet dabei Verbündete. Die CDU soll ihrem Umweltpolitiker Florenz gedroht haben, ihn nicht mehr zur Europawahl aufzustellen, falls er die Interessen der Industrie vernachlässigt. Er selbst sagt nur, dass er „unter Druck“ sei. Die Strategie der Unternehmerlobbyisten hatte diesmal allerdings keinen Erfolg. Die Konservativen unterlagen im Umweltausschuss. Die meisten Sozialisten und Libera-

ALLTÄGLICHES GIFT

Im Autoreifen, im Schreibtisch, in der Wandfarbe – Chemikalien sind überall. Das Problem: Mittlerweile lassen sie sich auch im Blut des Menschen nachweisen. Ärzte machen die Stoffe für Allergien, verringerte Fruchtbarkeit oder Krebs verantwortlich. Meistens ist über die Risiken der einzelnen Substanz aber nur wenig bekannt. Hersteller können sie auf den Markt bringen, ohne sie

auf ihre Wirkungen für Mensch und Umwelt getestet zu haben. Das soll sich jetzt ändern. Die EU-Kommission will das Chemikalienrecht erneuern. Seit zwei Jahren wird der knapp 1.200 Seiten dicke Entwurf schon in den EU-Institutionen diskutiert. Sein Name: Reach. Das Kürzel steht für die Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien. HG

Milchproduktion geht auf keine Kuhhaut

Agrarminister beraten über eine Ausweitung der Milchquoten. Noch mehr Überproduktion und Preisverfall drohen

BERLIN taz ■ Den Bauern steht die Milch bis zum Hals. Und es wird immer mehr: Ab heute beraten die Agrarminister der Bundesländer in Bielefeld über die Reform der EU-Milchmarktordnung. Zum 1. April 2006 soll die Milchquote um 1,5 Prozent erhöht werden. Für Deutschland, als weltweit viertgrößten Milchproduzenten, bedeutet dies jährlich 418.000 Tonnen mehr Milch. Den Landwirten droht damit ein weiterer Preisverfall.

Noch mehr Milch angesichts des vorhandenen Überschusses zu produzieren erscheint zunächst widersinnig. Die Ausweitung der Quote wurde jedoch schon vor sechs Jahren von EU-Ländern wie Italien vorangetrieben, die ihren Milchbedarf nicht selbst decken können.

Die zu erwartende Preissenkung trifft vor allem die Milchzeuger: Schon heute deckt der Literpreis von 24 Cent, den die Bauern erhalten, oft nicht mehr die Herstellungskosten. Das gilt auch für Biobauern, die 32 Cent bekommen. „Überproduktion und Preisverfall treiben jedes Jahr etwa 2 Prozent der Betriebe in den Konkurs“, so Agnes Scharl vom Bauernverband zur taz.



Kampf für geringere Quoten: Protest der Milchbauern 2004 in Berlin FOTO: REUTERS

Milchbauern, die über die Quote hinaus produzieren, müssen pro Liter 33 Cent Strafe bezahlen.

Die Milchquote wurde 1984 eingeführt, um die Einkommen

der Bauern zu stabilisieren und die öffentlichen Haushalte zu schonen. Die Überproduktion von Milch hat man mit dem System aber nie in den Griff bekom-

men. Die Milchquote gilt deshalb als Auslaufmodell. Ihr droht spätestens 2015 das Aus. Danach soll es der Weltmarkt richten, auf dem die EU schon jetzt ihre

Gericht kippt Gesetz gegen Gensaat

Oberösterreich darf den Anbau von manipulierten Pflanzen nicht grundsätzlich untersagen. Urteil gilt für die ganze EU

BERLIN taz ■ Gesetzlich verordnete gentechnikfreie Regionen bleiben in der Europäischen Union verboten. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) kippte gestern endgültig ein vom Bundesland Oberösterreich erlassenes Anbauverbot für gentechnisch verändertes Saatgut. Die Luxemburger Richter gaben damit der EU-Kommission Recht, die schon vor zwei Jahren der Landesregie-

rung untersagte, das gesamte Bundesland per Gesetz zur gentechnikfreien Region zu erklären. Das Urteil hat nicht nur für das Burgenland Bedeutung.

Denn damit ist jetzt klar, dass pauschale vom Gesetzgeber erlassene Anbauverbote für Gentech-Pflanzen in der EU grundsätzlich unzulässig sind. Die Entscheidung über die Zulassung einer Gentech-Pflanzen wird in

Brüssel gefällt. Alle müssen sich dieser Entscheidung beugen. Nach der Europäischen Freisetzungsrichtlinie haben sie nur die Möglichkeit, den Anbau zu unterbinden, wenn sie für eine bestimmte Linie von gentechnisch veränderten Organismen eine konkrete Gefährdung der Umwelt oder gesundheitliche Risiken nachweisen.

Mit dem Anbauverbot wollte

Oberösterreich seine konventionell und biologisch wirtschaftenden Bauern vor unerwünschte Gentech-Kontaminationen durch Pollenflug schützen. Vor allem für die kleinräumlich strukturierte Landwirtschaft Österreichs könnte das fatale Folgen haben. Doch sowohl die Kommission als auch jetzt das EuGH wollte dieser Argumentation nicht folgen. „Ein Skandal“,

DIE BÖRSE

Q-Cells sells

Solarhersteller Q-Cells hat gestern das erwartete gelungene Börsen-debüt hingelegt. Der erste Kurs lag mit 49,00 Euro deutlich über dem Ausgabepreis von 38,00 Euro. Am Nachmittag notierte das Papier bei 46,50 Euro. Einzelne Händler äußerten sich dennoch enttäuscht, da die Aktie mindestens 40-fach überzeichnet war. (dpa)

MARKTPLATZ

Dow Jones **10.441,11** (–94,37)
TecDax 50 **624,31** (–4,63)
EuroStoxx 50 **3.435,81** (–28,42)
Anleihen **3,030 % Rend.** (–0,03)
1,1947 Dollar = 1 Euro (+0,00079)
0,6779 Pfund = 1 Euro (–0,0007)
136,06 Yen = 1 Euro (–0,38)
Feinunze Gold **467,45 \$** (+0,29)
Barrel Rohöl **61,16 \$**

Stand 15.15 Uhr, Änderung zum Vortagsfixing in Klammern, Anleihen-Renditedurchschnitt, Dow v. Vortag.
.....

ANZEIGE

Online-Magazin übernimmt führende Tageszeitungen

www.wirtschaftspanorama.de

Die Presseschau für Wirtschaftspolitik

len unterstützten die Grünen und sprachen sich gegen die Lockerung aus.

Trotzdem stehen die Chancen für die Industriellen gut. Sie könnten sich noch durchsetzen, weil eine Grundregel im Europaparlament plötzlich zur Disposition steht. Mitte November muss die Vollversammlung des Europaparlamentes entscheiden. Normalerweise folgt sie den Vorgaben des federführenden Ausschusses – in diesem Fall des Umweltausschusses. Doch CDU-Mann Florenz hat bereits angekündigt, im Plenum noch einmal die Änderungsanträge der konservativen EVP-Fraktion abstimmen zu lassen.

In Kraft tritt die Verordnung aber ohnehin erst, wenn ihr auch die EU-Staaten zustimmen. Bei ihnen zeichnet sich bereits eine Mehrheit für die unternehmensfreundliche Linie ab.

Milchüberschüsse loswird: „Das drückt die Weltmarktpreise und beschädigt die Märkte in den Ländern des Südens“, sagt Bernd Voß von der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft. Dort steckt die Milchproduktion oft noch in den Kinderschuhen und wird selbst durch geringe Importe in ihrer Existenz bedroht.

Sarah Kahnert von Germanwatch forderte daher von den Landwirtschaftsministern, die Ausweitung der Milchproduktion nicht zu nutzen. „Die Maßnahme der EU ist völlig widersinnig; der Überfluss an Milch wird weiter verstärkt. Die deutschen Bauern müssen noch mehr um ihre Existenz kämpfen.“ Die Milchpolitik der EU laufe zudem den Zielen der Entwicklungspolitik total zuwider, so Kahnert.

Auf den Beratungen in Bielefeld wird voraussichtlich ein Streit beigelegt: Großherzeuger wollten für sich höhere Quoten gegenüber Kleinbetrieben durchsetzen, damit sie besser für den Weltmarkt aufgestellt sind. Als wahrscheinliche Option gilt nun die Gleichbehandlung aller Milchbetriebe. Über die nächsten drei Jahre soll die Quote für alle um 0,5 Prozent steigen. Diese Erhöhung entspricht allerdings nur der Anpassung an die tatsächliche Überproduktion der vergangenen drei Jahre.

TARIK AHMIA

sagte Werner Müller von der österreichischen Umweltorganisation „Global 2000“. Der EuGH habe sich mit diesem Urteilspruch der Gentech-Lobby gebeugt.

Für freiwillige Bündnisse von Landwirten, die ihre Region zur gentechnikfreien Zone erklären, hat das EuGH-Urteil zwar keine Bedeutung. Allein in Deutschland gibt es mittlerweile schon 78 gentechnikfreie Regionen und Initiativen. Kommunen oder Landkreise dürfen diese Bündnisse aber nicht mit einer gesetzlichen Regelung unterstützen.

WOLFGANG LÖHR

AEG-Stammwerk wird bestreikt

NÜRNBERG afp ■ Die Beschäftigten des AEG-Stammwerks in Nürnberg haben gestern die Produktion lahm gelegt. Sie protestierten damit gegen die drohende Schließung des Werks. Diese würde den Verlust von 1.750 Arbeitsplätzen bedeuten – und noch einmal so viele bei den Zulieferfirmen. Die endgültige Entscheidung soll am 24. Oktober auf einer Aufsichtsratsitzung der schwedischen Electrolux-Gruppe fallen, zu der AEG gehört. Die Blockade begann gestern mit der Frühschicht und sollte 24 Stunden dauern. Die Aktion sei ein „voller Erfolg“, sagte Jürgen Wechsler von der Nürnberger IG Metall. Die Beschäftigten würden den Druck bis zum 24. Oktober aufrecht erhalten. IG-Metall-Vize Berthold Huber sprach von einem möglichen Käuferboykott gegen Electrolux.

Nobelpreis für Molekül-Forscher

STOCKHOLM rtr/ap ■ Ein französischer und zwei US-Wissenschaftler erhalten den diesjährigen Nobelpreis für Chemie, teilte die Königlich Schwedische Akademie der Wissenschaften gestern mit. Der mit 1,1 Millionen Euro dotierte Preis geht zu gleichen Teilen an den Franzosen Yves Chauvin sowie an die US-Forscher Robert H. Grubbs und Richard R. Schrock. Die Forscher entwickelten die Methode der Metathesis, mit der Moleküle für die Pharmazie und zur umweltfreundlichen Herstellung von Chemikalien und Kunststoffen entstehen. Bei der Metathesis werden mit Hilfe eines Katalysators Doppelbindungen von Kohlenstoff aufgebrochen und neue Bindungen geschaffen. Das System ähnelt einem „Tanz mit Partnertausch“, so die Akademie.

Experten gegen Kohle-Klüngel

BERLIN taz ■ Der Sachverständigenrat für Umweltfragen erhofft sich von der neuen Bundesregierung weniger Kungelei mit der Kohlelobby als unter der rot-grünen Koalition. „Dieses Durchmarschieren der Kohlelobby würde ich mit der Union nicht erwarten“, sagte Martin Jänicke, einer der so genannten Umweltweisen, gestern in Berlin. Die Subventionen und Steuerprivilegien der alten Regierung hätten Innovationen im Klimaschutz beeinträchtigt. Dabei könne klimafreundliche Technologie ein Exportschlager werden, sagte Jänicke. Die neue Bundesregierung solle sich zum Beispiel für das 4-Liter-Auto einsetzen. Wichtig sei auch, durch steuerliche „Entprivilegisierung“ des Flugverkehrs den Wettbewerb zur Bahn weniger zu verzerren. LEY

in kürze

ALG II
Missbrauch beklagt

Der Vizeverwaltungsratschef der Bundesagentur für Arbeit, Peter Clever, rechnet beim Arbeitslosen-geld II mit einer Missbrauchsquote „von sicherlich über 10 Prozent“. Er halte dies für den „unteren Rand seriöser Schätzung“, sagte Clever, der zugleich Vertreter der Arbeit-geber im Verwaltungsrat ist, der *Passauer Neuen Presse*. (afp)

Bosbach sieht
Schutzlücken

BERLIN dpa ■ Im Bereich der Innenpolitik sieht Unions-Frak-tionsvizevorsitzender Wolfgang Bosbach in bestimmten Berei-chen erheblichen Verhandlungs-bedarf mit dem potenziellen Ko-alitionspartner SPD. Dies betref-fe die Frage eines dritten Anti-terrorgesetzes. Es gebe Schutz-lücken, sagte Bosbach gestern in Berlin. Anders als die SPD halte die Union das geltende Recht nicht für ausreichend. „Da sind wir ganz anderer Auffassung.“ Strittig ist in diesem Bereich auch der Einsatz der Bundes-wehr im Innern. Die im Rahmen der verabredeten Koalitionsrun-den gebildete Arbeitsgruppe In-nenpolitik kommt heute zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Auf SPD-Seite wird sie geführt von der geschäftsführenden Bundes-justizministerin Brigitte Zypries, auf Unionseite von Wolfgang Schäuble, der in einer schwarz-roten Koalition Innenminister werden soll.

EU-Aktionstag bei
Electrolux geplant

NÜRNBERG dpa ■ Mit einem eu-ropaweiten Aktionstag wollen Electrolux-Beschäftigte an die-sem Freitag gegen geplante Produktionsverlagerungen des schwedischen Hausgeräte-Konzerns protestieren. Der Europäi-sche Metallgewerkschaftsbund habe dazu 25.000 Beschäftigte in Deutschland, Frankreich, Spani-en, Italien, Belgien, Ungarn und Schweden aufgerufen, berichtete die IG Metall in Nürnberg ges-tern. Die Arbeitnehmer wollten deutlich machen, dass sich die Standorte nicht gegeneinander ausspielen ließen. Electrolux plant die Verlagerung von mehr als einem Dutzend Werken aus Westeuropa in Billiglohnländer. In Nürnberg kämpfen die 1.750 Beschäftigten des zu dem schwe-dischen Konzern gehörenden AEG-Hausgerätewerks um den Erhalt des Standorts.

🐾

Nichts muss bleiben wie es ist



Erwerben Sie jetzt Eigentum an der einzigen unabhängigen tageszeitung im Besitz ihrer LeserInnen.

Heute sichern bereits mehr als 6.200 Menschen mit ihren Einlagen in die taz Genossenschaft die publizistische Unabhängigkeit der **tageszeitung**

Mit einer einmaligen Einlage ab 500 Euro* können auch Sie taz-GenossIn werden.

taz-Recherchedienst
www.taz.de | recherche@taz.de,
T (030) 25 90 22 84 (Di.–Do. 11–15 Uhr)

* auch in 20 Raten zahlbar

die genossenschaft der taz

HAMBURGS JUSTIZSENATOR
Weiter für Sterbehilfe

Ungeachtet der Ablehnung aus den Reihen der eigenen Partei setzt sich Hamburgs Justizsenator Roger Kusch (CDU) weiter für akti-ve Sterbehilfe ein. Im Magazin *Stern* plädierte er erneut dafür, Sterbehilfe in Deutschland generell zu ermöglichen – „unter ganz be-stimmten, gesetzlichen Voraus-setzungen“. (dpa)

KINDERGÄRTNERINNEN
Im Ländle ohne Tuch

Nach den Lehrerinnen sollen in Ba-den-Württemberg nun auch Erzie-herinnen an staatlichen Kindergär-ten kein Kopftuch mehr tragen dür-fen. Das berichten die *Stuttgarter Nachrichten*. Demnach verständigten sich die Spitzen der Regie-rungscoalition von CDU und FDP bei einem Treffen am Dienstag auf ein derartiges Verbot. (ap)

SOZIALVERBAND VDK BAYERN
Seehofer gibt Amt ab

Mit seiner Ernennung zum Bundes-minister für Landwirtschaft und Verbraucherschutz will der CSU-Po-litiker Horst Seehofer sein Amt als Vorsitzender des Sozialverbandes VdK in Bayern niederlegen. Das Mi-nistergesetz lasse eine derartige Doppelfunktion nicht zu, sagte er gestern nach einer Vorstandssit-zung des VdK in München. (dpa)

VOLKSVERHETZUNG
Nazi-Anwalt verurteilt

Der Anwalt eines führenden Neo-nazis ist gestern vom Amtsgericht Nürnberg wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 2.250 Euro verurteilt worden. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der Jurist in einem Prozess gegen seinen Mandanten die Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Nazis geleugnet hatte. (dpa)

DAS WETTER

„Danny“, das fiese Tief, schüttelt ab heute kräftig die Blätter von den Bäumen. Nur noch an der Oder und in der Lausitz lassen die von ihm geschickten Wolken ein bisschen Sonne durch. Regen fällt aber lediglich in den westlichsten Regionen der Republik. Erstaunli-cherweise wird es dank „Danny“ wieder milder. Die Temperaturen betragen tagsüber 15 bis 20 Grad.

.....

Stoiber will Nachfolge noch offen halten

Der bayerische Ministerpräsident will verbauen: Seine Nachfolge soll erst entschieden werden, wenn er auf einem Berliner Ministersessel Platz genommen hat. Die Debatte um Beckstein oder Huber als Erben des Chefamts kann er nicht mehr stoppen

AUS MÜNCHEN MAX HÄGLER

Das alte Schlitzohr Edmund Stoi-ber hält sich weiter alle Türen of-fen. Über eine Nachfolge des bayerischen Ministerpräsi-den-ten werde erst nach der Unter-schrift zum Berliner Bundesmi-nisteramt entschieden, bekräf-tigten Stoiber und der bayeri-sche CSU-Fraktionschef Joachim Herrmann nach einer Fraktions-sitzung. Zuvor hatten sich die beiden das erste Mal seit der Bundestagswahl offiziell zum Zwecke der Nachfolgediskussion mit den beiden Aspiranten Gün-ther Beckstein und Erwin Huber zusammengesetzt. „Wir haben dabei vieles mit- und gegenein-ander abgewogen“, so Stoiber am Mittwoch. Er selbst könne aber keine Empfehlung abgeben, „weil ich sie beide für exzellent halte, weil beide Freunde sind“.

Damit sind die beiden Freun-de weiter im Rennen, aber nicht nur die hat Stoiber mit seinem Zeitplan im Auge, sondern vor al-lem sein eigenes Wohlergehen. Denn noch ist der Möbelwagen nicht gepackt, noch treibt ihm der Umzug an die Spree Sorgen-falten auf die Stirn: „Es schaut manchmal so aus, als ob die große Koalition bereits in trockenen Tüchern ist“, dabei sei noch nicht einmal über wirkliche Sachfra-gen geredet worden, relativierte Stoiber den bisherigen Erfolg der Berliner Verhandlungen. Würde die große Koalition wirklich nicht zustande gekommen, ob-



Den Bayern gefällt er: Hardliner Beckstein will Ministerpräsident Stoiber beerben FOTO: AP

wohl München bereits einen neuen Granden hat, dann würde aus dem bisherigen Superchef ein einstiger – Stoiber hätte kein Regierungsamt mehr, weder in Bayern noch in Berlin.

Und Stoiber möchte die Partei durch das Zaudern vor dem mi-nisteriellen Personalkarussell schützen – werden doch auf je-den Fall Minister- und Staatssek-retärsposten im Domino-System frei, sobald entweder Beckstein (Inneres) oder Huber (Staats-

kanzleichef) Ministerpräsident wird. Doch der Plan könnte nach hinten losgehen, beginnt die Per-sonaldiskussion doch gerade erst richtig: „Stoiber muss den Weg freimachen für seinen Nachfol-ger“, forderte etwa der CSU-Land-tagsabgeordnete Hermann Im-hof am Mittwoch noch vor der ei-gentlich klärenden Fraktionssit-zung. Das Risiko einer Luftnum-mer Stoibers nach einem Schei-tern der Koalitionsverhandlun-gen müsse dabei eingegangen

werden, so Imhof. Vorrangig sei, welcher der beiden Kandidaten das größere Vertrauen und die höhere Akzeptanz in der Bevöl-kerung genieße, und mit wem die CSU 2008 bei der Landtags-wahl am klarsten punkten könne.

Darüber sind sich die CSU-Ab-geordneten trotz Krisensitzung samt Noch-Ministerpräsident weiterhin uneins, wie auch ihr Chef Herrmann bestätigte: „Es ist sicher strittig.“ Der *Münchner*

Merkur etwa hat in den letzten Tagen die Stimmen der Fraktion ausgezählt. Das Ergebnis nach 124 Telefongesprächen: 60 Freunde hat Beckstein, 52 Freun-de hat Huber und von 12 Abge-ordneten gab es keine Einschät-zung.

Mithelfen bei der Präsi-den-tenfindung soll nun die wirkli-che Basis. Beim Parteitag am 14. November soll der Koalitionsver-trag gebilligt werden und danach im großen Kreise das Für und Wi-der von Beckstein und Huber ab-gewogen werden – wenn alles nach Stoibers Plan läuft und er den Taktstock in der Hand be-hält. „In der darauffolgenden Wo-che kann der Landtag dann den neuen Ministerpräsidenten wä-hlen“, prophezeite Herrmann.

Auch das Szenario der „Volks-befragung“ wird in Bayern übri-gens schon einmal geprobt: Auf der Webseite des Bayerischen Rundfunks können die User der-zeit über ihre Wunschkandida-ten abstimmen. Gestern Mittag konnte Beckstein 54 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, für Huber stimmte nur etwa jeder Sechste und ein knappes Drittel der BR-Nutzer will gar keinen der beiden als Nachfolger. Diese Konstellation hat der *Münchner Merkur* gar nicht zur Wahl ge-stellt, dort hieß es pari: 50,4 Pro-zent zu 49,6 Prozent. Wobei die-ses Ergebnis nicht ganz reprä-sentativ sei, wie die Redaktion feststellte: Auch von Erwin Hu-bers Rechnern in der Staatskanz-lei sei geklickt worden.

Ursachenforschung in der Union

Merkel kann Debatte über Wahlpleite nicht mehr verhindern. Kritik von Sozial- und Landespolitikern. Bundestagspräsident Lammert möchte wieder über Leitkultur reden

BERLIN taz ■ In der Union ist eine Debatte über die Gründe für das eigene, unerwartet schlechte Wahlergebnis ausgebrochen. Mehrere CDU-Politiker führten das enttäuschende Abschneiden darauf zurück, dass die Union den Aspekt der sozialen Gerech-tigkeit vernachlässigt habe. Au-ßerdem wurde gefordert, dass die Partei wieder eine klare Wer-teorientierung bieten müsse.

CDU-Chefin Angela Merkel hatte darum gebeten, mit öffent-lichen Analysen zu warten, bis die Koalitionsverhandlungen ab-geschlossen sind und „eine vali-de Datenbasis“ vorliegt. Doch nachdem die Regierungsposten verteilt wurden, ist es auch mit der Disziplin tvorbei. Vor allem vier Gruppen mucken auf:

Die *Nordrhein-Westfalen* in der CDU sind sauer, weil sie kei-nen Minister stellen. Minister-präsident Jürgen Rüttgers sprach von einer „Düpierung“. Im Gegenzug kritisierte er Merkel, indem er auf seinen eigenen Er-folg bei der Landtagswahl im Mai hinwies: „Wir haben darauf ge-achtet, dass wirtschaftliche Ver-nunft und soziale Gerechtigkeit zusammenbleiben.“ Merkel also nicht. Damit seine soziale „Handschrift“ künftig auch in der Bundespolitik deutlich wer-de, ließ Rüttgers nun sogar aus-richten, er werde mit den drei SPD-Ministern aus Nordrhein-Westfalen „über Bande spielen“.

Die *Junge Union* will auf ih-rem „Deutschlandtag“ am kom-menden Wochenende über die Ursachen für die Wahlpleite re-den. Ausführlich. Schonungslos.

Die *nächsten Wahlkämpfer* verlieren jetzt schon die Geduld. Christoph Böhr, der im März als Spitzenkandidat in Rheinland-Pfalz antritt, beklagte gestern, dass die Union den Eindruck er-wecke, als wollte sie nur den Un-ternehmen Gutes zu tun. Das Maß aller Dinge müssten aber „die Menschen“ sein. Böhrs erste konkrete Konsequenz: Auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer sollte verzichtet werden. Die „ei-gentliche Ursache“ für die Mise-

re sei aber, dass es der Union „immer weniger gelingt, unsere Anhänger und Wähler hinter ei-nem gesellschaftspolitischen Leitbild zu versammeln“. Pas-send dazu regte der neue Bun-destagspräsident Norbert Lam-mert (CDU) an, mal wieder über die Leitkultur zu sprechen. Dies wäre „unter dem Gesichtspunkt einer Beleuchtung der geistigen Verfassung der Nation“ span-nend, sagte Lammert der *Zeit*.

Spannend ist auch die Hal-tung der *Arbeitnehmer-Vertreter* in der Union. Deren Vorsitzender Karl-Josef Laumann stellt jetzt fest, die Union sei „in vielen Regionen Deutschlands keine Volkspartei mehr“, weil sie ihre christlich-sozialen Wurzeln „aus-radiert“ habe. Vor der Wahl war Laumann noch mit fast allen Par-teibeschlüssen einverstanden. „Der Entwurf wahrt den Charak-ter der CDU als sozialer Volkspar-tei“, lobte Laumann, als die Parteispitze vor einem Jahr ihr Konzept zum Abbau des Küнди-geungsschutzes präsentierte. Auch das Unionsprogramm für die Gesundheitspolitik samt Ein-führung einer Kopfpausechale begrüßte er ausdrücklich: „Da haben wir nun ein klares Kon-zept mit klaren Botschaften vor-zuweisen: Arbeit wird billiger.“ Kritik auch. LUKAS WALLRAFF

Pharmakritik für Laien

Neue Zeitschrift will Patienten durch den Pharma-Dschungel leiten – erstmals werbefrei und unabhängig

BERLIN taz ■ Die Pharmaindus-trie gibt fast ein Drittel ihres Um-satzes für Marketing aus, doppelt so viel wie für Forschung und die Entwicklung neuer Medikamen-te. Wichtigste Zielgruppe dabei sind die ÄrztInnen: Schließlich entscheiden sie mit dem Rezept-block darüber, ob ein neues Me-dikament wirtschaftlich erfolg-reich wird. Auch die PatientIn-nen werden bearbeitet: mit Wer-bung für frei verkäufliche Arz-neimittel, mit Info-Flyern, die in den Praxen ausliegen, mit Auf-trägen an PR-Agenturen, die Zei-tungen druckfertige und kosten-lose Artikel zu neuen Medika-menten anbieten. „Die Beeinflus-sung ist breit und häufig subtil“, sagt Jörg Schaaber von der Zeit-schrift *Pharma-Brief*. Das Pro-blem dabei: Der Patient kann die Informationen, die auf ihn ein-prasseln, meist nicht beurteilen. Hier will eine neue Zeitschrift jetzt Abhilfe schaffen.

Ist ein Medikament sinnvoll? Zu teuer? Ist es nicht aus-reichend erprobt – und kann so-gar gefährlich werden? Diesen Fragen will sich *Gute Pillen* – *schlechte Pillen* künftig alle zwei Monate widmen. Das bundes-weit Einzigartige dabei: Die Zeit-schrift enthält keine Werbung und ist unabhängig von der Pharmaindustrie – und auch von

den anderen zahlreichen Inter-essengruppen im Gesundheits-wesen. Dafür ist das neue Heft ein Low-Budget-Produkt, und so sieht es auch aus: zwölf schmucklose Seiten im DIN-A4-Format. Wenig Fotos, viel Text.

Herausgegeben wird das Blatt von drei pharmakritischen Zeit-schriften, von denen zwei bis-lang miteinander konkurrierten: Sowohl das *arznei-telegramm* als auch *Der Arzneimittelbrief* infor-mieren seit Jahrzehnten ÄrztIn-nen und ApothekerInnen sach-kundig über Nutzen und Gefah-ren von Pillen, Spritzen und Co. Die beiden Blätter erreichen bundesweit fast ein Viertel aller Arztpraxen. Dritter im Bund ist der *Pharma-Brief* der BUKO-Pharma-Kampagne, der sich vor allem an PolitikerInnen und Dritte-Welt-Gruppen wendet.

Die AutorInnen des neuen Heftes stammen meist aus die-sen drei Redaktionen. Ihre Quel-len sind die internationalen Fachzeitschriften, ihr Maßstab die so genannte Evidence-based Medicine, die Wirkungen und Nebenwirkungen exakt messen und nachweisen will. Berück-sichtigt werden aber auch Ge-brauchsfreundlichkeit und Preis.

SABINE AM ORDE

Infos unter: www.gutepillen-schlechtepillen.de

Pakistans Wirtschaft hat nicht gebebt

Das verheerende Erdbeben wird vor Ort kaum ökonomische Folgen haben: Denn Pakistans Norden hat sowieso fast keine Wirtschaft. Die Hochlandtäler sind das Armenhaus der Nation. Die hohen Ölpreise machen dem Land mehr zu schaffen

AUS DEHLI
BERNARD IMHASLY

„Das Erdbeben hat nur geringen Einfluss auf Pakistans Wirtschaft.“ Dieses Urteil des pakistanischen Wirtschaftsfachmanns Sakeb Sherani mag zynisch erscheinen – hat doch die Katastrophe tausende Tote gefordert. Trotzdem trifft es wohl die Wahrheit. Denn das Erdbebengebiet in Kaschmir hat kaum „Wirtschaft“.

Das Erdbeben vom 8. Oktober vernichtete fast die Hälfte aller Arbeitsplätze in der Region. Doch obwohl ganze Städte und Täler zerstört wurden, lässt sich nicht übersehen, dass die betroffene Bevölkerung „nur“ rund 3,5 Millionen ausmacht – in einer Volkswirtschaft mit über 150 Millionen Menschen. Das Gebiet ist

ÜBER 50.000 OPFER

Knapp zwei Wochen nach dem verheerenden Erdbeben ist die Zahl der offiziell bestätigten Todesopfer in Pakistan auf über 50.000 gestiegen. 525.000 Familien seien betroffen. Der pakistanische Präsident Musharraf kritisierte die internationale Hilfe als „völlig unzureichend“. Bisher seien 620 Millionen US-Dollar versprochen worden. Für den Wiederaufbau würden aber rund 5 Milliarden US-Dollar benötigt. Im indischen Teil Kaschmirs waren bei dem Erdbeben vom 8. Oktober nach offiziellen Angaben rund 1.600 Menschen ums Leben gekommen. Weitere Opfer werden befürchtet. UN-Generalsekretär Kofi Annan hatte die Weltgemeinschaft am Mittwoch um mehr Erdbebenhilfe gebeten und vor einer „zweiten massiven Todeswelle“ gewarnt. **DPA**



Erschöpft: Rettungshelfer in Nordpakistan FOTO: REUTERS

das Armenhaus des Landes, in dem zwei Drittel der Bevölkerung unter der Armutsgrenze leben (also über weniger als 2 Dollar pro Kopf und Tag verfügen). Tourismus gibt es kaum in dieser politisch sensiblen Zone, die zwischen Pakistan und Indien umstritten ist.

Wenn Pakistans Wachstumsprognosen für 2005 dennoch um 2 Prozent heruntergeschraubt wurden, dann liegt dies weniger am Erdbeben als an internationalen Faktoren. Dazu gehört etwa der steigende Erdölpreis. Der wichtigste Grund für die zurückhaltenden Erwartungen ist allerdings, dass die Wirtschaft

im letzten Jahr um sensationelle 8,4 Prozent wuchs – ein langjähriger Rekord, der sich nicht so leicht wiederholen lässt.

Das Handelsbilanzdefizit hat sich im ersten Quartal verdreifacht – darin spiegeln sich auch die steigenden Ölpreise. Diese hohen Importkosten konnten nicht ausgeglichen werden, obwohl die Ausfuhren ebenfalls um 20 Prozent zunahmen. Das Jahresdefizit dürfte daher die anvisierten 7 Milliarden Dollar überschreiten. Dennoch bleibt die Regierung optimistisch, weil die pakistanischen Arbeiter im Ausland bereits in den ersten drei Monaten 1 Milliarde Dollar nach Hause überwiesen haben. Allein diese Zuflüsse könnten das Defizit um 60 Prozent reduzieren. Diese Hoffnung äußert sich auch in den Kursen an der Karatschi-Börse: Seit September 2004 stiegen die Werte um 37 Prozent.

Bleibt die größte Sorge: Durch die steigenden Ölpreise dürfte die Inflationsrate in Kürze zweistellig sein. Der rasante Preisauftrieb trifft vor allem die Armen, denn sie müssen den größten Teil ihres Einkommens für Nah-

rung und Behausung aufwenden. Mehr als die Hälfte der pakistanischen Bevölkerung lebt immer noch von der Landwirtschaft. Wie dünn die Existenzsicherung für die Armen ist, zeigt ihr Beitrag zum Steueraufkommen: Die Bauern erwirtschaften nur 23 Prozent vom Bruttosozialprodukt – und ganze 1,2 Prozent von den Steuereinnahmen.

Die Inflation dürfte durch das Erdbeben vorerst noch weiter zunehmen: Denn die Lebensmittelpreise werden durch die Nahrungsengpässe ansteigen, ebenso wächst die Nachfrage nach Bauleistungen und -materialien. Internationale Hilfe könnte diese Knappheiten lindern und die Teuerung beschränken. Allerdings laufen die Spenden bisher erst außerordentlich zögernd an (*siehe Kasten*).

Wirtschaftsfachmann Sakeb Sherani glaubt dennoch, dass das Erdbeben langfristig der pakistanischen Ökonomie sogar nutzen kann: „Der Wiederaufbau wird sich positiv auf das Wachstum auswirken.“ Belege dafür gibt es in Europa: Nach der Elbeflut verzeichnete Sachsen sehr starke Zuwächse.

Warnstreik für die AEG-Zukunft

NÜRNBERG afp ■ Kurz vor der nächsten Verhandlungsrunde über die Zukunft des bedrohten AEG-Stammwerks in Nürnberg haben gestern rund tausend Beschäftigte die Produktion lahm gelegt. Mit Beginn der Frühlingschicht begann ein Ausstand, an dem sich Arbeiter sowie Angestellte beteiligten. Erst mit der Spätschicht am Freitagnachmittag sollte die Fertigung wieder aufgenommen werden, sagte der zweite Bevollmächtigte der IG Metall Nürnberg, Jürgen Wechsler. Die AEGler schlossen sich damit einem europaweiten Protesttag der Beschäftigten des schwedischen Mutterkonzerns Electrolux an. Wechsler sagte, bei den am Dienstag mit Electrolux geplanten Gesprächen über die Zukunft der Nürnberger AEG gehe es zum einen um die Möglichkeiten, das traditionsreiche Stammwerk zu erhalten. Zum anderen gehe es auch bereits um Forderungen nach konkreten Zusagen des Mutterkonzerns. Dazu zählten garantierte Stückzahlen für die Fertigung bis zum Jahr 2010 sowie die Forderung nach Investitionen. In Nürnberg stehen rund 1.750 Arbeitsplätze auf dem Spiel. Electrolux erwägt eine Schließung des Werks, da es nach Angaben des Konzerns nicht profitabel genug arbeitet.

ANZEIGE

Leckerbissen Unkraut

Exotische Geschäftsidee hat Erfolg: Wildkräuter anbauen. Vor allem Spitzenköche begeistern sich für das Unkraut

GREIFSWALD taz ■ Sauerklee, Brennnessel, Spitzwegerich oder Vogelmiere – des einen sein Unkraut ist des anderen Geschäft. Essbare Landschaften GmbH heißt die Firma von Olaf Schnelle und Ralf Hiener, die in der Nähe von Stralsund mittlerweile zehn Leute beschäftigt. Die Geschäftsidee ist bundesweit einmalig und dennoch uralt; schon früher wurden Wildkräuter in den Läden verkauft. Vor etwa hundert Jahren wandelte sich das Angebot dann, als Obst in die Geschäfte drängte und die Feldkräuter als Vitaminlieferanten ablöste. „Da ist viel Wissen verloren gegangen“, sagt Schnelle, der Gartenbauingenieur ist.

Vom „Le Jardin de France“ in Baden-Baden über das Berliner „Ritz“ bis zum „Blauen Salon“ von VW – die Referenzliste der Essbaren Landschaften deckt sich ungefähr mit den Wirkungsstätten deutscher Spitzenköche. Mittlerweile bauen die „Essbare Landschaften“ über 80 verschiedene Kräuter an. Die wöchentliche Sortimentliste umfasst zwei klein bedruckte Seiten, auf denen neben einheimischem auch internationales Unkraut zu finden ist: chinesischer Senf und Brennnessel, Bunter Mangold und Speisechrysanthem. Die Spezialitäten werden vom Gut Boltenhagen derzeit in über 500 Restaurants deutschlandweit verschickt – auch kurzfristig über Nacht.

Für diesen Versandhandel ist der Standort nicht unbedingt günstig: Die Gärtnerei liegt im

äußersten Nord-Osten Deutschlands. „Es gab zwei Gründe, sich gerade hier anzusiedeln“, sagt Schnelle: „Die Arbeitslosigkeit und zusammengebrochene Agrarstrukturen.“ Die Pommern seien sich nicht zu schade, „Arbeit zu verrichten, bei der die Hände dreckig werden“. Außerdem habe man in Zentral- und Westdeutschland keine geeignete Immobilie gefunden.

Dabei ist diese Firma blanker Zufall. Eigentlich war Schnelle aus Thüringen nach Vorpommern gekommen, um Pflanzklärwerke etwa aus Schilf zu bauen. Als das Geschäft immer schlechter lief, begann er sein Hobby zu vermarkten. Mit 17 Jahren hatte Schnelle einen Film über den Berufsabenteurer Rüdiger Nehberg gesehen, der von Hamburg nach München wanderte und dabei aß, was die Natur ihm bereitstellte. Das faszinierte Schnelle, der fortan alles ausprobierte, was essbar in der Landschaft wuchs. Und es kultivierte. Schnelle bot Edelrestaurants an der Ostsee Brunnenkresse, Sauerklee und sein Würzwissen an. Schon in den ersten 24 Stunden meldeten sich mehrere Wirte – am schnellsten war der Koch Ralf Hiener, der nun sein Partner ist.

Nicht nur Edelköche profitieren. Wer will, kann ab 25 Euro via Internet Essbare Landschaften bestellen. Dabei liefert die Ökogärtnerei bei Bedarf auch gleich Rezepte in Buchform mit.

NICK REIMER
www.essbarelandschaften.de

Zahl der Informationen, die einen Menschen täglich zwischen dem Erwachen und dem Zubettgehen erreichen: 10 000

Weitaus mehr als nur Zahlen.

Das Wirtschaftsmagazin brand eins.
Jetzt abonnieren: www.brandeins.de



in kürze

BAHN-VERSÄTUNG
Mehr Entschädigung

Reisende sollen unter einer großen Koalition bei Verspätungen deutlich mehr Entschädigungen erhalten als bisher. Der Anspruch sollte zudem gesetzlich verankert werden und auch für Busreisende gelten. Vorgesehen sind unter anderem Barzahlungen in Höhe von 90 Prozent des Reisepreises bei Verspätungen von 90 Minuten. (rtr)

HOCHSEE-WILDEREI
Eine Milliarde Gewinn

Illegaler Fischfang bedroht nach Angaben der Umweltorganisation World Wide Fund for Nature (WWF) viele ohnehin schon gefährdete Bestände in den Weltmeeren. Die Fischpiraterie sei mit einem Gewinn von jährlich fast einer Milliarde Euro ein großes Geschäft, teilte der WWF Deutschland gestern in Bremen mit. (dpa)

Dieselfuß: Filter wird gefördert

BERLIN ap ■ Die Nachrüstung von Dieselfußfiltern in älteren Autos soll steuerlich gefördert werden. Darauf hätten sich Union und SPD in der Arbeitsgruppe Umwelt der Koalitionsverhandlungen geeinigt, sagte der bayerische Umweltminister Werner Schnappauf gestern in Berlin. Die Anreize sollten aufkommensneutral finanziert werden. Eine Förderung von neuen Autos mit Dieselfußfilter sei nicht geplant, sagte der CSU-Politiker. Seit Jahresbeginn gilt auch in Deutschland eine Vorgabe der EU, wonach an nicht mehr als 35 Tagen im Jahr bei Feinstaub eine Schwelle von 50 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft überschritten werden darf. Etwa 20 Prozent der Belastung geht auf Diesellabgase zurück.

Neue Hoffnung für AEG-Werk

BERLIN ap ■ Der schwedische Electrolux-Konzern will einem Bericht zufolge seine Schließungspläne für das Nürnberger AEG-Stammwerk noch einmal überprüfen. Signifikante Einschnitte werde es aber in jedem Fall geben, berichtet die Welt unter Berufung auf Electrolux-Europa-Produktionsvorstand Horst Winkler. „Wir wollen das Nürnberger AEG-Stammwerk noch nicht aufgeben, sondern arbeiten mit Hochdruck an Lösungsmöglichkeiten, sodass es nicht zu einer kompletten Schließung kommen muss“, wurde Winkler zitiert. Gleichzeitig kündigte er den weiteren Ausbau des Rothenburger AEG-Werks mit 1.200 Mitarbeitern zu einem Kompetenzzentrum an.

Rekordumsatz bei Möbelhaus Ikea

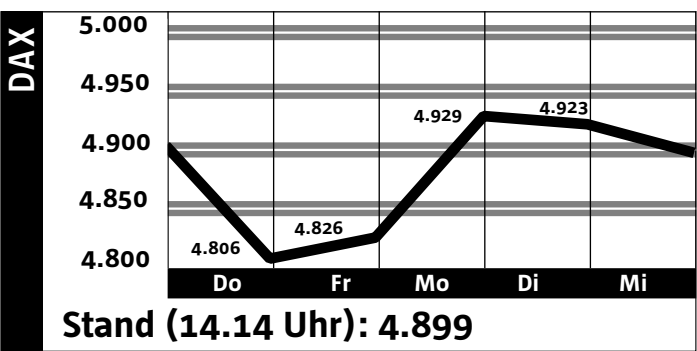
WALLAU ap ■ Das schwedische Möbelhaus Ikea hat im abgelautenen Geschäftsjahr in Deutschland so viel umgesetzt wie noch nie zuvor und rund 800 neue Jobs geschaffen. Wie Ikea Deutschland gestern mitteilte, verbesserte sich der Umsatz des Unternehmens um 11,3 Prozent auf 2,77 Milliarden Euro. Darin enthalten ist auch der Umsatz der drei in diesem Jahr neu eröffneten Häusern. Auf vergleichbarer Fläche erzielte Ikea trotz Preissenkungen insbesondere in den Bereichen Küche und Schlafzimmer ein Umsatzplus von 7,8 Prozent in dem Ende August abgelautenen Geschäftsjahr. Im laufenden Geschäftsjahr sollen zwei weitere Ikea-Häuser in Deutschland eröffnet werden.

tazrecherchedienst
Aktuell

taz-Diskussionen:
Der EU-Beitritt der Türkei

32 Seiten, Ringbindung
6€ zzgl. 0,85€ Porto

taz-Recherchedienst
www.taz.de | recherche@taz.de,
T (030) 25902284 (Di.–Do. 11–15 Uhr)



DIE BÖRSE
Mit realen Sorgen

Erst geriet die Supermarktkette Real wegen alten Hackfleischs in Verruf. Nun entwickelt sie sich zum Sorgenkind des größten deutschen Handelskonzerns Metro. Weil die Tochter weniger Gewinn erwartet, korrigierte Metro die Prognose des Gesamtkonzerns nach unten. Die Aktie fiel gestern um 4,5 Prozent auf 36,05 Euro. (dpa)

MARKTPLATZ

Dow Jones **10.406,77** (– 33,30)
TecDax 50 **575,95** (+ 6,48)
EuroStoxx 50 **3.297,44** (– 15,01)
Anleihen **3,280 % Rend.** (+ 0,03)
1,1992 Dollar = 1 € (– 0,0016)
0,67895 Pfund = 1 € (– 0,00005)
140,26 Yen = 1 € (+ 0,24)
Feinunze Gold **461,65 \$** (– 3,90)
Barrel Rohöl **58,48 \$**

Stand 15.15 Uhr, Änderung zum Vortagsfixing in Klammern, Anleihen-Renditedurchschnitt, Dow vom Vortag

Atomausstieg wird zur Chefsache

SPD und Union können sich bei Koalitionsverhandlungen nicht einigen. Stoiber und Gabriel sollen den Atomkonsens nun regeln. Ver.di-Chef Bsirske schreibt an designierte Kanzlerin Merkel: Atomausstieg gilt zwar weiter, soll aber modifiziert werden

VON NICK REIMER

Überraschender Besuch bei Deutschlands großen Energiekonzernen: Aktivisten von Robin Wood stiegen gestern Vattenfall, RWE, Eon und EnBW aufs Dach. Von den Konzernzentralen spannten sie Riesenbanner auf: „Unternehmen Strahlentod“, prangte etwa an der Karlsruher EnBW-Fassade. „Aus Bewag wird Vattenfall – und Umweltschutz bleibt Lüge“, hieß es in Berlin. Gleich lautend hieß es überall: „Atomausstieg jetzt“.

Gut getimt: In Berlin traf sich gestern die CDU-SPD-Verhandlungsgruppe Umwelt, um über

den Atomkonsens zu verhandeln. Ohne Einigung. Jetzt sollen CSU-Chef Edmund Stoiber und der designierte SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel einen Sondierungsversuch starten. Dabei soll auch über die Suche nach einem Endlager gesprochen werden, bei dem die Union als Standort Gorleben vorzieht.

Die heftige Debatte vor Wochenfrist hatte ausgerechnet die Gewerkschaft Ver.di ausgelöst. Obwohl sie sich den Atomausstieg in die Statuten geschrieben hatte, verfasste Ver.di-Boss Frank Bsirske gemeinsam mit Vattenfall, RWE, Eon und EnBW ein Papier, das längere Laufzeiten fordert. Seither bekommt Bsirske

viel Post: „Lieber Frank Bsirske, als langjähriges Mitglied von ÖTV und Ver.di fordere ich Dich auf, die Unterschrift von Ver.di unter das Energiepapier mit den Stromkonzernen sofort zurückzunehmen. Halbherzige Presseerklärungen reichen nicht aus, um den Schaden zu begrenzen, den Ihr mit Eurer Unterschrift bereits angerichtet habt“, schrieb etwa „mit Unverständnis und Wut: Prof. Thomas Sauer“. Sauer lehrt in Jena Betriebswirtschaft.

Offenbar ist die Austrittswelle so groß, dass Ver.di gestern reagierte. In einem Brief an Angela Merkel schrieb Bsirske: „Die Prüfung anderer Endlager-Standorte muss forciert werden“. Innova-

tive Techniken wie die Kraft-Wärme-Kopplung seien unverzichtbar. Das gemeinsame Papier mit Vattenfall, RWE, Eon und EnBW gehe jedenfalls davon aus, dass der Atomkonsens „nach wie vor gilt und weiter gelten soll“.

„Das Papier ist völlig falsch interpretiert worden“, erklärte gestern Jürgen Hogrefe der taz. Hogrefe leitet den EnBW-Bereich Politik. Mitnichten fordere es längere Laufzeiten, vielmehr sei es „ein Plädoyer für eine ideologiefreie Debatte um die Energieversorgung der Zukunft“. Herr Hogrefe: Ist der Konsens denn unideologisch? „Regelwerke müssen den Notwendigkeiten der Zeit angepasst werden. Das

gilt für das Grundgesetz genau so wie für den Atomkonsens.“

Findet auch Frank Bsirske. An Merkel schrieb er: „Um den CO₂-Ausstoß weiter zu senken, kann es erforderlich sein, Atomenergie zur Stromerzeugung in der Grundlast einzusetzen.“ Im Rahmen des Atomkonsens sei dies möglich, wenn „Restlaufzeiten zwischen einzelnen Kraftwerken übertragen würden“.

Bsirske schrieb nicht nur an Merkel. Die Post an alle andere lautet so: „Ihre Austrittserklärung haben wir erhalten, eine postalische Bestätigung geht Ihnen in den nächsten Tagen zu. Vorher bitte ich Sie, Ihren Austritt nochmals zu überdenken.“

Rumsfeld befangen

US-Verteidigungsminister ist an Pharmakonzern beteiligt, der an Medikament gegen Vogelgrippevirus verdient

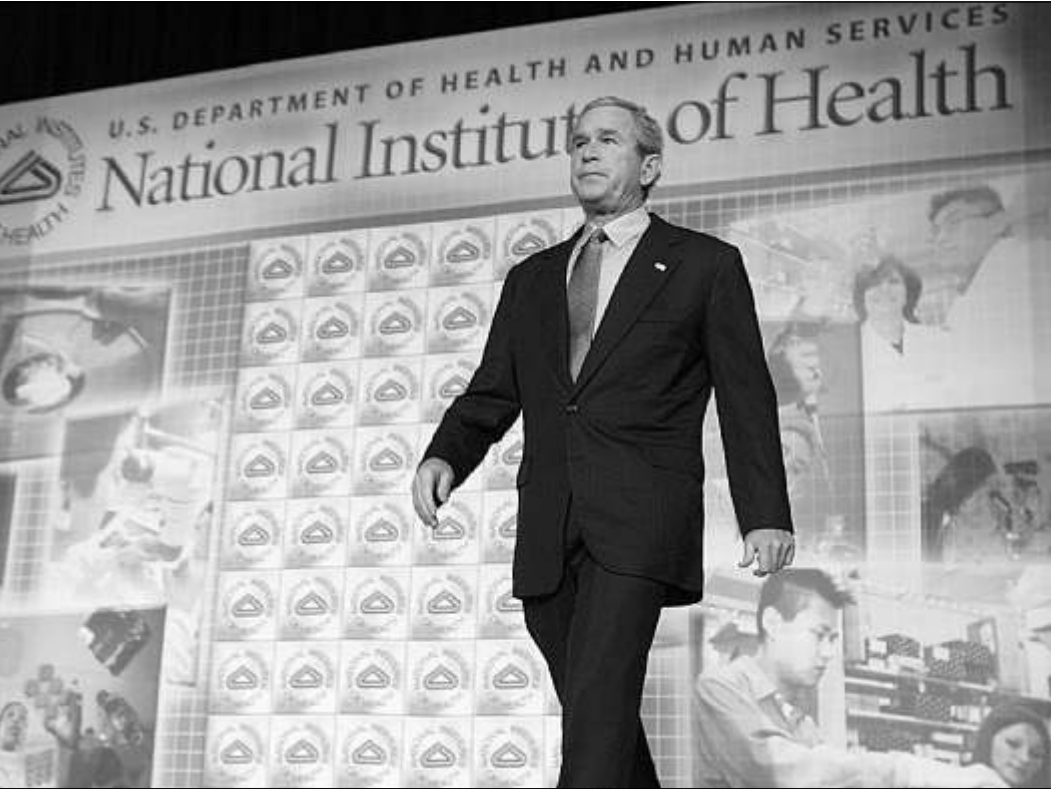
WASHINGTON ap/rtr ■ US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld hat sich in allen Entscheidungen zur vorbeugenden Bekämpfung der Vogelgrippe für befangen erklärt. Rumsfeld erklärte, er habe dem Ethikausschuss des Senats und dem Justizministerium seine Beteiligung an der Pharmafirma Gilead offen gelegt. Sie hat das Vogelgrippemedikament Tamiflu entwickelt und kassiert Lizenzgebühren vom Produzenten Roche.

Die betroffenen Institutionen hätten ihm geraten, er solle sich aus sämtlichen Entscheidungen zur Vorbeugung und Behandlung der Vogelgrippe heraushalten, sagte Rumsfeld. Die Nachfrage war nach den Berichten über die Ausbreitung der Vogelgrippe sprunghaft angestiegen – vor allem auch beim US-Militär.

Der Wert der Gilead-Aktien kletterte von 35 auf 47 Dollar.

US-Präsident George W. Bush hatte zuvor beim Kongress 7,1 Milliarden Dollar beantragt, mit denen er die USA auf eine mögliche Vogelgrippepandemie vorbereiten will. Von den 7,1 Milliarden Dollar seien 1,2 Milliarden zur Herstellung von 20 Millionen Impfstoffdosen eingeplant.

In Kanada scheint sich die Vogelgrippe auszubreiten. In der westlichen Provinz British Columbia wurde in rund 175 Wildenten eine Form des H5-Virus identifiziert. Am Montag war eine ähnliche Infektion aus den östlichen Provinzen Quebec und Manitoba gemeldet worden. In allen Fällen wurde gestern noch untersucht, ob der auch für Menschen gefährliche Erreger H5N1 aufgetreten sein könnte.



Beantragt 7,1 Milliarden zur Bekämpfung der Vogelgrippe: Präsident Bush vor der Gesundheitsbehörde FOTO: AP

Telekom streicht 19.000 Stellen

Grund sei die wachsende Konkurrenz im Festnetzgeschäft, sagt Unternehmenschef Ricke. Es gehe nur um die Steigerung des Aktienkurses, sagt die Gewerkschaft

BERLIN taz ■ 32.000 Mitarbeiter der Deutschen Telekom sollen in den kommenden drei Jahren das Unternehmen verlassen. Zumindest sieht das der Sparplan vor, den das Unternehmen gestern vorstellte. Dieser läuft netto auf die Streichung von 19.000 Arbeitsplätzen hinaus, denn 6.000 Mitarbeiter sollen in den kommenden Jahren neu eingestellt werden: Hinzu kommen 7.000 Arbeitnehmer der Beschäftigungsgesellschaft Vivento, deren Arbeitsbereiche die Telekom verkaufen will, wie zum Beispiel das Call Center. Betriebsbedingte Kündigungen soll es aber vorerst nicht geben. Die entsprechende Vereinbarung mit den Gewerkschaften gelte bis Ende 2008.

Stattdessen will die Telekom „freiwillige Personalabbauinstrumente“ nutzen, wie Alterszeit und Abfindungen. Mit dem Bund werde über eine Vorruhestandsregelung für die noch im Unternehmen beschäftigten Beamten gesprochen. Insgesamt

soll der Personalabbau 3,3 Milliarden Euro kosten. Die Telekom hatte Ende Juni gut 244.000 Mitarbeiter, davon waren noch mehr als 46.600 Beamte. Seit der Privatisierung hat die Telekom mehr als 100.000 Stellen gestrichen.

Von den neuen Kürzungen besonders betroffen ist die Festnetzsparte T-Com, die etwa 20.000 Stellen streichen muss. „Der weltweite Umbruch der Branche, die rasante technologische Entwicklung und besonders der regulierungsbedingt harte Wettbewerb im Festnetz- und Breitbandbereich in Deutschland stellen den gesamten Konzern vor verschärfte Herausforderungen“, begründete Telekom-Chef Kai-Uwe Ricke den Stellenabbau. Gleichzeitig drohte er damit, dass noch mehr Jobs gestrichen werden könnten. „Sollte beispielsweise der Aufbau eines Hochgeschwindigkeits-Glasfasernetzes aufgrund von Regulierung dieses neuen Marktes ge-

fährdet sein, droht ein zusätzlicher Entfall von 5.000 Stellen.“

Der designierte Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) bedauerte in Berlin den Stellenabbau bei dem einstigen Staatskonzern. „Wir können jedoch nicht künstlich Arbeitsplätze halten, die nicht mehr gebraucht werden“, sagte Glos.

Die Gewerkschaft Ver.di übte hingegen scharfe Kritik. „Jetzt sollen offensichtlich wieder die Beschäftigten die Zeche zahlen, obwohl sie dem Unternehmen bereits in den vergangenen Jahren mit ihrem Beitrag zum Beschäftigungsbündnis aus tiefroten Zahlen geholfen haben“, kritisierte der stellvertretende Ver.di-Vorsitzende Franz Tremel, auch Aufsichtsrat der Telekom. Die Planungen seien nicht nachvollziehbar und dienten nur dazu, den Aktienkurs in die Höhe zu treiben. Das hat gestern zumindest geklappt. Am Mittag lag die T-Aktie mit 2,6 Prozent im Plus.

STEPHAN KOSCH

Sünden exportiert

Neue umweltökonomische Gesamtrechnung zeigt: Die Wirtschaft schont die Umwelt – jedenfalls in Deutschland

BERLIN taz ■ Auf den ersten Blick sieht alles bestens aus: Die deutsche Wirtschaft, so das statistische Bundesamt gestern, belastet die Umwelt heutzutage weniger stark als noch vor einigen Jahren. Der Präsident der Behörde, Johann Hahlen, sagte: „Energie und Rohstoffe werden besser genutzt“. Das sei das Ergebnis der umweltökonomischen Gesamtrechnung 2005, kurz UGR.

Seit 1991 erheben die Bundesstatistiker jährlich, wie stark die natürlichen Ressourcen für die Volkswirtschaft in Anspruch genommen werden. Dazu stellen sie dem Bruttoinlandsprodukt den Verbrauch von Baumaterialien, Kohle oder Wasser gegenüber. Und weil die Statistiker so genau hinsehen, fanden sie heraus: Die Umwelt wird nur vordergründig geschont, „fürs Schulterklopfen ist es zu früh“.

Die Entwicklung hängt nämlich nicht mit einem verändernden Umweltbewusstsein der Industrie zusammen, sondern mit

der schwächelnden Konjunktur. Beispiel Rohstoffe: „Hier gibt es keinen Effizienzgewinn“, sagt Karl Schroer, der die UGR leitet. Die „Rohstoffproduktivität“ habe sich nur statistisch gesteigert, weil in Deutschland weniger gebaut und weniger Steine oder Sand verbraucht wurden.

Ähnliches gilt für die Energie: Pro Kilojoule Energie wurden im Schnitt 188 Euro erwirtschaftet und damit mehr als zuvor. Die höhere Wertschöpfung, so sagt Schroer, sei aber zum Großteil dem Strukturwandel geschuldet – weg vom energieintensiven, produzierenden Gewerbe hin zu Dienstleistungen.

Die Umwelt jedenfalls darf sich etwas erholen – allerdings nur in Deutschland. Denn trotz aller Effizienz braucht die Republik nach wie vor viele Ressourcen. Der Bedarf wird zunehmend durch Importe gedeckt. Datensammler Hahlen konstatiert: „Die Umweltbelastungen werden ins Ausland verlagert.“ HG

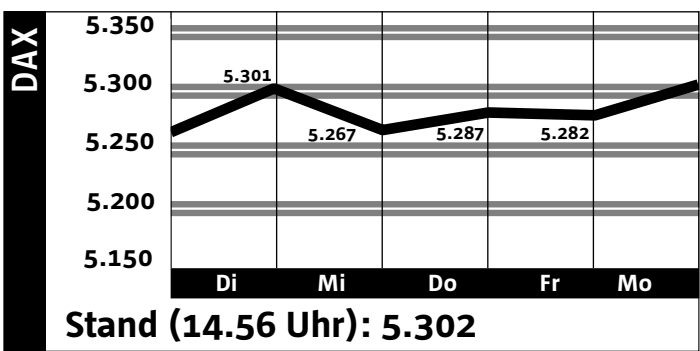
in kurze

STROMVERBRAUCH
Leicht gestiegen

Kühleres Wetter und leichtes Anziehen der Industrieproduktion haben den Stromverbrauch in den ersten neun Monaten etwas steigen lassen. Bis Ende September kauften die Deutschen 371 Milliarden Kilowattstunden und damit gut ein Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum, so der Verband der Elektrizitätswirtschaft. (dpa)

FILMSTUDIO DREAMWORKS
An Paramount verkauft

Die Hollywood-Größen Steven Spielberg, Jeffrey Katzenberg und David Geffen haben ihr unabhängiges Filmstudio DreamWorks SKG für 1,6 Milliarden Dollar abgegeben. Statt des zunächst avisierten Käufers NBC Universal hat Paramount Pictures, die Hollywood-Studio-Sparte von Viacom, DreamWorks übernommen. (dpa)



DIE BÖRSE
Börse zieht Firmen an

Drang an die Frankfurter Börse: Bis Ende November haben sich 40 deutsche Unternehmen neu an die Börse gewagt – dieser Wert wurde zuletzt im Jahr 2000 übertroffen, berichtet das Deutsche Aktieninstitut. Mit über 4 Milliarden Euro sei auch das Emissionsvolumen mehr als doppelt so hoch wie im gesamten Vorjahr gewesen (ap).

MARKTPLATZ

Dow Jones **10.778,58** (+ 23,46)
TecDax 50 **596,82** (– 0,10)
EuroStoxx 50 **3.520,70** (+ 19,90)
Anleihen **3,300 % Rend.** (+ 0,05)
1,1925 Dollar = 1 Euro (+ 0,014)
0,6743 Pfund = 1 Euro (+ 0,0011)
143,46 Yen = 1 Euro (+ 1,45)
Feinunze Gold **537,50 \$** (+ 12,75)
Barrel Rohöl **57,45 \$**

Stand 15.15 Uhr, Änderung zum Vortagsfixing in Klammern, Anleihen-Renditedurchschnitt, Dow v. Vortag

Exportierter Tod für 1,12 Milliarden Euro

Deutschland mischt bei Rüstungsexporten weltweit wieder ganz weit vorne mit. Noch immer entscheidet die Bundesregierung geheim und ohne jede Transparenz über Waffen-Ausfuhrgenehmigungen. Berichtet wird zu spät und unvollständig

VON TARIK AHMIA

Wo bleibt der Rüstungsexportbericht der Bundesregierung für 2004? Das Jahr 2005 ist fast zu Ende – doch die Bundesregierung hat die Zahlen der deutschen Rüstungsexporte des vergangenen Jahres noch immer nicht vorgelegt. Das zuständige Bundesministerium für Wirtschaft wollte gestern taz-Fragen „mündlich nicht beantworten“ – so ein Sprecher. Auch die schriftlichen Anfragen blieben bis Redaktionsschluss unbeantwortet. Schweigen auch bei Reiner Arnold, dem sicherheitspolitischen Sprecher der SPD.

Dabei sind die Zahlen eigentlich kein Geheimnis: Deutschland exportierte im Jahr 2004 Kriegsgerät im Wert von 3,8 Milliarden Euro. Damit ist Deutschland der viertgrößte Rüstungsexporteur der Welt – hinter Russland, den USA und Frankreich. Das hat die „Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung“ (GKKE) ermittelt, die gestern in Berlin ihren Rüstungsexportbericht vorstellte. „Die rot-grüne Bundesregierung hat ihren Anspruch auf Zurückhaltung bei den Rüstungsexporten nicht eingelöst. Die Bilanz ist mager und enttäuschend“, erklärte Karl Jürsten, Vorsitzender der GKKE.

Die Kirchenmänner haben sich ihre Zahlen nicht bei der Bundesregierung, sondern beim Rat der EU besorgt. Seit 1998 gibt es dort einen EU-Verhaltenskodex, nach dem die Waffenexporte offen gelegt werden müssen. Der aktuelle Bericht des EU-Rates von Mitte November enthält bereits jene Daten, die die Bundesregierung weiterhin verschweigt. Nach diesen Angaben gehören Landfahrzeuge und Kriegsschiffe zu den deutschen Exportschlägern. Doch nicht nur Munition und Waffen gelten als Rüstungsgüter, sondern auch Radare, Stiefel, Westen. Ein Drittel davon ging in Entwicklungsländer.

Echte Kriegswaffen hat Deutschland im Wert von 1,12 Milliarden Euro exportiert. „Der Exportwert wird aber nur für Kriegswaffen angegeben. Für andere Rüstungsgüter – Radare, Stiefel, Westen – gibt die Bundesregierung nur die Zahl der erteilten Ausfuhrgenehmigungen an“, sagte Bernhard Moltmann von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Moltmann fordert die Bundesregierung zu mehr Transparenz bei deutschen Rüstungsexporten auf. Bis heute werden wichtige Exportentscheidungen im geheim tagenden Bundessicherheitsrat gefällt. „Bei wichtigen Ausfuhrentscheidungen muss

das Parlament stärker einbezogen werden.“

Zu den Glanzstücken deutscher Waffenschmieden gehören Gewehre und Pistolen. „Zwei Drittel der Exporte gingen 2004 in die USA“, erklärt Moltmann. Angesichts der dortigen Waffenkultur sei dies „skandalös“. Noch skandalöser allerdings sei die Streumunition, die für Flächenbombardements mit verheerender Wirkung eingesetzt wird – und zum Standardsortiment der deutschen Waffenschmiede Rheinmetall gehört. Andere Länder – etwa Belgien – haben solcherlei Exportgut inzwischen verboten. www.ruestungsexport.info

Mitarbeiter surfen, Chefs spitzeln

Der DGB will geregelt haben, was Arbeitgeber über Surf-Verhalten und Mail-Verkehr der Mitarbeiter wissen dürfen

BERLIN taz ■ Dürfen Angestellte während der Arbeit private E-Mails schreiben? Oder in der Pause im Internet nach Weihnachtsgeschenken suchen? Die meisten Firmen haben diese Fragen nicht eindeutig geregelt – und damit beginnen die Probleme.

Um Missbrauch zu verhindern, zeichnen viele Unternehmen alle Computerdaten ihrer Mitarbeiter auf. Den Gewerkschaften geht diese Sammelwut zu weit. Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Dienstleistungsgesellschaft Ver.di wollen auf einer heute stattfindenden Tagung ein Gesetz zum Arbeitnehmerdatenschutz verlangen. „Sonst besteht die Gefahr, dass zunehmend Persönlichkeitsrechte von Arbeitnehmern verletzt werden“, sagte Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende DGB-Vorsitzende, der taz.

Den Gewerkschaften macht nicht nur Sorgen, dass Firmen protokollieren, welche Internet-Seiten ihre Mitarbeiter angucken. Manche Arbeitgeber durchsuchen die elektronische

Post und die betrachteten Internet-Seiten mit einer speziellen Filter-Software nach verdächtigen Wörtern. Damit soll etwa verhindert werden, dass mit dem Büro-PC Porno-Seiten aufgerufen werden.

Technisch ist die Überwachung kein Problem, datenschutzrechtlich jedoch mehr als bedenklich. Denn aus den gesammelten Daten lassen sich nicht nur Porno-Seiten herausfiltern. Es können auch leicht individuelle Profile der Mitarbeiter erstellt werden. Zudem benutzen es manche Firmen als Kündigungsvorwand, wenn sie unliebsame Mitarbeitern beim Privat-Surfen erwischen.

„Gerade bei E-Mail und Internet ist die Trennung zwischen privat und geschäftlich sehr schwer zu ziehen“, sagte Engelen-Kefer. Daher bewegten sich Unternehmen beim Datensammeln in einer Grauzone: Private E-Mails sind durchs Briefgeheimnis eindeutig geschützt, auf geschäftliche E-Mails darf der Arbeitgeber hingegen zugreifen.



Fußball-WM-Seiten angucken bei der Arbeit? So etwas bekämpfen viele Firmen mit Überwachung FOTO: REUTERS

Um dies Grauzone zu beseitigen, sei ein neues Gesetz unverzichtbar. „Wir brauchen eine klare Regelung, die sagt, was erlaubt ist und was nicht“, sagte Engelen-Kefer. „Auf jeden Fall muss das Recht auf informationelle Selbstbestimmung für Arbeitnehmer festgeschrieben werden“, forderte Ver.di-Referentin Cornelia Brandt. Der Arbeitgeber müsste seine Angestellten darüber in-

formieren, welche persönlichen Daten er speichert und vor allem zu welchem Zweck.

Zustimmung finden die Pläne bei den Datenschützern. „Ein Datenschutzgesetz für Arbeitnehmer ist überfällig“, sagte Peter Büttgen, Sprecher des Bundesdatenschutzbeauftragten. Die rot-grüne Bundesregierung hatte schon 2002 im Koalitionsvertrag eine gesetzliche Regelung ver-

sprochen, kam jedoch über einen ersten Entwurf nicht hinaus.

Immerhin könnten Angestellte bereits nach geltendem Recht schnüffelnde Chefs in ihre Schranken weisen. Es sei nicht erlaubt, die Mitarbeiter lückenlos zu überwachen, sagte Büttgen: „Eine Totalüberwachung ist unverhältnismäßig und deshalb bereits rechtlich unzulässig.“

JAN PFAFF

Electrolux macht AEG-Werk in Nürnberg dicht

Wochenlang haben die 1.750 Arbeiter gegen die drohende Abwicklung der Fabrik gekämpft – umsonst

MÜNCHEN taz ■ All die Bitten und der Protest in den letzten Monaten haben nichts genutzt. Der schwedische Haushaltsgerätehersteller Electrolux schließt sein AEG-Werk in Nürnberg bis Ende 2007. Etwa 1.750 Menschen werden damit ihren Arbeitsplatz verlieren.

„Mit Blick auf das Gesamtunternehmen gibt es keine Alternative“, erklärte Electrolux-Konzernvorstand Johan Bygge gestern nach einer Sitzung des Aufsichtsrates. Der Durchschnittspreis für Waschmaschinen sei in den vergangenen zwei Jahren um 15 Prozent gefallen, jede in Deutschland verkaufte Waschmaschine bringe 60 Euro Ver-

lust. Man dürfe „die Augen vor den Realitäten nicht verschließen“, sagte Bygge. Dessen Konzern erwirtschaftete allein von Juli bis Oktober diesen Jahres einen Vorsteuergewinn von 166 Millionen Euro.

Die Gewerkschaft will den Beschluss aber nicht tatenlos hinnehmen: „Wir werden Electrolux in den nächsten Monaten ordentlich verprügeln“, rief IG-Metall-Vize Jürgen Wechsler gestern auf einer Kundgebung vor den Werkstoren. „Was hier gemacht wird, ist Menschen verachtend.“

Seit im Februar die Überprüfung des Standorts Nürnberg und weiterer Werke in „Hochlohnländern“ bekannt ge-

worden war, hatte es viele Rettungsversuche gegeben. Neben einem europaweiten Warnstreik hatte die IG Metall mit einem Boykottaufruf gedroht.

Mit Blick auf die Zahlen hatten sich Betriebsrat und Gewerkschaft schließlich bereit erklärt, dem Abbau von 770 Arbeitsplätzen abzusagen, falls Electrolux eine Standortgarantie bis zum Jahr 2010 gebe. Doch dieses Konzept, das jährlich zehn Millionen Euro eingespart hätte, nutzte ebenso wenig wie eine briefliche Bitte des evangelischen Landesbischofs, „nicht die Prinzipien, sondern die Menschen in den Mittelpunkt zu stellen“.

In Nürnberg produziert AEG-

Electrolux derzeit Waschmaschinen und Geschirrspüler der Marken AEG, Electrolux, Juno und Zanussi. Insgesamt verlassen dieses Jahr 1,4 Millionen Geräte das Werk, 2003 waren es noch 1,8 Millionen. Diese Produktion wird bis 2007 nach Polen verlagert, wo derzeit für rund 77 Millionen Euro zwei neue Werke entstehen. Nürnberg wird stillgelegt.

Damit verbleibt nur noch ein AEG-Standort in Deutschland: das Kochplatten-Werk in Rothenburg ob der Tauber. Und eine deutsche Weltmarke steht vor dem Ende. Begonnen hatte alles 1883 mit dem Erwerb der Edison-Patente und der damit verbun-

denen Möglichkeit zur Glühbirnen-Fabrikation. Es war die Zeit der Industrialisierung und Elektrifizierung – 1914 hatte die „Allgemeine Electricitätsgesellschaft“ bereits 66.000 Mitarbeiter. Wechselseitig sechzig Jahre später stand der Konzern – mittlerweile bekannt unter AEG-Telefunken – vor dem Konkurs und die weltweit 178.000 Mitarbeiter vor dem Aus.

Zu groß war die Produktpalette: Atomkraftwerke, Schienenverkehrstechnik, Lavamat-Waschmaschinen, Kochmulden produzierte das Unternehmen. 1994 übernahm Electrolux die Haushaltsgerätesparte und damit das Nürnberger Werk. Die anderen Teile wurden mit Daimler-Benz vereinigt. Überlebt hat nur die Marke „AEG“, die laut Electrolux für „technische Faszination, Qualität und Langlebigkeit“ steht. MAX HÄGLER

Wetter lässt Wald gesunden

SCHWERIN epd ■ Im Kampf gegen das Waldsterben hat Mecklenburg-Vorpommern eigenen Angaben zufolge Brandenburg vom Spitzenrang verdrängt. Der Anteil deutlich geschädigter Bäume, also mit mehr als 25 Prozent Nadel- oder Blattverlust, sei gegenüber 2004 um fünf auf zwölf Prozent gesunken, sagte Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD) bei der Vorstellung des Waldzustandsberichtes 2005 gestern in Schwerin. Der Bundesdurchschnitt in dieser höchsten Schadstufe liege bei 29 Prozent. Unverändert 47 Prozent der 1.920 begutachteten Bäume seien schwach geschädigt, 41 Prozent zeigten keine Schäden, das seien fünf Prozent mehr als im Vorjahr. Backhaus führte dies vor allem auf die günstige Witterung in den vergangenen beiden Vegetationsperioden und des vergangenen Winters zurück.

 **Nichts muss bleiben wie es ist**



Erwerben Sie jetzt Eigentum an der einzigen unabhängigen tageszeitung im Besitz ihrer LeserInnen.

Heute sichern bereits mehr als 6.200 Menschen mit ihren Einlagen in die taz Genossenschaft die publizistische Unabhängigkeit der **tageszeitung**

Mit einer einmaligen Einlage ab 500 Euro* können auch Sie taz-Genossin werden.

* auch in 20 Raten zahlbar



in kürze

KOLIBAKTERIEN

Warnung vor Reo-Käse

Das Bundesamt für Verbraucherschutz warnt vor dem Verzehr von Weichkäse aus der französischen Molkerei Val d' Ay. Im Rohmilchkäse der Marken „Reo“, „Reaux“, „Laiterie du Val d' Ay“ und „Le Gaslonde“ wurden EHEC-Kolibakterien festgestellt. Die Molkerei habe alle Produkte mit der Kontrollnummer 50.267.01 zurückgerufen. (ap)

VW ROLLT IN CHINA

Neues Modell 2009

Volkswagen will offenbar 2009 in China einen neuen Kleinwagen auf den Markt bringen. Das eigens für chinesische Abnehmer konstruierte Fahrzeug solle dort ab umgerechnet 10.000 Euro erhältlich sein, beruft sich die *Automobilwoche* auf einen ungenannten VW-Manager. Ein VW-Sprecher wollte dies nicht kommentieren. (rtr)

DEUTSCHE VERLAGE

Papier aus Russland

Vier Großverlage wollen eine Papierfabrik in Russland aufbauen, um von ihren deutschen Lieferanten unabhängiger zu werden. Die Initiative dazu gehe vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger und dem Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft aus, sagte Michael Harms von der Geschäftsführung des Ostausschusses. (dpa)

A 71/THÜRINGER WALD

Tiefensee weiht ein

Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee hat die Thüringer-Wald-Autobahn A 71 Samstag nach zehnjähriger Bauzeit für den Verkehr freigegeben. Die 152 Kilometer lange Trasse über 31 Großbrücken und durch sechs Tunnel ist nun durchgängig von Erfurt bis Schweinfurt befahrbar. Der Bund investierte rund 1,6 Milliarden Euro. (dpa)

TANNENBAUMFÜSSE/CHINA

Schadstoffe entdeckt

Bei in China hergestellten Christbaumständern sind Krebs erregende Stoffe festgestellt worden. Die Chemische Produktprüfung Nürnberg ermittelte bei zwei Modellen deutlich überhöhte PAK-Werte, berichtet die *Passauer Neue Presse*. Die Belastung lag bei 800 bis 1.299 Milligramm pro Kilo – Richtwert sind 200 Milligramm. (afp)

MOBILCOM-JOBS

Bis zu 200 bedroht

Mobilcom will im Kerngeschäft rund 12 Prozent der Stellen abbauen. Im ersten Halbjahr 2006 sollen 180 bis 200 Stellen der zuletzt rund 1.540 Arbeitsplätze gestrichen werden, sagte ein Mobilcom-Sprecher. Zuvor hatte das Unternehmen mitgeteilt, dass die Personalkosten um 10 bis 15 Prozent sinken sollen. (dpa)

In Hessen darf Strom nicht teurer werden

Als erstes Bundesland lehnt Hessen die geplanten Preiserhöhungen der Stromversorger pauschal ab: Das sei ein „Teil des Kampfes gegen überhöhte Energiepreise“. Hessen könnte Vorbild für eine neue Strategie gegen Strommonopole sein

VON TARIK AHMIA

Die Stromversorger wollen erneut die Preise erhöhen, doch es regt sich Widerstand. „Sechs Prozent Preiserhöhung mache ich nicht mit“, sagte Hessens Wirtschaftsminister Alois Riehl (CDU), der gestern alle beantragten Erhöhungen der Strompreise pauschal untersagte. Die hessischen Stromversorger hatten beabsichtigt, im nächsten Jahr zwischen 5 und 9 Prozent mehr zu verlangen. „Die Strompreise für 3,7 Millionen private und gewerbliche Kunden werden nicht erhöht, sondern bleiben stabil“, betonte Riehl.

Die 50 Stromunternehmen hatten sich in Hessen Mehreinnahmen von 100 Millionen Euro versprochen – das sind etwa 40 Euro pro Jahr für einen durchschnittlichen 4-Personen-Haushalt. Die Stromversorger argumentierten bisher mit gestiegenen Beschaffungskosten für Kohle und Gas sowie höheren staatlichen Gebühren. Riehl hingegen warf den Stromkonzernen „überhöhte Monopolgewinne“ vor. „Die Verbraucher dürfen nicht länger die Melkkühe der Anteilseigner der Stromunternehmen sein.“ Die acht größten Stromkonzerne in Hessen hätten eine durchschnittliche Umsatzrendite von 10,6 Prozent. „Da verbieten sich Preiserhöhungen“, fand der Wirtschaftsminister.



Die sonnigen Geschäfte der Stromkonzerne werden durch die Politik gestört

FOTO: AP

Eine Erwiderung der Stromkonzerne war gestern bis Redaktionsschluss nicht zu erhalten. Allerdings geht das hessische Wirtschaftsministerium nicht davon aus, dass die Stromkonzerne neue Argumente für ihre geplanten Preiserhöhungen vorlegen. „Wir haben die Anträge genau geprüft“, sagte ein Sprecher. Die Entscheidung entspreche „faktisch einem Preisstopp“. Hessen geht damit als erstes Bundes-

land gegen die explosionsartig steigenden Energiepreise vor.

Verbraucher und Unternehmen mussten in diesem Jahr bereits Mehrkosten für Öl und Gas von bis zu 30 Prozent hinnehmen. Analysten machen dafür auch den fehlenden Wettbewerb verantwortlich: „Die vier großen Versorger haben sich den Markt größtenteils untereinander aufgeteilt“, sagt Annemarie Schlüter von der Hamburger Sparkasse.

Nur vier Konzerne beherrschen etwa 80 Prozent des deutschen Energiemarktes: Vattenfall, EnBW, RWE und Eon. Allein EnBW steigerte in den ersten neun Monaten dieses Jahres seinen Gewinn um 19,1 Prozent, Vattenfall Europe gar um 22,9 Prozent. Auch RWE und der weltgrößte private Energieproduzent Eon verdienen so gut wie nie.

Beim Bundeskartellamt läuft bereits ein Verfahren gegen RWE

Dividenden enttäuschen Aktionäre

Aktien sind riskant, werden aber auch nächstes Jahr kaum mehr Rendite abwerfen als sichere Bundesanleihen

HAMBURG taz ■ Im kommenden Frühjahr werden die 30 DAX-Aktienunternehmen mindestens 18 Milliarden Euro an ihre Eigentümer ausschütten. Damit werden die Dividenden um etwa 25 Prozent zulegen, womit die Rekordmarke aus dem Börsenboomjahr 2000 geschlagen wäre.

Können sich die Aktionäre also auf eine üppige Dividendenrendite freuen? Sie wird erreicht, indem die Dividende durch den Börsenkurs der Aktie geteilt wird. Doch das Ergebnis ent-

täuscht die Investoren. Denn für den DAX liegt die Dividendenrendite momentan deutlich unter 2,5 Prozent. Im nächsten Jahr könnte sie auf knapp 3 Prozent ansteigen. Wie die baden-württembergische Landesbank LBBW errechnet hat, wird dann die Deutsche Telekom mit 5,3 Prozent an der Spitze stehen, gefolgt von TUI mit 4,7 Prozent sowie Thyssen-Krupp, Eon und Daimler-Chrysler mit je rund 3,5 Prozent. Damit liegen die Aktien zwar über der Rendite zehnjähri-

ger Bundesanleihen, aber im Vergleich zu ausländischen Titeln hinken sie weit hinterher. Deutlich höher rangieren beispielsweise britische Spekulationspapiere von Lloyds TSB Group (7,3 Prozent), United Utilities (6,9 Prozent) und Northern Foods (5,9 Prozent).

Auch in absoluten Zahlen erscheinen die deutschen Dividenden eher mau. Die 500 größten US-Konzerne schütteten in diesem Jahr 200 Milliarden Dollar an ihre Anteilseigner aus, zudem

wurden für 300 Milliarden Aktien zurückgekauft. „Davon sind wir noch sehr, sehr weit entfernt“, beklagt der Aktionärs-Lobbyverband DSW. Hierzulande brachten es die tausend börsennotierten Aktiengesellschaften gerade mal auf ein Zehntel der US-Dividenden. DSW-Sprecher Jürgen Kurz kritisiert, dass in Deutschland nur rund 35 Prozent der operativen Gewinne an die Eigentümer ausgeschüttet werden. „Wir fordern 50 Prozent“, sagt Kurz – wie in Amerika. Un-

Stammt der Dreck von Ami-Autos?

Eine langjährige Abgasstudie des Forschungszentrums Karlsruhe ist wissenschaftlich umstritten. Kosten: 580.000 Euro

BERLIN taz ■ Nur teuer – oder auch unseriös? Ein Großversuch des Forschungszentrums Karlsruhe (FZK) ist umstritten. Allein 580.000 Euro an reinen Sachkosten hat das Projekt verschlungen. Öffentliche Gelder. Dafür beschäftigten sich 15 Wissenschaftler jahrelang damit, an der Autobahn zwischen Heidelberg und Mannheim gemessene Luftschadstoffmengen neu zu bewerten. Axel Friedrich vom Bundesumweltamt kritisiert die Ergebnisse als „fachlich inkompetent und grundsätzlich falsch“. Christoph Kottmaier vom FZK-Klimainstitut gibt sich hingegen

begeistert: „Durch die Messkampagne wurde die Datenbasis für unsere Modellrechnungen entscheidend verbessert.“

Die Karlsruher Forscher hatten ihr Projekt 2001 gestartet. Dabei zeichneten sie das Verkehrsaufkommen an der Autobahn A 656 an einer Messstelle mit Video auf. Dann übermittelten sie die Kennzeichen der vorbeikommenden Fahrzeuge an das Verkehrsamt in Flensburg. Die sich aus den Fahrzeugbriefen ergebenden Schadstoffmengen verglichen die Wissenschaftler schließlich mit den tatsächlich gemessenen Daten. Das Er-

gebnis überraschte: Alle bisherigen Berechnungen zum Schadstoffausstoß an Autobahnen schienen auf falschen Zahlen zu beruhen. „Wir haben über 23 Prozent mehr Kohlenmonoxide und 17 Prozent mehr Stickoxide gefunden, als in den Berechnungsmodellen vorgesehen war“, sagt Projektleiter Ulrich Corsmeier. Bei Benzol habe man sogar mehr als das Doppelte der erwarteten Menge ermittelt.

Das Bundesumweltamt hält hingegen die Versuchsanordnung für unwissenschaftlich. „Aus den Zahlen für ein kleines Stück Autobahn in Baden-

Württemberg lassen sich doch keine Rückschlüsse auf das Schadstoffaufkommen in der ganzen Republik ziehen“, empört sich Axel Friedrich. Zudem seien dort „überdurchschnittlich viele Ami-Autos aus einer nahen Kaserne unterwegs“, die einen erheblich höheren CO-Ausstoß hätten als deutsche. Außerdem seien die angewandten Messmethoden undurchsichtig. Die Karlsruher Ergebnisse würden jedenfalls nicht bei den Schadstoffberechnungen des Umweltbundesamtes berücksichtigt. Darüber seien die Karlsruher Forscher seit Jahren informiert.

gleich weniger profitabel sind freilich die meisten Aktienwerte außerhalb des DAX, denn zwei von drei Aktiengesellschaften hierzulande schütten überhaupt keine Dividende aus.

Die niedrigen Dividenden sind allerdings nicht ungewöhnlich. Deutsche Aktien brachten in den letzten Jahrzehnten fast immer nur rund 2 Prozent Rendite – wie ein klassisches Sparbuch. Der eigentliche Gewinn der Aktionäre liegt denn auch gar nicht bei den Dividenden; sie hoffen vor allem auf so rasante Kurssteigerungen wie in diesem Jahr. An Neujahr begann der DAX mit 4.256 Punkten, heute liegt er bei weit über 5.000.

HERMANNUS PFEIFFER

„Es gibt nur wenige Stellen an Autobahnen, die für so exakte Schadstoffmessungen geeignet sind“, rechtfertigt sich Kottmaier. Bei Messungen nahe der polnischen Grenze wäre es wegen der Ostautos auch zu verzerrten Ergebnissen gekommen.

Das Umweltministerium Baden-Württemberg hatte Fördermittel schon 2001 abgelehnt – wegen schwerwiegender handwerklicher Fehler. Umweltforscher Ulrich Höpfner hat die Studie als Obergutachter bewertet: „Was damals falsch war, wird jetzt auch nicht richtiger.“ Dabei hatten sich die FZK-Forscher viel versprochen: Sie wollten Klimaphänomene wie den Sommer-smog genauer vorhersagen oder die EU-Höchstgrenzen für Schadstoffe besser überwachen. ARNULF WIESCHALLA

AEG-Schließung soll teuer werden

NÜRNBERG/MÜNCHEN dpa ■ Die IG Metall will erreichen, dass es für die schwedische Electrolux teuer wird, ihre AEG-Tochter in Nürnberg zu schließen. „Die Belegschaft lässt sich nicht wie Opferlamm zur Schlachtbank führen“, sagte Bayerns IG-Metall-Chef Werner Neugebauer gestern. Die Gewerkschaft fordert Qualifizierungsmaßnahmen für die Beschäftigten und hohe Abfindungen. Electrolux will die AEG-Produktion von Wasch- und Spülmaschinen nach Italien und Polen verlagern. IG-Metall-Chef Jürgen Peters kündigte eine „knallharte“ Tarifrunde an, die für die Metallbranche voraussichtlich Mitte Februar startet.

Gas-Pipeline von Iran nach Indien

NEU-DELHI ap ■ Indien und Pakistan wollen bis Mitte 2007 mit dem Bau einer Gas-Pipeline Erdgas aus dem Iran beginnen. 4 Milliarden US-Dollar soll das Projekt kosten (3,4 Milliarden Euro). Das Gas soll ab 2010 durch Pakistan nach Indien fließen. Wie es am Wochenende hieß, sei dazu Anfang Februar ein Treffen in Teheran vorgesehen, an dem Vertretern aus Indien, dem Iran und Pakistan teilnehmen. Die USA lehnen Investitionen ab, die dem Iran dienen, und haben dies in Neu-Delhi und Islamabad deutlich gemacht. Iran hatte eine Pipeline bereits 1996 vorgeschlagen, Indien misstraute aber damals Pakistan.

tazcafé im Rudi-Dutschke-Haus

- Täglich wechselnder Mittagstisch
- Tapas und Kuchen
- „die tageszeitung“ (druckfrisch)

Öffnungszeiten
Mo – Fr: 8 – 20 Uhr
Kochstraße 18
Berlin-Kreuzberg



STROMVERSORGER FORDERN PREISAUFSCHLAG

■ Setzen sich die Anbieter durch, wird Strom ab Neujahr deutlich teurer. Doch anders als beim Benzinpreis reagiert der Kunde eher gelassen. Er spart nicht am Verbrauch, wechselt nicht den Versorger. Die Preise sind ja auch überall ähnlich

Der treue Kunde

VON ULRIKE HERRMANN

Für die privaten Stromkunden war es bisher einfach: Ihre Preise blieben 2005 weitgehend gleich. Wer hingegen Gas verbraucht, musste diverse Preis-

nisterien steigende Preise beantragt (siehe unten).

Der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) hat „noch keine Prognose“, wie hoch die Preiserhöhungen konkret ausfallen werden: „Das handeln die Versorger einzeln mit ihren Behörden aus.“ Der VDEW kann allerdings die Preisentwicklung der Vergangenheit sehr genau beschreiben. Basis ist der „Drei-Personen-Musterhaushalt“, der der Norm entspricht und also „keine Stromheizung hat“. Diese normierte 3-Personen-Gruppe verbraucht im Jahr 3.500 Kilowattstunden. Dafür zahlte sie 2005 monatlich 54,43 Euro, 1999 waren es nur 48,20 Euro (siehe Grafik).

Auf steigende Ölpreise reagieren die Verbraucher sofort – sie fahren weniger Auto; ihre „Benzinwut“ wird zum Medienthema. Mit einer vergleichbaren Stromwut rechnet niemand in der Branche. Der Stromkunde gilt als phlegmatisch. Nüchtern stellt Gero Lücking vom alternativen Anbieter Lichtblick fest, dass der „Stromverbrauch seit Jahren konstant bleibt“, obwohl die Preise steigen. Allerdings sind die Kunden nicht völlig sorglos; sie achten schon auf Effizienz, wie der VDEW beobachtet hat: „Es gibt immer mehr Elektrogeräte, aber der Verbrauch nimmt kaum zu.“

Zu diesem stagnierenden Markt gehört auch, dass die Kunden meist treu sind. Seit

1998 ist der Markt offiziell liberalisiert – doch nur ein Viertel aller Verbraucher hat seither den Vertrag verändert. Die meisten blieben bei ihrem alten Versorger. „Es wurde nur ein günstigerer Tarif ausgehandelt“, hat der VDEW ermittelt. „Zu einem neuen Anbieter sind höchstens 5 Prozent der Kunden gewechselt.“

Dennoch ist Lücking von Lichtblick zufrieden; allein im November konnte der alternative Anbieter 6.000 neue Kunden gewinnen. Insgesamt sind es nun mehr als 180.000. Sie alle werden ab 2006 damit konfrontiert, dass der Lichtblick-Preis um vier Prozent steigt.

Als besonders günstig empfehlen viele Internet-Ratgeber die Berliner FlexStrom. Doch Aribert Peters vom Bund der Energieverbraucher rät ab: „Die haben eine strukturelle Unterdeckung.“ Sprich: Sie sind zu billig. Diese Verluste würden dann mit dem „Geld von Neukunden“ kompensiert. „Das bringt den ganzen Strommarkt in Verruf.“

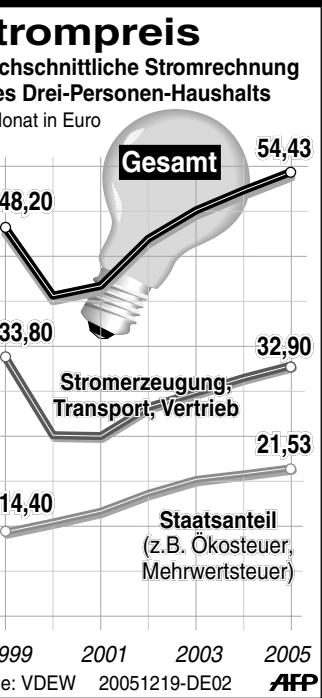
Insgesamt gibt es bundesweit rund 1.000 Stromanbieter, meldet der VDEW. „Es ist leichter, in diesem Land seinen Stromanbieter zu wechseln als seine Bank“, betont man stolz. Ein Problem bleibt jedoch: Die Stromanbieter können ihre Preise nicht beliebig gestalten, das erklärt auch die manchmal ruinösen Konkurrenzmethoden. So machen die Steuern und

staatlichen Abgaben bereits „rund 40 Prozent“ des Strompreises aus, hat der VDEW errechnet. Dazu gehören nicht nur die Öko- und die Mehrwertsteuer, sondern auch die „Konzessionsabgabe“, die Landkreise und Kommunen erheben dürfen.

Ein weiterer großer Posten sind die „Netzentgelte“, die ebenfalls mit knapp 40 Prozent in die Preise eingehen. Ein Ärgernis für alle kleinen Stromanbieter: Die Netze gehören weitgehend den vier großen Konzernen RWE, ENBW, Eon und Vattenfall. „18 Milliarden Euro haben die kassiert“, ärgert sich Peters, „aber in die Netze investiert haben sie nur 2 Milliarden.“

Und schließlich haben die meisten Stromanbieter auch wenig Einfluss darauf, zu welchem Preis sie selbst den Strom beschaffen müssen. Er wird an der Leipziger Strombörse EEX ausgehandelt. 2004 kostete eine Kilowattstunde Grundlaststrom 3,282 Cent für das Jahr 2005; Ende November lagen jetzt die Preise für 2006 bei 4,785 Cent. Das ist ein Plus von fast 50 Prozent. Gewinner sind erneut: die vier Großkonzerne, denn ihnen gehören etwa 90 Prozent aller Kraftwerke.

Lichtblick sieht denn auch nur eine Chance, um die Großkonzerne bei den Kunden auszusteichen: „Wir haben nicht so einen Verwaltungswasserkopf wie die Etablierten.“



schocks verkraften. Viele Versorger erhöhten ihre Gaspreise innerhalb von einem Jahr gleich dreimal. Doch ab Neujahr wird es auch die Stromkunden erwischen; die meisten Anbieter haben bei den Landesmi-

Strompreise werden zum Politikum

Zunehmend entdecken Wirtschaftspolitiker diverser Parteien, dass steigende Energiekosten Wähler verärgern

BERLIN taz ■ Strom wird in Brandenburg zum Jahresanfang teurer – um durchschnittlich 1 Cent je Kilowattstunde. Das zuständige Wirtschaftsministerium erklärte, der Preisanstieg sei bei 17 Unternehmen nicht zu beanstanden gewesen. In neun Fällen habe man nachgebessert.

Nordrhein-Westfalens Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) vertagte dagegen gestern die Entscheidung, höhere Preise zu genehmigen. „Es sind noch Details zu klären“, erklärte sie nach einem Termin mit RWE-Managern. Das Unternehmen hatte eine Anhebung um mehr als einen Cent je Kilo-

wattstunde beantragt. Die Politik reagiert derzeit beim Thema Strompreise ausgesprochen impulsiv. „Die Preise müssen runter, weil viele Verbraucher die Preise einfach nicht zahlen können“, erklärte Niedersachsens Ministerpräsident Christ-

„Wir müssen ausländische Betreiber reinholen, um mehr Wettbewerb zu erreichen“

an Wulff (CDU). „Es sieht so aus, als ob 28 Stadtwerke ihre geplante Erhöhungen auf 30 bis 50 Prozent senken“, frohlockte Thüringens Wirtschaftsminister Minister Jürgen Reinholz (CDU). Parteikollege Dietrich

Austermann, Wirtschaftsminister in Kiel, schlug im Deutschlandradio sogar vor, „dass wir ausländische Betreiber reinholen“, um mehr Wettbewerb zu erreichen.

Solche Forderungen sind absurd. Gestiegene Rohstoffkosten sind dafür verantwortlich, dass vielerorts die Produzenten neue Preiskalkulationen zur Genehmigung einreichen. Allerdings – da beginnt der Streit – gehen Rohstoffkosten nur zu etwa 15 Prozent in den Endpreis ein.

Die Preisbildung funktioniert so: Für die innerbetriebliche Prüfung ist die neu gegründete Bundesnetzagentur ver-

antwortlich (die frühere Regulierungsbehörde für die Telekom). „Mehr als 70 überregional agierende Unternehmen mussten uns bis Ende Oktober die Unterlagen zu ihren Netzkosten vorlegen“, so Agentursprecher Rudolf Boll. In einem halbjährigen Prüfverfahren kontrolliert die Behörde jetzt, ob die Kalkulation gerecht ist. „Wir durchleuchten also 40 Prozent des Strompreises“, so Boll. Für die anderen Prozente sind die Kartellämter zuständig – für kleinere Anbieter auf Landesebene, für überregionale das Bundeskartellamt. Sprecherin Irene Sewiczky: „Wir prüfen, ob die Endpreise für die Kunden fair sind.“ NICK REIMER

..... das wichtigste

Rückrufaktion aus Berlin

Außenamt ruft nach Ende der Entführung von Susanne Osthoff die letzten Deutschen zur Abreise aus Irak auf

BERLIN ap ■ Nach der Freilassung von Susanne Osthoff hat die Bundesregierung an die noch etwa rund 100 im Irak verbliebenen Deutschen appelliert, das Land zu verlassen. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, sagte gestern, das Risiko von Entführungen sei weiter hoch. Man müsse befürchten, „dass das nicht immer so ausgeht wie im Fall Osthoff“. Schließlich sei gerade die Nachricht von der Ermordung eines US-Bürgers gekommen.

Osthoff selbst bedankte sich beim Krisenstab in Berlin telefonisch für die Bemühungen um ihre Freilassung. Die Archäologin will Irak bald verlassen. Osthoff habe am Montag im Telefonat mit Krisenstabsleiter Klaus Scharioth erneut den Wunsch geäußert, die nächsten Tage „alleine und abgeschieden von der Öffentlichkeit mit ihrer Tochter zu verbringen“. Wohin sie ausreise, bleibe ihre persön-

liche Entscheidung, sagte Außenamtssprecher Martin Jäger.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Nadeem Elyas, plädierte dafür, dass Osthoff auch nach der Geiselnahme weiter im Irak arbeiten kann. „Auf jeden Fall sollte sie nicht einfach ihre Lebensaufgabe aufgeben aufgrund eines terroristischen Aktes. Das wäre die Selbstaufgabe“, so Elias zum *Kölner Stadt-Anzeiger*.

Anja und Robert Osthoff warben um Verständnis für den Rückzug ihrer Schwester. „Sie wird sich erst mal verschanzen, weil sonst alle über sie herfallen“, sagte Anja Osthoff dem *Stadt-Anzeiger*. Auch sie selbst habe keinen Kontakt zu ihrer Schwester. Robert Osthoff kündigte in den *Ruhr-Nachrichten* an, er wolle nach Weihnachten mit seiner Schwester eine Initiative zur Freilassung der übrigen Geiseln im Irak starten.

SEITE 11, 14



FOTO: AP

Teure Rauchertickets

Rauchende Bahnfahrer in Dänemark haben es nicht leicht: Ab 2006 kostet die Buchung einer Platzkarte im Raucherabteil 30 Kronen (ca. 4 Euro), ein Nichtraucherplatz ist aber weiter für 20 Kronen zu haben. Den 50-Prozent-Aufschlag begründet die Staatsbahn DSB mit den Mehrkosten für die Reinigung der Raucherabteile.

Kanzlerin ruft ihre Minister zur Räson

BERLIN dpa/ap ■ Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat ihr schwarz-rotes Kabinett im Streit um finanzielle Forderungen und Kinderbetreuungskosten zur Einigung aufgerufen. Familienministerin Ursula von der Leyen (CDU) und Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) sollten sich auf eine gemeinsame Position verständigen, sagte Merkel gestern. Anfang Januar solle eine Entscheidung fallen. Steinbrück lehnt die von von der Leyen angeregte höhere Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten von 1.500 Euro ab. „Von meinem Vorschlag, die Betreuungskosten vom ersten Euro an bis zu 1.000 Euro steuerlich absetzen zu können, profitieren bis zu 1,7 Millionen Familien – dreimal so viele wie bisher“, sagte er. Angesichts der Mehrkosten ihres Plans müsste von der Leyen Vorschläge zur Gegenfinanzierung machen.

Interview SEITE 3

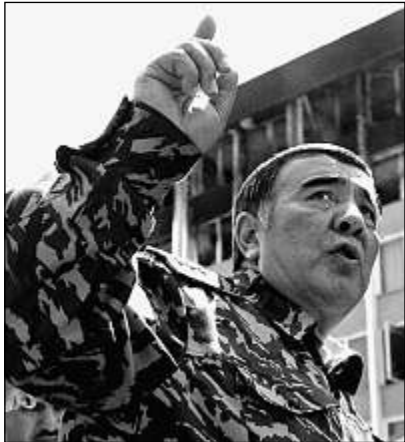
USA: Religiöse verlieren Prozess

WASHINGTON AFP ■ Im Streit um die Evolutionstheorie in den USA hat ein Gericht in Pennsylvania den Religiös-Konservativen eine Niederlage bereitet. Es sei verfassungswidrig, als Alternative zu Darwins Theorie die Lehre vom „Intelligenten Design“ an einer öffentlichen Schule zu unterrichten, urteilte das Gericht am Dienstag. Die Schulbehörde von Dover in Pennsylvania hatte angeordnet, dass „Intelligentes Design“ im Biologieunterricht gelehrt werden müsse. Die Theorie deutet die komplexen Strukturen der Natur als Beleg für die Existenz Gottes.

Nürnberger demonstrieren

NÜRNBERG ap ■ Rund 4.500 Menschen haben am Dienstag in Nürnberg gegen die angekündigte Schließung des AEG-Werks demonstriert. Mit einer 1,6 Kilometer langen Menschenkette zeigten sie ihre Solidarität mit den betroffenen 1.750 AEG-Mitarbeitern. Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly rief bei der Kundgebung dazu auf, um das Werk zu kämpfen. Der Standort sei profitabel und müsse gerettet werden. Auch die IG Metall warf Electrolux falsches Spiel vor. Die Firma habe nur einen Aufhänger für eine standortpolitische Maßnahme gesucht.

..... portrait



Sokir Almatow hat eine Polizeischule und die juristische Fakultät absolviert. Er ist verheiratet und hat drei Söhne. Die Familie lebt in Usbekistan. Wo er sich derzeit aufhält, ist unklar

FOTO: AP

Sokir Almatow ist einer der größten Raubfische im usbekischen Machtgefüge. Der 56-jährige Usbeke leitete noch vor der Unabhängigkeit des zentralasiatischen Staates seit 1990 das Innenministerium

Zudem hat er das Innenministerium zu einer regelrechten Geldmaschine umgebaut. In keinem anderen Bereich blüht die Schattenwirtschaft derartig, und Almatow verdient bei jedem Deal mit. Unter seiner Ver-

und durchtrainierte Mann den usbekischen Fußballbund, dessen Mannschaft jedoch an der WM-Qualifikation scheiterte.

Nach dem Massaker von Andischan sank der Stern des Ministers. Bis heute ist unklar,

mit dem kantigen Gesicht den letzten großen Auftritt. Ruppig führte er einige Tage nach den Ereignissen eine Delegation aus Journalisten und Diplomaten durch Andischan.

Almatow soll seit Jahren an

aus humanitären Gründen erteilt, teilte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes gestern mit.

Anfang Dezember erstatteten die US-Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch und Amnesty International Anzeige wegen „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Derzeit prüft die Generalbundesanwaltschaft noch, ob ein Ermittlungsverfahren gegen Almatow eingeleitet wird. Der Minister hat Deutschland verlassen und wurde vor sechs Tagen in einem Dubaier Hotel gesichtet. Dabei soll er recht gesund ausgesehen haben. Sein derzeitiger Aufenthaltsort ist unklar. Gerüchte besagen, er sei nach Taschkent zurückgekehrt.

MARCUS BENSMANN

Flüchtiger Minister mit schwarzer Weste

Usbekistans. Während seiner Amtszeit konnte Almatow ein weit verzweigtes Netz von Firmen und Unternehmensbeteiligungen aufbauen. Über Mittelsmänner kontrolliert er die größten Kaufhäuser in Taschkent, Radiostationen, den Seidenhandel und ist am lukrativen Baumwollhandel beteiligt.

antwortung wurden Tausende Männer verhaftet und gefoltert. Das Schreckenregime des usbekischen Innenministers trat offen zu Tage, als ein Inhaftierter 2002 im Gefängnis des usbekischen Innenministerium zu Tode gekocht wurde.

Neben seinen Amtsgeschäften leitet der sportbegeisterte

welche Rolle er bei der Niederschlagung des Volksaufstandes spielte. Entweder ist er selbst für die Massenerschießung usbekischer Bürger verantwortlich oder er sollte nach Andischan als Bauernopfer interner Machtrivalitäten hinhalten.

Nach dem Massaker von Andischan hatte der bullige Mann

Rückenbeschwerden leiden. Obwohl die EU zuvor einen Visabann gegen ihn verhängt hatte, konnte Almatow im Oktober nach Deutschland einreisen - zur Behandlung eines Krebsleidens in einer Spezialklinik in Hannover. Die Bundesrepublik habe dem Minister eine Ausnahmegenehmigung

Bei AEG sollen die Bänder laufen

NÜRNBERG dpa ■ Nach dem Ende der Weihnachtspause soll im von der Schließung bedrohten Nürnberger AEG-Hausgerätekonzern ab heute wieder gearbeitet werden. Mit Beginn der Frühlingspause um 6 Uhr sollen die Arbeiter an die Bänder zurückkehren, sagte AEG-Sprecher Michael Eichel gestern. Er erwarte, dass regulär gearbeitet werde. Der schwedische Electrolux-Konzern hatte im Dezember angekündigt, das Werk mit 1.750 Beschäftigten Ende 2007 zu schließen. Betriebsratschef Harald Dix vermutet daher, dass die AEG-Mitarbeiter auch nach der gut zweiwöchigen Unterbrechung über den Jahreswechsel zu Hause bleiben.

LichtBlick heizt mit Biomasse ein

BERLIN taz ■ In der Oberpfalz entsteht ein Biomasse-Heizkraftwerk. Der unabhängige Stromanbieter LichtBlick baut in Sulzbach-Rosenberg bei Nürnberg das Kraftwerk, das auf Basis von Restholz Energie erzeugen soll. Die Wärme wird in ein Fernwärmenetz eingespeist, um Privat-, Gewerbe- und Industriekunden zu versorgen. Der erzeugte Strom wird nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz ins öffentliche Netz eingespeist. Das 4,5-Megawatt-Kraftwerk soll jährlich 33 Millionen Kilowattstunden Strom produzieren. Damit könnte der Verbrauch von 12.000 Haushalten gedeckt werden.

Toaster schon ab 25.980 Euro zu haben

Fast 25 Millionen Deutsche haben eine HappyDigit-Kundenkarte. Doch Treue ist ein schlechtes Geschäft geworden. Für die Prämien muss man ewig einzahlen. Und die Kaiser's-Tengelmann-Kette hat zum Jahresanfang ihren Rabatt einfach halbiert

VON STEFFEN GRIMBERG

„Haben Sie eine Kundenkarte?“ Auch wenn an vielen Kassen im deutschen Einzelhandel die Begrüßung und erst recht jeglicher zwischenmenschlicher Schwatz längst abgeschafft ist: Diese Frage bleibt. HappyDigits, das Kundenfängerprogramm von Karstadt, Telekom und Kaiser's/Tengelmann, will beispielsweise noch in diesem Monat die 25-millionste Karte an die Kundschaft bringen.

Mit jedem Einkauf werden Punkte gesammelt, für die es Sachprämien oder Einkaufsgutscheine gibt. Doch wer seit Jahresanfang in einer der 718 deutschen Filialen von Kaiser's oder Tengelmann einkaufen geht, sammelt künftig doppelt so lange an seinen Prämienpunkten. Galt bisher die Faustregel „1 Euro gleich 1 Prämienpunkt“, müssen ab sofort 2 Euro umgesetzt werden. „Stimmt, wir haben die Leistungen halbiert“, sagt Tengelmann-Sprecherin Sandra Trienekens. Denn Befragungen hätten ergeben, dass die Werte Kundenschaft neben dem Punktesammeln per Karte auch die „Treueaktionen mit den Klebeherzen“ liebt, die an die Altbekanntmarken erinnern. Zu hundert aufgeklebt, lassen sie sich gegen Bratpfannen oder Töpfe eintauschen. Und das müsse

schließlich auch irgendwie finanziert werden.

Ist der Boom der Kundenkarten also wieder vorbei, weil mittlerweile alle für alle Unternehmen das passende Stück Plastik dabei haben? Bei der „Customer Advantage Program GmbH“, die das HappyDigits-Bonussystem betreibt, will man davon nichts wissen. „Die Loyalität ist auf jeden Fall noch gegeben“, sagt eine Sprecherin. Bis zu 80 Prozent der Karten würden regelmäßig eingesetzt. HappyDigits ist ein Gemeinschaftsunternehmen von Karstadt-Quelle und Telekom; Marktführer bei den Bonussystemen ist Payback mit 28 Millionen Karten, die unter anderem von Kaufhof, Real, dm und OBI ausgegeben werden.

zuerst 3.000 Euro in die Kasse
spülen.

HappyDigits hat sich seinen Datenschutz sogar vom TÜV zertifizieren lassen. „Vieles bleibt aber eine Black Box: Man sieht nur, was am Ende herauskommt, wenn plötzlich gezielte Werbeanrufe oder Reklamepost ins Haus kommen“, sagt Franczak. Er fordert vor allem, die Weitergabe von Adressen zu Werbezwecken nur noch als sogenannte „opt-in“-Variante zuzulassen: Die Ver-

Norwegen kämpft mit Reichtum

Steigende Ölpreise schwemmen immer mehr Geld in den norwegischen Ölfonds

STOCKHOLM taz ■ Jeder Norweger ist reich – auf dem Papier. Rein rechnerisch gehören ihm inzwischen 40.000 Euro am staatlichen Ölfonds, der 2006 auf 240 Milliarden Euro answellen soll. Seit 1996 speist Norwegen seine Ölerlöse nicht mehr vollständig ins laufende Staatsbudget ein, um nicht die Inflation auf Rekordhöhe zu treiben. Stattdessen wird das Geld in ausländischen Aktien und Obligationen investiert; 2005 warf der Fonds eine Rekordrendite von 10 Prozent ab.

Damit hat der norwegische Ölfonds inzwischen den US-Pensionsfond der öffentlichen Angestellten in Kalifornien abgehängt – einer der mächtigsten Akteure auf den internationalen Finanzmärkten. Auch den größten europäischen Pensionsfonds – der öffentlich Bediensteten der Niederlande (ABP) – werden die Norweger demnächst überholen und dann nur noch hinter der staatlichen japanischen Pensionskasse rangieren.

Trotz der Rekordrendite von 10 Prozent bricht in Norwegen immer wieder die Diskussion auf, ob man künftigen Generationen nicht lieber größere Teile des Öls im Meeresboden vererben sollte, anstatt unsichere Fi-

nanzfonds zu hinterlassen. Als eine breite Parteienkoalition vor drei Jahrzehnten die nationale Ölpolitik festschrieb, galt noch das Motto einer „maßvollen Förderpolitik, mit der die Vorräte so weit wie möglich gestreckt werden sollten. Der damalige Ministerpräsident Trygve Bratteli: „Wir werden gute Haushälter sein.“ Die Vorsätze hielten jedoch nicht lange angesichts der wachsenden Begehrlichkeiten in der Bevölkerung: warum sparen, wenn wir auf einem Vermögen sitzen? Armut ist auch in Norwegen kein Fremdwort. Zudem ist der norwegische Staat nicht der einzige Akteur. Die Suche nach möglichen Vorkommen wurde zum Teil auch von ausländischen Ölkonzernen finanziert – im Gegenzug erhielten sie dafür garantierte Förderrechte, die nicht einfach beschränkt werden können.

Dennoch wurde in der Vergangenheit das Fördertempo gedrosselt – im Einklang mit den Opec-Ländern, zu denen Norwegen nicht gehört –, um globale Überproduktionen und Preisseinbrüche zu vermeiden. Die EU-Kommission hat dagegen 1999 protestiert: Dies würde den europäischen Wirtschaftsabkommen widersprechen. Stichwort:

Verstoß gegen das Prinzip der freien Konkurrenz. Denn die Norweger sind das zweitgrößte Ölexportland der Erde; künstliche Förderbeschränkungen würden daher durchgreifende Folgen für die Weltwirtschaft haben.

Kaviar wird Mangelware

UN-Artenschutzbehörde genehmigt die für 2006 beantragten Exportquoten nicht

GENF dpa ■ Die Mitgliedstaaten des UN-Artenschutzabkommens dürfen derzeit keinen Kaviar exportieren. Das gab das UN-Sekretariat von Cites (Konvention über den internationalen Handel von gefährdeten Arten) gestern bekannt. Das Sekretariat sei nicht in der Lage, die Exportquoten für Kaviar und andere Störprodukte zu billigen, solange die Exporteure nicht mehr Informationen über die Nachhaltigkeit liefern.

Abkommens hätten sich selbst strenge Kontrollen für Kaviarexporte auferlegt. Nach Cites-Informationen seien die Bestände stark zurückgegangen. Deswegen trügen die geplanten Quoten, auch wenn sie niedriger als 2005 seien, dieser Entwicklung nicht Rechnung. Zudem müssten auch illegal gefangene Störe einbezogen werden.

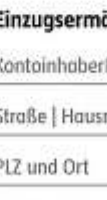


HALB gerettet ist GANZ schlecht:

Denn ein Teil der taz ist immer noch gefährdet!
Im Frühjahr kamen viele Abos zustande, es waren aber nicht genügend.
Darum bitten wir Sie im zweiten Teil der Rettungskampagne:
Geben Sie der taz nrw eine wirtschaftliche Basis. Abonnieren Sie jetzt!

Die einzige Überregionale mit den Seiten für NRW.  **die tageszeitung**

- ☐ Keine halben Sachen: **Ich abonniere die ganze taz**
- ☐ Aus 1 mach 2: **Ich vermittele eine(n) neue(n) Abonnentin | Abonnenten**
- ☐ Geteilte Freude ist doppelte Freude: **Ich verschenke ein Abo**
- ☐ Politischer Preis: 36 Euro | Monat
- ☐ Standardpreis: 29 Euro | Monat
- ☐ Ermäßigter Preis: 21 Euro | Monat (ohne Prämie)
- ☐ Meine Prämie (für ein Jahresabo ab Standardpreis): Teekanne Cosy®. Hochwertiges Steingut, mit isolierendem Filz ausgeschlagener Edelmantel, 1,3 l Fassungsvermögen. Mit Teefilter.



Zahlungsweise

☐ jährlich
 ☐ halbjährlich
 ☐ vierteljährlich
 ☐ monatlich

Lieferadresse	Einzugsermächtigung Rechnungsadresse
Vorname Name	KontoinhaberIn ZahlerIn
Straße Hausnr.	Straße Hausnr.
PLZ Ort	PLZ und Ort
Vorwahl Telefonnr.	Geldinstitut
E-Mail	BLZ Kontonr.
Datum Unterschrift	Datum Unterschrift

Aboabteilung | PF 61 02 29 | 10923 Berlin
 abo@taz.de | www.taz.de
 T (030) 25902590 | F (030) 25902680

 **die tageszeitung**

USA wollen Yahoo nicht helfen

SAN FRANCISCO **afp** ■ Das Grundrecht auf Meinungsfreiheit in den USA schützt den Internet-Anbieter Yahoo nicht automatisch vor Entscheidungen ausländischer Gerichte: Das Berufungsgericht in San Francisco wies am Donnerstag eine Klage von Yahoo ab. Der Suchmaschinen-Anbieter will Immunität erlangen, weil er eine Strafe eines französischen Gerichts nicht akzeptieren will. Dies hatte Yahoo des Vertriebs von Nazi-Objekten für schuldig befunden. Die Firma hatte freiwillig zahlreiche Angebote von Rechtsradikalen auf ihren Seiten gelöscht. Sie wollte jedoch nicht hinnehmen, dass sie derartige rechtsextreme Angebote für französische Nutzer grundsätzlich sperren muss. Das US-Berufungsgericht entschied mit sechs zu fünf Stimmen, die Klage von Yahoo abzuweisen. Der Fall erregt Aufsehen, weil es erstmals im großen Stil um die juristische Grenzziehung im Internet geht.

Illegale Preisabsprachen

WIEN (**taz**) Bei der Vergabe von Aufträgen für die österreichische Gesundheitskarte *e-card* soll es illegale Absprachen gegeben haben. Die österreichische Zeitschrift News berichtet in ihrer aktuellen Ausgabe, die beteiligten Firmen Siemens, IBM und Telekom Austria hätten im Jahr 2003 die Projektkosten auf 36,9 Millionen Euro hochgetrieben. Gutachter waren ursprünglich von 30 Millionen Euro Kosten ausgegangen. Im österreichischen Parlament kündigten die Grünen eine parlamentarische Anfrage an, die SPÖ forderte die Ablösung der ÖVP-nahen Manager der Sozialversicherung. Die kleinere Regierungspartei BZÖ kritisierte das „Flopp-Projekt e-card“ begleite eine „nicht enden wollenden Pleiten, Pech und Pannerserie“. Auch der Rechnungshof hatte die Gesundheitskarte kritisiert. Der Hauptverband der Sozialversicherungen bezeichnete die Vorwürfe „als völlig absurd und aus der Luft gegriffen“.

AEG-Werk erneut lahm gelegt

NÜRNBERG **dpa** ■ Die Verhandlungen über die Zukunft der 1.750 AEG-Mitarbeiter in Nürnberg sind gescheitert. Das erklärte gestern die IG-Metall-Tarifkommission. In dem von der Schließung bedrohten Werk legten die Beschäftigten erneut die Arbeit nieder. In der kommenden Woche soll aller Voraussicht nach der Arbeitskampf starten. Die Tarifkommission wollte beim Gewerkschaftsvorstand gestern noch eine Streik-Urabstimmung beantragen. Diese könnte schon am Dienstagmorgen beginnen, sagte der bayerische IG-Metall-Chef Werner Neubauer. Der schwedische Electrolux-Konzern will das Werk aus Kostengründen zum Jahresende 2007 schließen und die Fertigung von Waschmaschinen und Geschirrspülern nach Polen verlagern. Der Warnstreik soll bis heute, 22 Uhr, andauern. Ab Montag wollen die Angestellten im Nürnberger Werk vorerst wieder regulär weiterarbeiten.

das taz-abo Wer gibt, dem wird gegeben!

Alle Abopremien finden Sie unter www.taz.de/abo

die tageszeitung

Gericht ebnet Weg für Zwischenlager

Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat keine Bedenken gegen atomare Zwischenlager in Bayern und weist alle Klagen ab. Über 100.000 Menschen hatten Einwände erhoben. Doch selbst bei Terroranschlägen befürchten die Richter keine Probleme

VON KLAUS WITTMANN

Die Münchner Richter wiesen gestern sämtliche Klagen gegen die drei bayerischen Zwischenlager ab. Gegen die Atomlager bei Gundremmingen, Ohu und Grafenrheinfeld hatten über 100.000 Menschen, unter anderem auch aus dem benachbarten Baden-Württemberg und aus Österreich, Einwände erhoben. 19 von ihnen reichten Klagen ein, darunter auch einige Kommunen. Sie machten erhebliche Sicherheitsbedenken geltend.

Die Kläger kritisierten u. a., dass bei den süddeutschen Atomzwischenlagern die Hallenwände nur halb so dick seien wie bei norddeutschen Lagerhallen. Zudem seien sie nicht hinreichend gegen Flugzeugabstürze oder gezielte Terrorangriffe geschützt. Doch der Verwaltungsgerichtshof kommt in seinem schriftlich ergangenen Urteil zu dem Schluss, die Genehmigungsbehörde habe die erforderliche Vorsorge gegen Schäden getroffen. Die Atombehälter vom Typ Castor seien auch auf lange Zeit dicht genug.



Wird wohl weitergehen: Castortransport aus Gundremmingen FOTO: AP

Hamburg bricht mit der Bahn

Weil der DB-Konzern seine Zentrale in Berlin lassen will, beendet der Hamburger Senat die Verhandlungen über den Einstieg bei Hafengesellschaft und Hochbahn

BERLIN **taz** ■ Die Hamburger Senat will nicht mehr mit der Deutschen Bahn verhandeln – zumindest nicht über eine Beteiligung an der Hafengesellschaft HHHA und der Hochbahn. „Wir haben beschlossen, die Gespräche zu beenden“, sagte Hamburgs Regierender Bürgermeister Ole von Beust (CDU) gestern. Den Ausschlag dafür hätten Erklärungen der Bahn vom Vortag gegeben, nach denen der Sitz des Konzerns nicht nach Hamburg verlegt werden solle. „Für den Senat ist damit die Geschäftsgrundlage für weitere Gespräche entfallen.“

Die Übernahmepläne der Deutschen Bahn (DB) haben Ende vergangenen Jahres für heftigen Streit zwischen Berlins Regierendem Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) und von Beust gesorgt. Hamburg hatte nämlich einen Umzug der DB-Konzernführung in die Hanse-

stadt zur Bedingung für einen Einstieg bei den beiden Transportunternehmen gemacht. Bahnchef Hartmut Mehdorn sah vor allem die betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten für die Bahn und hatte einen Umzug zunächst nicht ausgeschlossen. Die Bundesregierung hatte sich aber dagegen ausgesprochen. Am Donnerstag erklärte die Bahn dann ebenfalls, dass der Konzernsitz des Schienenunternehmens in Berlin bleiben werde. Zur Verlagerung zentraler Funktionen sei man aber bereit.

Für Ole von Beust sind das aber lediglich „Spitzfindigkeiten“. Der Hamburger Senat sei stets von einer Paketlösung ausgegangen – Mehrheitsbeteiligung der Bahn an HHHA und Hochbahn, im Gegenzug Umzug der Konzernzentrale nach Hamburg. „Nach den gestrigen Erklärungen scheint klar, dass dieses

Denkmodell nicht durchzusetzen ist“, sagte Beust.

Auf Seiten der Arbeitnehmer wurde die Entscheidung unterschiedlich bewertet. Hans-Jürgen Wendland, Betriebsratsvorsitzender der Hamburger Hochbahn (HHB), nannte sie einen „sehr weisen Entschluss. Ich hoffe, dass jetzt auch wirklich das letzte Wort mit der Bahn gesprochen ist.“ Es werde andere Partner für die Hochbahn geben. „Solange es bei einer Minderheitsbeteiligung bleibt, sind unsere Interessen gewahrt.“

Anders sah das die größte Gewerkschaft, Transnet, die sich für einen Einstieg der Bahn bei den Hamburger Unternehmen ausgesprochen hatte. „Der Senat hat eine bedauerliche Entscheidung getroffen – möglicherweise auf Grund von politischen Missverständnissen“, sagte Sprecher Michael Klein der taz. STEP

Je länger die Ehe, desto fauler der Mann

Eine neue Studie der Universität Bamberg belegt, was deutsche Ehefrauen aus leidvoller Erfahrung wissen: Anfangs zeigt sich der Mann auch im Haushalt von seiner besten Seite, dann zieht er sich in den Hobbykeller zurück

BERLIN **taz** ■ Dass Ehe und Familie für Frauen gewisse Fallstricke bergen, ist nicht neu. Nach der Geburt eines Kindes beispielsweise machen die Frauen im Schnitt mehr Hausarbeit als die Männer, und auch wenn Frauen berufstätig sind, bleibt das Waschen, Kochen und Aufräumen eher an ihnen hängen. Dass diese Arbeitsteilung von Jahr zu Jahr immer traditioneller wird – das haben Soziologen der Universität Bamberg herausgefunden.

Die Forscher befragten in Westdeutschland im Zeitraum von 14 Jahren hunderte Frauen

und Männer, die zu Beginn der Studie frisch verheiratet waren. Egal, wie gebildet die Männer und Frauen sind, ob die Frauen berufstätig sind oder nicht, wer das meiste Geld nach Hause bringt: Nach 14 Jahren erklären rund zwei Drittel der Frauen, die Aufteilung der unbezahlten Arbeit im Haushalt sei „stark traditionell“, was im Soziologendeutsch bedeutet: Sie kocht, spült ab, räumt auf, putzt und wäscht. Er tut so gut wie nichts. Zum Zeitpunkt der Eheschließung hatte nur ein Viertel der Frauen eine „traditionale Arbeitsteilung“ angegeben.

Mehr als 40 Prozent sprachen sogar von einer „partnerschaftlichen“ Bewältigung der Hausarbeit – nach 14 Jahren nur noch jede siebte. „Je länger die Ehe andauert, desto mehr verfestigen sich geschlechtstypische arbeitsteilige Strukturen im Lebensalltag und desto schwieriger wird es, die Männer dazu zu bewegen, sich stärker zu beteiligen“, resümieren die Autoren der Studie,

Florian Schulz und Hans-Peter Blossfeld. Ihre „Honeymoon-Hypothese“: Nur am Anfang zeigt sich der Mann von seiner besten Seite.

Woher kommt dieser Wandel im Laufe der Zeit? Sind es die Männer, die hoffen, dass am Ende die niedrigere Schmutztoleranz der Frauen eine komfortable Rollenverteilung garantiert, wenn man nur dickfellig alle Vorwürfe an sich abprallen lässt? Oder sind es die Frauen, die sich zunehmend auf den Haushalt als ihre Domäne zurückziehen und die Männer mit mehr oder weniger offenen Signalen verschrecken? Der erste wichtige Einschnitt, ergab die Studie, ist die Geburt des ersten Kindes.

Doch die Kinder allein können es nicht sein, weil auch nach sechs Jahren Ehe die männliche Beteiligungskurve weiter nach unten weist. Die Forscher sprechen deshalb von „Trägheiten im Geschlechterarrangement“, von „Gewohnheiten“, die sich verfesten

„Schließlich sei der erforderliche Schutz gegen terroristische Störmaßnahmen Dritter hinreichend gewährleistet“, heißt es in einer vom Gericht verbreiteten Erklärung. Diese ließ den Klägern „die Haare zu Berge stehen“, wie der Sprecher der Gundremminger Zwischenlagergegner, Raimund Kamm, in einer ersten Stellungnahme sagte. „Hier wurden keine Beweise vorgelegt, dass die Atomzwischenlager sicher sind.“

In einem Gutachten hatten die Kernkraftgegner dargelegt, dass weder die Hallenwände der Betonlagerstätten noch die darin abgestellten Castorbehälter dem Beschuss bestimmter panzerbrechender Waffen überstehen würden.

Dazu befindet der Verwaltungsgerichtshof, dass die Terrorabwehr Sache des Staates sei. Die Eigentümer von kerntechnischen Anlagen könnten zwar zu entsprechenden Schutzmaßnahmen verpflichtet werden, dies gelte aber nicht für allzu unwahrscheinliche Situationen. Zudem teilt das Gericht die Auffassung des Bundesamtes für Strahlenschutz, dass Atomzwischenla-

ger weder zu den „so genannten weichen Zielen gehören noch Symbolcharakter“ haben.

Die Münchner Richter hatten kurzerhand die erste Instanz auch gleich zur letzten erklärt und gegen die Entscheidung keine Revision zugelassen. Kläger bezeichneten dies als „Schikane“. Dagegen werde man aller Voraussicht nach beim Bundesverwaltungsgericht Widerspruch einlegen, sagte Kamm. „Das kostet uns viel Kraft und mindestens 20.000 Euro.“

Das Urteil könnte bedeuten, dass noch für mindestens 40 Jahre allein in Gundremmingen bis zu 192 Castorbehälter mit hochradioaktiven Abfällen in einer Lagerhalle ohne besonderen zusätzlichen Schutz gelagert werden. „In jedem davon lagert soviel Radioaktivität, wie sie in Tschernobyl insgesamt freigesetzt wurde.“

Bayern hat mit drei Atomkraftwerken die bundesweit meisten Kernreaktoren. Vom Freistaat unter seinem Ministerpräsidenten Stoiber kommen immer wieder Forderungen nach einem Ausstieg vom Atomausstieg.

Gazprom gefragt

Jetzt können auch Ausländer die Aktien des Giganten kaufen. Der sichert Deutschland weiter Gaslieferungen zu

BERLIN/MOSKAU **dpa/afp** ■ Jetzt kann jeder Teilhaber des Gasgiganten Gazprom werden. Seit gestern sind seine Aktien seit im russischen Leitindex RTS-Interfax ohne Beschränkungen auch für Ausländer zu kaufen. Und die griffen tüchtig zu – das Interesse an Gazprom-Aktien bescherte den RTS-Börsen in Moskau und St. Petersburg einen Rekordumsatz von 1,25 Milliarden Dollar.

Der russische Staat hatte zu Jahresbeginn Begrenzungen für den Verkauf von Gazprom-Werten an Ausländer fallen gelassen, nachdem er sich die Kontrollmehrheit gesichert hatte. Gazprom als weltweit größter Gaskonzern sei derzeit etwa 200 Milliarden US-Dollar wert, sagte der Aufsichtsratsvorsitzende und russische Vizeregierungschef Dmitri Medwedew. „Russland war, ist und bleibt ein zuverlässiger Gaslieferant für Europa.“

Auch der Gazprom-Vorstandschef Alexej Miller sicherte bei einem Treffen Bundeswirtschaftsminister Michael Glos in Berlin den Europäern Versorgungssicherheit zu.

„Gazprom war immer ein verlässlicher Partner“, sagte Konzernchef Miller gestern nach einem Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU). „Das wird sich in Zukunft nicht ändern.“ Nach Glos' Worten unterstrich Miller bei dem Gespräch, die Probleme im jüngsten Gaststreit mit der Ukraine seien ausgeräumt.

Das Gespräch zwischen Glos und Miller diente der Vorbereitung einer Reise von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Sie wird am Montag zu einem Treffen mit Präsident Wladimir Putin in Moskau erwartet. Thema unter anderem: Energiepolitik. STEP



Wenn von Liebe nur Putzwasser bleibt FOTO: VOLKER DERLATH

BARBARA DRIBBUSCH

in kurze

ALARMROTTE BUNDESWEHR
Besuch von Jung

Verteidigungsminister Jung (CDU) hat gestern seinen Antrittsbesuch bei der Bundeswehr-Alarmrotte im Fliegerhorst Wittmund abgehalten. Zur Sicherung des Luftraums durch die Bundeswehr gehört neben der Begleitung von Passagiermaschinen mit technischen Problemen auch der Abschuss eines Flugzeugs im Terrorfall. (dpa)

BURSCHENSCHAFTLER
Geduldet in der SPD

Die Mitgliedschaft in einer Burschenschaft führt auch künftig nicht automatisch zu einem Parteiausschluss aus der SPD. SPD-Chef Platzeck sagte, über Ausschlüsse werde auch künftig im Einzelfall vor Ort entschieden. Dabei würden Burschenschaftler, die rechtsextreme Positionen vertreten, in der SPD „nicht geduldet“. (dpa)

STRASSENBÄUME
Prüfung auf Sicherheit

Städte und Gemeinden müssen nach einem Urteil des Landgerichts Osnabrück Straßenbäume auf ihre Standsicherheit überprüfen. Demnach besteht die Pflicht, Verkehrsteilnehmer vor herabfallenden Ästen oder umstürzenden Bäumen zu schützen. Prüfungen seien zweimal im Jahr notwendig, so das Gericht (Az. 5 O 1937/05). (dpa)

KLAUS KONRAD
Prozess vertagt

Die Vorverhandlung im Kriegsverbrecher-Prozess gegen den früheren schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten Klaus Konrad ist gestern verschoben worden. Wegen eines Streiks der italienischen Strafverteidiger konnte die Verhandlung nicht stattfinden und soll jetzt am 31. Januar nachgeholt werden, hieß es. (dpa)

MIETVERTRÄGE
Auf neuestem Stand

Vermieter sollten aktuell gültige Mietverträge verwenden. Denn nach der Mietrechtsreform 2001 sowie durch aktuelle Urteile sind etliche alte Klauseln ungültig, so der Immobilienverband Deutschland. Das treffe nach einem BGH-Urteil auch auf die Klausel zu, die dem Mieter einst starre Renovierungsfristen auferlegte. (ap)

DAS WETTER

Islandtief „Hendrike“ ist kaum weg, da zieht schon „Irma“ aus dem Osten heran. Sie verstreut weiträumig Regen und oberhalb von 400 Metern Schnee. Örtlich ist gefrierender Regen oder Blitzeis möglich. Doch während in Moskau die Thermometer auf –30 Grad rutschen, wird es hierzulande täglich milder. Tagsüber erreichen die Werte + 2 bis +7 Grad. Nachts ist Frost vor allem im Osten möglich.

Jetzt darf jeder über Kitas quatschen

Alle Parteien beteiligen sich derzeit am großen Wunsch-dir-Was in Deutschlands Kindergärten. Union und SPD versprechen kostenlose Betreuung. Doch in Wahrheit reichen sie die Probleme nur nach unten weiter – an die Länder und Kommunen

AUS BERLIN KERSTIN SPECKNER UND CHRISTIAN FÜLLER

Die neue Maxime in der Kinderdiskussion heißt: Jetzt darf jeder mal was zu Kita und Kindergarten sagen, egal was. Nach Ursula von der Leyens Ruf nach der Gratis-Kita sind die Details der Debatte ein bisschen unübersichtlich geworden. Allerdings zeichnen sich bei Sozial- wie Christdemokraten Parallelen ab. In beiden Parteien reichen die Verlogenheitsketten von ganz oben bis weit nach unten.

Beispiel CDU. Familienministerin Ursula von der Leyen möchte Kindergärten gebührenfrei haben. Weil sie als Bundesministerin dafür keinerlei Zuständigkeit hat, ruft sie die Länder in die Pflicht. Und lächelt.

Von dort lächelt, etwa aus Hessen, die Sozialministerin Silke Lautenschläger (CDU) zurück. Und findet die Idee mit der Kostnix-Kita gleichfalls prima. Auch sie aber delegiert den Job weiter, an die Kommunen. Die seien zuständig. In Kassel, das gerade über die Abschaffung der Kitaggebühren nachdenkt, sitzt Jugenddezernentin Anne Janz. Und lächelt nicht. „Kitas kostenlos zu machen ist richtig“, sagt Janz.

„Das Problem ist nur, dass alle Sonntagsreden halten – und montags alles widerrufen. Da schwillt mir die Wutader“, sagt die Grüne.

Auf Deutsch: Kassel könnte sich die Freigabe seiner rund 5.000 Kindergartenplätze nicht leisten, weil Anne Janz dafür 3,6 Millionen Euro bräuchte. Die die Kommune nicht hat. Selbst als die Bundesfamilienministerin ausdrücklich für Kitas vorsieht, in den Haushalt einstellen wollte, scheiterte sie. Der übergeordnete Regierungspräsident, ein Unionsmann, untersagte, davon Kitaplätze zu errichten. Verrückt. Der Soziologe Ulrich Beck hat für solcherlei Verwaltungsunsinns den Begriff „organisierte Unverantwortlichkeit“ geprägt.

Beispiel SPD: Um ihren neuen Politikschwerpunkt Bildung und Familie zu unterstreichen, rückte der SPD-Vorstand von Kabinettsbeschlüssen ab. Danach sollen arbeitende Eltern von Kindern bis sechs Jahren ab dem ersten Euro bis 4.000 Euro Betreuungskosten von der Steuer absetzen können. Das würde den Kitabesuch für den Mittelstand praktisch kostenfrei machen.

Dazu gab es gestern diverse kakophonische Wider- und Zu-



Halten Kinder hoch – nicht nur auf dem Plakat: die SPD-Politiker Kurt Beck (links) und Matthias Platzeck FOTO: AP

sprüche. Die CDU bat die SPD, „die Gießkanne im Schuppen zu lassen“, die CSU fand die Idee gar nicht schlecht, und SPD-Fraktionschef Peter Struck drehte ganz wilde Kreisel. Von der Leyens Vorschlag der Umsonst-Kita sei vorwitzig, rüpelte er, und der Beschlusswechsel seiner eigenen,

der SPD-Leute dürfe eben nicht teurer als 460 Millionen Euro kommen. Bei Struck hört man eigentlich nur eins raus: Das mit dem SPD-Schwerpunkt Bildung war nicht so ernst gemeint.

Kassel übrigens geht jetzt eigene Wege. Die Stadt befreit das 3. Kinderjahr von den Gebühren.

Aber nur für 6-jährige. Das kostet die Kommune 200.000 Euro, kommt aber eben nur einem Bruchteil zugute. „Es bleibt aber mein politisches Ziel, die Kitaggebühren schrittweise abzuschaffen“, sagte Kassels OB Bertram Hilgen gestern der taz. Auch er ist Sozialdemokrat.

„Wahlfreiheit ist nicht gefährdet“

Rechtsprofessorin Ute Sacksofsky fordert, dass Kinderbetreuungskosten bei der Steuer voll berücksichtigt werden. Die Gleichberechtigung zu fördern sei kein Dirigismus

taz: Frau Sacksofsky, die Koalition streitet darüber, ob Kinderbetreuungskosten stets ab dem ersten Euro von der Steuer abgezogen werden können. Was sagt die Verfassung dazu?

Ute Sacksofsky: Das Grundgesetz verlangt eine Besteuerung nach der persönlichen Leistungsfähigkeit. Der Staat muss deshalb Ausgaben steuermindernd berücksichtigen, die für die Ausübung der Berufstätigkeit zwingend sind, also zum Beispiel Arbeitskleidung oder eben Kosten für die Kinderbetreuung während der Arbeitszeit. Diese Ausgaben müssen ab dem ersten Euro anerkannt werden.

Nun gibt es bisher schon einen Steuerfreibetrag, in dem auch die Kosten für Kinderbetreuung pauschal berücksichtigt werden. Muss dieser Freibetrag künftig reduziert werden, sobald die real angefallenen Betreuungskosten ab dem ersten Euro steuermindernd sind?

Nein, dieser Freibetrag sollte in voller Höhe erhalten bleiben, schließlich haben Eltern ja nicht nur erwerbsbedingte Betreuungskosten, sondern brauchen auch mal einen Babysitter, um abends ins Kino zu können.

Das Bundesverfassungsgericht hat 1998 ausdrücklich eine Freibetragslösung für den Betreuungsbedarf gefordert. Warum?

Das Gericht wollte damit die Wahlfreiheit der Eltern betonen, ob sie ihre Kinder tagsüber selbst betreuen oder gegen Bezahlung betreuen lassen. So werden auch

Eltern subventioniert, bei denen ein Elternteil zu Hause bleibt. Diese brauchen zwar keine Tagesmütter und haben deshalb keine erwerbsbedingten Ausgaben für Kinderbetreuung, sie verzichten deshalb nach Karlsruher Ansicht auf Einkommen. Hierfür sollte der Freibetrag ein Ausgleich sein.

Ist die Wahlfreiheit noch gegeben, wenn künftig berufstätige Eltern neben dem Freibetrag noch ihre angefallenen Betreuungskosten absetzen können?

Ja, denn die Eltern, die das klassische Rollenmodell leben, profitieren ja weiterhin vom Steuerfreibetrag und dem Ehegattensplitting. Sie werden also bei einer Neuregelung nicht schlechter gestellt.

Aber werden nicht berufstätige Eltern künftig gezielt bevorzugt?

Nein. Ich will das an einem Beispiel erläutern. Wenn zwei Ehegatten zusammen 20.000 Euro verdienen, aber 2.000 Euro für Kinderbetreuung ausgeben, dann steht ihnen weniger Geld zur Verfügung, als wenn in einer klassischen Ehe das Familieneinkommen 20.000 Euro beträgt, aber keine Kosten für Kinderbetreuung anfallen. Die berufstätigen Eltern sind hier nun mal weniger leistungsfähig, und das muss berücksichtigt werden.

Das „klassische“ Elternpaar könnte allerdings noch mehr verdienen, wenn beide arbeiten würden ...

Das ist im Steuerrecht unerheblich. Da geht es um reale Vorgän-

ge, nicht um hypothetische Einkommen.

Freut es Sie, dass die SPD nun ihre Kritik am Karlsruher Urteil von 1998 aufzunehmen scheint?

Natürlich. Manche CDUler und auch vereinzelte Verfassungsrechtler sehen ein Problem darin, dass zwei Monate des Elterngeldes nur dann bezahlt werden sollen, wenn der Vater zu Hause bleibt und sich um das Kind kümmert – zu viel Dirigismus? Nein. Denn im Grundgesetz steht seit 1994 auch ein Auftrag, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau zu fördern. Nichts anderes macht der Staat, wenn er Anreize gibt, dass Väter mehr Verantwortung bei der Kindererziehung übernehmen. Ein unzulässiger Eingriff in die Selbstbestimmung läge nur vor, wenn Väter oder Mütter verpflichtet und gezwungen würden, zwei Monate zu Hause zu bleiben.

INTERVIEW: CHRISTIAN RATH



FOTO: PRIVAT/UNI FRANKFURT

UTE SACKSOFSKY, 45, ist Professorin für Öffentliches Recht an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/Main. Ein Arbeits-

schwerpunkt ist die Gleichberechtigung der Geschlechter. Seit 2003 ist die frühere Mitarbeiterin des Bundesverfassungsgerichts Landesanwältin beim hessischen Staatsgerichtshof.

Streiken für Sozialplan

Im AEG-Stammwerk stimmen Beschäftigte über unbefristeten Arbeitskampf gegen Electrolux ab

NÜRNBERG dpa ■ Die Beschäftigten des AEG-Stammwerks Nürnberg haben gestern mit der Urabstimmung über einen unbefristeten Streik begonnen. Sie sollen darüber entscheiden, ob sie ihre Forderung nach einem Sozialtarifvertrag mit einem Streik durchsetzen wollen. Der Mutterkonzern Electrolux will das AEG-Werk mit rund 1.700 Beschäftigten, in dem Waschmaschinen und Geschirrspüler produziert werden, Ende 2007 schließen und die Produktion nach Polen verlagern. Electrolux begründet dies mit einem rapiden Preisverfall auf dem Haushaltsgerätemarkt. Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag blieben bisher ergebnislos.

„Ich erwarte, dass eine große Mehrheit mit Ja abstimmt“, sagte Betriebsratschef Harald Dix. Wenn mindestens 75 Prozent der in der IG Metall organisierten Beschäftigten zustimmen, könnte ein Arbeitskampf bereits morgen beginnen. Die IG Metall fordert für die Beschäftigten Anspruch auf Qualifizierung bei vollem Lohnausgleich bis Ende 2010 sowie eine Abfindung in Höhe von drei Monatseinkommen pro Beschäftigungsjahr, zahlbar brutto für netto. Für Beschäftigte ab 53 Jahren will die Gewerkschaft vollen Lohnausgleich bis zur Rente.

Bereits vor Beginn der Frühlingschicht um 6 Uhr standen gestern viele Arbeiter an den Wahlurnen an, um ihre Stimme abzugeben. Die IG Metall hatte vor dem Werkstor ein Zelt aufgebaut.

In sechs Sprachen warb sie für eine Zustimmung zu ihren Forderungen, denn mehr als 50 Prozent der Beschäftigten bei AEG sind nichtdeutscher Herkunft.

Die Dauer des Streiks ist nach den Worten des Nürnberger IG-Metall-Vizes Jürgen Wechsler offen. „Wir haben uns für einen unbefristeten Streik entschieden“, sagte er. Man werde so lange kämpfen, bis ein Angebot von Electrolux vorliege. Ein Streik könne auch acht oder neun Wochen dauern. „Das kommt darauf an, wie lange uns Electrolux zappeln lässt“, sagte ein Arbeiter.

Inflationsrate so hoch wie 2001

WIESBADEN ap ■ Die Explosion der Energiekosten ist die Verbraucher in Deutschland im vergangenen Jahr teuer zu stehen gekommen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes von gestern stiegen die Lebenshaltungskosten um durchschnittlich 2,0 Prozent und damit auf den höchsten Stand seit vier Jahren. Allein Heizöl verteuerte sich um 32 Prozent. Daneben waren auch die Erhöhungen der Tabak- und der Kraftfahrzeugsteuer für die Beschleunigung der Preisentwicklung verantwortlich. In der ersten Jahreshälfte wirkten sich zudem noch Teile der Gesundheitsreform aus. Unterdessen zog der Ölpreis wieder an. Eine Teuerungsrate von 2 Prozent hatten die Statistiker zuletzt 2001 verzeichnet. 2004 hatte die Inflationsrate dagegen nur 1,6 Prozent betragen, 2003 mit nur 1,1 Prozent und 2002 mit 1,4 Prozent war sie noch niedriger. Im Dezember 2005 stieg der Verbraucherpreisindex im Jahresvergleich um 2,1 Prozent.

Rentenkürzung gegen EU-Recht

BERLIN epd ■ Die Kürzung von Rentenzahlungen für im Ausland lebende deutsche Rentner verstößt nach Auffassung des Berliner Sozialgerichtes gegen das Recht von EU-Bürgern auf Freizügigkeit. Deshalb seien zwei anhängige Verfahren zur Überprüfung dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorgelegt worden, so das Berliner Sozialgericht gestern (C-396/05 und C-419/05). Geklagt hatten zwei Frauen, die aus dem damaligen Sudetenland und Pommern stammen und deren Rentenzahlungen gekürzt wurden, weil sie zu ihren Kindern nach Belgien beziehungsweise Großbritannien gezogen sind. Die Renten Kürzung ist im deutschen Sozialgesetzbuch vorgeschrieben und sollte den Angaben zufolge verhindern, „dass die Renten von Vertriebenen und Spät-Aussiedlern ins Ausland exportiert werden“. Eine ähnliche Auffassung wie das Berliner Sozialgericht hatte im Jahr 2002 auch das Bundessozialgericht vertreten und ebenfalls den EuGH eingeschaltet.

AEG-BESCHÄFTIGTE STIMMEN FÜR STREIK

■ Morgen wird im Nürnberger AEG-Werk die Arbeit niedergelegt. Das haben die Beschäftigten in einer Urabstimmung entschieden. Ihre Strategie: Die Gewerkschaften sollen hohe Abfindungen aushandeln – damit der Erhalt der Hausgeräte-Fabrik billiger wird als ihre Verlagerung nach Polen

Eine deutsche Weltmarke

BERLIN taz/dpa ■ Die Geschichte der AEG beginnt 1883 in Berlin. Der Ingenieur Emil Rathenau erwirbt das Patent für die Edison-Glühlampe und gründet die Deutsche Edison Gesellschaft. 2 Jahre später wird das erste öffentliche Elektrizitätswerk eröffnet. 1887 wird es in Allgemeine Electricitäts Gesellschaft (AEG) umbenannt. Der Aufstieg zur Weltmarke beginnt.

Die AEG wächst stetig. 1889 werden erstmals Bügeleisen und Teekessel präsentiert, 1910 wird der erste Elektroherd getestet. Wenig später folgt der Staubsauger „Dandy“. 1914 sind weltweit 66.000 Menschen bei der AEG beschäftigt.

Die Firma macht nicht nur mit Hausgeräten auf sich aufmerksam. Im Ersten Weltkrieg liefert sie auch Rüstungsgüter. 1941 übernimmt der Weltkonzern die Firma Telefunken. Nach dem Zweiten Weltkrieg erholt sich die AEG schnell. 1950 beginnt die Produktion von Kühlgeräten. 1958 bringt das Unternehmen den ersten Wasch-

Ruhe im Gerätewerk

Die AEG-Mitarbeiter wollen den Verlust ihrer Jobs abwenden, indem sie die Produktion einstellen

AUS NÜRNBERG MAX HÄGLER

Ordentlich eingeschweißt rollte gestern Mittag eine AEG-Geschirrspülmaschine über die Nürnberger Muggenhofer Straße. „Das ist eine der letzten aus dem Lager“, ruft der Transporteur. 2005 produzierte das Nürnberger Hausgerätewerk noch 1,4 Millionen Waschmaschinen, Trockner und Geschirrspüler. Bald sollen gar keine mehr über die Bänder rollen. 2007 soll das 1922 gegründete Werk stillgelegt und die so genannte Weißware im billigeren Polen zusammen geschraubt werden.

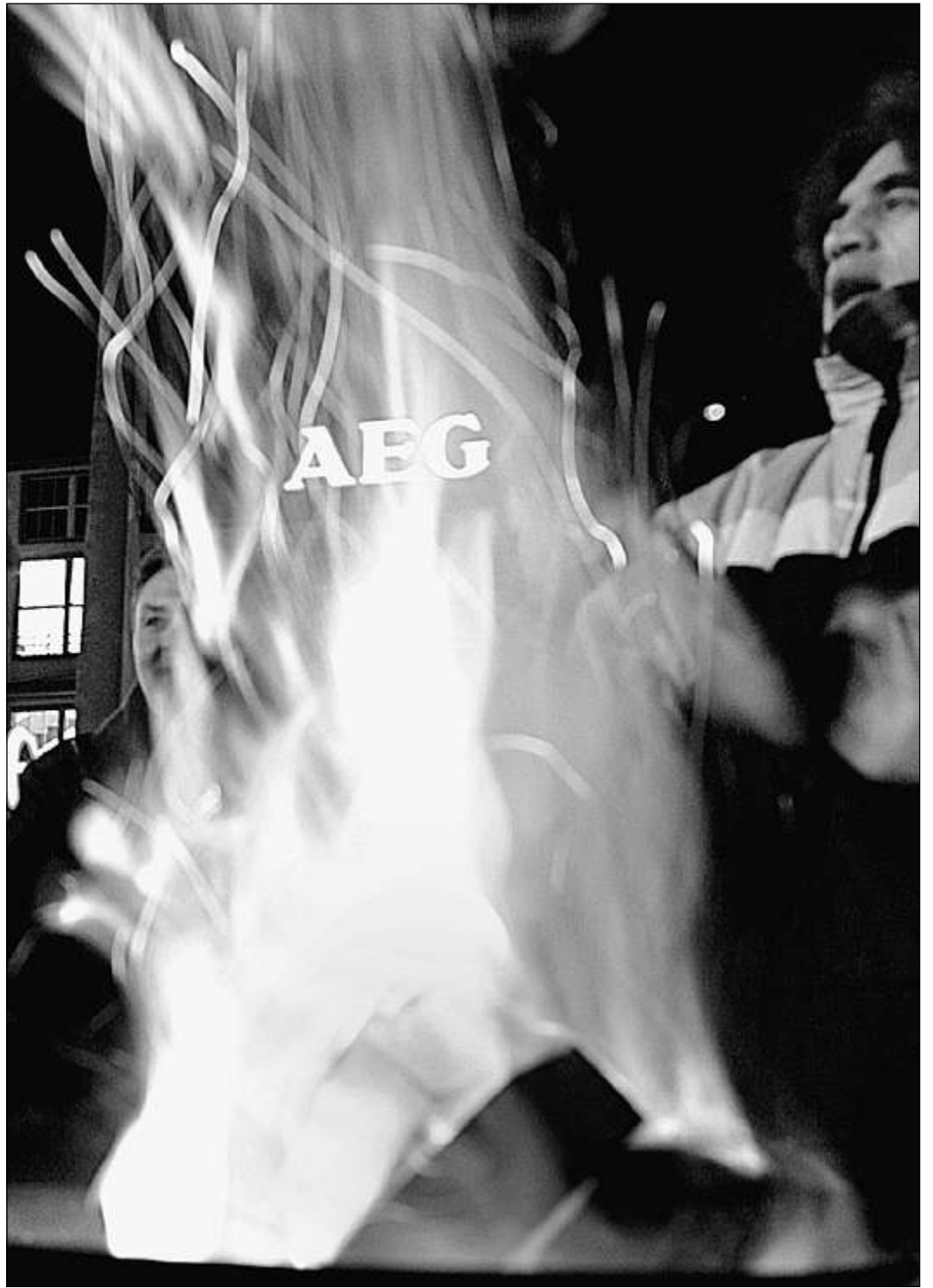
Aber es ist auch fraglich, wie viele Haushaltsgeräte in diesem Jahr die Hallen verlassen. Ab morgen früh um sechs Uhr wird

das Werk komplett bestreikt – „unbefristet“, wie Betriebsratschef Harald Dix betont. So bleibt viel Zeit, um über die weitgehenden Gewerkschaftsforderungen zu verhandeln: Vorruhestand für alle Beschäftigten über 53 Jahre bei voller Lohnfortzahlung, eine generelle Weiterbeschäftigung in einem Qualifizierungsunternehmen bis 2010 und Abfindungen in Höhe von drei Monatsgehältern je Beschäftigungsjahr. „Tarifliches Ziel sind möglichst hohe Abfindungen“, sagt Betriebsratschef Harald Dix. „Unser politisches Ziel ist aber immer noch der Standorterhalt.“

Zwar hat das Aufsichtsratsgremium des in Schweden ansässigen Konzerns und AEG-Eigners Electrolux schon im Dezember beschlossen, das Werk dichtzumachen. Aber die Gewerkschaft hat eine Taktik ersonnen, die vielleicht doch noch Bewegung in den Konzern bringt. „Die Zahlen sind so gewählt, dass der Erhalt des Betriebs mehr Sinn macht als die Zahlung der Abfindung bei einer gleichzeitigen Verlagerung der Produktion“, erklärt Dix die Strategie der Arbeitnehmer. Auf 600 Millionen Euro schätzt er die Kosten des gewerkschaftlichen Sozialplans.

Als Druckmittel bleiben den Arbeitnehmern der mögliche Imageschaden sowie die Nürnberger Fertigungschargen, mit denen die Konzernleitung noch für dieses Jahr gerechnet hatte. Doch schon in den letzten Tagen lief die Produktion nur eingeschränkt. „Der Krankenstand ist enorm, jeder Dritte fehlt“, sagt Golias Paraskevas. „Die psychische Belastung ist zu groß.“ 60 Beschäftigte unterstehen dem griechischstämmigen Vorarbeiter. Insgesamt arbeiten in der Nürnberger Hausgerätefertigung 1.750 Menschen. Mit List kämpfen sie darum, dies noch länger tun zu können.

Einen Teil der Fertigungsstraßen wollte der Electrolux-Konzern bereits zum Jahreswechsel nach Polen verlegen. Die Nürnberger AEGler aber schraubten



Flammender Protest: AEG-Beschäftigte kämpfen um ihre Jobs – auch vor den Werkstoren FOTO: DPA

die Anlage auseinander und brachten sie zur Instandsetzung. Verärgert musste der polnische Werksleiter nach Hause fahren – ohne Produktionsanlage. „Sollte das Band während des Streiks abtransportiert werden, dann wird es richtig krachen“, prophezeit Paraskevas. Sein Betriebsratschef Dix kann trotz der schwierigen Lage ein Grinsen nicht unterdrücken. Mit Blick auf die leeren Lager in ganz Europa stellt er fest: „Es wird sehr schmerzhaft für Electrolux, auf die sehr guten Produkte aus Nürnberg zu verzichten.“ Kein anderes Werk des Konzerns könne in den nächsten Monaten den Produktionsausfall kompensieren. „Dieser Engpass ist unser Faustpfand!“ In der Werkleitung dagegen gibt man

sich optimistisch: „Wir erwarten keine Lieferschwierigkeiten“, sagt der Nürnberger AEG-Sprecher Michael Eichel. Doch der sanfte Ton, den er trotz der harten Gewerkschaftsforderung anspricht, verrät einiges über die tatsächliche Lage: „Wir stehen weiter für Verhandlungen zur Verfügung.“ Das Vorgehen der Gewerkschaft beklagt er als unfair. „Denen ging es doch von Anfang an um einen möglichst schnellen Streik.“ Das bestreiten die Gewerkschafter gar nicht, aber sie weisen auch klar darauf hin, woran das liegt. „Die Nürnberger Werksleiter sind keine bösen Menschen“, sagt Paraskevas, der selbst Betriebsrat ist. „Das sind auch nur Teile in einer Befehlshierarchie, denen ist das Werk

doch auch wichtig.“ Sein ganzer Unmut richtet sich gegen Hans Straberg, den Electrolux-Vorstandsvorsitzenden. Zu Weihnachten hatte der an seine Mitarbeiter in der ganzen Welt eine Mail verschickt: „Wir wünschen Ihnen ein aufregendes Jahr 2006“, schrieb der Manager darin und stellte gleich noch den neuen Konzernslogan vor: „Electrolux – Thinking of you“. Die Nürnberger AEG-Mitarbeiter haben sich die Aufforderung ihres obersten Chefs zu Herzen genommen. Im Streikzelt vor den Werkstoren hängt ein Plakat. Zu sehen ist ein Geier mit blutigem Schnabel, der auf einem Galgen sitzt. Darüber: „Auch dein Tag kommt, Hans. Und wir warten schon.“



Waschmaschinenkomfort der Fünfziger: die „Lavalux“ FOTO: TV-YESTERDAY

automaten, „Lavamat“, auf den Markt. Zur gleichen Zeit steigt die AEG in die Atomenergie ein. Zusammen mit Siemens gründet sie zehn Jahre später die Kraftwerks-Union (KWU). 1970 ist die AEG das weltweit größte Elektrounternehmen mit über 178.000 Mitarbeitern. 1974 stürzen der Ölpreisschock, Konjunkturerbrüche und Fehler im Management die AEG in eine tiefe Krise. Durch die Übernahme von Daimler-Benz 1985 scheint die AEG gerettet. 1994 übernimmt der schwedische Konzern Electrolux die Sparte der Haushaltsgeräte. 12 Jahre später ist von der ehemaligen deutschen Weltmarke AEG nur noch der Name übrig.

MIRJAM MEINHARDT

Die Polen-Paranoia ist oft unberechtigt

Wie viele Stellen Firmen ins Ausland verlagern, lässt sich schwer beziffern. Vielfach schaffen die Betriebe gleichzeitig in Deutschland neue Jobs

Das ist der Albtraum hiesiger Arbeitnehmer: Der deutsche Karosseriebauer verliert seinen Job, während sich sein Kollege in Polen über die neue Stelle freut und für einen Bruchteil des Lohns am neuen Billigmodell werkelt.

Bei der Debatte um die Verlagerung von Arbeitsplätzen ist der Angstfaktor sehr groß. Dabei ist der konkrete Jobexport nur schwer zu beziffern. „Der Zusammenhang von Stellenabbau im Inland einerseits und Beschäftigungsaufbau im Ausland andererseits ist viel komplexer, als in der üblichen Verlagerungsdebatte diskutiert wird“, sagt Volker Treier, Konjunktarexperte beim Deutschen Industrie- und Han-

delstag (DIHK). Eine DIHK-Umfrage unter 4.400 Unternehmen, die im Ausland aktiv waren, zeigte, dass lediglich ein Viertel dieser Firmen Stellen ins Ausland verlagert hatten oder dies planten. Bei zwei Dritteln der Befragten hatte der Jobexport bereits stattgefunden, ein Drittel hatte ihn noch vor. Jeder dritte der „verlagernden“ Betriebe hatte in der Vergangenheit die Beschäftigung im Inland verringert. Hingegen hatten 37 Prozent sogar mehr Jobs in Deutschland geschaffen.

Also kein Grund zur Panik? Ein Blick in die Statistik der Deutschen Bundesbank mindert die Sorge: In Unternehmen im

Ausland mit direkter oder indirekter deutscher Kapitalbeteiligung ist die Zahl der Beschäftigten von 2002 bis 2003, in dem Zeitraum, für die die jüngsten Zahlen vorliegen, nicht etwa gestiegen, sondern sogar um 40.000 zurückgegangen. Von massivem Stellenaufbau im Ausland bei deutschen Firmen oder deren Tochterunternehmen kann also keine Rede sein.

Die Debatte um „Arbeitsplatzeffekte“ der Globalisierung werde vorwiegend „anhand einzelner Fallbeispiele geführt“, bedauert Gunter Schall, Referent für Außenwirtschaftspolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI). Auf die gesamte

Wirtschaft bezogen, lasse sich die konkrete Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland jedoch „nur in geringem Maße feststellen“.

Die Wechselwirkungen, die in der Vergangenheit Jobs besonders in der deutschen Industrie verschwinden ließen, sehen dabei oft anders aus, als die Medien es darstellen. In der Autoindustrie gehe es beispielsweise um den Abbau von Überkapazitäten, erläutert Schall. Die Unternehmensleitung klappt dann in Deutschland Stellen, weil die Arbeitskosten hier höher sind als im Ausland. Um einen direkten „Jobexport“ etwa nach Osteuropa handelt es sich aber nicht.

Oft sichern billigere Zulieferer aus Osteuropa hierzulande die Produktion. Die Nähe zu einem neuen Markt spielt für den Aufbau von neuen Jobs für die Unternehmen zudem laut der DIHK-Umfrage eine größere Rolle als die unterschiedlichen Arbeitskosten.

Die Beschäftigten sind allerdings unterschiedlich von Verlagerungen betroffen. Nach einer Studie der Boston Consulting Group werden in zehn Jahren in Deutschland rund 90 Prozent der Fernseher und Kühlschränke, aber nur 21 Prozent der Autos aus den so genannten Niedriglohnländern kommen.

BARBARA DRIBBUSCH

..... das wichtigste

Zur Frühschicht Streik

Im Nürnberger AEG-Werk ruhen die Bänder: Streik für den Erhalt des Standortes. Stoiber will vermitteln

NÜRNBERG afp/dpa ■ Nach Beginn des unbefristeten Streiks im Nürnberger AEG-Werk hat sich der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) als Vermittler angeboten. Er kündigte gestern in München an, die IG Metall und die Unternehmenseite in der kommenden Woche zu Gesprächen einzuladen. „Ziel des Ministerpräsidenten ist, dass möglichst bald wieder zu konstruktiven Gesprächen zurückgekehrt werden kann“, teilte die Staatskanzlei mit. Ein AEG-Sprecher, die Unternehmensleitung sei zur sofortigen Rückkehr an den Verhandlungstisch bereit.

Die 1.750 AEG-Beschäftigten hatten wegen der bis Ende 2007 geplanten Schließung des Werks am Morgen für unbefristete Zeit die Arbeit niedergelegt. „Unser Ziel war und ist und bleibt der Erhalt des Standortes der AEG in Nürnberg“, sagte der stellvertretende IG-Metall-Chef

Berthold Huber auf einer Kundgebung vor den Werkstoren. Dabei sicherte er den 1.750 Beschäftigten die Unterstützung der gesamten IG Metall zu. Der Betriebsratsvorsitzende Harald Dix schwor seine Kollegen darauf ein, einen langen Atem in der Auseinandersetzung mit dem schwedischen Mutterkonzern Electrolux zu zeigen. „Ab heute beginnt ein Kampf, der länger dauern wird“, sagte Dix.

Mit dem Beginn der Frühschicht hatte der Streik pünktlich um 6 Uhr begonnen. Die Fabrik soll von Streikposten rund um die Uhr und auch am Wochenende bewacht und blockiert werden. Streikleiter Jürgen Wechsler von der örtlichen IG Metall zog am Nachmittag ein positives Fazit. „Der erste Streiktag ist hervorragend gelaufen. Es gibt keinen einzigen Streikbrecher“, sagte er. Selbst die Geschäftsführung sei nicht in den Betrieb gegangen.



FOTO: ARCHIV

Papilio des Jahres

Weniger Umweltgifte in Gärten, wieder mehr Schwalbenschwänze. Der noch vor 20 Jahren vom Aussterben bedrohte „Papilio machaon“ wurde darum laut BUND zum „Schmetterling des Jahres 2006“ gewählt. Mit bis zu acht Zentimetern Spannweite ist der Schwalbenschwanz einer der größten Schmetterlinge in Mitteleuropa.

Ciampi stoppt Berlusconi-Gesetz

ROM afp ■ Der italienische Präsident Carlo Azeglio Ciampi hat einem Gesetz die Unterschrift verweigert, das Ministerpräsident Silvio Berlusconi ein weiteres Gerichtsverfahren erspart hätte, und es damit gestoppt. Die Justizreform hätte im Kern bedeutet, dass der Staatsanwaltschaft der Weg in die Berufung automatisch versperrt ist, wenn ein Angeklagter in erster Instanz freigesprochen wird. Berlusconi war im Dezember 2004 vom Vorwurf der Richterbestechung freigesprochen worden. Die Staatsanwaltschaft in Mailand hatte dagegen Berufung eingelegt. Ciampi erklärte, das geplante Gesetz verstoße gegen Artikel 111 der italienischen Verfassung, nach dem beide Prozessparteien gleiche Rechte haben. Das Berufsverbot hätte nur für die Staatsanwaltschaft gegolten. Auch hielt Ciampi es für unlogisch, dass das Verbot nur bei einem Freispruch möglich wäre.

Iran zieht Gelder aus Europa ab

TEHERAN ap ■ Angesichts möglicher UN-Sanktionen wegen seines Atomprogramms zieht der Iran seine ausländischen Währungsreserven von europäischen Banken ab. Das teilte Notenbankpräsident Scheibani gestern vor Journalisten mit. Der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) wird sich am 2. Februar mit einem von europäischen Staaten eingebrachten Entschließungsantrag befassen, der die Überweisung des Atomstreits an den UN-Sicherheitsrat vorsieht. Dieser könnte Wirtschaftssanktionen gegen Teheran verhängen.

Pflüger Spitze bei Berliner CDU

BERLIN taz ■ Jetzt ist es amtlich. Der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Friedbert Pflüger, wird Spitzenkandidat der Berliner CDU bei der Abgeordnetenhauswahl im September. Landeschef Ingo Schmitt schlug den 50-jährigen aus Niedersachsen gestern der Findungskommission vor. Nach einer Beratung der Kreischefs und des Landesvorstandes will die CDU Pflüger am Montag öffentlich präsentieren. Nominiert werden soll er auf einem Parteitag am 31. März. In Berlin wird am 17. September gewählt. meinung und diskussion SEITE 11

..... portrait



Er war gut aussehend, aggressiv und gefährlich: Mit 65 Jahren ist Wilson Pickett am Donnerstag gestorben. „In the Midnight Hour“ und „Land of the 1000 Dances“ waren seine größten Hits FOTO: AFP

Es war eine schöne Schlusspointe, als der Film „The Commitments“ Wilson Pickett 1991 noch einmal auftauchen ließ: Ein alter weißer Sessionmusiker hält ein paar irische Unterschichtsjugendliche in einer

Am Donnerstag ist Wilson Pickett im Alter von 65 Jahren an einem Herzinfarkt gestorben, und das Ende dieses Films war auch deshalb eine so passende Metapher auf Picketts Karriere, weil sie zu diesem Zeitpunkt

dessen Vorgarten gekracht war. 1993 musste er für ein Jahr ins Gefängnis: Er hatte betrunken einen Mann überfahren.

Seinem Ruf als „wicked Pickett“ tat dies keinen Abbruch. Den hatte er aus den Sechzi-

Der schwarze Leopard des Soul

Soulband zusammen, indem er ihnen verspricht, sein Kumpel Pickett werde bald vorbeikommen und mit ihnen spielen. Natürlich kommt er zum entscheidenden Konzert nicht, alle sind enttäuscht – bis Pickett dann doch noch auftaucht und etwas ratlos im Regen steht: Es ist ja niemand mehr da.

ihre großen Tage lange hinter sich hatte – sein Ruf als einer der größten Soulsänger aber vollkommen intakt war. Er war eine Legende mit Privatproblemen: Kurz nach dem Filmstart stand er vor Gericht, weil er den Bürgermeister von Englewood, New Jersey, bedroht hatte, nachdem er mit dem Auto in

gern. Pickett kam vom Gospel und wurde zum Soul-Superstar, als ihn Jerry Wexler, der Chef der Plattenfirma Atlantic, nach Memphis schickte, wo er „In the Midnight Hour“ aufnahm. „Er war wie ein schwarzer Leopard“, sagte Jimmy Johnson, ein Gitarrist der Muscle-Shoal-Studios über ihn, „du kannst ihn an-

schauen, aber fass ihn bloß nicht an, dann beißt er.“

Doch der im Süden geborene, aber in Detroit aufgewachsene Pickett mit seiner *Don't take no bullshit*-Attitüde und rauen Stimme ergab zusam-

men mit den dauerbreiten Sessionmusikern und ihrem von Whiskey und Aufputschpillen tiefer gelegten Redneck-Funk eine brillante Kombination. Als der Chef der Muscle-Shoal-Studios Pickett zum ersten Mal vom Flughafen abholte, um ihn zum Studio zu fahren, weigerte Pickett sich, überhaupt das

Flugzeug zu verlassen: „Da stand dieser riesige Typ, der aussah wie ein Sheriff und sagte, er würde mich suchen“, erzählte er später.

Mit Stücken wie „Land of the 1000 Dances“, „Mustang Sally“, „Funky Broadway“ und „Get Me Back on Time, Engine #9“ war er einer der wenigen, die sich von Mitte der Sechziger bis in die frühen Siebziger hinein in puncto Intensität mit James Brown messen konnten. Gut aussehend, elegant, aggressiv und gefährlich war dies eine Art von Black Power, die zwar mit der radikalen Politik der Black Panther nichts zu tun haben wollte, aber in ihrem Stolz Teil des gleichen Kampfes um Anerkennung war. TOBIAS RAPP

IG METALL WILL 5 PROZENT MEHR

- Die Löhne sollen endlich wieder deutlich steigen. Das zumindest will die IG Metall und fordert für die im Februar beginnenden Tarifverhandlungen 5 Prozent mehr Geld. Dies sei bezahlbar, noch nie hätten die Arbeitgeber so wenig für Gehälter ausgegeben

Löhne wie in China?

VON BARBARA DRIBBUSCH

Die IG Metall möchte zum Vorreiter werden für eine positive Lohnentwicklung in Deutschland. Die Gewerkschaft geht mit der Forderung nach 5 Prozent mehr Geld in die anstehende Tarifrunde der Metall- und Elektroindustrie. Das entschied

spruch der Beschäftigten auf Weiterbildung, eine Verpflichtung der Unternehmen zu mehr Innovationen sowie einen neuen Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen.

„Unsere Forderungen sind bezahlbar“, sagte IG-Metall-Chef Jürgen Peters gestern und ergänzte: „Gemessen am Umsatz haben die Arbeitgeber

tallunternehmen mehr als verdoppelt, rechnet die Gewerkschaft vor. Für dieses Jahr erwartet die IG Metall eine Umsatzsteigerung in der Branche von gut 13 Prozent gegenüber dem Geschäftsjahr 2003. Größter Motor für diese Zuwächse ist der Export.

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall errechnet bescheidenere Zahlen und kommt für 2005 und 2004 auf eine durchschnittliche Nettoumsatzrendite von jeweils 2,7 Prozent. Die Rendite ist der Saldo aus Gewinnen nach Steuern und Verlusten in Prozent des Umsatzes. Gesamtmetall weist dabei auch auf die von Betrieb zu Betrieb unterschiedliche Ertragslage hin. Diese Unterschiede hätten sich in den vergangenen Jahren vergrößert. Besonders die vornehmlich im Inland tätigen kleineren und mittleren Firmen müssen sich im Schnitt mit niedrigeren Renditen zufrieden geben. Gesamtmetall möchte mehr betriebliche Gestaltungsoptionen der Unternehmen durchsetzen.

Eine „reine Zahlendiskussion“ halte er für „abwegig“, hatte Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegießer bereits im Vorfeld der Tarifverhandlungen erklärt. Ziel müsse es sein, „Arbeitsplätze in Deutschland zu halten“.

Er habe den Eindruck, Globalisierung heiße für die Unternehmer, „dass die Managergehälter sich an den USA orientie-

ren sollen und die Löhne an China“, frozelte dazu gestern Chefmetaller Peters. Erzielte die IG Metall einen Abschluss von mehr als 2 Prozent, gelänge es ihr damit zumindest, die erwartete Preissteigerungsrate auszugleichen. In vielen Branchen ist das bereits 2006 nicht mehr der Fall.

So bekommen die Beschäftigten im Bau, in der Druckindustrie und im Einzelhandel nach den neuesten Tarifabschlüssen in diesem Jahr nur rund ein Prozent mehr Lohn und verlieren damit im Zuge der Preissteigerungen an Kaufkraft, erklärte Reinhard Bispinck, Leiter des WSI-Tarifarchivs bei der gewerkschaftseigenen Hans-Böckler-Stiftung, im Gespräch mit der taz.

In der Vergangenheit erzielte immer einer der sieben Tarifbezirke einen Pilotabschluss für die Metall- und Elektroindustrie, es ist aber nicht zwingend, dass ein Abschluss für alle Bezirke übernommen wird. Die regional geführten Tarifverhandlungen beginnen im Februar. Den Anfang machen Rheinland-Pfalz, Hessen und das Saarland am 8. Februar.

Vor zwei Jahren hatten die Tarifparteien Einkommensverbesserungen um 2,2 Prozent ab März 2004 und um weitere 2,7 Prozent ab März 2005 vereinbart. Einige betriebliche Vereinbarungen bescherten den Beschäftigten aber Einbußen und längere Arbeitszeiten.



der Vorstand der Gewerkschaft gestern in Frankfurt am Main. Alle sieben Tarifbezirke hatten sich zuvor für die Forderung ausgesprochen. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat den maximalen Spielraum für Lohnerhöhungen dagegen bislang auf 1,2 Prozent beziffert.

Neben der Lohnerhöhung fordert die IG Metall einen An-

noch nie so wenig für Löhne und Gehälter ausgegeben wie heute.“ Nach der Vorstellung der Gewerkschaft soll der Tarifvertrag für zwölf Monate gelten.

Die IG Metall kann sich auf die steigenden Gewinne der Metallunternehmen berufen. Allein von 2003 bis 2006 werden sich die Gewinne der 40 größten börsennotierten Me-

Die verflixte Sache mit der Kaufkraft

Brauchen die Arbeitnehmer mehr Geld – oder gehen damit weitere Jobs flöten? Ein Realitäts-Check ist angesagt

BERLIN taz ■ Die Werbemaschinerie von Arbeitgebern und Gewerkschaften ist angelaufen, zum Start der Tarifrunde 2006 in der Metallindustrie. Brauchen die ArbeitnehmerInnen mehr Geld, um durch ihren Konsum die Wirtschaft anzukurbeln? Oder vernichten höhere Löhne noch mehr Jobs? Das ist die Gretchenfrage.

Die Verdienste der ArbeitnehmerInnen sind laut dem WSI-Tarifarchiv der gewerkschaftseigenen Hans-Böckler-Stiftung im vergangenen Jahr im Schnitt nur um 0,5 Prozent gestiegen. Bei einer Preissteigerungsrate von 2 Prozent bedeutet dies, dass

die Leute im vergangenen Jahr 1,5 Prozent an Kaufkraft verloren haben.

Seit 1993 habe sich die Kaufkraft aller Beschäftigten in Deutschland im Schnitt um 3,5 Prozent vermindert, rechnen die Gewerkschaften. Die verrin-

Die Beschäftigten verloren in zwölf Jahren 3,5 Prozent ihrer Kaufkraft

gerte Finanzkraft führe dazu, dass die Menschen immer weniger konsumierten und deswegen die Wirtschaft schwächele, die von dieser Binnen-nachfrage abhängig sei. Deswegen müssten die Löhne steigen.

Diese Kausalkette wird von dem arbeitgebernahen Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) als „Populismus“ bezeichnet. Nur ein geringer Teil der Lohnsteigerung lande in den Kassen hiesiger Unternehmen. Ein verheirateter Durchschnittsverdiener mit zwei Kindern gebe beispielsweise von 100 Euro brutto extra im Monat nur 35 Euro für inländische Waren aus. Der Rest gehe für Steuern, Sozialabgaben und den Kauf ausländischer Güter drauf.

Die IG Metall hält dagegen: Auch Sozialversicherungsbeiträge und Steuern führten indirekt zur Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage,

weil sie die Basis für Staatsausgaben etwa für Kindergärten, Schulen oder Straßen darstellten.

Ein Realitäts-Check ergibt, dass trotz der moderaten Tarifabschlüsse in vielen Branchen in den vergangenen Jahren hunderttausende von Jobs in Deutschland verloren gingen, was für die Kaufkrafttheorie spricht. Nur leider führten die hohen Lohnabschlüsse etwa in der Metallindustrie in der ersten Hälfte der 90er-Jahre auch zum Abbau von hunderttausenden von Stellen in dieser Branche. Die Verknüpfungen scheinen also komplizierter zu sein als von den Tarifparteien behauptet. BARBARA DRIBBUSCH

..... das wichtigste

Mörderischer Frost

Immer mehr Kältetote unter der Eisglocke Osteuropas. Frost erreicht auch Türkei, Griechenland und Italien

BERLIN afp ■ Während der Ost-Deutschlands auch gestern dem Eistag weitgehend problemlos getrotzt hat, steigt die Zahl der Kälteopfer in Osteuropa an. In der Ukraine starben binnen eines Tages 26 Menschen, in Polen erlagen neun Menschen dem Frost. Selbst die Türkei meldete infolge heftiger Schneefälle und Werten um minus 15 Grad sechs Tote. In Deutschland erfroren seit Sonntag fünf Menschen. Die durch Russland-Hoch „Claus“ in den Keller gefallenen Temperaturen lagen auch in der Nacht zu Dienstag um die minus 20 Grad. Hier scheinen die Eistage aber vorläufig gezählt.

Die klirrende Kälte in Polen hat nach Polizeiangaben seit Winterbeginn 159 Menschen das Leben gekostet. Da es sich bei den meisten Kälteopfern um Obdachlose handelt, wird mit noch mehr Toten gerechnet. Mehr als tausend Men-

schen wurden seit dem Wochenende mit Erfrierungen in Krankenhäusern behandelt.

Eisige Temperaturen bis zu minus 13 Grad, Schnee und Winde der Stärke 10 bis 11 haben in der Nacht zu Dienstag zu erheblichen Verkehrsproblemen in Griechenland und in der Ägäis geführt. In Athen schneite es bei 0 Grad. Eine dünne Schneedecke war auch auf der Akropolis zu sehen. In der Ägäis geriet ein Frachter in Seenot.

Italien dreht die Heizungen im ganzen Land runter: Da der russische Energiekonzern Gazprom wegen der andauernden Kältewelle derzeit weniger Gas nach Italien liefert, hat Industrieminister Claudio Scajola Sparmaßnahmen angekündigt. So werde per Gesetzesdekret in den nächsten Tagen angeordnet, die Heizungen in allen Privathäusern und Büros um ein bis zwei Grad herunterzuschalten, berichtete *La Stampa*.



Zypern-Streit: Neuer Vorschlag aus Ankara

ANKARA dpa ■ Die Türkei hat ihre Bereitschaft zur Lösung des Zypernproblems bekräftigt und ein Treffen der Konfliktparteien für Mai oder Juni vorgeschlagen. Daran sollten beide Teile Zyperns sowie Griechenland und die Türkei teilnehmen, sagte Außenminister Gül gestern. Der Vorschlag sehe die Öffnung der türkischen Häfen und Flughäfen für griechisch-zyprische Schiffe und Flugzeuge und im Gegenzug die Aufhebung des Handelsembargos für das türkisch kontrollierte Nordzypern vor. UN-Generalsekretär Kofi Annan sei informiert. Aus Athen und Nikosia kamen skeptische Reaktionen. Griechenlands Außenminister Molivatis äußerte, er habe den Eindruck, dass die gleichen Vorschläge bereits vor Monaten präsentiert wurden. Sein zyprischer Kollege Iakovu sprach vom Versuch Ankaras, den Verpflichtungen gegenüber der EU auszuweichen.

Der PC daheim ersetzt Nachhilfe

BERLIN dpa ■ Wer als Schüler regelmäßig den Computer zu Hause zum Lernen nutzt, zeigt in der Regel in allen wichtigen Schulfächern bessere Leistungen. Dies ist das Ergebnis einer neuen internationalen Pisa-Auswertung unter 15-jährigen SchülerInnen, die die OECD gestern in Berlin vorstellte. In Deutschland waren diese SchülerInnen im Fach Mathematik sogar Gleichaltrigen, die den PC nicht regelmäßig zum Lernen nutzten, fast ein Schuljahr voraus. Jeder Zweite gab an, den Computer zu Hause nicht nur für Spiele, sondern auch zum Lernen einzuschalten.

AEG-Streik: IG Metall bleibt hart

NÜRNBERG dpa ■ Die IG Metall will im AEG-Streik bei ihrer harten Linie bleiben. Der Streik werde erst beendet, wenn ein Verhandlungsergebnis unterschrieben sei, sagte Streikleiter Jürgen Wechsler gestern. Electrolux-Chef Hans Stråberg hatte gesagt, er hoffe, der Konflikt werde noch vor der Vorlage der Konzernbilanz am 14. Februar beendet sein. Auch bei der AEG-Logistiksparte begann gestern die Urabstimmung. Die aus der AEG ausgegliederte Sparte war aus der Tarifbindung ausgetreten, weshalb den Beschäftigten im Streikfall Einkommenseinbußen drohen.

..... portrait



Der Schweizer Staatsanwalt Dick Marty, 60, einst für seine Leistungen von den USA dekoriert, ermittelt nun einsam auf weiter Flur wegen der CIA-Gefangenentransporte in europäischen Staaten FOTO: AP

1988 war der Schweizer Dick Marty in Washington noch hoch angesehen. Das US-Justiz-department der Regierung Bush senior zeichnete den damaligen Tessiner Staatsanwalt aus, weil seine hartnäckigen

der Administration in Washington wie auch europäischen Regierungen zunehmend Unge-mach. Denn in seiner Rolle als Sonderermittler des Europarates in Sachen CIA-Gefangene hat Marty gestern schwerwie-

Sonderermittler mit robusten Werten

Fahndungsmethoden zur Festnahme eines türkischen Drogenbosses mit 100 Kilogramm Heroin geführt hatte.

17 Jahre später bereitet die Hartnäckigkeit Martys – seit 1995 freidemokratischer Abgeordneter im Schweizer Ständerat und seit 1998 eidgenössischer Vertreter im Europarat –

gende Indizien und harte Beweise vorgelegt für schwere Verstöße der USA gegen die Genfer Konventionen und andere völkerrechtlich verbindliche Bestimmungen sowie für die Komplizenschaft der Europäer bei diesen Verstößen.

Die mangelnde Kooperation und zahlreichen Behinderun-

gen seiner Ermittlungen, die Marty durch Regierungen und Geheimdienste in Washington, Berlin, Warschau und anderen Hauptstädten erfahren hat, sind ihm erst recht Ansporn, alle offenen Fragen restlos auf-

zuklären. „Marty besitzt die idealen Eigenschaften eines Staatsanwaltes. Er verfügt über ein robustes Wertesystem, den nötigen Schuss Dickköpfigkeit und hält es aus, auch alleine zu kämpfen.“

So begrüßte die *Neue Zürcher Zeitung* Ende November die Berufung des 60-jährigen

Juristen zum Sonderermittler des Europarates. Sein robustes Wertesystem bekräftigte Marty in den letzten Tagen mit scharfer Kritik an den Menschenrechts- und Völkerrechtsverstößen der Bush-Administration

im Kampf gegen den Terrorismus. Ein Kampf, dessen Methoden Marty nicht nur für falsch und illegal hält, sondern für „ineffizient und kontraproduktiv“. Diese Methoden „schafften neue Fanatiker“.

Martys Kritik an der „politischen Klasse in Europa“ fällt kaum milder aus. Denn die Eu-

ropäer hätten zwar „seit 2002 Bescheid gewusst“ über die Entführungsmethoden der USA, aber nicht reagiert. Auch die in den letzten drei Monaten bekannt geworden Fakten seien zunächst nur aus US-amerikanischen Quellen gekommen.

Die Ressourcen für die Arbeit des Sonderermittlers sind lächerlich gering. Marty selber arbeitet in Teilzeit und hat nur zwei Mitarbeiter sowie ein sehr begrenztes Budget. Zudem stehen ihm keine Zwangsmittel zur Verfügung, um die Herausgabe von Informationen durchzusetzen. Doch der Sonderermittler setzt auf den „moralischen Druck“ seines Amtes, die Medien und eine engagierte Öffentlichkeit. ANDREAS ZUMACH

VERSCHLEPPT BEI KURZAUFENTHALT IM IRAK

- Die beiden gestern entführten Deutschen wollten nur kurz im sunnitischen Dreieck nördlich von Bagdad bleiben, wo sie für einen Anlagenbauer Aufträge ausführten. Haben Berichte über das Lösegeld für Susanne Osthoff andere Entführer ermutigt?

Deutsche entführt

AUS SULEIMANIA INGA ROGG

Fast genau zwei Monate nach der Entführung von Susanne Osthoff sind im Irak zwei deutsche Ingenieure verschleppt worden. Ein dritter Deutscher und ein Iraker konnten nach Angaben ihres Unternehmens entkommen. Die Ingenieure ar-

mit den Deutschen am Dienstagmorgen in der Nähe der Ölanlagen aufgelauert, sagte Kadhim Abbas von der örtlichen Polizei. Ein Sprecher des Unternehmens in Baidischi sagte, die Männer seien von einer irakischen Kaserne, in der sie übernachtet hätten, unterwegs zur Arbeit gewesen. Die Bewaffneten trugen demnach Unifor-

Laut dem Ölministerium wurden gemeinsam mit den Deutschen auch zwei irakische Begleiter verschleppt. Unklar war zunächst auch die Identität der Deutschen. Der stellvertretende Provinzgouverneur von Salahaddin gab ihre Namen mit Thomas Wischke und Rabita Dirata an. Nach Medienberichten stammen die Entführten aus Bennewitz bei Leipzig und arbeiten für den Anlagenbauer Cyrotec. Die Deutschen sind nach Angaben der irakischen Polizei erst vor wenigen Tagen im Irak eingetroffen. Scheinbar wollten sie sich nur kurz im Irak aufhalten.

In Berlin wurde ein Krisenstab eingerichtet. Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier sagte auf die Frage, ob eine Lösegeldzahlung im Fall Osthoff die neue Entführung befördert habe: „Nicht die Lösegeldzahlung, sondern die Berichterstattung darüber.“

Die Verschleppung der Deutschen wirft erneut ein Schlaglicht auf das hohe Entführungsrisiko für Ausländer, aber auch für Einheimische im Irak. Seit dem Ende der Diktatur wurden mindestens 300 Ausländer und tausende von Irakern Opfern von Kidnappern. Nachdem die mittlerweile weitgehend professionell organisierten Geiselnahmen zumindest von Ausländern zurückgingen, ist seit November ein erneuter Anstieg zu verzeichnen. Weiterhin ungewiss ist das Schicksal der

amerikanischen Journalistin Jill Carroll, die am 7. Januar im Westen von Bagdad verschleppt wurde. Obwohl sich mittlerweile auch Politiker mit guten Beziehungen ins Lager der Untergrundkämpfer für die Freilassung der Journalistin ausgesprochen haben, fehlt von ihr weiterhin jede Spur. Das gilt auch für die westlichen Friedensaktivisten, die etwa zeitgleich mit Susanne Osthoff verschleppt wurden, sowie mehrere Botschaftsmitarbeiter aus arabischen Ländern und die kenianischen Techniker eines irakischen Handynetz-Betreibers.

Da nach der Freilassung von Osthoff sich auch im Irak herumgesprochen hat, dass Deutschland entgegen offiziellen Erklärungen offenbar Lösegeld gezahlt hat, locken Deutsche erst recht Entführer an. Deutsche Unternehmen und Hilfsorganisationen sind außerhalb des kurdischen Norden kaum noch im Irak tätig. Kurdistan hat sich indes zu einem Magnet für deutsche Firmen entwickelt. Unternehmen wie Siemens oder Züblin sind im Telekommunikations- beziehungsweise Bausektor tätig. Viele schicken ihre Mitarbeiter aber nur kurzfristig nach Kurdistan oder wickeln ihre Aufträge über aus- wie inländische Subunternehmen ab. Darüber hinaus sind es Mittelstandsunternehmen, die sich um Aufträge im Nordirak bemühen.



Die irakische Industriestadt Baidischi liegt an einer Ecke des berühmten sunnitischen Dreiecks, in dem der Widerstand gegen die US-Besatzung und die irakische Regierung besonders erbittert und gewaltsam ist. Die 60.000-Einwohner-Stadt mit der größten Ölraffinerie des Landes bietet für Rebellen ein verlockendes Ziel. Sie ist eine wichtige Stütze der irakischen Wirtschaft. Von Ende Dezember bis Anfang Januar legte ein Streik der Lkw-Fahrer die Lieferungen aus der Raffinerie lahm. Die Fahrer protestierten mit der Arbeitsniederlegung gegen gezielte Todesdrohungen der Rebellen. AFP

beiteten als Monteure im Ölsektor in Baidischi. Unklarheit bestand zunächst darüber, ob mit den Deutschen auch zwei Iraker in die Hände der Geiselnahmer fielen.

Offenbar geriet der Wagen mit den Deutschen in einen gut geplanten Hinterhalt. Mindestens sechs Bewaffnete in zwei Zivilautos hätten dem Wagen

men der irakischen Nationalgarde. Sie hätten den Deutschen die Hände gefesselt, sie in den Kofferraum geworfen und seien mit ihnen davongefahren, sagte der Firmensprecher. Einem dritten Deutschen sei zusammen mit dem irakischen Fahrer die Flucht gelungen, weil ihn die Geiselnahmer ebenfalls für einen Araber hielten.

Kleines Grüppchen in der Gefahrenzone

Rund einhundert Deutsche halten sich noch im Irak auf. Es gibt jedoch keine Meldepflicht bei der Botschaft

BERLIN afp ■ Rund einhundert Deutsche befinden sich laut Auswärtigem Amt noch im Irak, eventuell auch mehr: Die deutsche Botschaft in Bagdad führt zwar Listen mit einreisenden Deutschen, es besteht jedoch keine Meldepflicht. **Unternehmensvertreter:** Deutsche arbeiten vor allem beim Wiederaufbau der zerstörten irakischen Infrastruktur wie der Ölanlagen, teils für ausländische Firmen. Auch zahlreiche deutsche Firmen sind im Irak tätig. Deren Mitarbeiter halten sich meist nur im ruhigeren Nordirak länger und regelmäßig auf. In den unsicheren Regionen im

Süden und im Zentrum wickeln sie ihre Geschäfte dagegen meist von Niederlassungen in Nachbarländern aus über irakische Mittelsmänner ab. **Diplomaten:** Seit August 2004

Kaum Helfer, aber dutzende deutsche Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen sind im Irak

hat die Bundesregierung erstmals seit 1991 wieder eine Botschaft in Bagdad. Botschafter ist Bernd Erbel. In der Vertretung arbeitet laut Auswärtigem Amt eine „begrenzte“ Zahl deutscher Mitarbeiter.

Helfer: Etwa ein halbes Dutzend deutscher Hilfsorganisa-

tionen engagieren sich noch im Irak. Deutsche Mitarbeiter wagen sich aber nur noch kurzzeitig für einzelne Projekte in das Land. Die Arbeit läuft meist mit einheimischen Mitarbeitern irakischer Partner.

Sicherheitspersonal: Deutsche schützen im Irak für Sicherheitsfirmen Personen, Industrieanlagen oder Gebäude.

Ihre genaue Zahl ist schwer zu bestimmen, dem AA liegen keine Zahlen vor. Mehrere dutzend sind es laut Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen (BDWS). Sie arbeiten vor allem für US-Firmen und werden mit Tagesverdiensten von mehre-

ren hundert Euro angelockt.

Journalisten: Fast alle deutschen Journalisten haben den Irak inzwischen verlassen. Die großen Fernsehsender betreuen das Gebiet von Jordanien oder Ägypten aus. Deutsche Zeitungen unterhalten keine festen Korrespondenten mehr, eine sehr kleine Zahl freier Journalisten berichtet aus dem Land, oft auch aus dem sicheren Kurdistan.

Familienangehörige: Der „überwiegende Teil“ der Deutschen lebt nach Angaben des Auswärtigen Amtes im Irak, weil sie dort familiäre Bindungen haben. Der Großteil von ihnen sind deutsche Frauen, die irakische Männer geheiratet haben.

LESER FRAGEN, PAN ANTWORTET



Leser Dirk H. aus Neuwied fragt: Mit Lufthansameilen von Ruhr-gas konnte ich Kunden vom Erd-gasauto überzeugen. Was ist dar-an schlecht?

PAN antwortet: Lieber Herr H., wer mit Jumbos für Autos wirbt, wer nur Kunden mit Parteibuch hat, sollte mit einer „Geldauf-lage“ weitere Scherereien vermei-den. Sonst petzen wir auch noch das mit den Dienstfahrzeugen!

AEG-Streik jetzt auch in NRW

DORMAGEN dpa/taz ■ Der AEG-Streik in Nürnberg hat sich nun auch auf das Unternehmen Electrolux Logistics GmbH in Dorma-gen ausgeweitet, das zu dersel-ben schwedischen Firmengrup-pe gehört. Anlass für den Ar-beitskampf seien die Pläne des Konzerns, unbezahlte Mehrar-beit durchzusetzen und die tarif-lichen Entgelte durch Neuein-gruppierung abzusenken, erklä-rte die IG Metall. Außerdem soll-ten zugesagte Ausgleichsbeträge den Beschäftigten auf künftige Tariferhöhungen angerechnet werden. „Die guten Gewinne soll-es nur noch für die Vorstände und Anteilseigner geben. Die Be-schäftigten aber sollen dafür im-mer billiger arbeiten oder wie im Nürnberger AEG Stammwerk ihre Arbeitsplätze ganz verlie-ren. Eine solche Unternehmens-politik hat nichts anderes als Wi-derstand verdient“, so Detlef Wet-zel, IG-Metall-Bezirksleiter NRW.

Eon-Reisende wollen zahlen

KÖLN dpa ■ Mehrere Stadträte und Energie-Manager haben im Zusammenhang mit den Ermitt-lungen der Kölner Staatsanwalt-schaft wegen Politiker-Reisen freiwillig die Zahlung einer Geld-aufgabe angeboten. „Die Höhe variere in der Regel nach der Höhe dessen, was als Vorteil er-langt worden ist plus Aufschlag“, erklärte gestern der Sprecher der Kölner Staatsanwaltschaft, Gün-ther Feld. Eon-Ruhrgas soll ins-gesamt 159 Stadträten und Ener-gie-Managern Reisen gezahlt ha-ben, um sie wohlwollend für Lie-ferverträge zu stimmen. „Inner-halb der kommenden Monate wird entschieden, ob nach Zah-lung der Geldaufgabe die einzel-nen Verfahren damit erledigt sind“, sagte Feld. Gleichzeitig be-stätigte er den Eingang einer wei-teren Anzeige wegen Vorteils-nahme, nachdem Medien über Bonusflugmeilen von Eon für Lo-kalpolitiker berichtet hatten.

Mieter zahlen Kita

Erhöhung der Grundsteuer statt Kindergartengebühr. Wie die Stadt Neuss kinderfreundlicher werden will

Die Stadt Neuss will Kindergar-tenplätze gratis anbieten – und könnte damit als erste Kommune in Nordrhein-Westfalen den Wunsch der CDU-Bundesfami-lienministerin Ursula von der Ley-en erfüllen. Während andere Städte und Gemeinden den Vor-schlag reflexartig mit „wie sollen wir das zahlen?“ abgeblockt ha-ben, hat sich die 150.000-Ein-wohner-Stadt am Rhein eine neue Finanzierungsquelle über-legt: Die Erhöhung der Grund-steuer soll die vier Millionen Euro Elternbeiträge im Jahr wie-der reinholen.

„Es gibt keinen Grund, warum der Schulbesuch umsonst ist, und die Kindergärten nicht“, sagt Stadtsprecher Peter Fischer. Da-bei wollten doch alle, dass Kin-dertageseinrichtungen mehr pä-dagogische Verantwortung über-nehmen. Wäre der Kindergarten-platz gratis, fielen in Neuss au-ßerdem fünfeinhalb Stellen weg, die sich bisher nur mit der Ein-treibung der nichtbezahlten Gel-der beschäftigt haben, so Fi-scher: „Wir tragen so zum ge-wünschten Bürokratieabbau bei.“ So blieben von den vier Mil-lionen nur noch 3,7 Millionen Euro Verluste auszugleichen. Und die sollen auf die Grund-steuer umgelegt werden. „Das macht pro Ein-Familienhaus etwa 76 Euro im Jahr, für Haus-halte in Mehrfamilienhäuser etwa 35 Euro“, rechnet Fischer vor. Diesen Mehrbetrag zahlt dann wiederum der Mieter. Wenig, wenn man bedenkt, dass ein Kindergartenplatz – je nach Ein-kommen – monatlich bis zu 235 Euro kosten kann.

Wer beim Neusser Modell draufzahlt, sind Menschen ohne Kinder. „Das ist bei den Schulen

genauso, die werden auch von unser aller Steuern gezahlt“, so der Stadtsprecher. Noch gebe es keinen Widerstand von Kinder-losen.

Im Weg steht momentan vor allem das (Landes-)Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK): Es schreibt den Kommu-nen das Eintreiben von Eltern-beiträgen vor. Und die Situation hat sich jetzt noch verschärft: Das Land gibt seit diesem Jahr 105 Millionen Euro weniger für die Kindergärten aus. Die Städte sollen selbst sehen, wie sie die fehlenden Gelder einholen. Da-mit sie das wirklich auch kö-nnen, will der Neusser CDU-Lan-dtagsabgeordnete Heinz Sahnen im Landtag eine Gesetzesinitiati-ve einbringen. Der Satz: „Die Kommune muss die Kosten um-legen auf die Eltern“ soll in eine Kann-Regelung umgeschrieben werden. Erst dann wäre der Weg frei für ein kinderfreundliches Neuss.

NATALIE WIESMANN

IM PROFIL



Das Neusser Kita-Modell: Damit der Nachwuchs gratis in den Kindergar-ten kann, will die Stadt die Grund-steuer erhöhen FOTO: ARCHIV

Abbruch mit Jobgarantie

Kein Geld, keine Lust, keine Perspektive: Jeder dritte Studierende in NRW verlässt die Hochschule ohne Abschluss. Für viele Firmen sind diese Abbrecher günstige Angestellte mit Qualifikation

VON GESA SCHÖLGENS

In Nordrhein-Westfalen ver-schwindet jeder dritte Studie-rende vor dem Abschluss von der Hochschule. „Das kann vie-le Ursachen haben“ sagt Ralf-Michael Weimar, Sprecher des Wissenschaftsministeriums. Manche Studierende legten nur eine Pause ein oder wechselten die Uni, glaubt Weimar.

Laut Studie des Hochschul-Informationszentrums (HIS) in Hannover gibt es für den akade-mischen Nachwuchs allerdings handfeste Gründe für einen Ab-bruch. 17 Prozent der Betroffe-nen geben finanzielle Probleme an. 16 Prozent erklären dage-

ten. Nur acht Prozent gaben auf, weil sie sich überfordert fühl-ten. „Sicher spielen Zukunfts-ängste oder Störungen wie De-pressionen bei einigen auch mit hinein“, erklärt der Psycho-loge Ludger Lampen, der im Studienbüro der Universität Bochum Abbrecher betreut.

Die Erfolgsaussichten eines Studiums hängen auch von der Fakultät ab. Nach jüngsten Stu-dien des HIS ist bei den Medizi-nern oder Ingenieuren die Ab-bruchquote geringer als bei den Geistes- und Sozialwissen-schaftlern. Studierenden geht vor allem in den Sprach- und Kulturwissenschaften vorzei-tig die Puste aus: 45 Prozent bre-chen vorzeitig ab. „Geisteswis-

und Organisation des Studiums an einigen Unis nur unklar um-rissen. Mediziner dagegen sei-en gut informiert und hätten ein klares Berufsziel.

Hilfe für Studienabbrecher soll ein Projekt des Berufsför-de-rungszentrums (Bfz) in Essen bieten. Es vermittelt Abbre-chern eine Ausbildungsmög-lichkeit – und verspricht sogar eine Jobgarantie. „Studienaus-steiger verfügen meist über ganz wichtige Schlüsselqualifi-kationen“, sagt Projektleiterin Petra Löser. Dazu zählen etwa Arbeitsorganisation, Recher-che oder den Umgang mit Da-tenbanken. Statt wie üblich zwei bis drei Jahre lernen die Azubis nur 15 Monate bis zum Abschluss als Mechatroniker, Fachinformatiker Anwen-dungsentwicklung, Fachinfor-matiker Systemintegration, Mi-krotechnologie oder Industrie-kaufmann.

Laut Bfz können die Uni-flüchtlinge ihr Fach frei wählen. „Wer Jura studiert hat, kann durchaus im Bereich Betriebs-wirtschaft einsteigen – sofern das Vorwissen stimmt“, so Lö-ser. Das Essener Berufsför-de-rungszentrum bietet zunächst 25 Plätze an. Billig ist die Maß-nahme nicht: Sie kostet 7.500

Euro. „Wer doch keinen Arbeits-platz bekommt, erhält das Geld zurück“, so Löser.

Viele Arbeitsagenturen und Hochschulen bieten inzwi-schen spezielle Beratungen für Studienplatzabbrecher an. Auch das Interesse der Wirt-schaft ist hoch: So locken unter anderem Ausbildungszentren der Deutschen Bahn, Leonber-ger Bausparkasse oder Siemens die Studienabbrecher. Auch die Rheinisch-westfälische TÜV Akademie (RWTÜV) in Essen bildet Studienabbrecher aus (siehe Interview). „Solche Ange-bote der Wirtschaft sind schon sinnvoll“, sagt Ministeriums-sprecher Weimar. „Aber natür-lich baut die Wirtschaft auch darauf, Studienabbrechern we-niger zahlen zu müssen.“

Mit der Einführung der Stu-diengebühren will Wissen-schaftsminister Andreas Pink-wart (FDP) die Studenten „zu ei-nem zielstrebigem Studierver-halten anregen“. Das Studien-büro hält die Idee nicht für sinnvoll: „Anstatt finanziellen Druck aufzubauen, sollten die Hochschulen lieber das Studi-um besser organisieren“, so Lampen. Anreize schaffe man auch durch schnellere Ab-schlüsse wie den Bachelor.

THEMA DES TAGES

Bye bye Uni

Was haben Bill Gates, Mick Jagger und Anke Engelke gemeinsam? – Sie haben alle ihr Studium abgebrochen. An Nordrhein-Westfalens Hochschulen beträgt die „Schwundquote“ bei Studierenden ein Drittel. Unternehmen und Ausbildungszentren locken die Abbre-cher mit Jobversprechen.

gen, dass sie sich weder mit ih-rem Fach noch mit den damit verbundenen beruflichen Mög-lichkeiten identifizieren konn-

senschaftler haben eine schwammige Vorstellung von ihrem künftigen Beruf“, erklärt Lampen. Zudem seien Inhalt



Weiterbüffeln für den späten Berufseinstieg: In Essen können sich Ex-Studierende weiterbilden – mit Jobgarantie FOTO: ARCHIV

„Abbrecher sind nicht weniger qualifiziert“

Auch Geisteswissenschaftler ohne Abschluss haben eine Chance, sagt der Ausbilder der RWTÜV Akademie Essen

taz: Herr Stegemann, warum wirbt die RWTÜV Akademie gezielt Studienabbrecher?

Ludger Stegemann: Studienab-brecher sind ja nicht weniger qualifiziert als andere. Unsere Teilnehmer sind häufig im Stu-dium an einer Prüfung geschei-tert. Dafür verfügen sie über Schlüsselqualifikationen, kö-nnen systematisch organisieren und arbeiten. Außerdem su-chen wir nicht gezielt nach Stu-dienabbrechern, sondern bie-ten Maßnahmen für Absolven-ten und Studierende an, die mindestens sechs Fachseme-ster hinter sich haben.

Bewerben sich viele Uni-flüchtlinge?

Das kommt auf die Maßnahme an. Im betriebswirtschaftlichen Bereich kommen auf zwanzig Bewerber etwa ein oder zwei Studienabbrecher. Der Andrang ist zuerst immer größer als die Anzahl der Plätze. Das Problem ist, dass viele Interessenten

fachlich geeignet sind, aber nicht von der Arbeitsagentur gefördert werden, weil die Kas-sen leer sind. Zwar können die Teilnehmer die Ausbildung selbst bezahlen, auch in Raten, aber unter 3.000 bis 4.000 Euro geht nichts.

Bemüht sich die Wirtschaft um Studienabbrecher, weil sie für weniger Gehalt als Akade-miker arbeiten?

Studienabbrecher können genau soviel verdienen wie die anderen auch. Nur beim Be-rufseinstieg liegt die Vergütung unter dem adäquaten Gehalt der Absolventen. Aber wenn sie sich bewähren, ist alles offen.

Haben Studienabbrecher bei Ihnen eine Chance, über-nommen zu werden?

Ihre Chance ist nicht gerin-ger als bei anderen Teilneh-mern. Studienabbrecher müs-sen nur erst die erlittene Schlappe verkraften und sich klar machen, dass der Abbruch

kein Makel ist, wenn sie sich bei der Bewerbung nach außen hin darstellen müssen. Natürlich spielt auch die Länge des Studi-ums eine Rolle. Wenn jemand nach zehn oder elf Semestern abbricht, sieht das nicht so gut aus wie nach sechs Semestern.

Haben Sie auch Verwen-dung für Geisteswissenschaft-ler?

Im Prinzip ja. Voraussetzung ist, dass die Studierenden über den Tellerrand hinausschauen können und für jede Tätigkei-ten offen und mobil sind. Wir haben derzeit einen Diplom-Geologen, der in den Vertrieb gehen will. Allerdings liegt die Entscheidung über eine Förde-rung bei den Kostenträgern. In Münster etwa ist es so, dass nur Geisteswissenschaftler mit Ab-schluss eine Förderung von der Arbeitsagentur erhalten.

Fragen Sie Bewerber nach den Gründen für den Studie-nabbruch?

Natürlich führen wir Gesprä-che, um den Bewerber kennen zu lernen. Und der Studienab-bruch steht ja im Lebenslauf. Allerdings ist er nicht der Schwerpunkt des Gesprächs. Außerdem ist es ja meist so, dass der Studienabbrecher durch eine Klausur gefallen ist oder sein Studium ihn nicht be-gestert hat.

Was, wenn der Studierende aus psychischen Gründen abgebrochen hat?

Da sieht es schon schwieri-ger aus. Wir sind für solche Fälle nicht geschult und haben auch keine Zeit, die Betroffenen zu betreuen.

INTERVIEW: GESA SCHÖLGENS

LUDDER STEGEMANN arbeitet bei der RWTÜV Akademie in Essen, die Lehrgänge und Umschulungen auch für Studienabbrecher anbietet. Er ist zuständig für die betriebswirtschaft-liche Ausbildung und Umschulung

Kontakt

taznrrw

Kurfürstenstraße 14, 40211 Düsseldorf

Redaktion 0211-36 11 77-0

Fax 0211-36 11 77-50

e-mail: nrw@taz-nrw.de

LeserInnenbriefe: briefe@taz-nrw.de

anzeigen

BERNDT MEDIA 0234-94 19 10

Fax 0234-94 19 191

e-mail: info@berndt-media.de

Postfach 51 01 41, 44874 Bochum

in kurze

WICKELUNTERLAGEN

Gefährlich für Babys

Vor Gesundheitsgefahren für Babys durch Chemikalien in Wickelunterlagen hat der BUND gewarnt. Bei einer *Ökotest*-Untersuchung wurden in 11 von 20 getesteten Produkten fortpflanzungsschädigende Chemikalien gefunden – dabei wurden in acht Fällen sogar EU-Grenzwerte überschritten, teilte der BUND gestern mit. (afp)

AEG-Werk wird geschlossen

NÜRNBERG dpa/rtr ■ Der schwedische Hausgerätekonzern Electrolux will ungeachtet des elftägigen Streiks das AEG-Werk in Nürnberg schließen. Electrolux-Chef Hans Sträberg erklärte, dass man von der geplanten Schließung des Werks mit 1.700 Beschäftigten nicht abrücke. Bei den Verhandlungen gehe es um die Bedingungen für die Produktionsverlagerung. So schnell wie möglich werde den Mitarbeitern ein Angebot vorgelegt, dass den Arbeitsplatzverlust abfedern soll, sagte Electrolux-Manager Horst Winkler. Die Gewerkschaft will bis zu einem Verhandlungsergebnis weiterstreiken. Hauptziel ist, den Standort Nürnberg zu erhalten. Als Termin für die nächste Verhandlung schlug die IG Metall Donnerstag vor.

Einigung über Alstom-Werk

MANNHEIM dpa ■ Am Mannheimer Alstom-Standort soll sich die Zahl der Beschäftigten von derzeit 2000 bis Ende des Jahres 2010 auf rund 1.300 verringern. Der Standort soll zudem stark umstrukturiert werden. So lautet das Ergebnis der zähen Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat und der Unternehmensführung, das gestern in Mannheim auf einer Betriebsversammlung verkündet wurde. Neben dem geplanten Abbau von 540 Jobs von Mitte 2007 an sollen dabei weitere 220 Beschäftigte in eine neue Gesellschaft überführt werden. Der französische Industriekonzern hatte ursprünglich geplant, in Mannheim fast die Hälfte der 2.000 Stellen abzubauen. Dagegen hatte sich die Belegschaft seit Monaten mit Protesten gewehrt.

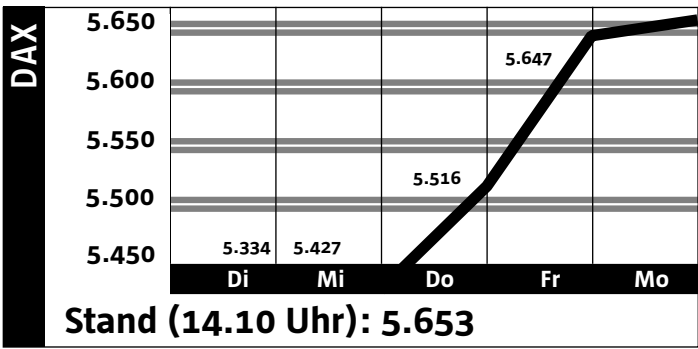
Emissionshandel auch für Airlines

BERLIN rtr ■ Die große Koalition will den Flugverkehr in den Emissionshandel einbeziehen. „Auch beim Flugverkehr müssen wir mehr Effizienz und Sparsamkeit erreichen“, sagte der umweltpolitische Sprecher der SPD, Ulrich Kelber, dem *Handelsblatt*. (Montag-Ausgabe). Auch Kelbers Kollegin Katherina Reiche (CDU) erklärte: „Der Flugverkehr muss in die Überlegungen zum Emissionshandel einbezogen werden.“ Der Handel mit den Zertifikaten, der bislang für Kraftwerke und andere emissionsintensive Anlagen verpflichtend ist, belohnt Investitionen in klimaschonende Produktionsweisen. Spätestens zur Jahresmitte muss die Bundesregierung die Verteilung der Emissionszertifikate für die Zeit nach 2008 festlegen.

FIAT IM VIERTEN QUARTAL

Auto-Sparte gewinnt

Die angeschlagene Auto-Sparte des italienischen Industriekonzerns Fiat hat im vierten Quartal 2005 im operativen Geschäft 21 Millionen Euro Gewinne erwirtschaftet und die Erwartungen übertroffen. Dabei machte sich der Marktstart des neuen Punto-Modells bemerkbar. Das Gesamtjahr schloss aber erneut mit einem Fehlbetrag ab. (rtr)



DIE BÖRSE

Im WM-Fieber

Adidas-Aktien waren gestern gefragt. Der Grund: Die Fußball-WM wird dem Sportartikelhersteller über eine Milliarde Euro an Umsatz bringen – 200 Millionen mehr als geplant. Adidas will unter anderem rund zehn Millionen WM-Bälle verkaufen und eine halbe Million Trikots der deutschen Nationalmannschaft. (taz)

MARKTPLATZ

Dow Jones **10.907,21** (+ 97,74)
TecDax 50 **675,74** (+ 1,49)
EuroStoxx 50 **3.671,35** (– 14,13)
Anleihen **3,41 % Rend.** (+ 0,02)
1,2082 Dollar = 1 Euro (– 0,0090)
0,6837 Pfund = 1 Euro (– 0,0009)
141,99 Yen = 1 Euro (– 0,20)
Feinunze Gold **560,30 \$** (+ 0,55)
Barrel Rohöl **66,69 \$**

Stand 15.15 Uhr, Änderung zum Vortagsfixing in Klammern, Anleihen-Renditedurchschnitt, Dow v. Vortag.

„ITX muss raus aus dem Fruchtsaft“

Die Deutsche Umwelthilfe weist die Druckchemikalie ITX jetzt auch in Tomaten- und Multivitaminensäften nach. Wer den Stoff für unbedenklich hält, „bagatellisiert“, sagt der Toxikologe Hermann Kruse. Denn die Substanz könne die Fortpflanzung stören

INTERVIEW VON HANNA GERSMANN

taz: Wie giftig ist Saft, in denen die Chemikalie ITX steckt?
Hermann Kruse: Die hoch belasteten Säfte sollte man nicht mehr trinken. Man stirbt zwar nicht davon. Aber niemand weiß, wie der Cocktail genau wirkt. An-

ders als Blei, Cadmium oder Quecksilber, also den bekanntermaßen giftigen Stoffen, gibt es über ITX kaum Daten.

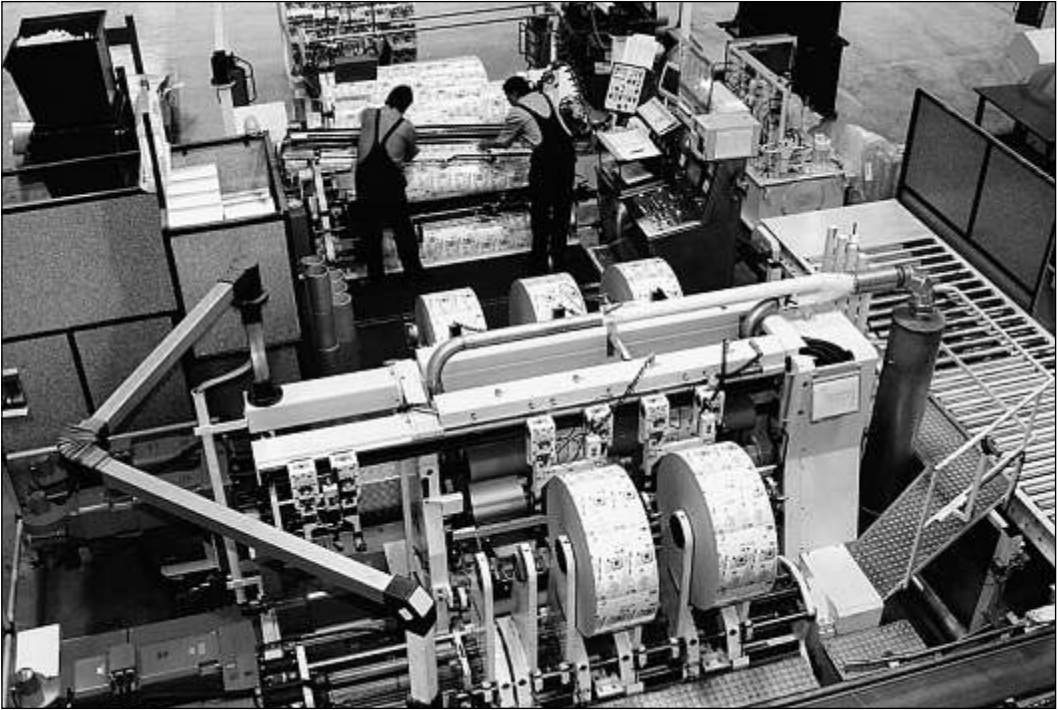
Was wissen Toxikologen denn überhaupt über ITX?
Aus Versuchen mit Tieren gibt es Hinweise, dass ITX das Erbgut verändert. Männer und Frauen könnten also ein Fortpflanzungsproblem bekommen und

die Nachkommen krank werden. Allerdings wurden bei den Tierexperimenten immer tausendmal höhere ITX-Dosen verabreicht, als jemand mit dem Saft zu sich nehmen kann. Die Tests zeigen jedoch eins: Wer ITX für unbedenklich hält, bagatellisiert.

Die EU-Lebensmittelbehörde hat den Stoff für Verpackungen erlaubt. Die WHO listet ihn

SAFTIGE ANALYSE

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat die Chemikalie Isopropylthioxanton (ITX) jetzt in neun Säften aus Kartonverpackungen nachgewiesen. Letzte Woche hatte sie die Farbsubstanz bereits im Aldi-Apfelsaft „Apfelblüte“ sowie im Lidl-Gemüsesaft „vitafit“ entdeckt. Die Discounter nahmen beide Säfte aus den Regalen. Nun fand die DUH ITX im Netto-Tomatensaft „Rimi“, im Norma-Tomatensaft „Grünfink“, im Granini-„Frucht Tiger“, im Lidl-Pflaumen-Fruchtsaftgetränk „Vitafit“, im Wal-Mart-Pfirsichnektar von Libehna und im Aldi-Orangensaft Fruchtoase. Die Regierung sieht keinen Handlungsbedarf. HG



ITX gerät vom Karton in den Saft FOTO: TETRA PAK DEUTSCHLAND

auch nicht als gesundheitsgefährdende Substanz. Ist das schlampig gearbeitet worden?

Das möchte ich niemandem unterstellen. Doch die mir zugänglichen Daten rechtfertigen die laxen Beurteilungen nicht. Wir wissen noch gar nicht, ob ITX Nerven schädigt, das Immunsystem schwächt oder den Hormonhaushalt beeinflusst.

Hat Bundesverbraucherminister Horst Seehofer fahrlässig Entwarnung gegeben?
Er ist vorschnell. Denn in der

Welt der Toxikologen ist ein Fünftel eines Zuckerkrümels eine große Menge. Genau so viel, nämlich mehr als 200 Mikrogramm ITX, wurde nun aber in einem Liter Getränk festgestellt. Das ist bedenklich. Der Stoff muss sofort raus aus dem Saft. Österreich hat schon längst einen Vorsorgewert. Auch die Bundesregierung sollte schleunigst einen Grenzwert benennen. Um sicherzugehen, sollten nicht mehr als 10 Mikrogramm ITX pro Liter zugelassen werden.

Wo versteckt sich ITX noch?
Die Substanz sorgt dafür, dass Farben schnell trocknen. Auf wie vielen Verpackungen sie klebt, ist unklar. Offenbar löst sich ITX aber vor allem in fettreichen Lebensmitteln, zum Beispiel in Milch. Zumindest die Zeitung können alle in Ruhe lesen, der Druck ist ITX-frei.

Auf wie viel Chemie müssen wir uns in „reinem Saft“ noch gefasst machen?

Das ist eine Frage der Analytik. Wer sucht, der findet. Jedoch werden selten so große Mengen gefunden wie im ITX-Fall.



HERMANN KRUSE, 63, ist stellvertretender Direktor des Instituts für Toxikologie und Pharmakologie an der Universität Kiel.

Verluste für Staat durch niedrige Firmensteuer

Stiftung Marktwirtschaft schlägt Bundesregierung vor, die Gewinnsteuer auf maximal 30 Prozent zu senken

BERLIN taz ■ Die Steuer für Aktiengesellschaften und große Mittelstandsbetriebe soll erheblich sinken. Das ist der Kern des Unternehmenssteuer-Konzepts, das die Stiftung Marktwirtschaft gestern präsentierte. Die Steuersätze für Kapitalgesellschaften, darunter AGs und GmbHs, könnten von heute knapp 39 Prozent auf 25 bis 30 Prozent zurückgehen. Mittelständler, die derzeit bis zu 42 Prozent abführen, sollen ebenfalls in den Genuss der niedrigen Belastung kommen.

Die in Berlin ansässige Stiftung versteht sich als liberal und überparteilich. Zum Teil wird sie durch Unternehmen finanziert. An dem neuen Steuermodell haben 75 Fachleute, darunter die Finanzminister Kurt Falthäuser (CSU, Bayern), Gerhard Strattmann (CDU, Baden-Württemberg) und Gernot Mittler (SPD, Rheinland-Pfalz) mitgearbeitet. Für Falthäuser war klar: „Unser Konzept ist die Basis für die geplante Steuerreform der großen Koalition“. Bundesfinanzminister Peer

Steinbrück (SPD) ist da etwas zurückhaltender – schließlich stellt Mitte Februar auch der Sachverständigenrat der Bundesregierung sein neues Steuermodell vor. „Wir werden beide Konzepte prüfen, aber sicherlich keines eins zu eins umsetzen“, erklärte Steinbrücks Staatssekretärin Barbara Hendricks.

Die Stiftung geht von der Tatsache aus, dass die nominalen Steuersätze für Unternehmen in Deutschland im Vergleich zu den meisten anderen Staaten zu hoch sind. Körperschaftssteuer auf Gewinne und Gewerbesteuer summieren sich auf knapp 39 Prozent. Nur manche Bundesstaaten der USA und Japan liegen höher. Frankreich nimmt dage-

gen nur 34,9 Prozent, Großbritannien 30, Schweden 28, Polen 19 und Irland 12,5 Prozent.

Joachim Lang (Universität Köln) pries das Stiftungskonzept denn auch als Versuch, das „deutsche Steuersystem wieder wettbewerbsfähig zu machen“. Niedrigere Steuersätze würden Unternehmen aus dem Ausland anziehen und Investitionen in Deutschland lohnender machen. Die Stiftung schlägt vor, die Körperschaftssteuer, die Bund und Ländern zugute kommt, auf maximal 22 Prozent (heute 25) zu reduzieren und die kommunale Gewerbesteuer grundsätzlich zu verändern. Nur noch maximal 8 Prozent vom Unternehmensgewinn (heute knapp 14 Prozent)

sollen an die Städte und Gemeinden fließen. Damit die Kommunen aber nicht bankrott gehen, erhalten sie neben der Grundsteuer einen eigenen Hebesatz für die Einkommensteuer und eine Beteiligung an der Lohnsteuer.

Nach den Berechnungen der Stiftung würden die Kommunen etwa 4,3 Milliarden Euro mehr erhalten als heute, Bund und Länder dagegen rund 14 Milliarden weniger. Unter dem Strich müssten die Unternehmen damit rund etwa zehn Milliarden Euro weniger Steuern an den Staat abführen als unter dem gegenwärtigen Recht. In diesen Genuss kämen teilweise auch große Mittelstandsbetriebe, die heute

nach der höheren Einkommensteuer unterliegen. Gleiche Bedingungen für Kapital- und Personengesellschaften herzustellen, ist ein wesentlicher Antrieb für die geplante Steuerreform auch innerhalb der großen Koalition.

Trotz der geringeren Belastung der Unternehmen sieht die Stiftung die „soziale Symmetrie“ auch mit ihrem Modell gewahrt. Denn die niedrigere Steuer solle schließlich nur für die Gewinne gelten, die in den Unternehmen verbleiben und für Investitionen verwendet werden. An die Aktionäre und Eigentümer ausgeschüttete Überschüsse dagegen würden nach wie vor der höheren Einkommensteuer unterliegen.

Das globalisierungskritische Netzwerk Attac bezeichnete das Konzept gestern als eine „Einladung zur Steuervermeidung“ für Firmenbesitzer. **HANNES KOCH**

das taz-abo

Wer gibt, dem wird gegeben!

Alle Aboprämien finden Sie unter www.taz.de/abo

die tageszeitung

in kurze

GEROLSTEINER

Keine Oase in Sicht

Die Durststrecke beim führenden deutschen Mineralbrunnen Gerolsteiner ist noch nicht zu Ende. 2005 verkaufte das Unternehmen aus der Eifel mit 6,75 Millionen Hektolitern an Mineralwasser und Mischgetränken 3,5 Prozent weniger als 2004. Auch der Umsatz fiel 2005 mit 193,6 Millionen Euro um 2,2 Prozent niedriger aus. (dpa)

LUFTHANSA/KEROSIN

Eine Milliarde teurer

Die Lufthansa sieht keine Entspannung bei den Treibstoffkosten. Finanzvorstand Kley bekräftigte gestern vor Investoren, dass Lufthansa 2006 mit bis zu einer Milliarde Euro zusätzlichen Ausgaben für Kerosin rechnen müsse. Die Airline erwartet, dass die Treibstoffkosten auf insgesamt 3,2 bis 3,5 Milliarden Euro steigen könnten. (rtr)

Electrolux mit neuem Angebot

NÜRNBERG taz ■ Arbeitnehmervertreter und Management des Electrolux-Konzerns haben gestern Nachmittag die Verhandlungen über das AEG-Werk in Nürnberg wieder aufgenommen. Der Erhalt des Werkes scheint dabei aber keine Alternative für die Unternehmensführung zu sein. In einer zu Beginn des Treffens veröffentlichten Erklärung bot sie den 1700 betroffenen Mitarbeitern lediglich ein neues Abfindungsmodell mit Wahlmöglichkeiten an. Möglich sei eine Abfindung von 0,7 Monatsgehältern pro Dienstjahr und die Übernahme in eine Beschäftigungsgesellschaft für 12 Monate bei vollem Lohn. Bei kürzerem Verbleib in der Beschäftigungsgesellschaft falle die Abfindung höher aus. Die IG Metall will heute auf einer Pressekonferenz über ihre Position informieren. STEP

Auch Spanien gegen Stahlfusion

MADRID/METZ afp ■ Nach Frankreich und Luxemburg hat auch Spanien Vorbehalte gegen die Übernahme des europäischen Stahlkonzerns Arcelor durch die Mittal Steel geäußert. Der spanische Wirtschaftsminister Pedro Solbes habe dies Mittal-Chef Lakshmi Mittal bei einem Treffen gestern in Madrid mitgeteilt, verlautete aus dem Ministerium. Solbes äußerte sich zunächst nicht öffentlich. Aus seinem Ministerium verlautete aber, Solbes habe Mittal auf die „europäischen Wurzeln“ von Arcelor hingewiesen. Die spanische Gewerkschaft CCOO kritisierte die „schüchterne“ Haltung der spanischen Regierung. Der Konzern war 2002 aus dem Zusammenschluss der französischen Usinor, der luxemburgischen Arbed und der spanischen Arceralia entstanden. Der Konzern beschäftigt in Spanien an 18 Standorten 15.000 Menschen.

Nichts muss bleiben wie es ist



Erwerben Sie jetzt Eigentum an der einzigen unabhängigen tageszeitung im Besitz ihrer LeserInnen.

Heute sichern bereits mehr als 6.700 Menschen mit ihren Einlagen in die taz Genossenschaft die publizistische Unabhängigkeit der **tageszeitung**

Mit einer einmaligen Einlage ab 500 Euro* können auch Sie taz-Genossin werden.

* auch in 20 Raten zahlbar



Großeinkauf in der Solarbranche

Bonner SolarWorld kauft Fabriken von Shell und steigt zum größten Produzenten der USA auf. Der Grund für den Mega-Deal: Shell hält die Produktion von Solarzellen auf Basis des derzeit teuren Siliziums für weniger lohnend als andere Technologien

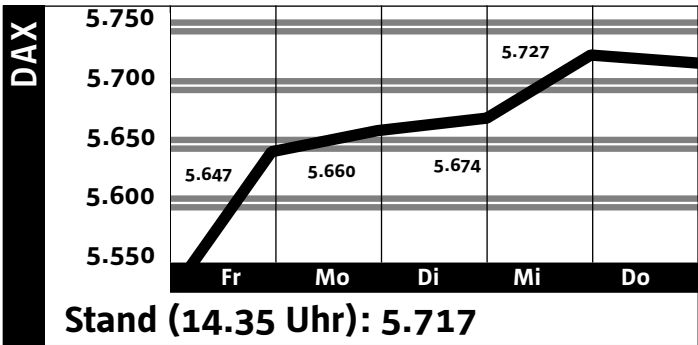
VON STEPHAN KOSCH

SolarWorld macht einen Großeinkauf bei Shell. Der Bonner Hersteller von Sonnenstromanlagen übernimmt von dem Ölkonzern 575 Mitarbeiter und den Großteil des Solargeschäfts. Die Deutschen bekommen für den ungenannten Kaufpreis nicht nur die Solarzellenfabrik in Gelsenkirchen und eine Forschungsabteilung in München, sondern auch Produktionsanlagen in Washington State und Kalifornien. So wird SolarWorld zum größten Produzenten von Solartechnologie in den USA.

Und dort wird mächtig in den Strom aus der Sonne investiert. So hat jüngst erst Kalifornien angekündigt, dafür in den kommenden elf Jahren 2,3 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Davon will SolarWorld nun einen Teil abbekommen.

„Exzellente Wachstumschancen“, frohlockte Vorstandschef Frank Asbeck gestern. Allein im laufenden Jahr werde der Umsatz durch die Übernahme um 40 Prozent wachsen – doppelt so stark wie geplant. 2005 lag er bei gut 300 Millionen Euro. Die Börse, zurzeit sowieso im Solarrausch, war gestern ebenso begeistert wie Asbeck. „Sensationeller Deal“, hieß es bei der Landesbank Baden-Württemberg. „Ein Clou“, sagte Theo Kitz von der Bank Merck Finck. Die SolarWorld-Aktie stieg um 14 Prozent auf 214 Euro. Vor einem Jahr lag das Papier noch bei knapp 34 Euro.

Eigentlich sind die Perspektiven gut, auch für einen Konzern wie Shell. Der will auch gar nicht



DIE BÖRSE

Abgefahren

Gefragt waren gestern die Werte aus dem Automobilsektor. Denn: Deutsche Autos sind wieder gefragt in den USA. BMW hat den Absatz seiner Marken BMW und Mini im Januar zum Beispiel um zwölf Prozent gesteigert. Und so stieg die Aktie des Münchner Unternehmens – bis zum Nachmittag um 1,3 Prozent auf 38 Euro. (rtr)

MARKTPLATZ

Dow Jones **10.928,66** (– 25,29)
TecDax 50 **707,11** (+ 15,70)
EuroStoxx 50 **3.715,34** (– 11,19)
Anleihen **3,43 % Rend.** (+ 0,06)
1,2079 Dollar = 1 Euro (+ 0,0074)
0,6794 Pfund = 1 Euro (+ 0,0001)
143,00 Yen = 1 Euro (+ 0,6350)
Feinunze Gold **572,15 \$** (+ 3,90)
Barrel Rohöl **64,23 \$**

Stand 16.15 Uhr, Änderung zum Vortagsfixing in Klammern, Anleihen-Renditedurchschnitt, Dow v. Vortag



Bald im Besitz der SolarWorld – die Solarzellenfabrik in Gelsenkirchen FOTO: ARCHIV

ÖLPREIS TREIBT SHELL-PROFIT AUF NEUES REKORDHOCH

Die hohen Ölpreise haben dem britisch-niederländische Konzern Royal Dutch Shell 2005 einen beispiellosen Gewinn beschert. Der Überschuss betrug 21,3 Milliarden Euro und übertraf damit das Rekordergebnis des vorangegan-

genen um 37 Prozent. Der in 140 Ländern aktive Ölmulti machte 2005 einen Umsatz von 379 Milliarden Dollar. Branchenführer ExxonMobil hatte Anfang der Woche bei etwas geringerem Umsatz einen Rekordgewinn von sogar

36,1 Milliarden Dollar gemeldet. Wie ExxonMobil in den USA, so hat auch Shell in Großbritannien und den Niederlanden jetzt den höchsten Jahresgewinn eines Unternehmens überhaupt erzielt. DPA

grundsätzlich aus den erneuerbaren Energien aussteigen. Im Gegenteil: Vorstandsvorsitzender Jeroen van der Veer kündigte gestern sogar an, Shell wolle „mindestens eine der erneuerbaren Alternativen (...) zu einem wesentlichen Geschäft entwi-

ckeln“. Und die Alternativen dazu seien Wind, Wasserstoff, aber auch „fortschrittliche Solartechnik“.

Dazu zählt Shell die so genannte Dünnschicht-Technologie, mit der Solarzellen ohne Silizium produziert werden können.

Und diese Technologie wird in den kommenden Jahren „wahrscheinlich eher im Strommarkt wettbewerbsfähig sein als die konventionelle Solarlösung auf Siliziumbasis“, glaubt Shell. Deshalb hat das Unternehmen jetzt auch nur die so genannten kris-

tallinen Solaraktivitäten verkauft.

Hat sich SolarWorld also ein Auslaufmodell aufschwätzen lassen? Carsten Körnig vom Bundesverband Solarenergie hält dagegen: „Beide Technologien haben Wachstumspotenzial und können die Wettbewerbsfähigkeit erreichen.“ Noch sind Wirkungsgrad und Produktionskosten bei beiden Methoden nicht so groß, dass die Solarindustrie den Wettbewerb mit Öl oder Kohle vollends gewinnen kann. „Das wird aber spätestens in zehn Jahren der Fall sein.“

Dünnschichtzellen sind Körnig zufolge noch im Entwicklungsstadium und haben einen Wirkungsgrad von knapp zehn Prozent. Shell erklärte gestern hingegen, dass mittlerweile ein Wirkungsgrad von 13,5 Prozent erreicht worden sei. Solarzellen auf Siliziumbasis haben einen Wirkungsgrad von rund 15 Prozent. Diese erprobte Technologie ist nach Körnigs Einschätzung noch verbesserungsfähig.

Allerdings leidet die Branche derzeit unter den hohen Siliziumpreisen. Die haben sich in den vergangenen zwei bis drei Jahren verdoppelt. Nicht weil es am Rohstoff Quarzsand mangelt, sondern an Anlagen, die den Sand zu Silizium veredeln. Denn die Nachfrage nach Solarzellen steigt derzeit weltweit. Die Branche will diesen Engpass aber beheben und die Produktionskapazitäten erweitern.

SolarWorld-Chef Asbeck zeigte sich gestern auf jeden Fall optimistisch. „Wir erwarten, dass der niedrige Siliziumdurchsatz an den neuen Standorten in naher Zukunft beendet wird.“

Tatsächlich zeigen Daten des US-Energieministeriums, dass Ölfirmen in den ersten sieben Monaten des Jahres 2005 rund 1,5 Milliarden Barrel Öl mehr an Heizöl exportierten als zuvor.

Natürlich ist Bushs Vorhaben, Forschungen zu Solarstrom, Ethanol und „Null Emissions“-Kraftwerken finanziell zu fördern, ein Schritt in die richtige Richtung. Doch fragen sich Kritiker, warum um Himmels willen die Administration ein paar Groschen in einige wenige Forschungsprojekte stecken will, anstatt mit gezielten Steuern rigoros Verbraucher, Autoindustrie und Kommunen zum Umdenken zu zwingen.

ADRIENNE WOLTERS DORF

Bushs Ölverzicht düpiert die Produzenten

Als Reaktion auf die Rede des Präsidenten droht die Opec mit Investitionsstau. Dabei meint Bush es wohl nicht so ernst

WASHINGTON taz ■ Die Ölproduzenten in den Opec-Staaten reagierten pikiert. Wenn die USA in Zukunft weniger Öl im Nahen Osten kaufen, werde man in der Organisation der Erdöl exportierenden Länder (Opec) dringend nötige Investitionen in Fördertechnik verzögern, hieß es unter Opec-Delegierten. Das berichtete zumindest die *Financial Times*.

Anlass des Ärgers: Bush hatte am Dienstagabend angekündigt, die Abhängigkeit der USA vom Importöl zu beenden. In seiner knapp einstündigen Ansprache zur Lage der Nation sagte Bush, er werde dafür sorgen, dass 75 Prozent der Importe aus dem Nahen Osten bis 2025 ersetzt werden.

66 Prozent des in den USA verbrauchten Öls stammt gegenwärtig aus fremden Quellen. Im Vergleich zum Jahr 2000 ein zehnprozentiger Anstieg. Jährlich fließen 25 Milliarden Dollar gegen Öl in die Golfregion, das sind rund 200.000 Dollar die Minute. „Seit den 70er-Jahren sieht sich jede US-Administration mit steigenden Ölimporten und den Herausforderungen

konfrontiert, darauf politisch reagieren zu müssen“, sagte in der *New York Times* Buchautor und Ölexperte Daniel Yergin.

Auch Bush thematisierte die Abhängigkeit der USA bislang in jeder seiner Jahresansprachen, aber noch nie sprach er von einem Ersatzmix aus Ethanol und Atomenergie. Im Kapitol reagierten jedenfalls sowohl die Demokraten als auch die Republikaner mit nur wenig Begeisterung und lauten Zweifeln an der Umsetzbarkeit von Bushs Energieplan. Umweltorganisationen werfen Bush vor, die Nation systematisch weg von der Entwicklung alternativer Energien und hin zur Abhängigkeit von fossilen Import-Brennstoffen gelenkt zu haben.

Dass sein Plan alles andere als ernsthaft sei, bewiese das erst vor wenigen Monaten gezeichnete US-Energie-Gesetz. Den Vorstoß des demokratischen Senators Jeff Bingaman, die US-Energieversorger zu verpflichten, bis 2020 jeweils zehn Prozent ihrer Energie aus erneuerbaren Ressourcen zu generieren, hatte Bush vehement abgelehnt. Zudem habe er in der letzten Le-

sung des Gesetzes einen vom Senat geschriebenen Paragraphen gestrichen, der vorsah, dass bis 2015 die täglich verbrauchte Menge um eine Millionen Barrel Öl sinken müsse.

Bush hingegen, der viele Jahre für die texanische Ölindustrie tätig war, sicherte den in seinem Wahlkampf spendablen Ölmultis weiterhin eine profitreiche Zeit. Gestern kündigte Vizepräsident Dick Cheney in einem Radio-Interview zudem an, die Administration werde erneut ver-

suchen, die umstrittenen Bohrungsrechte im Arktischen Naturreservat freizugeben.

Absurd erscheint nun, dass unter den gegenwärtig geltenden Gesetzen die US-Ölindustrie das in den USA geförderte Öl sogar exportiere. Darauf macht der US-Bund für Steuerzahler und Verbraucherrechte aufmerksam. Und er will recherchiert haben, dass US-Firmen diese Lücke nutzen, um Gas- und Heizölpreise auf dem amerikanischen Markt hoch zu halten.

Playmobil sucht neue Kunden

Deutschlands größter Spielwarenhersteller leidet unter der rückläufigen Geburtenrate

ZIRNDORF ap ■ Jetzt soll Fußball helfen: „Wir haben unseren etwas hüftsteifen Playmobilfiguren das Ballkicken beigebracht“, sagte gestern Bernhard Harne. Harne ist Entwicklungschef bei Playmobil, Deutschlands größtem Spielwarenhersteller. Dieser bringt im WM-Jahr ein neues Fußballspiel heraus. Denn Playmobil will neue Kunden gewin-

nen. Bislang waren vor allem Vier- bis Achtjährige die Zielgruppe. Das vergangene Geschäftsjahr war verhalten: Der Plastikfiguren-Hersteller verzeichnete 2005 ein Umsatzminus von knapp fünf Prozent. Geschäftsführerin Andrea Schauer: „Dieses Ergebnis ist, ganz offen gesagt, weniger, als wir uns erhofft haben.“ Mit Playmobil

spielten vor allem die Drei- bis Achtjährigen, 70 Prozent seien Jungen. Nun sollten vor allem „ältere Buben sowie mehr Mädchen“ begeistert werden. Für die Älteren gibt es demnächst zum Beispiel eine Römerarena, Operationsäle und ein Fußballstadion. Absolute Neuheit: Es soll im WM-Jahr auch ein Frauen-Fußballteam aus Hartplastik geben.

..... das wichtigste

Streikwelle rollt an

In Baden-Württemberg geht's los: Ab Montag bleiben die Mülltonnen stehen und die Kitas geschlossen

STUTTGART/BERLIN dpa ■ Der größte flächendeckende Streik im öffentlichen Dienst seit 14 Jahren beginnt Montag in Baden-Württemberg. Bei der Müllabfuhr, in Kindertagesstätten und Krankenhäusern werde jeder Stadt- und Landkreis den Arbeitskampf zu spüren bekommen, kündigte Ver.di gestern an. Bundesweite unbefristete Streiks dürften Mitte Februar beginnen.

Die Arbeitnehmer wehren sich gegen die 40-Stunden-Woche und warnen vor dem Wegfall tausender Jobs. Ver.di verlangt den Erhalt der 38,5-Stunden-Woche. Bei der Urabstimmung in den baden-württembergischen Kommunen stimmten 94,7 Prozent der 10.000 Ver.di-Mitglieder in 100 Betrieben für einen Arbeitskampf, berichtete Vize-Landesbezirksleiter Alfred Wohlfart.

Weitere Urabstimmungen begannen in Niedersachsen

und bundesweit bei Landesbeschäftigten. In den Ländern sind vor allem Straßenmeister und Ämter betroffen. Das Ergebnis der Urabstimmungen soll am 10. Februar vorliegen.

Ellen Paschke vom Ver.di-Vorstand sagte, angesichts von mehr als 5 Millionen Arbeitslosen seien Arbeitszeitverlängerungen „nicht die richtige Politik“. Sie drohte: „Unser Atem ist ganz lang.“ Konrad Freiberg, Chef der Gewerkschaft der Polizei, kritisierte es als „Irrweg“, wenn die Regierungen in Bund und Ländern sowohl die Wochen- als auch die Lebensarbeitszeit verlängern wollen. Kritik kam von Münchens OB und Städtetagspräsident Christian Ude (SPD). Er erinnerte an die Sicherheit des Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst. „Die Finanznot lässt sich auch mit Entrüstung nicht aus der Welt schaffen.“



FOTO: ARCHIV

Der Belauschte

Griechenlands Regierungschef Kostas Karamanlis ist vom „großen Unbekannten“ abgehört worden. Von dem Lauschangriff auf Handys waren weitere Regierungsmitglieder sowie elf Pasok-Politiker betroffen. Die Abhöraktion, die vor den Olympischen Spielen 2004 begann, deckte *Ta Nea* auf. Seitdem ermittelt die Justiz.

Streiken für Sozialpläne erlaubt

FRANKFURT/MAIN dpa ■ Eine Gewerkschaft darf für Tarifsozialpläne bei Standortverlagerungen streiken. Das geht aus dem – mitten im Arbeitskampf bei AEG – verkündeten Urteil des Landesarbeitsgerichts Hessen hervor. Die Berufungsrichter wiesen damit auch in 2. Instanz die Unterlassungs- und Schadensersatzklage des Arbeitgeberverbands Nordmetall zurück. Im konkreten Fall ging es um einen Streik beim Unternehmen Heidelberger Druck in Kiel 2003. Nordmetall hatte seine Klage unter anderem damit begründet, dass die Gewerkschaft mit den Streiks notwendige Standortverlagerungen von Unternehmen unmöglich machen oder massiv behindern wolle. Damit verstöße die Gewerkschaft gegen die in der Verfassung garantierte Unternehmensautonomie und sei zu Schadensersatz verpflichtet. Dem folgten die Arbeitsrichter nicht. (Az: 9 Sa 915/05)

Münze: AEG-Streik Notwehr

NÜRNBERG dpa ■ Nur mit Mühe konnte Streikleiter Jürgen Wechsler das ohrenbetäubende Konzert der Trillerpfeifen zähmen, als Vizekanzler Franz Müntefering gestern hinter ihm aufs Podium stieg. Drei Stunden vor Beginn der neuen Verhandlungen mit dem Mutterkonzern Electrolux über die Zukunft der 1.700 Menschen, die im AEG-Hausgerätekwerk arbeiten, sind hunderte gekommen, um dem Arbeitsminister ihre Kampfbereitschaft zu zeigen. Im Streikzelt tobten die Zuhörer nach jedem Satz Münteferings, als er den Streik zur „Notwehr“ erklärte.

Rüge für brutale Slowakei-Polizei

STRASSBURG dpa ■ In slowakischen Polizeirevieren werden Festgenommene regelmäßig Opfer von Gewalt. Nach einem gestern in Straßburg veröffentlichten Bericht des Anti-Folter-Komitees des Europarats werden sie im Polizeigewahrsam und bei Verhören oft geohrfeigt, mit Pistolenläufen oder Wasserflaschen geschlagen und getreten. Besonders häufig seien verdächtige Roma Opfer der Polizeigewalt. Der Europarat forderte die slowakische Regierung auf, die Übergriffe der Gesetzeshüter unverzüglich zu beenden. Brutale Polizisten müssten vor Gericht gestellt werden.

..... portrait



Fatmir Sajdiu soll nach dem Willen seiner Partei LDK Nachfolger des verstorbenen Kosovo-Präsidenten Ibrahim Rugova werden. An der Forderung nach Unabhängigkeit kommt er nicht vorbei FOTO: REUTERS

So richtig aufgefallen ist Fatmir Sajdiu nie. Dabei hat der 54-jährige Doktor der Geschichte und Professor für Rechtswissenschaften an der Universität von Priština, der Hauptstadt des Kosovo, lange Zeit wichtige

Ämter innegehabt. Schon seit 1991 ist er Generalsekretär der „Demokratischen Liga Kosova“ (LDK), der anfänglichen Nationalpartei der Albaner im Kosovo, die noch heute die stärkste politische Kraft ist. Sajdiu hat sie mit begründet.

Doch wenn man einige sonst gut unterrichtete Journalisten

und Beobachter im Kosovo fragt, wer dieser Mann ist, der so lange an der Spitze der Partei steht, bekommt man nur vage Antworten. Dass ihn niemand richtig zu kennen scheint, ist offenbar sein Charakteristikum.

Sajdiu ist stets im Hintergrund geblieben, gilt als Apparatschik, der mit dem Strom geschwommen ist, nie angeeckt ist und zuverlässig seine Arbeit macht.

Auch die örtliche Presse musste sich erst ein Bild von dem Mann machen, der nach einigem Wirrwarr vor wenigen Tagen von der LDK als Nachfol-

ger Ibrahim Rugovas vorgeschlagen wurde. Um das Geheimnis um Sajdiu zu lüften, schickte die Tageszeitung *Koha Ditore* Reporter in das Heimatdorf des Erwählten, das nahe der östlich gelegenen Stadt

Podujevo liegt. Die jüngeren Leute kannten ihn nicht, nur die älteren Leute erinnerten sich noch an den schüchternen Jungen. Und immerhin waren sie in der Lage, zu erzählen, der Mann sei verheiratet, seine Frau stamme aus dem Dorf, er habe drei erwachsene Söhne.

In Priština fiel Sajdiu als er-

folgreicher Anwalt auf. Und auch seine Studenten sind mit ihm zufrieden. Die Nachbarn schätzen seine Zuverlässigkeit und Zurückhaltung, die sein Wesen auszeichnen. Vielleicht deswegen waren die ersten Stel-

lungnahmen internationaler Politiker mit der Einschätzung verbunden, Sajdiu sei ein „moderater Politiker“. Auch der EU-Außenpolitiker Javier Solana gebrauchte diesen Terminus. Ziele der darauf ab, Sajdiu als einen „weichen“ Verhandlungspartner bei im Februar in Wien beginnenden Gesprächen über

entlassen, zu mehr sozialer Verantwortung bringen?

Das Verhalten der Deutschen Bank ist unverantwortlich und unmoralisch. Eine innovative und auf Wachstum ausgerichtete Unternehmenspolitik wäre bei solchen Firmen auch ohne Entlassungen möglich. Wenn die Unternehmen ihre Strategie nicht freiwillig ändern, dann müssen wir betriebsbedingte Kündigungen bei profitablen Unternehmen gesetzlich verbieten – schon allein um dem Grundgesetz Genüge zu tun, denn „Eigentum verpflichtet“.

Ist es nicht illusorisch, von einer Bank zu fordern, auf nationale Befindlichkeiten Rücksicht zu nehmen?

Die Deutsche Bank ist sehr stark in Deutschland engagiert und verdient auch hier gutes Geld. Das Bankengeschäft ist eine Zukunftsbranche, weil die Nachfrage nach Finanzprodukten auch bei uns steigt. Alle Argumente sprechen für eine auf Wachstum ausgerichtete Unternehmenspolitik der Deutschen Bank auch in Deutschland.

INTERVIEW: TARIK AHMIA



UWE FOULLONG (49) ist im Ver.di-Bundesvorstand. Er leitet den Bereich Finanzdienstleistungen. FOTO: VER.DI

den künftigen Status des Kosovo anzusehen, so könnte dies eine Fehleinschätzung sein.

Nämlich darin sind sich alle Beobachter im Kosovo einig: Kein kosovo-albanischer Politiker kann die Forderung nach der staatlichen Unabhängigkeit des Kosovo zurücknehmen. Auch Sajdiu nicht. Und das entspräche auch gar nicht seinem Charakter. Denn dann müsste er ja selbst Position beziehen und gegen den Strom schwimmen. Eines ist aber sicher: Wenn die Partei Sajdiu nächste Woche endgültig zum Kandidaten der LDK wählt, wird er mit der Stimmenmehrheit der Partei im Parlament auch Präsident Kosovos und Nachfolger Ibrahim Rugovas. ERICH RATHFELDER

DIE DEUTSCHE BANK SCHWIMMT IN GELD

■ Es könnte alles so schön sein: Die Deutsche Bank hat im vergangenen Jahr einfach hervorragend verdient. Aber ihr oberster Manager, Josef Ackermann, dessen Vertrag verlängert wurde, hat ein Image-Problem – das sich auf sein ganzes Geldinstitut auswirkt

Nach den Peanuts

VON TARIK AHMIA

Der angeschlagene Bankchef Josef Ackermann begegnete der Kritik an ihm mit einem Rekordergebnis: 26 Prozent Eigenkapitalrendite erzielte die Deutsche Bank im vergangenen Jahr – so hoch wie noch nie in der Geschichte des Unternehmens.

Fonds-Immobilien befürchtete. Auch der Mannesmann-Prozess wird für Ackermann neu aufge-rollt, weil er unrechtmäßig Millionen-Prämien an dessen Manager abgesegnet hat.

Umso strahlender waren dann auch die Nachrichten, die Ackermann gestern in Frankfurt am Main vorstellte: Im vergangenen Jahr machte das Un-

arbeiter sind mittlerweile gegangen.

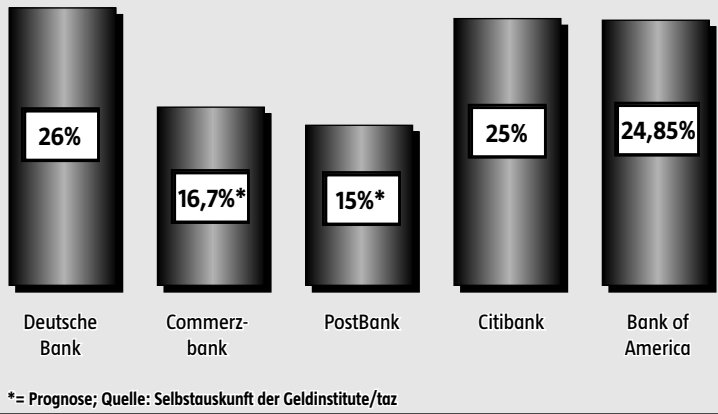
Ackermanns Showtime für die Aktionäre konnte aber nur mit vielen Tricks gelingen: Das Plus bei der Eigenkapitalrendite wurde nur erreicht, weil der 57-jährige Schweizer eigene Aktien der Bank zurückgekauft hatte. Dadurch teilten sich die Profite nicht mehr auf 40, sondern nur noch auf 25 Milliarden Euro Eigenkapital. Durch die veränderte Bezugsbasis stieg die Rendite.

Die Bank – ehemals Motor der Deutschland AG und an unzähligen deutschen Unternehmen beteiligt – verdient den größten Teil ihres Geldes heute im Ausland. Die Investmentbanker des Unternehmens erwirtschafteten 2005 auch den Löwenanteil des Gesamtgewinns: Sie steigerten ihren Gewinn um 57 Prozent auf 4,8 Milliarden Euro. Die Londoner Mitarbeiter trugen so 77 Prozent des Vorsteuerergebnisses des gesamten Konzerns bei.

Andere Geschäftsbereiche entwickelten sich deutlich schwächer als das Investmentbanking: Im Privat- und Firmenkundengeschäft gehört die Deutsche Bank nach einer Studie der IBM Unternehmensberatung nicht mehr zu den fünf führenden Banken in Europa.

„Die Deutsche Bank steht beispielhaft für eine Transformation einer ehemaligen nationalen Institution zu einem ganz gewöhnlichen Unternehmen“, beschreibt Martin Höpner vom

Eigenkapitalrendite 2005 vor Steuern im Vergleich



Gute Nachrichten hat der Manager auch dringend nötig, denn Skandale setzten ihm in letzter Zeit immer wieder zu: zuletzt sorgte Ackermann im Dezember mit der dilettantischen Schließung eines offenen Immobilienfonds für Schlagzeilen. Das Unternehmen zog die Notbremse, weil es es eine massive Überbewertung der

ternehmen 3,8 (Vorjahr 2,47) Milliarden Euro Gewinn. Vor Steuern verdiente die Bank 58 Prozent mehr als 2004.

Die Drohung, trotz Rekordergebnissen viele Mitarbeiter zu entlassen, hat der Konzern mittlerweile wahr gemacht. 2004 hatte die Bank angekündigt, weltweit 6.400 Stellen streichen zu wollen. 5.500 Mit-

„Unverantwortlich und unmoralisch“

Uwe Foullong, Ver.di-Bankenexperte, will betriebsbedingte Kündigungen bei hohen Gewinnen verbieten lassen

taz: Die Deutsche Bank freut sich über eine Rekordrendite. Freuen Sie sich auch?

Uwe Foullong: Unsere Freude ist leider getrübt. Denn ein Prinzip der sozialen Marktwirtschaft lautet: Wenn es dem Unternehmen gut geht, dann muss es auch den Beschäftigten gut gehen. Bei der Deutschen Bank ist das leider nicht der Fall, weil trotz hoher Gewinne Personal abgebaut wird.

Wie hat es die Deutsche Bank geschafft, so viel Gewinn zu machen?

Das meiste Geld verdient die Deutsche Bank in Großbritannien und den USA. Dort sind die Gewinnmargen höher. Die Preise für Finanzdienstleistungen

sind teurer als in Deutschland, weil dort nur noch wenige Banken den Wettbewerb beherrschen. In Deutschland sind die Preise niedriger, weil es noch intensiven Wettbewerb unter den Banken gibt.

Wird die Deutsche Bank die hohe Rendite in Zukunft halten können?

Das ist ungewiss. Denn die hohe Rendite wird vor allem mit Geschäften am Kapitalmarkt erzielt. Aber dieser Markt kann sehr launisch sein und unterliegt starken Schwankungen.

Die Deutsche Bank hat seit dem vergangenen Jahr tausende Mitarbeiter entlassen. Wie kann man Unternehmen, die Gewinne machen und Leute

FOTO: VER.DI

..... das wichtigste

Außenminister auf Video

Steinmeier fordert über al-Dschasira Entführer im Irak auf, Geiseln freizulassen. Unklarheit über Ultimatum

BERLIN afp/dpa/rtr ■ Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) hat erneut an die Entführer der deutschen Ingenieure im Irak appelliert, ihre Geiseln freizulassen. Er habe eine entsprechende Videobotschaft aufnehmen lassen, die am Nachmittag von dem arabischen Sender al-Dschasira ausgestrahlt werden solle, sagte Steinmeier gestern in Berlin.

Er betrachte die Entführung mit „großer Sorge“, sagte Bundespräsident Horst Köhler am Rande des Besuchs des ungarischen Staatspräsidenten Laszlo Sólyom in Berlin. Er bete für ein glückliches Ende der Geiselnahme. Köhler betonte, dass er großes Vertrauen in die Bemühungen der Bundesregierung und des Krisenstabes habe. Es werde „alles Menschenmögliche“ dafür getan, dass die beiden sächsischen Ingenieure unverseht in ihre Heimat zurückkehren könnten.

Ex-Geheimdienstkoordinator Bernd Schmidbauer (CDU) äußerte sich dagegen skeptisch hinsichtlich einer Freilassung der Geiseln. „Wir haben relativ wenig Chancen“, sagte er gestern im Sender N24. „Ich denke, dass es eine sehr dramatische Situation ist jetzt vor Ort – wenig Kontakt, keine Verhandlungen, das Ultimatum, all die Drohungen. Die Appelle der Mütter waren derzeit das einzig Richtige“, fügte er hinzu.

Unklar blieb gestern auch weiter, ob es dem Krisenstab im Auswärtigen Amt inzwischen gelungen ist, Kontakt mit den Kidnappern aufzunehmen. Außenamtssprecher Jens Plötner ließ zudem offen, wann das 72-stündige Ultimatum ausläuft, das die Entführer der Bundesregierung zur Erfüllung ihrer Forderungen gesetzt hatten. Ultimaten von Entführern kommentiere oder interpretiere die Regierung grundsätzlich nicht.



FOTO: BAUER

„Hohes Haus“ ist „pleitegegangen“

MANNHEIM dpa ■ Der Rat für deutsche Rechtschreibung hat gestern letzte Änderungen für die Groß- und Kleinschreibung beschlossen. Die Kultusministerkonferenz muss nun Anfang März entscheiden, ob die Vorschläge verbindlich zum neuen Schuljahr eingeführt werden, sagte der Ratsvorsitzende Hans Zehetmair. Ein entsprechendes Wörterverzeichnis soll der Kultusministerkonferenz bis Ende Februar vorgelegt werden. Der Rat sprach sich dafür aus, feststehende Begriffe wie „Schwarzer Kontinent“, „Hohes Haus“ oder „Schwarzes Brett“ sowie das „Du“ im Brief künftig groß zu schreiben. Zusammenhängende Begriffe wie „pleitegehen“ oder „bankrottmachen“ sollen klein und zusammen geschrieben werden. Bei dem Satz: „Sein Spiel ist klasse“, soll „klasse“ künftig genauso klein geschrieben werden wie „eigen“ bei dem Satz „sich etwas zu eigen machen“.

Glas statt Jogurt

Zu sehen ist das nicht, gefährlich aber trotzdem. In Erdbeer-Jogurts der Marke Bauer gelangten Glassplitter, die mit bloßem Auge nicht zu erkennen sind. Es besteht jedoch erhöhte Verletzungsgefahr, in Mund und Magen. Wer Erdbeerjogurt gegessen hat, sollte einen Arzt aufsuchen. Noch was. Das ist kein Witz.

Elektrolux redet mit IG Metall

NÜRNBERG dpa ■ Die Verhandlungen über die Zukunft der 1.700 Beschäftigten des AEG-Hausgerätekwerks in Nürnberg werden nun doch bereits heute fortgesetzt. Ein IG-Metall-Sprecher bestätigte gestern die überraschende Wende im Streit zwischen der Gewerkschaft und dem schwedischen Electrolux-Konzern. Noch kurz zuvor hatte Electrolux-Europachef Horst Winkler erklärt, der Konzern werde sich nicht auf Ultimaten der Gewerkschaften einlassen. Diese fordern im Falle der Werksschließung Abfindungen in Höhe von drei Monatsgehältern pro Dienstjahr.

Atomstreit: China will kooperieren

WIEN ap ■ Chinas Regierung hat gestern bekräftigt, an einer Entschärfung des Streits über das iranische Atomprogramm mitarbeiten zu wollen. Außenminister Li Zhaoxing sagte nach einem Treffen mit dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana, China sei sehr besorgt. Er hoffe, dass die Gespräche zwischen Teheran und den EU-Ländern Deutschland, Frankreich und Großbritannien wieder aufgenommen würden. Über die Einschaltung des UN-Sicherheitsrats wollte der Gouverneursrat der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA gestern in Wien weiter beraten.

..... portrait



John Boehner, 56, Kongressabgeordneter aus Ohio, wurde am Donnerstag von der Republikaner-Fraktion im US-Repräsentantenhaus mit 122 gegen 109 zum neuen Fraktionschef gewählt FOTO: AP

John Boehner war am Donnerstag wohl der Ungläubigste. Nur hauchdünn gewann er die Wahl zum Fraktionsführer der Republikaner im US-Repräsentantenhaus, aber er gewann sie. Damit war Roy Blunt aus Missouri,

in Skandale verstrickt – im Januar genötigt worden war, sein Amt aufzugeben.

Blunt ist ein Protegé DeLays und damit ein Absolvent der „texanischen Schule“. Die steht längst für unsaubere Verhält-

setzten wollen, dessen Gesicht neu, aber nicht unbekannt ist.

John Boehner erfüllt offenbar diese Anforderungen. Sein Name, der natürlich nicht wie „Böhner“ klingt, sondern „Bayner“ ausgesprochen wird, soll

Ein Schönling soll die Bush-Partei liften

dem der Posten schon so gut wie sicher schien, zum Erstaunen aller gescheitert. Offenbar ereilte die Republikaner, die ihren Blunt durchaus schätzen, in letzter Minute doch noch die Angst. Blunt hatte die Bush-Partei im Kongress interimsmäßig geführt, nachdem der eigentliche Fraktionschef Tom DeLay –

nisse, Machtmissbrauch, Geldwäsche, Lobbyismusgeschäfte, kurz: für das ziemlich unethische Gesamtkunstwerk, dass die wertebesessenen US-Konservativen in jahrelanger Allein herrschaft in Washington kreiert haben. Es ist daher verständlich, dass die Republikaner einen Mann an ihre Spitze

nun für einen frischen Start in den Wahlkampf sorgen. Im November 2006 wird der US-Kongress neu gewählt – und die Republikaner haben einiges zu verlieren, glauben wenigstens die Demokraten und die Meinungsforscher.

Der 56-Jährige hat keine Revolution versprochen, viel-

mehr stehe er für leichte Reformen; für ein Ende der „Speckschwarten“-Projekte, wie die Praxis des Kongresses genannt wird, Wahlkreise einzelner Abgeordneter mit teuren Investitionen bei Laune zu halten. Das

wäre schon mal was. Boehner übernimmt als Fraktionschef allerdings eine Partei, die innerlich zerrissen ist im Streit darüber, ob sie nicht die eigenen Werte verraten hat. Viele sind selbst der Ansicht, dass die Partei, seit sie 1994 die Macht im Repräsentantenhaus übernahm, ihre Ziele verloren hat.

Auch das Unwohlsein am Irakkrieg war in den letzten Monaten spürbar lauter geworden.

Boehners eher schlechte Beziehung zu Tom DeLay ist sein bestes Startkapital. 1998 flog er aus der Parteispitze raus, nachdem die Republikaner in der Kongresswahl fünf Mandate verloren hatten und einen ihrer Führer für die öffentliche Imagepflege opferten. Ausgerechnet Boehner soll nun ein weiteres Mal eine Image-Rundenerneuerung verkörpern.

Der Mann, der mit elf Geschwistern und als Sohn eines Bankkeepers in Ohio aufwuchs, wirkt jedenfalls wie Dean Martin. Stets gebräunt, immer eine Zigarette in der Hand.

ADRIENNE WOLTERSDORF

VIELE TOTE BEI FÄHRUNGLÜCK IM ROTEN MEER

■ Die „Al-Salam 98“ befand sich auf dem Weg von Saudi-Arabien nach Ägypten, als sie von den Radarschirmen verschwand. Die Fähre mit mehr als 1.400 Menschen an Bord ist gesunken. Die unruhige See erschwerte die Rettung. Befürchtet werden hunderte Tote

Nur wenige gerettet

AUS KAIRO
KARIM EL-GAWHARY

Die Passagierfähre „Al-Salam 98“ war in der Nacht von Donnerstag auf Freitag vom westsaudischen Hafen Duba zum ägyptischen Rotmeerhafen Safaga unterwegs, als sie plötzlich vom Radarschirm verschwand.

massive Rettungsaktion sowohl von saudischer als auch ägyptischer Seite an. Am Nachmittag waren laut ägyptischem Fernsehen aber nur 100 Überlebenden aus fünf Rettungsbooten geborgen worden. Schlechte Wetterbedingungen hatten die Rettungsaktion erschwert. Oft waren Überlebende vom Flugzeug aus gesichtet worden, aber

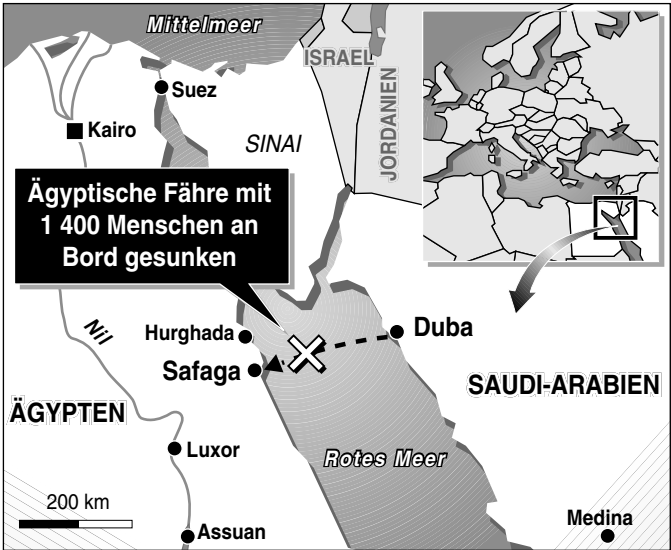
ter gehandelt haben. Da kein zweites Schiff vermisst wurde, ist auch eine Kollision eher ausgeschlossen. Die Wetterbedingungen wurden als schwierig, aber nicht als gefährlich bezeichnet. An der saudischen Küste herrschte zur Zeit des Unglücks ein Sandsturm.

Die ägyptische Küstenwache und Armee hat vier Fregatten zur Unterstützung der Rettungsarbeiten in die Region entsandt. Ägyptische Regierungsmitglieder appellierten an die saudiarabischen Behörden, ebenfalls Rettungsboote zu schicken. Die britische Marine schickte das Kriegsschiff „HMS Bulwark“ in die Region.

Gouverneur Bakr al-Raschidi richtete in der nahe gelegenen Hafenstadt Safaga einen Krisenstab ein und versetzte die örtlichen Krankenhäuser in Alarmbereitschaft.

Im Hafen von Safaga drängten sich Tausende von Angehörigen der vermissten Passagiere und warteten auf Neuigkeiten über deren Schicksal. Viele von ihnen waren schon nach Safaga gereist, bevor bekannt wurde, dass das Schiff gesunken ist. Sie hatten ihre Verwandten im Hafen empfangen wollen. Doch die Freude über die geplante Heimkehr der Reisenden wich bangem Warten und Entsetzen, als die ersten Meldungen der Tragödie bekannt wurden.

Die Fähren, die zwischen Saudi-Arabien und Ägypten verkehren, sind für viele ägypti-



Mehr als zwölf Stunden danach kam die Bestätigung: Das 35 Jahre alte Schiff war mit über 1.300 Menschen an Bord 80 Kilometer vor der ägyptischen Küste gesunken. Ägyptische Hubschrauber entdeckten am nächsten Tag erste Rettungsboote und auf der Wasseroberfläche schwimmende Leichen.

Am nächsten Tag lief eine

es war schwer, zu ihnen durchzukommen. Von dem gesunkenen Schiff gab es keine Spur mehr zu sehen.

Die Unglücksursache ist noch vollkommen ungeklärt. Ursprüngliche Spekulationen über einen Terroranschlag sind eher unwahrscheinlich. Bei den Passagieren soll es sich hauptsächlich um ägyptische Arbei-

Katastrophen – Alltag für Ägyptens Arme

Bei Unfällen mit vielen Toten kümmert sich die Regierung selten um die Opfer. Die Muslimbrüder helfen schneller

KAIRO dpa ■ Schiffsunglücke, Hauseinstürze, schwere Unfälle mit Zügen oder Bussen und Brände in schlecht ausgestatteten öffentlichen Gebäuden – für die mehr als 70 Millionen Ägypter ist das bitterer Alltag. Und auch, dass die Rettungsmaßnahmen nach einem Unglück erst einmal schleppend anlaufen, ist für die Menschen im Land am Nil nichts Neues.

Im vergangenen Herbst demonstrierten Künstler und Intellektuelle in Kairo mehrere Wochen lang, nachdem mehr als 40 Theatergänger bei einem Brand in einem nicht gegen Feuer gesicherten Theater in Beni Suef ums Leben gekommen waren. Doch meist treffen

die großen Desaster in dem arabischen Land nicht das Bürger- oder die intellektuelle Elite, sondern, wie auch jetzt bei dem Fährunglück im Roten Meer, die Armen. Sie sind es, die Züge der dritten Klasse mit vergitterten Fenstern benutzen, wie den Zug, in dem 2002 in Al-Ajat mehr als 360 Menschen verbrannten. Sie reisen mit alten Fähren wie der „Al-Salam Boccaccio 98“, die oft mehr Passagiere an Bord haben als erlaubt. Sie wohnen oft in baufälligen Häusern, die eigentlich längst abgerissen werden müssten.

Manchmal muss nach einem Unglück ein Minister seinen Sessel räumen. In anderen Fäl-

len sind es Beamte aus den unteren Rängen. Doch oft bleibt bei den Ägyptern der Eindruck zurück, dass die wahren Schuldigen nicht zur Rechenschaft gezogen werden. So sprach ein Kairoer Strafgericht sieben Monate nach dem Zugunglück von Al-Ajat elf Beamte der staatlichen Eisenbahngesellschaft mit der Begründung frei, die einfachen Arbeiter sollten nicht als Sündenböcke herhalten. Die wahrhaft Schuldigen seien in den oberen Etagen der Bahngesellschaft und bei der Transportpolizei zu suchen.

Der ägyptische Parlamentspräsident Fathi Surur berief gestern, nachdem die Nachricht von dem Fährunglück be-

kannt geworden war, eine Eilsitzung des Transport-Ausschusses des Parlaments ein. In Safaga schuf man eine Anlaufstelle für die Angehörigen der vermissten Passagiere. Beobachter in Kairo warnten, dass sich die Regierung bei dieser neuen Katastrophe anstrengen müsse, um die Lage in den Griff zu bekommen. Ansonsten könnte die mit 88 Abgeordneten im Parlament vertretene Muslimbruderschaft aus der Krise Kapital schlagen, so wie 1992 nach dem großen Erdbeben in Kairo, als die Muslimbrüder die ersten gewesen waren, die sich um die obdachlos gewordenen Menschen kümmerten.

in kurze

DISCOUNTER-RENNEN

Lidl verfolgt Aldi

Der Umsatz des Discounters Aldi ist 2005 um 1,2 Prozent gesunken. Im ersten Halbjahr habe das Minus sogar bei 4 Prozent gelegen, berichtet *Focus*, gestützt auf die Zahl des Marktforschungsinstituts GfK. Demnach legte Aldi-Konkurrent Lidl beim Umsatz um 11,1 Prozent zu, vor allem dank Markenprodukten und neuer Filialen. (dpa)

Keine Einigung bei AEG

NÜRNBERG dpa ■ Electrolux schließt einen Verkauf von AEG an einen externen Investor kategorisch aus: „Dazu sagen wir klar Nein.“ Die IG Metall hatte dies als neuen Vorschlag eingebracht. Die Verhandlungen zwischen der IG Metall und dem schwedischen AEG-Mutterkonzern über die geplante Schließung des Nürnberger Werks mit 1.700 Beschäftigten treten weiterhin auf der Stelle. Beide Seiten trennten sich am Samstag nach zweieinhalbstündigen Verhandlungen und vertagten sich auf Mittwoch. Electrolux bietet eine Abfindung in Höhe von 0,7 Monatsgehältern pro Dienstjahr oder wahlweise die Übernahme in eine Beschäftigungsgesellschaft für zwölf Monate bei vollem Lohnausgleich an. Das Angebot hat ein Volumen von rund 100 Millionen Euro.

Google gegen BMW

HAMBURG/MÜNCHEN dpa ■ Die deutsche Webseite des Autoherstellers BMW ist aus dem Suchindex der Internet-Suchmaschine Google rausgeflogen. Nach Angaben von Google sei versucht worden, Suchergebnisse zugunsten der Website www.bmw.de illegal zu manipulieren. Als Folge waren die Adresse www.bmw.de am Sonntag nicht mehr direkt über die Suchmaschine auffindbar, während andere Konzernseiten wie www.bmw.com weiterhin in den Ergebnissen auftauchten. Seitdem es die Suchmaschine gibt, versuchen Internetanbieter, mit technischen Tricks ihre Website möglichst weit vorne in der Trefferliste von Google zu positionieren. BMW muss nun die Wiederaufnahme in den Google-Index beantragen und versichern, in Zukunft Manipulationsversuche zu unterlassen. Ein BMW-Sprecher kommentierte die Entwicklung zu nächst nicht.

Nichts muss bleiben
wie es ist



Erwerben Sie jetzt Eigentum
an der einzigen unabhängigen
tageszeitung im Besitz ihrer
LeserInnen.

Heute sichern bereits mehr als 6.700
Menschen mit ihren Einlagen in die
 taz Genossenschaft die publizistische
Unabhängigkeit der **tageszeitung**

Mit einer einmaligen Einlage ab
500 Euro* können auch Sie
 taz-GenossIn werden.

* auch in 20 Raten zahlbar

die genossenschaft
 taz

VOGELGRIPPE/INDONESIEN

Erneut Tote durch H5N1

Die Zahl der Vogelgrippe-Opfer in Indonesien ist auf 16 gestiegen. Tests im WHO-Referenzlabor hätten bestätigt, dass zwei kürzlich verstorbene 15- und 22-jährige Männer dem H5N1-Virus erlagen, teilten die Gesundheitsbehörden mit. Seit Ausbruch der H5N1-Variante 2003 erlagen mindestens 86 Menschen der Krankheit. (ap)

TANKERHAVARIE/ALASKA

Ölpest umschifft

Nach einem Tankerunfall vor der Küste Alaskas ist die Gefahr einer Ölpest gebannt. Rettungsschiffen gelang es Freitag, das gestrandete Schiff in tiefere Gewässer zu ziehen und wieder flottzumachen. Laut *Anchorage Daily News* blieb die doppelwandige, mit 19 Millionen Litern Öl beladene „Seabulk Pride“ bei dem Manöver heil. (dpa)

GABRIEL/NATURSCHUTZ

Schadet Firmen nicht

Die Naturschutzgebiete Ems und Weser schaden nach Ansicht von Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) weder der Meyer-Werft noch anderen Firmen. Mit der Meldung von Weser und Ems nach der EU-Richtlinie seien keinesfalls die „befürchteten negativen Folgen für die von den Flüssen abhängigen Wirtschaftsbetriebe verbunden“. (dpa)

MADRID/NEUES TERMINAL

Zwei Flüge pro Minute

Nach knapp sechsjähriger Bauzeit ist das hochmoderne Terminal des Flughafens Madrid-Barajas eröffnet worden. Im 6,2 Milliarden Euro teuren Komplex können täglich rund 70.000 Passagiere abgefertigt werden. Die Kapazität von Barajas steigt bei stündlich bis zu 120 Starts und Landungen auf 70 Millionen Reisende im Jahr. (dpa)

TC-HERSTELLER PALM

Aktionär für Verkauf

Der führende Taschencomputer-Hersteller Palm sollte sich nach Ansicht eines Großaktionärs von einem großen IT-Konzern übernehmen lassen. Der wachsende Wettbewerb könnte Palm das Geschäft im Alleingang erschweren, argumentierte IT-Unternehmer Mark Nelson, der acht Prozent der Palm-Aktien hält. (dpa)

Sicherheitsstandards sehr unterschiedlich

Bei der Sicherheit von Fahren herrscht ein Nord-Süd-Gefälle. In Europa gelten die schärferen Standards des „Stockholm Agreement“, während die jetzt gesunkene „Al-Salam 98“ nur die Kriterien der International Maritime Organization erfüllt

VON TARIK AHMIA

Das jetzige Fährunglück im Roten Meer erinnert an die Katastrophe der „Estonia“ in der Ostsee 1994 oder der „Herald of Free Enterprise“ 1987 vor Zeebrügge im Ärmelkanal: Immer waren „Roll-on-Roll-off“- (Ro-Ro-) Schiffe betroffen, die ihre Bugklappe zum schnellen Be- und Entladen komplett öffnen können. Diese Konstruktion wurde der „Al-Salam 98“ möglicherweise zum Verhängnis, die am Freitag mit 1.400 Passagieren an Bord kenterte. Könnte sich ein solches Unglück auch in Europa wiederholen?

Zumindest sind die Sicherheitsstandards hier besser. Sie wurden nach den Fährunglücken der „Herald of Free Enterprise“ (193 Tote) und der „Estonia“ (852

Tote) verschärft. Seit 2002 gilt in Europa das so genannte Stockholm Agreement, das vorschreibt, ältere Fährschiffe mit Zusatzschotten nachzurüsten. Sie sollen verhindern, dass ein Schiff bei Wassereintrich schlagartig sinkt – wie es bei der

„Der Profit kommt im Süden vor der Sicherheit der Passagiere“

„Al-Salam 98“ passiert ist. Die italienische Schifffahrtsaufsicht Rina hatte der 35 Jahre alten Fähre noch im Oktober attestiert, die Sicherheitsstandards der International Maritime Organisation (IMO) zu erfüllen. Doch deren Anforderungen liegen deutlich unter den europäischen Standards, die vorsehen, dass eine

Ro-Ro-Fähre auch mit zwei gefluteten Decks und bis zu 50 Zentimeter Wasserstand im Autodeck noch seetüchtig bleiben muss. Die IMO hingegen legt keinen Grenzwert für Wasser im Autodeck fest und fordert Seetüchtigkeit auch nur bei einem gefluteten Deck. Fachleute kritisieren diese unterschiedlichen Sicherheitsstandards: „Wenn ein Schiff unsicher ist, dann ist es unsicher, egal wo es verkehrt“, bemängelt der britische Schiffsexperte Andrew Linington.

Es ist nicht ungewöhnlich, veraltete und unsichere Schiffe in ärmere Länder abzuschieben. „Der Profit kommt vor allem in den südlichen Meeren vor der Sicherheit der Passagiere“, stellte ADAC-Vizepräsident Max Stich fest, als er den neuesten ADAC-Fährentest vorstellte. Der Autoclub untersucht seit sieben Jah-

ren jährlich die europäischen Personenfähren. „Die Sicherheit auf Fährschiffen in Europa lässt nach, je weiter man nach Süden kommt“, sagte Stich. Während in der Ostsee beim ADAC-Test kein einziges Schiff schlechter als „gut“ abschnitt, fahren die Schif-

„Wenn ein Schiff unsicher ist, dann ist es unsicher, egal wo es verkehrt“

fe mit den schlechtesten Bewertungen im Mittelmeer (Griechenland, Süditalien) und zwischen den Kanaren. Fahren im Roten Meer wurden bislang nicht getestet.

Doch auch in Europa stehen die Reeder unter Preisdruck, denn 1996 liberalisierte die EU den Schiffsverkehr. Seither wird

vor allem beim Personal gespart. So verkaufte die französische Regierung – begleitet von wochenlangen Streiks – ihre defizitäre Fährlinie SNCM, die Korsika und Nordafrika anfährt. Vor zwei Monaten trieb der Streit um Dumpinglöhne und „Sklavenarbeit“ bei der Reederei „Irish Ferries“ 150.000 Menschen in Dublin auf die Straße – Irlands größte Demonstration seit einem Vierteljahrhundert. Das Unternehmen wollte seine 543 Seeleute durch Angestellte aus Osteuropa ersetzen, die nur einen Stundenlohn von 3,60 Euro erhalten sollten. Dabei geht es nicht allen Reedern schlecht: Auf der Ostsee zumindest boomt das Geschäft. Der Seehafen Kiel steigerte den Passagierverkehr im vergangenen Jahr um 20 Prozent auf 1,56 Millionen.

ausland SEITE 10

Pfusch am Bau wird kaum noch kontrolliert

Nach dem Halleneinsturz in Bad Reichenhall: Die Bauminister treffen sich heute in Berlin, um über die Sicherheit öffentlicher Gebäude zu beraten. Allerdings sind Bund und Länder für die Baukontrolle meist nicht zuständig – und den Kommunen fehlt das Geld, um Hallen und Schulen zu sanieren

BERLIN taz ■ Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee (SPD) trifft heute seine Länderkollegen in Berlin. Auf der Tagesordnung steht auch die „Sicherheit von öffentlichen Gebäuden“. Denn Anfang des Jahres stürzte eine Eis-sporthalle in Bad Reichenhall ein; vor einer Woche brach eine Messehalle im polnischen Kattowitz unter der Schneelast zusammen. Jetzt am Wochenende wurde eine Schwimmhalle in Potsdam gesperrt – die Hälfte ihrer Stahlträger sei angerostet, teilten die Behörden mit.

Das Bauministerium in Sachsen-Anhalt will deshalb heute beantragen, eine Expertengruppe zu gründen, um konkrete Vorschläge zu erarbeiten, wie Häuser und Hallen sicherer gemacht werden könnten. „Wir wollen keinen vorschnellen populistischen Aktionismus“, erklärte ein Sprecher gegenüber der taz. „Wir wollen möglichst eine durchdachte bundeseinheitliche Lösung.“

Eine einheitliche Richtlinie fordert auch der Verband Beratender Ingenieure (VBI). „Statikschäden lassen sich nicht mit bloßem Auge sehen“, sagt Klaus Rollhagen vom VBI. „Sonderbau-



Komplettabriss nicht ausgeschlossen

FOTO: HARTWIG LOHMEYER/JOKER

ten“ wie Brücken oder Tunnel werden bereits regelmäßig überprüft. Diese Vorschrift solle ausgeweitet werden, meint Rollhagen. „Begutachtungen sind dringend notwendig.“ Allerdings

warnet er davor, Panik zu verbreiten.

„Regelmäßige Gebäudeprüfungen sind schon aus versicherungsrechtlichen Gründen sinnvoll“, sagt Valentin Fett von der

Architektenkammer Rheinland-Pfalz. Bereits beim Bau fehle häufig die Kontrolle. Auch der private Häuslebauer sei betroffen. In Rheinland-Pfalz mussten gerade 25 neue Einfamilienhäuser geräumt werden. Nachdem 23 Familien ihr neues Heim bezogen hatten, stellte sich heraus, dass die Häuser nicht standsicher waren. Denn der Bauprozess wird oft nicht mehr von einem öffentlichen Bauleiter überprüft – ihn haben die meisten Bundesländer abgeschafft. „Unter dem Druck von leeren Kassen zählt oft nur der Preis“, sagt Fett. „Wenn öffentliche Gebäude dann auch noch von privaten Partnern gebaut werden und der Schule schlüsselfertig ein Stück Turnhalle vermietet wird, gibt es gar keine Kontrolle mehr.“

Sollten sich die Bauminister heute einigen, bleibt dennoch ein Problem: Für die meisten öffentlichen Gebäude sind nicht Bund und Länder zuständig, sondern die Kommunen. Die aber erklärten erst letzten Donnerstag in Berlin, dass ihnen das Geld für die nötigen Reparaturarbeiten fehle. Trotzdem gehe natür-

lich die Sicherheit vor. „Ganz unabhängig von unserer Finanznot“, beeilte sich ein Sprecher des Städtetages zu versichern.

Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt, dass die Kommunen allein für die Sanierung und Modernisierung von Schu-

In den nächsten 10 Jahren sind 130 Milliarden Euro nötig, um die öffentlichen Gebäude zu sanieren

len, Hallenbädern und Krankenhäusern in den nächsten zehn Jahren rund 130 Milliarden Euro benötigen. Insgesamt verzeichnen die Städte einen jährlichen Investitionsbedarf von 67 Milliarden Euro. Doch können sie derzeit nur jährlich 18,6 Milliarden Euro aufbringen – es klappt eine Lücke von fast 40 Milliarden Euro zwischen Bedarf und Realität. Dabei machen schon jetzt die Sanierungen einen Großteil der Bauleistungen aus: So schätzt das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, dass beim Wohnungsbau etwa 55 bis 60 Prozent Sanierungsmaßnahmen sind. MIRJAM MEINHARDT

Kubas Wirtschaft wuchs um 11,8 Prozent

Trotz der Hurrikane boomte Kuba 2005 – in der Statistik. Zur Belohnung spendiert Staatschef Castro Haushaltsgeräte

HAMBURG taz ■ Kuba gilt eigentlich als marode – doch für das letzte Jahr konnte Wirtschaftsminister José Luis Rodríguez eine Wachstumsrate von überraschenden 11,8 Prozent melden. Ein solches Plus verbuchen sonst nur noch das Boomland China oder aber der Ölstaat Venezuela.

Ein Grund für den Wirtschaftsboom: Der Tourismus wuchs offiziell um mehr als 12 Prozent. Rund 2,3 Millionen Touristen besuchten 2005 die Insel und sorgten für Bruttoeinnahmen von geschätzten 2 bis 3,5

Milliarden US-Dollar. Auch der Nicklexport legte 2005 um 7 Prozent zu, die Förderung von Erdöl und Gas wuchs um 8,8 Prozent.

In anderen Sektoren der Wirtschaft sieht es jedoch weniger gut aus. So sank die Zuckerproduktion erstmals seit der Revolution auf weniger als 1,5 Millionen Tonnen. Der Tabakanbau litt ebenfalls unter den zahlreichen Hurrikanen im Westen und der Dürre im Osten der Insel. Auch die Ernte anderer Produkte wie Kochbananen, Reis oder Zitrus-

früchte fiel magerer aus. Die Hurrikanschäden werden auf weit über eine Milliarde Dollar beziffert, die Dürre im Osten hat ein Minus von mehreren hunderttausend US-Dollar verursacht.

Es stellt sich daher die Frage, weshalb das Wirtschaftsministerium trotzdem so positive Zahlen vorlegen konnte. „Die 20.000 Ärzte und Krankenschwestern, die in Venezuela und anderswo Dienst schieben, sind dafür unter anderem verantwortlich“, erklärt Omar Everleny,

Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Havanna. „Auch der Boom im Gesundheitswesen und die gestiegenen Ausgaben der Regierung gehen ein.“ Bisher wurde die Arbeit des medizinischen Personals im Bruderstaat Venezuela nicht verbucht; 2005 taucht sie nun erstmals als „komplexe Dienstleistung“ in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf. Gleiches gilt für die meist unentgeltlichen Augenoperationen, mit denen die kubanischen Ärzte vielen Armen das Augenlicht erhielten.

Vom Boom in den Statistiken profitieren auch viele Kubaner. Neben Lohn- und Rentenerhöhungen hat Staatschef Fidel Castro diverse Großaufträge befohlen. Um die Energieversorgung zu verbessern und den Strom effizienter zu nutzen, wurden Generatoren, Lokomotiven sowie Millionen von Haushaltsgeräten geordert – vom Reiskocher bis zum Elektroherd. Bei dieser „Revolution des Energiesektors“ rechnet Castro mit Einsparungen von einer Milliarde US-Dollar; davon sollen dann die Lieferanten bezahlt werden. Castros kühne Rechnung ist allerdings riskant, denn Kubas Devisenreserven sind nicht sonderlich üppig. KNUT HENKEL

in kürze

MOBILMASTEN & SCHLAF

Amt forscht nach

Mögliche Auswirkungen von Mobilfunk auf den Schlaf lässt das Bundesamt für Strahlenschutz untersuchen. Forscher der Berliner Charité sollen im Auftrag des BfS prüfen, ob Effekte im häuslichen Umfeld feststellbar sind. 300 Personen im Umkreis von 500 Metern um eine mobile Basisstation sollen an der Studie teilnehmen. (dpa)

AIRBUS-TRANSPORTER

200 neue Bestellungen

Der Flugzeugbauer Airbus rechnet für seinen in Planung befindlichen Militärtransporter A400M mit 200 zusätzlichen Bestellungen. Als Interessenten wurden Chile, Australien und skandinavische Länder genannt. Bisher sind bei der EADS-Tochter 192 Bestellungen eingegangen, ein Drittel davon stammt von der deutschen Luftwaffe. (dpa)

Eon öffnet sein Gasnetz

DÜSSELDORF dpa ■ Der Energie-riesen Eon wird bereits zum 1. April privaten und industriellen Gaskunden den Wechsel zu anderen Anbietern ermöglichen. Noch vor Einführung der neuen Netzzugangsregeln im Oktober können dann andere Unternehmen in den Gebieten der Eon-Regionalversorger und der Thüga-Eigenbetriebe aktiv werden, teilte Eon gestern mit. Das Gas werde weiterhin über den bisherigen Versorger geliefert, der Kunde hat aber einen anderen Vertragspartner. Details des Modells will Eon in Kürze veröffentlichen. Anders als der Strommarkt ist im Gasgeschäft ein Anbieterwechsel derzeit noch nicht möglich. In den vergangenen Monaten waren die Strom- und Gaskonzerne wegen ihrer Preispolitik in die Kritik geraten.

Riester-Rente legt weiter zur

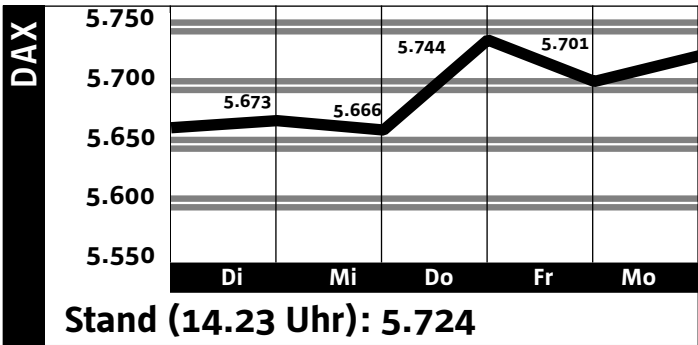
BERLIN ap ■ Die Riester-Rente findet immer mehr Anhänger, doch die große Mehrheit kann sich immer noch nicht mit der staatlich geförderten Altersvorsorge anfreunden. Das geht aus der jüngsten Untersuchung des Deutschen Instituts für Altersvorsorge (DIA) hervor. Eine private Pflichtzusatzversorgung lehnt jeder Zweite ab. Nach dem DIA-Rentenbarometer wurden 2005 1,2 Millionen Riester-Verträge abgeschlossen; seit 2002 waren es insgesamt rund 4,5 Millionen. Dazu kommen 3 Millionen Verträge im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung. Insgesamt haben 23 Prozent der Befragten eine staatlich geförderte Privatrente abgeschlossen. 7 Prozent wollen das künftig noch tun.

Chirurg steigt bei dba ein

MÜNCHEN ap ■ Die Fluggesellschaft dba hat einen neuen Finanzinvestor. Lutz Helmig, Gründer eines der größten deutschen Klinikunternehmens, übernehme ab sofort 25,1 Prozent der Anteile, teilte dba-Aufsichtsratschef Hans Rudolf Wöhrl mit. Gleichzeitig verdoppelte die Airline das Eigenkapital auf 20 Millionen Euro und sichere so ihre Selbstständigkeit. Über den Kaufpreis vereinbarten die Vertragspartner Stillschweigen. Der Chirurg Helmig hatte 1987 eine Hospitalgesellschaft gegründet und sie später in Helios Kliniken GmbH umbenannt. Die Gesellschaft betreibt 55 Kliniken in Deutschland. Vergangenen Dezember verkaufte Helmig seine Anteile für 1,5 Milliarden Euro an den Fresenius-Konzern.

INTERVIEW NICK REIMER

taz: Herr Meierhofer, die Umwelt-Sachverständigen der Bundesregierung haben die geplante Föderalismusreform aus ökologischer Sicht massiv kritisiert. Sind Sie auch entsetzt? Horst Meierhofer: Der Entwurf fragt im Umweltrecht nicht nach Problemen, sondern gehorcht dem Prinzip „Geb ich dir was, gibst du mir was“. Landeskompetenzen im Umweltrecht können ja in einigen Fällen sinnvoll sein. Ob beispielsweise die Brandenburger Biergärten die gleichen Lärmschutzbestimmungen haben wie die Bayern, ist mir persönlich egal. Abstrus sind unterschiedliche Regeln aber im Umweltrecht. Warum? Nehmen Sie den Hochwasser-



„Fünf Regelungen für nur einen Fluss“

Die geplante Föderalismusreform ist im Umweltbereich völlig sinnlos, kritisiert FDP-Umweltexperte Meierhofer. Um den drohenden Kompetenzwirrwarr abzuwenden, wollen sich die Liberalen mit den Grünen und der Linkspartei verbünden

schutz: Es ist nicht nachvollziehbar, warum es für einen Fluss fünf verschiedene Regelungen geben soll, nur weil er durch fünf verschiedene Bundesländer fließt.

Auch bei der Bildung besitzen die Länder viele Kompetenzen – was den Wettbewerb untereinander fördert. Ist das so schlecht? Auch bin zwar kein Bildungsexperte, finde aber, Bildungspolitik muss nicht bundeseinheitlich gestaltet werden. Dass der Umweltbereich anders ist, sieht man auch daran, dass ich noch keinen Umweltpolitiker aus den Ländern gehört habe, der den Plänen auch nur eine Nuance an Positivem abgewinnen kann. Wenn nicht einmal die Landespolitiker zufrieden sind – wieso werden dann trotzdem die Kompetenzen des Bundes auf die Länder verlagert?

Der Umweltbereich ist offenbar dazu auserkoren, die Kompetenzverluste zu kompensieren, die den Ländern in anderen Bereichen der Föderalismusreform zugemutet werden. Die CDU fürchtet, dass die gesamte Reform bedroht ist, wenn der Umweltbereich neu verhandelt wird. Zu Recht? Wenn dieses Reformwerk so wenig stabil ist, dass erkennbarer Unsinn an Einzelstellen nicht korrigiert werden kann, dann ist die gesamte Reform nichts wert. Das Credo einer Föderalismus-Reform kann doch nicht sein: Muss ich eine Kompetenz abgeben, will ich eine andere dafür – und sei sie noch so sinnlos. Die CDU hat vorgeschlagen, die Umweltmängel der Reform im Gesetzgebungsverfahren zu ändern. Ein gangbarer Weg? Nein, denn die Sachverständigen sind Umweltexperten und Bera-

DIE BÖRSE

Freude am Sparen

Die Börse freut sich weiter über die Stellenstreichungen bei VW. Die Aktien des Konzerns zogen nach dem Schub vom Freitag gestern erneut um fast 6 Prozent an. Der Grund: Vorstand Wolfgang Bernhard legte nach und schloss auch die Schließung von Fabriken für die Fertigung von einzelnen Komponenten nicht aus. (taz)

MARKTPLATZ

Dow Jones 10.919,05 (+ 35,70)
TecDax 50 707,03 (+ 3,67)
EuroStoxx 3.709,13 (+ 13,50)
Anleihen 3,41 % Rend. (+ 0,03)
1,1888 Dollar = 1 Euro (– 0,0082)
0,6837 Pfund = 1 Euro (– 0,0002)
140,35 Yen = 1 Euro (– 0,42)
Feinunze Gold 546,60 \$ (– 12,15)
Barrel Rohöl 59,10 \$
Stand 15.15 Uhr, Änderung zum Vortagsfixing in Klammern, Anleihen-Renditedurchschnitt, Dow v. Vortag

Wassermangel lässt Nationalpark austrocknen

Spanische Bauern verbrauchen zu viel Wasser. Umweltschützer fordern die Schließung von 60.000 illegalen Brunnen

„Wir haben alle etwas von einem Don Quijote“, sagt Manuel Carrasco zwischen Lächeln und Resignation. Der knapp 50-jährige ist Direktor des Nationalparks Tablas de Daimiel, eines Feuchtgebiets 180 Kilometer südlich von Madrid. Sein Kampfscheint noch aussichtsloser als der des Ritters aus der Mancha gegen die Windmühlen. Wassermangel heißt sein Problem. 20 Quadratkilometer standen noch vor wenigen Jahren unter Wasser. Jetzt ist es nicht einmal mehr ein Quadratkilometer. „Es hat so wenig geregnet wie in den letzten sechzig Jahren nicht mehr“, erklärt der studierte Ornithologe. 186 Milliliter Niederschlag waren es 2005 – weniger als die Hälfte der Menge, die in einem normalen Jahr an Regen fällt. Und Spanien scheint sich erst am Anfang eines Trockenzyklus zu befinden. Vertrockneter Schilf, rissige Lehmböden, kaum noch Wasservögel. Im Flussbett des Guadiana wachsen Sträucher und Bäume. Lange ist es her, dass hier richtig Wasser floss. „Das Hauptproblem ist menschengemacht“, klagt Carrasco. 60.000 illegale Brunnen pumpen das Grundwasser leer. „Erst jetzt mit der neuen sozialistischen Regierung beginnt ein zaghaftes Umdenken“, sagt Carrasco. „Und so mancher Bauer sieht ein, dass es so nicht weitergehen kann.“ Noch vor fünf Jahren hätte sich Carrasco nicht getraut, das Thema Wasser in den Dorfkneipen anzusprechen. Jetzt



So trocken wie seit 60 Jahren nicht mehr: ein spanisches Wasserreservoir in der Nähe von Alicante FOTO: AP

kommen die Landwirte von sich aus auf ihn zu. Einer dieser Bauern ist Jesús Pozuelo. Der etwa 60-jährige ist Vorsitzender des Bewässerungsvereins und bewirtschaftet mit seinen Brüdern 200 Hektar. Riesige Gestelle werden über seine

Ländereien gezogen. Aus unzähligen Düsen rieselt das Wasser auf Getreide und Gemüse. Wie viele Brunnen er gebohrt hat, darüber gibt Pozuelo keine Auskunft. „Bis Anfang der Siebzigerjahre betrieben wir ärmliche Trockenlandwirtschaft. Erst mit

der Bewässerung kam der Wohlstand“, erinnert sich Pozuelo. Die jungen Menschen bleiben seither in der Region und wandern nicht mehr nach Nordspanien oder gar nach Frankreich, Deutschland und in die Schweiz ab.

Pozuelo hofft, dass der neue Wasserplan nicht zu hart ausfällt. „Mit Subventionen könnte erreicht werden, dass Landwirte Flächen stilllegen.“ Gleichzeitig warnt er: „Die illegalen Brunnen alle zu schließen, das ist nicht populär.“ Pozuelo will, dass alle Brunnen legalisiert werden, wenn auch nur mit geringen Fördermengen. Er wünscht sich, Wasser aus anderen Regionen in die Mancha umzuleiten. „Zynisch“ nennt José Manuel Hernández diese Idee. Er gehört der Umweltschutzorganisation Ecologistas en Acción an und sitzt im Kuratorium des Nationalparks. „Wir müssen lernen, von unserer Grundwasserschicht zu leben. Nur so werden wir sie auch schützen.“ Was den Mittvierziger am meisten aufregt: „Die Landwirte werden für ihren Raubbau auch noch von der EU belohnt.“ Erst erhalten sie Subventionen für ihre Ernte. Kommt es zu Dürren, erhalten sie Schadenersatz. „Selbst die geplante Wasserumleitung wollte sich die Regionalregierung von Brüssel bezuschussen lassen“, beklagt der Umweltschützer. „Das wurde zum Glück nicht genehmigt.“ Hernández ist für eine radikale Lösung: „Es wäre am ehrlichsten, dem Tablas de Daimiel den Status Nationalpark abzuerkennen. Denn er dient so wieso nur als Vorwand, um Wasserimporte aus anderen Regionen einzufordern.“

REINER WANDLER

Verhandlungsstopp im AEG-Streik

IG Metall will erst wieder verhandeln, wenn Electrolux einen „kompetenten Gesprächspartner“ einsetzt

BERLIN taz ■ Die Situation bei dem bestreikten AEG-Werk in Nürnberg wird immer verfahren: Gestern sagte die IG Metall die Gespräche mit dem schwedischen Mutterkonzern Electrolux ab, die für Donnerstag geplant waren. „Solange Electrolux keinen kompetenten Gesprächspartner mit echter politischer und finanzieller Entscheidungsbefugnis zu den Verhandlungen

schickt, haben weitere Gespräche keinen Sinn“, sagte der bayerische IG-Metall-Sprecher Siegfried Hörmann zur taz. Die Gewerkschaft fordert für die 1.700 Beschäftigten ein 400-Millionen-Euro-Programm, um die geplante Schließung des AEG-Werks abzufedern. Damit sollen Abfindungen, eine Beschäftigungsgesellschaft und Qualifizierungsmaßnahmen fi-

nanziert werden. Electrolux hat bisher nur 100 Millionen Euro angeboten. Die schwedische Firma zeigte sich überrascht von der Absage. „Die Gewerkschaft blockiert den Prozess, der eine klare Perspektive für die Mitarbeiter bringen soll“, kritisierte Electrolux-Vorstandsmitglied Horst Winkler. Gestoppt sind jedoch nur die Verhandlungen über das

Stammwerk. Parallel geht es um die Nürnberger Beschäftigten von vier ausgegliederten AEG-GmbHs, die schon jetzt nicht mehr nach dem Metalltarifvertrag bezahlt werden, sondern nach den Konditionen des Groß- und Einzelhandels. „Diese Verhandlungen werden fortgesetzt“, bestätigte Gewerkschaftssprecher Reiner Peters-Ackermann der taz. TARIK AHMIA

tazcafé
im Rudi-Dutschke-Haus

Täglich wechselnder Mittagstisch zu günstigen Preisen, Tapas und hausgebackener Kuchen. tazpresso-Spezialitäten, auch zum Mitnehmen im ©TOM-Coffee-to-go-Becher. Und alles aus dem tazshop.

tazpresso

Montag bis Freitag
8 bis 20 Uhr
Kochstraße 18
Berlin-Kreuzberg

Rechnen ohne Kohldampf

AUS RATINGEN
NATALIE WIESMANN

Die SchülerInnen der Klasse 5 a stehen zappelnd in zwei Reihen vor ihrer Lehrerin Inga Freise. „Frisches Fleisch ist?“ fragt die junge Pädagogin die Ersten in der Schlange mit eindringlichem Blick. „Frischfleeisch“, kreischt der 11-jährige Kevin sofort. Seine Reihe darf eins weiter rücken. Simge, die die andere Gruppe anführt, ist wieder zu kurz gekommen, die anderen sind immer einen Tick schneller. „Was ist eine kniefende Zange?“ fragt die Lehrerin jetzt. Eine... eine... eine... „Kneifzange“, schreit Simge heraus. Endlich. Nach mehreren Runden ist die türkischstämmige Schülerin von der Ungeduld in ihrer Gruppe befreit und darf sich wieder hinten anstellen.

Spülerischer Deutschunterricht, das gehört an der Elsa-Brandström-Hauptschule in Ratingen zum Ganztagsprogramm. Dafür sind vier Stunden zusätzliche Sprachförderung in der Woche vorgesehen. Und den benötigen in der 5a nicht nur Migrantenkinder. Die Mehrheit der SchülerInnen hier hat deutsche Eltern. Die Klassenlehrerin, eine trendige 30-Jährige mit sanfter Stimme, ist froh über die zusätzlichen Stunden. „Man braucht einfach mehr Zeit, um bei den Einzelnen die Schwächen herauszuhören“, sagt Inga Freise. An einer Schule ohne Nachmittagsunterricht ließe der Lehrplan das oft nicht zu.

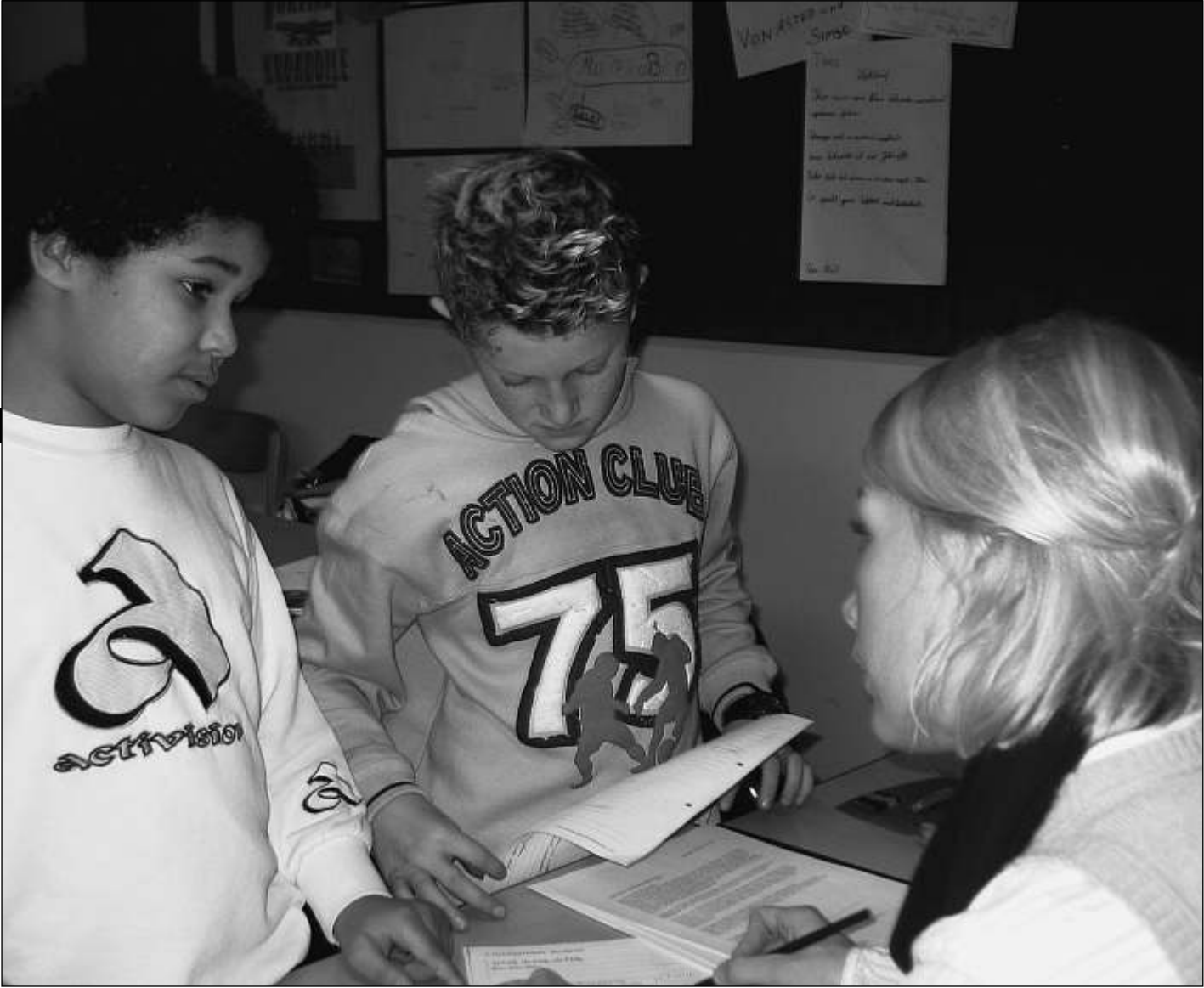
Ein indirektes Lob an die NRW-Schulministerin Barbara Sommer (CDU). Sie hatte im Herbst an Grund- und Hauptschulen eine „Qualitätsoffensive“ angekündigt – zu groß war die Kritik an der von Rot-Grün eingeführten Offenen Ganztagsgrundschule: Sie wurde wegen des reinen Frei-

GANZTAGSUNTERRICHT

Im Februar haben zehn der etwa 740 Hauptschulen in NRW ihren Betrieb auf Ganztag umgestellt – ein Projekt, das Schulministerin Barbara Sommer als Qualitätsoffensive bezeichnet. Mit dabei ist die Elsa-Brandström-Schule in Ratingen. Die Ausweitung der Stundenzahl nutzt die Schule etwa für mehr Deutschförderung

zeitangebots am Nachmittag von Bildungsexperten „Halbtags mit Suppenküche“ geschimpft. In Sommers Modell sollen die Kinder dagegen auch nach dem Mittagessen noch Stoff pauken.

Als eine von zehn Einrichtungen im Land ist die Elsa-Brand-



Nimmt sich Zeit für die Sprachförderung ihrer Schüler Kevin (l.) und Norman: Hauptschullehrerin Inga Freise beim Nachmittagsunterricht

FOTOS: NAW

ström-Schule im Februar offiziell in den Ganztag gestartet. Bis 2012 sollen in Hauptschulen weitere 50.000 Ganztagsplätze entstehen. Die Rateringer Einrichtung ist Pilotschule geworden, weil sie bereits am Anfang des Schuljahres, im August, ihr Angebot auf den

Nachmittag ausweiten konnte. „Wir hatten einen Lehrerüberschuss“, erklärt Rektorin Gerlinde Unger.

Im erneuerten Ganztagskonzept wechseln sich Lern- mit Entspannungszeiten ab, und das von morgens acht bis 16 Uhr nachmittags. Für die Erweiterung der Schulzeiten erhalten die Einrichtungen vom Land einen Personalausschlag von 30 Prozent. Nur ein Drittel des Geldes darf für nichtpädagogische Betreuer ausgegeben werden, der Rest muss in Lehrerstellen gehen. Der Nachmittagsunterricht ist für alle SchülerInnen verpflichtend.

Das Mehr an Personal geht an der Elsa-Brandström-Schule auch in die Hausaufgabenbetreuung. Hier ist die Klasse in zwei 10er-Gruppen aufgeteilt, zwei LehrerInnen pro Gruppe stehen den SchülerInnen zur Seite. Aleksander, der seine schwarzen Haare zum Kamm gegelt hat, muss für Erdkunde ein Fachwerkhaus zu Ende malen. Nach ein paar Minuten legt er seinen Kopf auf den rechten Arm und gähnt. „Ich hab keine Lust mehr“, stöhnt er. Mit den gleichaltrigen Kindern, die jetzt schon frei haben, will er dennoch nicht tauschen. „Zu Hause müsste ich jetzt

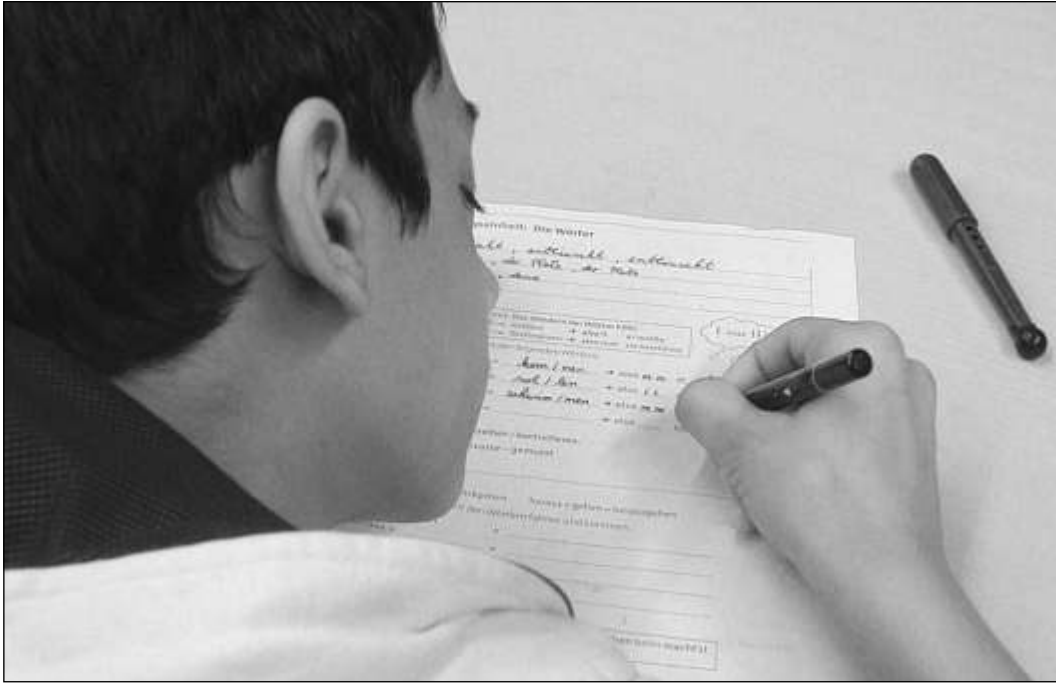
auch Hausaufgaben machen, da werde ich immer abgelenkt“, sagt er. Er ist gerne hier, „weil das die beste Schule ist“, das habe er zumindest gehört.

Sie ist zumindest die beste Art von Hauptschule, die ihm und seinen KlassenkameradInnen passieren konnte. Ihre Ganztagschule ist für Rektorin Unger nicht nur ein pädagogisches Projekt im Sinne der Schulministerin, sondern vor allem ein soziales Projekt. Denn nur drei Prozent der Rateringer schicken ihren Nachwuchs auf die Hauptschule. „Da kann man sich vorstellen, welche Probleme sich hier bündeln“, sagt Gerlinde Unger. Viele Kinder lebten unter der Armutsgrenze, wohnten mit mehreren Familienmitgliedern in einem Zimmer. Verlässlichkeit würden viele zu Hause nicht kennen lernen. „Die Kinder kommen oft hungrig zur Schule, ohne Pausenbrot“, sagt die 59-Jährige. Nur die Schule könne ihnen Verlässlichkeit anbieten. Dazu gehöre auch das tägliche warme Essen.

Die Eltern hätten keine Energie für ihre Kinder, sie kreisten nur um ihre eigenen Probleme, so Unger. Oft würden diese sogar erwarten, dass die Kinder ihre Probleme lösen. „Aber die Kinder

sind nicht dazu da, auf ihre kleineren Geschwister aufzupassen“, findet die Rektorin. Jedes Kind hier zeige sich in irgendeiner Weise verhaltensauffällig und habe Lernschwächen, berichtet Unger. Bücher wären in diesen Haushalten eine Seltenheit, den Kindern würde nie vorgelesen.

Die mangelnde Ausdrucksfähigkeit zeigt sich vor allem bei den männlichen Schülern auch beim abschließenden Teekesselchen-Spiel. Dabei muss sich eine kleine Gruppe ein Wort mit mehreren Bedeutungen suchen und ihren KlassenkameradInnen umschreiben. „Mein Teekesselchen hat verschiedene Farben“, sagt Kevin. „Da sind Menschen gestorben“, sagt Norman. Dann ist Stille, Patrick kommt nicht weiter. Kevin flüstert ihm etwas ins Ohr. „Bei meinem Teekesselchen braucht man einen Schläger“, sagt dieser dann. Und Aleksander fügt hinzu: „Mein Teekesselchen ist warm.“ Den Klassenkameraden steht die Ratlosigkeit ins Gesicht geschrieben, sie wissen nicht, auf welches Wort die vier Beschreiber hinauswollen. Diese haben sich aber auch keinen einfachen Begriff ausgesucht: Golf-Auto, Golf-Krieg, Golf-Sport, Golf-Strom.



Aleksander erledigt seine Aufgaben lieber in der Schule als zu Hause, „da werde ich immer abgelenkt“

vor ort

JÜRGEN SCHÖN über die sehr gute Laune der Streikposten in Dormagen

Frauen und Männern ihre Solidarität zu versichern.

„Wir wollen nicht mehr, sondern nur behalten, was wir haben“, erklärt Industriekauffrau Brigitte Große-Stoltenberg. Seit dem 30. Januar steht sie vor ihrer Arbeitsstätte, bei Regen, Schnee und Kälte. „Im Sommer streiken kann jeder“, lacht sie. Allen klimatischen Störungen zum Trotz ist die Stimmung gut. Wem es zu kalt wird, wärmt sich über dem Feuer im Blechfass.

Immerhin müssen die Streikenden Electroluxler in Dormagen nicht die komplette Schließung ihres Werks befürchten. Wie die KollegInnen vom AEG-Werk in Nürnberg, das ebenfalls zu Electrolux gehört. Trotzdem

ist in Dormagen der Ärger über den Arbeitgeber, der Ende des Vorjahres aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten ist, groß. „Überfallartig wurden uns neue Arbeitsverträge vorgelegt“, erzählt der kaufmännische Angestellte Jürgen Kassel. Inhalt unter anderem: mehr Wochenstunden, kein Weihnachtsgeld, mögliche Versetzungen ins Ausland. Nur wenige unterschrieben, die überwältigende Mehrheit stimmte in einer Urabstimmung für einen unbefristeten Streik. „Wir wollen einen Haustarifvertrag und Bestandssicherung für die Beschäftigten“, erklärt der zuständige Gewerkschaftsfachsekretär Björn Fitzek von der Kölner IG Metall.

Ärger gab es nur zu Streikbe-

ginn. Die IG Metall hatte der Geschäftsführung eine „Notversorgung“ für langjährige Geschäftspartner zugesichert. Aber dann hielt sich die Chefetage nicht an die Vereinbarung, sagt Fitzek. Kurzerhand wurde darauf das Werkstor verriegelt – die Geschäftsführung lenkte ein. Und letztes Wochenende gab es auch endlich die ersten Verhandlungen, die allerdings ergebnislos verhandelt wurden.

So wird erstmal weiter gestreikt, langweilig wird es am Werkstor ohnehin nicht. Dafür sorgen schon die vielen Solidaritätsgäste aus der Region. Etwa von Gate Gourmet, einem Caterer am Flughafen Düsseldorf, dessen Angestellte seit Oktober

gegen Mehrarbeit und Lohnkürzung streiken. „Hoffentlich schaffen die es hier“, hofft Renate

VORLAUF

Der Arbeitskampf bei Electrolux Logistics steht im Schatten der Auseinandersetzung um die Stilllegung des AEG-Werks in Nürnberg. Der schwedische Konzern Electrolux will es schließen und die Produktion nach Polen verlagern. Dagegen streiken die Nürnberger seit dem 20. Januar. In Dormagen hingegen gilt der Streik vor allem der Verlängerung der Arbeitszeit und der Kürzung des Weihnachtsgeldes.

Diebig, Betriebsratsvorsitzende von Leybold Vacuum. Beim Kölner Pumpenproduzenten hatten zweieinhalb Stunden Mehrarbeit und die Streichung von fast 140 Jobs nicht verhindert werden können. „Es ist wichtig, sich gegenseitig von seinen Erfahrungen zu erzählen“, macht DGB-Bezirksvorsitzender Wolfgang Uelkenberg-van Dawen bei einem seiner Besuche Mut. „Die Streiks gerade in kleinen Betrieben nehmen zu“, so der DGB-Chef.

Zu Hause bei Brigitte Große-Stoltenberg ist der Streik natürlich jeden Abend das Hauptgesprächsthema. „Mein Sohn und mein Mann sind arbeitslos. Die wissen, worum es geht und geben mir Kraft.“



„Dieser Betrieb wird bestreikt!“ steht auf dem Transparent. Dormagens Bürgermeister hat es offiziell noch nicht in Augenschein genommen. Vielleicht ist es Hans Hilgers (SPD) zu weit in den Norden seiner Stadt. Vielleicht hat er die 30 Streikenden auch einfach übersehen. Dafür kommen immer wieder Beschäftigte der Nachbarbetriebe ans Werkstor von Electrolux Logistics, um den

Bahn kämpft gegen Korruption

BERLIN taz ■ 430 interne Korruptionsfälle hat die Deutsche Bahn AG seit 2000 untersucht; davon sind 221 bereits abgeschlossen. In 124 Fällen wurde Strafanzeige erstattet. Außerdem kam es zu arbeitsrechtlichen Maßnahmen von Ermahnungen bis zu Kündigungen. Als selbsterklärter Vorreiter der Korruptionsbekämpfung hat die Bahn im Jahr 2000 ein zehnköpfiges Team mit ebendieser Aufgabe eingesetzt. Das Ergebnis der Arbeit wurde gestern in der Konzernzentrale vorgestellt. Die bekannten Fälle haben der Bahn in den letzten fünf Jahren einen Verlust „im mittleren zweistelligen Millionenbereich“ eingebracht. Diese Zahlen sagen jedoch nichts über die Dunkelziffer der Korruption aus. Da das Unternehmen auf Hinweise von Mitarbeitern und Geschäftspartnern angewiesen ist, wurden zwei Ombudsmänner berufen. Sie unterliegen der Schweigepflicht, um Bahnangehörige zu motivieren, verdächtige Fälle zu melden. Firmen, die Bestechungsgelder gezahlt haben, erhalten keine Aufträge mehr. BPR

Geld trotz Heros-Pleite

BERLIN dpa ■ Entwarnung für alle Kunden: Es ist nicht nötig, zum nächsten Geldautomaten zu hetzen, um die letzten Scheine zu erwischen. Die Geldversorgung funktioniert – obwohl die größte deutsche Geldtransportgruppe Heros am Montag Insolvenz anmelden musste. „Der Betrieb läuft derzeit weiter“, betonte eine Firmensprecherin. Die Heros-Gruppe besitzt bei den Geld- und Wertdiensten einen Marktanteil von rund 50 Prozent. Das Unternehmen steuerte abrupt in die Pleite, weil vier Führungskräfte 300 Millionen Euro unterschlagen haben sollen. Sie sitzen inzwischen in Untersuchungshaft. Schon am Freitag hatten Ermittler 25 Firmen und Privatwohnungen in Viersen, Frechen, Hamburg und Hannover durchsucht. Der Branchenverband BDGW erklärte, Heros habe die üblichen Preise beim Geldtransport in einer Weise unterboten, die betriebswirtschaftlich nicht zu erklären sei. Die Insolvenz gefährdet rund 4.000 Arbeitsplätze bei Heros und 23 Tochterfirmen, wie die Gewerkschaft Ver.di mitteilte.

Eon will spanische Endesa übernehmen

Der größte deutsche Versorger will weltweit zur Nummer eins werden. Deshalb bietet er den Aktionären der Endesa 30 Milliarden Euro. Damit sticht Eon das Angebot eines Konkurrenten aus. Expertin rechnet mit höheren Strompreisen

AUS MADRID
REINER WANDLER

Eon möchte endgültig zum größten Energieversorger weltweit aufsteigen. Gestern kündigte das Unternehmen an, den spanischen Stromkonzern Endesa kaufen zu wollen. Das Gebot ist astronomisch. Insgesamt will Eon 29,1 Milliarden Euro auf den Tisch legen. Das sind 27,50 Euro pro Aktie. 29 Prozent mehr als der spanische Mitbewerber Gas Natural, der bereits vor dem Jahreswechsel eine feindliche Übernahme angekündigt hatte.

Der Kaufpreis liegt weit über dem, was Endesa bisher an der Börse wert war. Die Aktie brachnte, bevor sie vom Markt genommen wurde, nur 25,48 Euro. Als der Handel am späten Vormittag

wieder aufgenommen wurde, stieg der Preis wieder und lag bei Redaktionsschluss über den von Eon angebotenen 27,50 Euro pro Aktie. In Deutschland stieg die Eon-Aktie ebenfalls zwischenzeitlich um sechs Prozent.

Der Kauf wäre für Eon ein geschickter Schachzug. Endesa ist der größte Stromanbieter Spaniens. Der Konzern erwirtschaftete 2005 einen Umsatz von 17,5 Milliarden Euro. Endesa hat insgesamt 21 Millionen Kunden. In Spanien hat der Konzern 10,5 Millionen Kunden und einen Marktanteil von 44,5 Prozent. International bedient Endesa noch einmal so viele Kunden.

Der neue Eon-Konzern würde damit insgesamt 50 Millionen Menschen in 30 Ländern mit Strom und Gas versorgen und damit zu einem der einfluss-

reichsten Energie-Unternehmen in Südeuropa. In Spanien wäre Eon/Endesa Nummer eins, in Italien und Frankreich Nummer drei. Außerdem hält Endesa in den meisten lateinamerikanischen Ländern wichtige Anteile. Der Markt boomt.

Endesa war in der Vergangenheit aber auch immer wieder in die Kritik der Umweltschützer geraten. So zerstört der Bau eines Wasserkraftwerks in Chile den Lebensraum der Mapuche-Indianer.

Eon möchte 100 Prozent des spanischen Unternehmens kaufen, würde sich aber auch mit 50,01 Prozent zufrieden geben. Dem Präsidenten von Endesa, Manuel Pizarro, ist das Angebot von Gas Natural Recht. Er spricht von einem „nicht feindlichen Angebot“ und empfiehlt seinen

Aktionären, in Verhandlungen über den endgültigen Preis einzutreten.

Pizarro setzt sich mit dieser Haltung der Kritik der in Spanien regierenden Sozialisten aus. Hatte er doch Endesa mit Händen und Füßen gegen die Übernahmeabsicht von Gas Natural verteidigt. Dabei wurde er von der konservativen Opposition unterstützt. Denn hinter Gas Natural steht La Caixa, eine katalanische Bank. Spaniens Rechte warf der Regierung vor, den nach mehr Eigenständigkeit strebenden Katalanen ein Geschenk zu machen, um die Verhandlungen über ein neues Autonomiestatut positiv zu beeinflussen.

Von Brüssel erwartet Eon keine Bedenken bei dem angestrebten Endesa-Kauf. Bleibt die Regierung in Madrid. Sie hält bei

den privatisierten Staatsbetrieben bis Juni 2007 eine so genannte goldene Aktie, mit der sie ein Veto gegen strategische Entscheidungen einlegen kann. Bundeswirtschaftsminister Michael Glos wurde bereits zum Gespräch eingeladen. Beobachter rechnen jedoch nicht mit einer grundsätzlichen Ablehnung. Die Milliardenübernahme wird sich nach Experteneinschätzung für Verbraucher aber negativ auswirken: „Zusammenschlüsse und Marktkonzentration werden eher zu höheren Preisen führen“, sagte die Energie-Expertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Claudia Kemfert. Weil es europaweit immer weniger Anbieter gebe, werde der Wettbewerb gebremst, so die Expertin.

meinung und diskussion SEITE 11

Gespräche bei AEG Nürnberg abgebrochen

Bei Sozialplan liegen IG Metall und Electrolux mehr als 200 Millionen Euro auseinander. IG Metall fordert Vermittler

NÜRNBERG dpa/ap ■ Bei AEG wurden die Verhandlungen gestern überraschend abgebrochen. Einen neuen Termin gibt es nicht. Die IG Metall warf der schwedischen AEG-Mutter Electrolux vor, sich nur im „Hundertstelbereich“ zu bewegen.

Der schwedische Konzern will das AEG-Hausgerätekwerk in Nürnberg bis Ende 2007 schließen, weil sich Waschmaschinen und Geschirrspüler in Polen und Italien billiger herstellen lassen. Electrolux gibt an, dass jede AEG-Waschmaschine aus Nürnberg einen Verlust von 60 Euro bedeute; bei Geschirrspülern betrage das Minus 45 Euro. Seit dem 20. Januar streiken die 1.750 Beschäftigten, um einen besseren Sozialplan durchzusetzen. Sie hoffen, dass die Werksschließung für Electrolux so teuer wird, dass der Konzern einlenkt.

Gestern trafen sich die IG Metall und Electrolux zu ihrer sechsten Gesprächsrunde. Zunächst sah es so aus, als würden die Verhandlungen konstruktiv verlaufen. So reduzierte die IG Metall ihre Forderungen um rund 10 Prozent. Ursprünglich hatte die Gewerkschaft 400 Millionen Euro für Abfindungen und Qualifizierungsmaßnah-



Die Stimmung bei den AEG-Beschäftigten sei „explosiv“, warnt die IG Metall FOTO: AP

WIESE

ANZEIGENANNAHME: FON 25902-222 – 9-15 UHR – FAX 25902-444

BERUFLICHE BILDUNG

Vollzeit-Weiterbildung nach SGB II u. III Systemische Familien-Sozialtherapie (6 Monate), Förderung durch Agentur für Arbeit, ARGE u. BfA möglich, Start: 03.04.06 in Essen und Hannover Berufliche Teilzeit Weiterbildung, **Systemisch-Integrative Beratung u. Gruppenarbeit**, Essen, Infoabend: Essen 06.03.06, 19.00/„Das Institut“; Rostock 27.02.06, 19.00/Wismarsche Str. 41-45, Zweigstelle „Das Institut“; Kiel 28.02.06, 19.00/„Die Pumpe“; Hann. Münden 27.02.06, 19.00/Wall 8/Praxis H. Balmer; Info: Das Institut, Gudulastr. 5, 45131 Essen, ☎ 0201/8777374

BILDUNGSURLAUB

Frauenbildungs- und Tagungshaus Altenbücken: Bildungsurlaub "Gewaltfreie Kommunikation" - Vertiefungswoche vom 27.2.- 3.3.06; "Buchführung für selbständige Frauen" 7.-10.3.06; "Methoden sind das Handwerkszeug" Bildungsurlaub 13.-17.3.06. Infos/Anmeldung unter ☎ 04251 7899 und www.altenbuecken.de

Geschichte lebendig werden lassen! Bildungsurlaub nach Auschwitz Birkenau/Polen Der Bildungsurlaub führt zu den Orten jüdischen Lebens vor 1940 in Kazimierz, dem Übergangs-Konzentrationslager Podgorze, bekannten Stätten des Widerstandes und einer intensiven Exkursion in das ehemalige KZ Auschwitz - Birkenau Montag, 5. Juni bis Sonntag, 11. Juni 2006 Gebühr: 645 € (inkl. Ü/HP, Fahrt mit Schlafwagen ab Dortmund, Programm) Anmeldung/Infos: Heinrich Böll Stiftung NRW, ☎ 0231-914404-0, www.boell-nrw.de

Bildungsurlaub - Lobbyarbeit auf europäischer Ebene in Brüssel wird in Gesprächen mit Vertreterinnen verschiedener NGO's, Europaparlamentarierinnen und Lobbygruppen eine kritische Betrachtung der Lobbyarbeit auf europäischer Ebene gewagt. Sonntag, 23. April bis Mittwoch, 26. April 2006, Gebühr: 210 € (inkl. Ü/HP, Fahrt Dortmund-Brüssel, Programm) Anmeldung/Infos: Heinrich Böll Stiftung NRW, ☎ 0231-914404-0, www.boell-nrw.de

AKTIVURLAUB

ÄGYPTEN. Der Kraftvolle Sinai, entlang dem Golf von Aqaba, hautnah die Elemente Erde, Wasser, Luft und Feuer erfahren und wirken lassen. www.heia-safari.com

FRANKREICH

FRÜHLING IN SÜDFRANKREICH: auf altem Weingut nahe Pic St Loup/Montpellier, mit viel Atmosphäre, Park, Pool & Boules, hausgemachte südfranzösische Küche & beste Weine ☎ 0033 467 590-202, Fax -344, www.auberge-du-cedre.com

Kompl. eingerichtete Mobilheime u. Bungalowzelle auf 300 Topcampingplätzen mit Schwimmbädern in Europa. Katalog: ☎ 02152 / 8 97 50, www.vacansoleil.de

GRIECHENLAND

Kos-Kefalos: Priv. FeWo/Studio, 2-5 Pers., 56/20qm, ruhige Lage am Berghang, 220m vom Strand - schönste Kosbucht, viele Strände, EK-Möglichkeit., fam.freundl. Umgebung, Spielplatz, Bäume, frischer Wind ☎ 0030-28310-322 58, Fax -774 86 ☎ /Fax 0030-22420-272 05 e-mail: skevos@social.soc.uoc.gr www.sini-ferienwohnungen.de

INLAND

Frühjahrsferien mal anders: Wir haben was für die ganze Familie! Pferdeflüstern für die Kids mit tollem Programm u. Betreuung, Wandern, Saunen, Schlemmen und Reiten für Eltern u. andere Erholungsbedürftige. www.arhoena.de ☎ 06676-8562

ALLGÄU MÄRKATION! (7=6) Gemütliche Ferienwohnungen, schöne Lage, Bergsicht, hoher Freizeitwert ☎ 08366 / 98 24 10 www.hausallgippenland.com

IRLAND

Irland bezaubernde Westküste, Cottage 1000 m vom Meer, von privat, ☎ 05 11 / 61 34 52, www.westport-cottage.com

NORD-/OSTSEE

Nordsee: Ferienhaus Meldorf, 800 qm Garten, Sauna, Strandkorb, 4 Fahrräder, sonnig, bis max. 5 Personen günstig zu vermieten. ☎ 042 54-18 19

Ferienbungalow im Ostseebad Dierhagen 70 qm; direkt am Boddensee, 1,5 km zum Ostseestrand, 3 Zimmer, (6 Schlafplätze), Aufbettung mögl., modern möbliert, voll einger. Küche, DU/WC, SAT-TV, gratis WLAN-Zugang, gr. Garten mit Campingmöglichkeit. Preise: € 40,- bis € 60,- p. Tag, je nach Belegung; zzgl. Endreinigung. Infos: wsf.dierhagen@t-online.de

REISEMOBILE

Fa. Maibohm kauft Wohnmobile + Wohnwagen bundesweit ☎ 04830 / 409, Fax: 556

BITTE MELDEN

Suche Kontakt zu Sammlerinnen und Sammlern ungewöhnlicher Dinge. Bitte melden Sie sich bei der taz Redaktion in Waltraud Schwab unter Schwab@taz.de

FAHRZEUGE

BMW 316i compact zu verkaufen. Daten: Gebrauchtfahrzeug, 94.000 km 77 kW (105 PS), Benzin, 1,9 cm Schaltgetriebe, Euro 4, EZ: 07/00, HU: 10/07, AU: 10/07, Klimaanlage, Silbermetallik, 2/3 Türen ABS, ASC, Zentralverriegelung, Leichtmetallfelgen, el. Schließbedach, el. Fensterheber, Sommer- und Winterreifen, Checkheftgepflegt. Preis 7.555 € VB ☎ 0179/3986411

FRAUEN

Für Kurzentschlossene: Tanzen, Pferde und Reiten für Frauen 24.-28.2.06 auf dem Pferdehof Arhöna in der Rhön Infos unter ☎ 0211/976 23 10 oder www.mondpferde.de

Ohr Ross - Wonneangst und Schreckgespenst Stockkampf und Pferde für Frauen auf dem Pferdehof Arhöna Infos unter mondpferde@gmx.de; ☎ 0211/976 23 10

GESUNDHEIT

Urchristliches Heilen ☎ 030/70763897 unverbindlich kostenlos www.heilzentrum.cc in 11 Sprachen

Heilfasten und Feldenkrais in Waren/Müritz 11.-18.03.06. Info: Europäische Akademie, org@europaeische-akademie-mv.de ☎ 039 91 / 12 24 28

MÜNZEN & MEDAILLEN GmbH

Wir kaufen Münzen aus Antike, Mittelalter und Neuzeit (vor 1933) und suchen Einlieferungen für unsere regelmäßig stattfindenden Auktionen.

M & M GmbH, Hauptstraße 175a
79576 Weil am Rhein
Tel. 07621 48560, Fax 07621 48529
e-mail: mmde@stepnet.de
www.muenzenundmedaillendeutschland.de

Mitglied des Verbandes der deutschen Münzenhändler

KINDER

Lust auf Tunis im März? Alleinerziehender Vater sucht möglichst französisch sprechende Unterstützung, die Lust hat, einen Monat, evtl. länger, in Tunis zu verbringen (Flug, Kost und Logis werden bezahlt), um sich tagsüber um meinen fast zwei Jahre alten Sohn zu kümmern. Abende und Wochenenden sind natürlich frei, die Höhe der Bezahlung müssen wir frei nach tunesischer Art verhandeln. Bei Interesse bitte e-mail an sorenbauer@gmx.de

PROJEKTE

Recherchehilfe für eine taz-Reportage: Suche Kontakt zu Müttern, die ihr Kind nicht lieben können oder konnten und bereit wären, darüber zu sprechen. Wie ist es, wenn man ein Kind emotional nicht annehmen kann? Wie ist es, wenn man eines seiner Kinder mehr liebt als ein anderes? Wie ist es, wenn man Hassgefühle einem Kind gegenüber erlebt? Wie gehen Frauen mit diesen Erfahrungen um? Selbstverständlich kann das anonym aufgeschrieben werden. Interessant sind Frauen, die junge Kinder haben, und Frauen, deren Kinder heute erwachsen sind und die ihre Ablehnung retropektiv reflektieren. Vertraulicher Kontakt an Waltraud Schwab, Schwab@taz.de

Solar-Wind Projekt im Wendland sucht Anleger ab 5.000 €. Gegen Atom, für 100% Erneuerbare Energie. Prospekt ☎ 05843-444, eMail Wendland-Wind@t-online.de

TERMINE

3.-5. März Gewaltfreie Kommunikation, Einführungskurs Südbaden mit Steffi & Margret (2 Jahre buddh. Gemeinschaft Plum Village, in der Achtsamkeit in allen Lebensbereichen geübt wird). ÖKODORF-Institut ☎ 077 64 / 93 39 99 , meyer@gemeinschaften.de

TIERE

2 zweijährige Amerikanische Cocker Spaniel- Rüden suchen ein liebevolles, gepflegtes Zuhause. ☎ 03 83 53 / 268 www.americancocker.org

VERSCHIEDENES

Für Marktforschungs-Tests mit Feinschnitt-Tabak suchen wir ständig weitere Raucher, die Lust haben, 4-6 Mal pro Jahr an solchen Tests teilzunehmen. Das hat nichts mit Werbung oder Verkauf zu tun und ist vollkommen kostenlos. Tabak testen und beurteilen - das ist alles! Nähere Informationen und Anmeldung unter www.spot-mafo.de

PRAKTIKUM

Freiwilligendienst in Ecuador Du hilfst im Kindergarten "Madre Teresa", im Frauenforum oder in einer Schule auf der kleinen Insel Muisne in Ecuador. Du lebst mit anderen Freiwilligen in einem selbstverwalteten Haus direkt am Strand und wirst von einer Mitarbeiterin vor Ort betreut. Kosten 150 Euro monatl. inkl. Übernachtung. Vorbereitungstreffen: 3./ 4.März und 15./16.September in Köln. Weitere Infos unter freiwilligendienst@marango.de oder www.marango.de

STELLENANGEBOTE

Kaufhausdetektiv, vollzeit, per sofort, 34 A-Schein ☎ 0172/9752006

GEWERBERÄUME

Gewerbe-Etage in netter Frauen- Hausgemeinschaft auch teilgewerblich, Wohnen ca. 89 qm, 400,- kalt, Nähe Heinrichplatz, HH, Hochparterre, hell, Garten ☎ 611 96 41, (10 -13 Uhr)

IMMOBILIEN AUSLAND

La Gomera - Valle Gran Rey, Haus in traumhafter Alleenlage zu verkaufen, 220.000 € - Laden gegen Ablöse von 15.000 € abzugeben, ☎ 0761/40140 43

WOHNEN KURZ

Berlin Friedrichshain: suche nette/netten Mitwohnerin ab sofort/1.3. für 3-6 Monate. Zi. 26 qm, AB, evtl. möbl., 220/240 € inkl. Gerhard ☎ 0176 / 24667348



TROTZ WERKSSCHLIESSUNG: DER STREIK BEI AEG WAR EIN ERFOLG

Die richtige Strategie

Nach fünf Wochen Arbeitskampf nun also doch die Schließung: Viele der 1.700 Beschäftigten des Haushaltsgerätewerks von Electrolux in Nürnberg dürften von der gestrigen Einigung enttäuscht sein. Spätestens 2007 schließt das Werk, dann wird dort der letzte Arbeitnehmer seinen Job verlieren. Trotzdem war der entschlossene, über Wochen währende Streik richtig. Und ein Erfolg.

Dabei hatte sich schon früh abgezeichnet, dass Electrolux an der Werkschließung festhalten wollte. Mit dem Streik haben es die Beschäftigten aber wenigstens geschafft, dass der Umzug den schwedischen Konzern teuer zu stehen kommt: 244 Millionen Euro statt der ursprünglich angebotenen 100 Millionen Euro.

Die Furcht aber, von nun an würden immer mehr Jobs aus dem Hochlohnland Deutschland in Billiglohnländer abwandern, ist unberechtigt. Denn so schlimm der Jobverlust für die Betroffenen auch ist: Die Strategie der internationalen Arbeitsteilung sichert langfristig mehr Jobs und mehr Wertschöpfung in Deutschland, als dabei in Billiglohnländer abfließen.

Denn diese Strategie macht Deutschland zu einem Globalisierungsgewinner: Hochwertige, anspruchsvolle und kapitalintensive Produkte bleiben hier. Arbeitsintensive Tätigkeiten dagegen wandern dorthin, wo sie am billigsten erledigt werden. Diese Verlagerung von Teilen oder Vorprodukten sichert hierzulande höher qualifizierte Arbeitsplätze. So profitiert die deutsche Automobilbranche trotz steigender Zulieferungen aus Osteuropa mit einer zunehmenden Beschäftigung in Deutschland. Der Erfolg der deutschen Strategie drückt sich in einem ständig wachsenden Außenhandelsüberschuss aus, der beim Exportweltmeister Deutschland im vergangenen Jahr auf über 160 Milliarden Euro anstieg.

Wenn der AEG-Konflikt etwas Positives zeigt, dann dies: Qualifizierte Arbeitnehmer sind das Pfund, mit dem Deutschland wuchern kann. Wer dagegen Dumpinglöhnen das Wort redet und die deutsche Wirtschaft als Basarökonomie schlecht macht, befindet sich auf dem Irrweg. Und auch für Arbeitnehmer bleibt eine positive Erkenntnis: Streiken lohnt sich wieder.

TARIK AHMIA

EINE STEUER AUF FLUGTICKETS IST RICHTIG UND FALSCH ZUGLEICH

Alles hat seinen Preis – auch in der Luft

Frankreich wird sie einführen, Brasilien ebenfalls, und auch in Norwegen hat eine zusätzliche Steuer auf Flugtickets gute Chancen. Das ist zu begrüßen, denn die zusätzlichen Einnahmen werden in die Entwicklungshilfe fließen. 200 Millionen Euro dürften pro Jahr allein in Frankreich zusammenkommen. Würden alle EU-Staaten mitmachen, läge die zusätzliche Entwicklungshilfe bei 6 Milliarden Euro pro Jahr. So kämen die Staaten dem selbst gesteckten Ziel, 0,7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe auszugeben, deutlich näher.

Dabei geht es keineswegs um Almosen oder großzügige Spenden. Im Gegenteil, zusätzliche Steuern entsprechen einem Grundgesetz der Marktwirtschaft: Alles hat seinen Preis. Und über ihn wird wirtschaftliches Handeln geregelt. Wer fliegt, verbraucht Ressourcen. Nicht nur Rohstoffe, aus denen die Maschinen und das Flugbenzin hergestellt werden. Diese Kosten fließen in die Kalkulation der Fluggesellschaften ein. Nicht bezahlt wird zum Beispiel für die Verschmutzung der At-

mosphäre mit entsprechenden Folgen für den Klimawandel und die daraus entstehenden Kosten.

Das spricht gerade auch vor dem Hintergrund des wachsenden Flugverkehrs eigentlich für eine verbrauchsabhängige Ökosteuer auf Kerosin. Eine pauschale Abgabe darf also nur der Einstieg sein in ein Umfinanzierungssystem, mit dem die Lasten einer globalisierten Weltwirtschaft gerechter verteilt werden. Denn Entwicklungsländer leiden besonders unter den Folgen des Klimawandels. Und sie brauchen Geld für eine nachhaltige und Ressourcen schonende wirtschaftliche Entwicklung, die wiederum auch den Industriestaaten zugute kommt.

Deshalb ist nicht zu verstehen, warum sich die Bundesregierung dem französischen Beispiel verweigert und einen entsprechenden Beschluss der EU-Finanzminister zur Flugticketsteuer nicht umsetzt. Zumal ja auch Deutschland beschlossen hat, den Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttoinlandsprodukt bis 2010 nahezu zu verdoppeln. Und auch das hat seinen Preis.

STEPHAN KOSCH

IRANISCHES ATOMPROGRAMM: EIN AUSWEG AUS DEM DILEMMA

Vier Jahre Vertrauen bilden

Nächste Woche ist es soweit: Auf Basis des jüngsten Iranberichts von Mohammed al-Baradei, dem Direktor der Internationalen Atomenergieagentur, wird der Gouverneursrat der IAEA mit großer Mehrheit beschließen, den Iran-Fall dem UNO-Sicherheitsrat zu übergeben. Dies wird nur zu vermeiden sein, wenn Teheran bis zum kommenden Montag befriedigende Antworten auf die offenen Fragen des Berichts liefert und vollständig und endgültig auf die Urananreicherung auf iranischem Territorium verzichtet. Doch insbesondere mit Letzterem ist kaum zu rechnen.

Dennoch wäre die Einschaltung des Sicherheitsrates nicht nur nutzlos, sondern wahrscheinlich sogar kontraproduktiv und damit falsch. Nutzlos, weil dieser Schritt die iranische Führung ebenso wenig beeindrucken wird wie der letzte, mit den Stimmen Russlands und Chinas gefasste Beschluss des Gouverneursrats von Anfang Februar. Teheran weiß, dass Sanktionsbeschlüsse oder andere konkrete Maßnahmen des UNO-Sicherheitsrates gegen Iran am Veto Chinas und wahrscheinlich auch

Russlands scheitern würden. Kontraproduktiv wäre die Einschaltung des Sicherheitsrats, weil sie die Hardliner um den iranischen Präsidenten Achmadinedschad weiter stärken würde.

Einen Ausweg aus dem Dilemma könnte immer noch ein Vorschlag der International Crisis Group bieten. Die Forderung an Iran, auf heimische Urananreicherung zu verzichten, wird aufgegeben. Dafür erklärt Teheran ein vierjähriges De-facto-Moratorium, erlaubt die Kontrollen seines Atomprogramms durch die IAEA und klärt alle noch offenen Fragen. Nach dieser Phase der Vertrauensbildung könnte Iran in den nächsten vier Jahren Uran lediglich in kleinem Umfang zu Forschungszwecken anreichern. Anschließend darf Iran Uran auch in industriellem Ausmaß anreichern – zur Energiegewinnung, in Anlagen auf eigenem Territorium, die aber von einem internationalen Firmenkonsortium betrieben werden –, so wie dies Achmadinedschad bereits im letzten September auf dem New Yorker UNO-Gipfel vorgeschlagen hatte.

ANDREAS ZUMACH

Kunst als Waffe

DAS SCHLAGLOCH von KERSTIN DECKER

Lauter nicht ganz bodenständige Dinge bevölkern plötzlich unsere Leitartikel und Hauptnachrichten. Theater und Vögel, bildende Kunst (Subgenre: Karikatur) und Kino. Lauter Luftküsse, die den Kopf am liebsten irgendwo zwischen den Wolken haben, weshalb sie die ernst zu nehmenden Menschen normalerweise nicht ganz ernst nehmen. Man merkt es schon daran, wie sie das Wort „Feuilleton“ betonen. Wohlwollender Speiton, Mundwinkel abwärts. Aber jetzt ist das anders.

Sogar das Theater hat es in die Schlagzeilen geschafft! Nur weil dieser Frankfurter Schauspieler Thomas Lawinky dem Frankfurter Kritiker Stadelmaier seinen Notizblock weggenommen und „Hau doch ab, du Arsch, verpiss dich!“ gerufen hat. Alle ernst zu nehmenden Menschen finden Schauspieler, die Kritiker schubsen, verbal und körperlich, völlig daneben. Aber das ist doch nicht gerecht. Schauspieler sind Luftmenschen wie alle Künstler.

Kritiker, glauben die Künstler, sind verhinderte Luftmenschen, sie können nicht fliegen, weshalb sie eben irgendwann beginnen, Kritiken zu schreiben. Kann Stadelmaier fliegen? Aber das ist nicht die entscheidende Frage. Denn eigentlich dürfte es in einer richtigen Demokratie gar keine Kritiker geben. Das Amt des Kritikers ist undemokratisch. Es ist die alte Marx'sche Frage: Wer kritisiert die Kritiker?

Der Vorläufer dieser Frage „Wer erzieht die Erzieher?“ führte einst zum Ende der Aufklärung, woran man den Stellenwert der Problematik ermessen kann. Der Kritiker sagt dem Künstler, was er von ihm hält, aber nie darf der Künstler dem Kritiker sagen, was er von ihm hält. Ahnen wir denn, was für ein Mitteilungsbedürfnis Künstler hier entwickeln können?

Nun ist diese Gesellschaft sehr empfindlich gegen körperliche Züchtigung, weshalb es fast so schlimm ist, einem Kritiker seinen Notizblock wegzunehmen wie seinem Kind einen Klaps zu geben. Etwa, wenn es zu seinen Eltern sagt: „Hau ab, du Arsch, verpiss dich!“ Bekäme das Kind einen Klaps, wüsste es künftig, was der Satz bedeutet. Und dass er Eltern gegenüber etwas anderes bedeutet als auf dem Schulhof. Aber wir heben die Hand nicht. Denn wir sind längst Habermasianer. So ein Klaps verletzt das kommunikative Grundgesetz der Reziprozität und missachtet die rationale Kompetenz des Kleinkinds.

Doch, doch, es gibt Mitmenschen, die würden das genauso ausdrücken. Und wenn man die reden hört und auch wenn man manche Theaterkritiken liest, dann könnte man glatt vergessen, dass das Recht auf körperliche Unversehrtheit ein grandioses, geschichtlich völlig unwahr-

scheinliches Menschenrecht ist. Lieber Herr Lawinky, die Waffe des Künstlers ist die Kunst. Natürlich ist auch das ein sehr schwieriger Satz. Denn besonders bedenklich sind an dieser Stelle Umkehrungen. Etwa: Kunst ist Waffel! Der real existierende Sozialismus glaubte das auch. Dabei hatte ihn Ludwig Marcuse schon früh bemerkt, auch ein Regenschirm sei Waffe, je nach Temperament des Benutzers, bloß sei er dann eben kein Regenschirm mehr. Und doch. Lieber Herr Lawinky, haben Sie eigentlich Leander Haußmanns „NVA“-Film gesehen? Ist Ihnen auch aufgefallen, dass der absolut fieseste Typ dort Stadelmaier heißt? Also der, der immer heimlich die Schokolade im Spind isst. Der Oberanscheißer. Vielleicht muss man dazu wissen, dass Haussmann nicht nur Film-, sondern vor allem Theaterregisseur ist. Ein von Kritikern oft, zu oft missverständener Theaterregisseur? Egal, Stadelmaier wird am Ende gekocht, und zwar in dem NVA-Riesenturbotopf, in dem er immer heimlich badet. Denn Kunst ist Waffe.

Der alte Satz wirkt plötzlich so ungemein neu. Die Karikaturisten haben sicher bis eben auch nicht geahnt, dass ihr Bleistift einmal waffenscheinpflichtig werden könnte. Und nicht nur die arabische Welt und Stadelmaier fühlen sich angegriffen. Wir auch. Wegen dieses türkischen Kinofilms, den keiner gesehen hat und von dem alle reden. Zwei türkische Agenten erlegen einen oberfiesen Amerikaner (Billy Zane) im Irak. Und die Türken rennen zu Millionen ins Kino, um das zu sehen. „Tal der Wölfe“ ist einer der teuersten Filme, den die Türkei je gemacht hat. Vor dem, was die Türken sehen, haben wir Angst. Am Ende glauben die das. Man kann natürlich zur Not den Iran daran hindern, Atomwaffen zu produzieren, aber kann man der Türkei verbieten, Filme zu drehen? Man kann ihr zuflüstern, mit solchen Filmen kommt ihr erst recht nicht in die EU, aber sind Nachrichten dieser Art nicht ein Grund für den Empfänger, „Tal der Wölfe“ erst recht zu sehen?

Gerechtigkeit ist immer auch Selbstgerechtigkeit, nicht nur bei Kritikern, auch bei Nationen und ganzen Weltssystemen. Schließlich haben die USA gewissermaßen das Genre erfunden, es gibt keine Actionfilme ohne Feindbild. Nur kamen die Feinde sonst immer aus dem Osten, gern Russen, auch Vietnamesen. Und damit man die Feindhaftigkeit des Feindes besser erkennen konnte, sahen sie meist schon ein wenig untermenschlich aus. Genau wie die Widersacher von „007“. Und jetzt erfinden die Türken ihre eigenen James Bonds.

Kunst ist Metapher. Ob die Muslime das auch wissen? Aber als Ronald Reagan damals die Sowjetunion das „Reich des Bösen“ nannte, fühlten wir uns nicht als Metapher. Als DDR-Insassen fühlten wir uns sehr mitgemeint und dachten: Die spinnen, die Amis! Natürlich wirkte die Sowjetunion auch nicht gerade auf-

Kunst ist Metapher. Aber muss man nicht Angst haben vor der Metaphorik vom „Reich des Bösen“

sind alle schon da. Fast dasselbe Fernsehen, fast dieselben Nachrichten, fast dieselben ..., nur die Londoner U-Bahn ist längst geschlossen. Zu anschlagsanfällig. Dieser Film ist immer einen Lidschlag vor uns, hinter uns und neben uns. Alles scheint fremd und längst unvertraut im selben Moment. Am Anfang fliegt Old Bailey in die Luft – terroristischer Anschlag? –, am Ende, zum Happy End, Big Ben mit den ganzen Houses of Parliaments. Trotzdem ist dies kein türkischer Propagandafilm, sondern ein britischer Film. Die Briten sind noch nie durch fahrlässigen Umgang mit der eigenen Tradition aufgefallen. Die Kritiker fanden „V for Vendetta“ doof. Sie verstanden nicht, was das für ein gerechter Krieg sein soll, bei dem zum Happy End das älteste demokratische Parlament der Welt in die Luft gesprengt wird, und es sieht aus wie ein Freudenfeuerwerk. Aber, liebe Mitkritiker, das war doch eine Metapher!

Und was für eine Metapher. Eine Metapher für die Einsicht, dass jede Gerechtigkeit, selbst die westliche, auch Selbstgerechtigkeit ist. Und dass eine globale Gerechtigkeit in den alten (und schönsten) Symbolen nicht mehr unterkommt.

Ach ja, 007 gibt es auch noch. Die Dreharbeiten hatten schon begonnen, da war er noch immer ohne passenden Erzfeind! Jetzt ist der Urböse des Jahres da. Mads Mikkelsen wird es. Ausgerechnet ein Däne! Hat Dänemark das wirklich verdient?



Kerstin Decker lebt als freie Publizistin in Berlin.

die anderen über die lehren aus dem karikaturen-streit

In Dänemark schreibt *Jyllands-Posten*: Wenn Kofi Annan überall von beleidigenden Karikaturen spricht und davon, dass Dänemark sich Normen verstockter, finsterner Diktaturen anpassen soll, macht er sich zum Fürsprecher dieser Regime. Kofi Annan hat in seinen viel zu vielen Jahren auf diesem Posten neben persönlichen Interessen nur die von korrupten Geldhaien und totalitären Regimen wahrgenommen. Wieder einmal lässt er jetzt die Interessen von freien Menschen und Demokratien im Stich. Kofi Annan verbleiben nur noch zehn Monate im Amt. Das begrenzt zum Glück seine Möglichkeiten, noch größeren Schaden für die UN anzurichten.

In Frankreich meint dagegen *Le Monde*: Jen-seits des Lärms und der Wut rund um die Mohammed-Karikaturen bleibt den Eliten des Islam und des Westens dauerhaft die Herausforderung, den Raum für Dialog und gegenseitiges Verstehen zurückzuerobern. Wie füllt man Wissenslücken, wie öffnet man die Augen und lindert die Bitterkeit zu einem Zeitpunkt, zu dem der jeweils andere in beiden Welten nur von seiner schlimmsten Seite gesehen wird? Auf einer Konferenz zu dem Thema jüngst in Kuala Lumpur tauchte in den Debatten dazu ein Wort immer wieder auf: Erziehung. Sie allein macht es möglich, die Fakten von den Mythen zu trennen und die Realität von den Fantastereien.

in kurze

BIOSPRIT-HERSTELLUNG

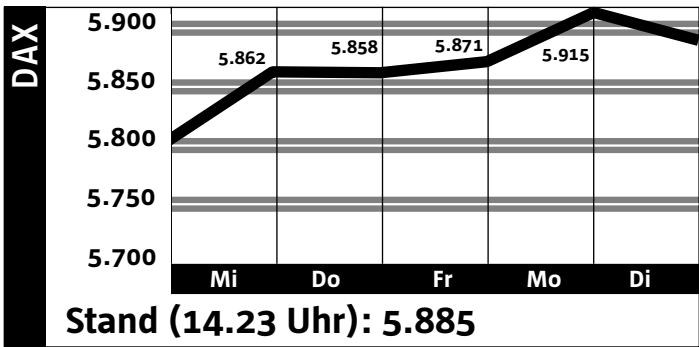
Frankreich treibt voran

Ange-sichts der hohen Benzinpreise treibt Frankreich den Ausbau der Biokraftstoffherstellung massiv voran. Industrieunternehmen plan-ten den Bau von zehn neuen Fabriken zur Herstellung von Bio-spirit, sagte Premierminister de Vill-epin gestern in Paris. Dabei belau-fe sich das Investitionsvolumen auf eine Milliarde Euro. (afp)

SOLARZELLENHERSTELLTER

Q-Cells gewinnt hoch

Der Solarzellenhersteller Q-Cells hat das Jahr 2005 mit einem Ge-winnsprung beendet. Der Jahres-überschuss stieg nach vorläufigen Zahlen um 233 Prozent auf 39,9 Millionen Euro. Der Umsatz kletter-te um 133 Prozent auf 299,4 Milli-onen Euro, wie ein Sprecher des Un-ternehmens gestern in Wolfen-Thai-heim mitteilte. (dpa)



DIE BÖRSE

Katerstimmung

Aschermittwochsstimmung des DAX schon am Faschingsdienstag: Viele Investoren seien nicht an der Börse aktiv, weshalb das Handels-volumen unter dem üblichen Durchschnitt liege, analysierte ges-tern die Nachrichtenagentur Reu-ters. Dem deutschen Leitindex setz-te die Partylaune der Finanzjong-leure jedenfalls gehörig zu. (taz)

MARKTPLATZ

Dow Jones **11.097,55** (+ 35,70)
TecDAX 50 **757,17** (- 4,13)
EuroStoxx 50 **3.824,59** (- 15,97)
Anleihen **3,44 % Rend.** (unv.)
1,1875 Dollar = 1 Euro (+ 0,0023)
0,6796 Pfund = 1 Euro (- 0,0015)
138,18 Yen = 1 Euro (+ 0,41)
Feinunze Gold **556,50 \$** (+ 0,40)
Barrel Rohöl **60,73 \$**

Stand 15.15 Uhr, Änderung zum Vortags-fixing in Klammern, Anleihen-Rendite-durchschnitt, Dow v. Vortag

Richter urteilen über Endlager

LÜNEBURG afp ■ Vor dem Ober-verwaltungsgericht (OVG) Lüne-burg hat gestern die Verhand-lung über die Betriebsgenehmi-gung für das Atomendlager Schacht Konrad in Salzgitter be-gonnen. Drei Kommunen und ein Landwirt wollen den Plan-feststellungsbeschluss aus dem Jahr 2002 zu Fall bringen. Sie ver-weisen dazu auf die ihrer Ansicht nach unzureichend geprüfte Ge-fahr von terroristischen Anschlä-gen und die langfristig drohende Strahlenbelastung in der Umge-bung. Die Verhandlung vor dem 7. Senat des OVG ist die erste ge-richtliche Überprüfung eines nach Atomrecht erfolgten Plan-feststellungsbeschlusses in der deutschen Rechtsgeschichte. In das ehemalige Erzbergwerk ha-ben die Atomkonzerne knapp 1 Milliarde Euro investiert, rund 300.000 Tonnen schwach- und mittelmäßig radioaktive Abfälle sollen hier gelagert werden. Ein Urteil könnte heute Abend fallen.

Auch Annan will Flugbenzinsteuern

PARIS afp ■ UN-Generalsekretär Kofi Annan unterstützt Frank-reichs Vorhaben, eine Steuer auf Flugtickets zur Finanzierung von Entwicklungshilfe einzuführen. Das Land habe damit „echte Füh-rungsstärke in den Bemühungen gezeigt, innovative Finanzie-rungsquellen“ im Kampf gegen die Armut in der Welt zu finden, erklärte Annan gestern bei einer Hilfskonferenz in Paris. Chile plane eine solche Flugticketsteu-er, und Großbritannien wolle Mittel aus einer bestehenden Tick-etsteuer umwidmen. In der Re-gierung Deutschlands gibt es Streit über diesen Schritt. Annan sagte, wichtig sei, dass Regierun-gen zum Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Ent-wicklungshilfe auszugeben, stünden. Frankreich will ab Juli mit einer Ticketsteuer 200 Milli-onen Euro pro Jahr einnehmen, um etwa die Aidsbekämpfung in Afrika zu finanzieren.

meinung und diskussion SEITE 11

Aktionstag gegen Gentechnik im Essen

BERLIN taz ■ „Keine Gentechnik auf dem Acker und auf dem Tel-ler!“ So lautet das Motto eines bundesweiten Aktionstages für die gentechnikfreie Landwirt-schaft am kommenden Samstag. Bundesweit haben Kritiker zu Demonstrationen und Aktionen aufgerufen. In Baden-Württem-berg gibt es zum Beispiel den „Pollenflug unter Luftballons“, im brandenburgischen Ebers-walde wird eine Treckerdemo vor den Märka Futtermittelwer-ken protestieren. Und in Bremen wird ein „genkritischer Film“ ge-zeigt. „Wir pochen auf unser Recht, weiter gentechnikfreie Le-bensmittel essen zu können“, sagt die Initiatorin Annemarie Volling, die auch das Projekt „Gentechnikfreie Regionen“ be-treut. Laut bundesweitem Stand-ortregister sollen Ende April 2006 auf 1.890 Hektar Genmais ausgesät werden. HG

www.keine-gentechnik.de

Durchschnittlich 90.000 Euro für jeden

280 Millionen Euro für fünf Wochen Streik: Zwar konnten die Nürnberger AEGler nicht verhindern, dass sie vom schwedischen Electrolux-Konzern vor die Tür gesetzt werden. Immerhin wird ihnen das aber mit üppigen Abfindungen sehr leicht gemacht

AUS MÜNCHEN MAX HÄGLER

Das Ergebnis kam überraschend nach der Nachtschicht: Der Streik am Nürnberger AEG-Werk wird beendet, ein Sozialplan ist gefunden. Fünf Wochen hatten 1.700 AEG-Beschäftigten ge-

streikt – gegen die Schließung ih-res Werks oder zumindest für eine ordentliche Abfindung. Die zeitgleichen Verhandlungsrun-den zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber waren mit schöner Regelmäßigkeit gescheitert.

Letzte Woche hatte sich dann der ehemalige bayerische Wirt-

schaftsminister und jetzige Bahn-Vorstand Otto Wiesheu (CSU) eingeschaltet, ein erfahre-ner Mann zwar, aber angesichts der verhärteten Fronten zwi-schen dem Werkseigner Electro-lux und der Gewerkschaft IG Me-tall schien auch mit Wiesheu als Moderator ein Erfolg mehr als ungewiss. Doch Wiesheu son-dierte fünf Tage lang, gestern früh konnte er Erfolg vermelden. Das Werk wird zwar wie geplant 2008 geschlossen und die Pro-duktion von Waschmaschinen, Geschirrspülern und Trocknern nach Polen und Italien verlagert. Aber die Verhandlungen brachte für die Mitarbeiter immerhin ein Abschiedspaket in Höhe von 240 Millionen Euro. Wichtigster In-halt: Jeder AEGler erhält eine Ab-findung in Höhe von 1,8 Brutto-monatsgehältern je Beschäfti-gungsjahr – durchschnittlich 90.000 Euro. Für Mitarbeiter über 53 Jahre gilt eine Vorruhe-standsregelung, die ihnen bis zum 63. Lebensjahr eine Weiter-zahlung von mindestens 79 Pro-zent des bisherigen Bruttoge-halts sichert. Und – wie mittler-weile üblich bei Standortschließ-ungen – werden die AEG-Mitar-beiter nach der Einstellung der Produktion für zwölf Monate in einer Übergangsgesellschaft an-gestellt, die die meist drohende Arbeitslosigkeit puffern soll.

Obwohl der Umfang des Sozi-alplans schon einmal von Arbeit-geberseite auf den Tisch gelegt worden war, ist die Wiesheu-Ver-mittlung auch für IG-Metall-Ver-handlungsführer Jürgen Wechs-ler ein Erfolg: „Das ist ein gutes Ergebnis“, sagte er taz. Schließ-lich habe man sich bei den Brut-tonatsgehältern nicht in der

Mitte geeinigt, sondern noch ein wenig mehr Abfindung er-kämpft, als Electrolux geplant hatte: Knapp ein Monatsgehalt war deren Position, drei Brutto-monatsgehälter forderte die Ge-werkschaft. Aber die 240 Millio-nen Euro können nicht verber-gen, dass Arbeitsplätze abgebaut werden. „Man muss sehen, was wir nicht erreicht haben: den Er-halt des Standorts“, so Wechsler.

Denn Streik hin oder her – dem schwedischen Konzern Electrolux mit seinen weltweit 72.000 Mitarbeitern und einem Jahresumsatz von rund 13 Milli-arden Euro (2004) ist die Produk-tion von AEG-Haushaltsmaschi-nen in Nürnberg zu teuer gewor-den. Zwar mache man noch „be-scheidenen Profit“ in Nürnberg, aber die Zentrale in Stockholm hatte auch stets wiederholt, dass man bei jeder Nürnberger Waschmaschine, die im deut-schen Markt verkauft wird, 60

Euro verliere. Den meisten Kun-den sei mittlerweile ein guter Preis wichtiger, als „Made in Ger-many“ – und gute Preise lassen sich laut Electrolux nur mit ge-ringerer „Kostenbasis“ erzielen. Laut Electrolux ist ein Hausgerä-tewerk in Polen 50 Millionen Euro pro Jahr billiger als ein deutsches.

Die Kosten waren auch der He-bel, mit dem die IG Metall einen Erhalt des deutschen Standorts erkämpfen wollte. Mit der Forde-rung nach einer generellen Wei-terbeschäftigung in einem Qua-lifizierungsunternehmen bis 2010 und den genannten Abfin-dungssummen war die Gewerk-schaft am 20. Januar in den Streik gegangen. 600 Millionen Euro hätte dieses Modell gekos-tet, die IG Metall spekulierte dar-auf, dass bei dieser Rechnung ein Weiterführen des Werkes billiger wäre, als das Dichtmachen.

meinung & diskussion SEITE 11



Urteilsverkündung: AEGler erfahren das Verhandlungsergebnis FOTO: AP

Öko-Stromer sorgt Fusionitis

Fusionsfieber auf den Energiemärkten: Als Gegenmittel zu steigender Konzernmacht fordern regenerative Stromerzeuger größere Netz-Unabhängigkeit

BERLIN taz ■ Die geplanten Großfusionen europäischer Ver-sorger bedrohen nach Einschät-zung der Öko-Strom-Branche die zukünftige Entwicklung der er-neuerbaren Energien. „Das ist eine ganz gefährliche Tendenz“, sagte der Präsident des Bundes-verbandes Erneuerbarer Energi-en (BEE), Johannes Lackmann, gestern der taz. Theoretisch böte ein Markt, der von wenigen gro-ßen Unternehmen dominiert würde, zwar Chancen für flexible kleinere Stromerzeuger. Faktisch würde aber die Kontrolle der gro-ßen Versorger über die Trans-portnetze den Wettbewerb ver-hindern. „Diese Kontrolle wird durch die Fusionen in der Ten-denz verstärkt“, sagte Lackmann.

Noch sind die angestrebten gernzüberschreitenden Zusam-menschlüsse auf dem europäi-schen Energiemarkt allerdings nur Theorie und stoßen auf na-tionale Vorbehalte. Die deutsche Eon will den spanischen Ver-sorger Endesa übernehmen, muss sich aber wohl auf ein Bieterge-fecht mit der ebenfalls spani-schen Gas Natural einstellen. Die wollte gestern ein entsprechen-

des Angebot vorlegen. Die spani-sche Regierung hatte sich mit blick auf die Eon-Offerte bislang zurückhaltend geäußert. Und auch die italienischen Enel, die den französischen Suez-Konzern übernehmen will, stößt auf Wi-derstand. Suez will stattdessen mit der Gaz de France zusam-mengehen. Nun will Italien die EU einschalten. Man werde „alle nötigen Schritte“ einleiten, er-klärte der italienische Minister-präsident Silvio Berlusconi.

In diesen politischen Debat-ten zeige sich der „Widerspruch zwischen der Öffnung des euro-päischen Marktes und nationa-ler Energiepolitik“, sagte Wolf-gang Pfaffenberger, Leiter des Bremer-Energie-Instituts der taz. In Frankreich seien die Struktu-ren der Energieunternehmen eher mit dem öffentlichen Dienst vergleichbar. In Spanien spiele die indirekte Subventio-nierung der Industrie durch bil-ligen Strom eine wichtige Rolle. „Wenn ein Unternehmen inter-national tätig ist, wird es darauf aber weniger Rücksicht nehmen. Der Markt ist der Maßstab seines Handelns“, erklärte Pfaffenberger

den Widerstand. Dennoch dürfte der Fusionsprozess nicht mehr zu stoppen sein, die EU-Kom-mission hat gestern bereits ange-kündigt, gegen Frankreichs rigi-de Gesetze vorzugehen. Für die erneuerbaren Energien sieht Pfaffenberger in den neuen Kon-stellationen im Gegensatz zu Lackmann keinen zusätzlichen Druck. „Sie sind durch gesetzli-che Regelung geschützt und meist in Nischen aktiv.“ Sollte durch die Fortführung des Kioto-Prozesses der Preis für CO₂-Emis-sionen weiter steigen, werde es möglicherweise auch für die gro-ße Konzerne interessant, stärker in erneuerbare Energien zu in-vestieren. „Es geht dabei aber we-niger um Marktmacht als um die Frage von politischen Rahmen-bedingungen.“

Lackmann fordert in diesem Zusammenhang eine stärkere Trennung von Netzbetreibern und Stromproduzenten. So habe zum Beispiel Dänemark seine Netze verstaatlicht. „Ein unab-hängiger Netzbetreiber hätte an jedem Produzenten Interesse, der Strom durchleitet.“

STEPHAN KOSCH

Mais für den Balkon

Die Aktion „Bantam-Mais“ macht Lücken und Unklarheiten im Gentechnik-Gesetz deutlich

BERLIN taz ■ Über 50.000 Tüten mit Maissamen hat die „Interes-sengemeinschaft für gentech-nikfreie Saatgutarbeit“ nach ei-genen Angaben schon verschickt – an Hobbygärtner. „Wir sind sehr zufrieden“, sagt Saskia Dellwing von der Interessengemeinschaft. „Bantam-Mais“ heißt die Aktion, die seit Jahresanfang läuft: Mög-lichst viele Menschen sollen eige-nen Mais anbauen – gentechnik-frei.

Laut Gesetz stehen jedem Maisbauer Informationen und Schutz zu, um den eigenen Mais-bestand beispielsweise vor gen-technisch veränderten Pollen anderer Pflanzen zu bewahren.

Die Aktion „Bantam-Mais“ will auch die Informationspraxis des Gentechnikgesetzes sichtbar machen, das demnächst vom Bundesrat verabschiedet wird. „Durch den Neuentwurf werden allgemeine Informationen deut-lich schwerer zu erhalten sein“, sagt Dellwing. Schon jetzt müsse ein „besonderes Interesse“ vom Auskunftssuchenden glaubhaft nachgewiesen werden. Jochen Heimberg, Sprecher des Bundes-amtes für Verbraucherschutz

und Lebensmittelsicherheit: „Der Antragsteller muss deutlich machen, dass er durch den An-bau gentechnisch veränderter Organismen beeinträchtigt wird.“

Nichts leichter als das: Das Ge-setz sagt nichts über die Größe eines Maisfeldes aus. „Wir haben eben sehr kleine Felder, ein Trog oder ein Kübel genügt“, sagt Dell-wing. Also hat jeder, der Mais an-baut, das Recht, zu erfahren, ob in seiner Umgebung Genpflan-zen angebaut werden.

Nicht nur das macht sich die Aktion zunutze: Der verschickte Bantam-Mais ist sortenfest – sein Samen kann auch in der näch-sten Saison wieder ausgesät wer-den, was bei anderen Maissorten nicht geht. Damit ist der Balkon-Bantam-Mais-Gärtner vor dem Gesetz auch Saatguthersteller. Wegen spezieller Richtlinien bringt ihm das noch mehr Schutz. Nach Angaben von „Ban-tam-Mais“ hat dies schon dazu geführt, dass gemeldete „Genfel-der“ in Bayern und Brandenburg wieder abgemeldet wurden.

MIRJAM MEINHARDT
www.bantam-mais.de

Lohndumping – Kein Mittel gegen Arbeitslosigkeit			
	Lohnkosten im Vergleich West-Deutschland = 100%	Arbeitslosenrate	
Deutschland (West)	100%		7,7%
Schweiz	99,5%		3,1%
USA	85,1%		5,8%
Frankreich	74,0%		9,0%
Deutschland (Ost)	62,3%		17,7%
Griechenland	35,9%		10,0%
Polen (2001)	14,4%		19,9%
Slowakei (2001)	11,5%		18,6%

Quellen: OECD, IW (Zahlen von 2002); Grafik: taz

Vergleich der Lohnkosten und der Arbeitslosenrate in Europa

..... das wichtigste

Anschlagserie in Bagdad

Mehr als 40 Tote bei Bombenattentaten. Anschlag auf Moschee mit Grab von Saddam Husseins Vater

BAGDAD rtr/ap ■ Eine Serie von Bombenanschlägen in Bagdad hat gestern mindestens 41 Menschen in den Tod gerissen. Fast 100 Menschen wurden verletzt. Der blutigste Anschlag wurde vor einer Tankstelle im Osten der Stadt verübt, wo sich ein Selbstmordattentäter in einer Warteschlange in die Luft sprengte. 23 Menschen wurden den Behörden zufolge getötet und mehr als 50 verletzt.

Bei der Detonation dreier Autobomben wurden 18 Menschen getötet, darunter zahlreiche Zivilisten. Einer der Sprengsätze explodierte bei einem Bombenanschlag auf die Moschee, die beiden anderen Anschläge richteten sich gegen einen Konvoi des Verteidigungsministeriums und eine Polizeipatrouille.

Südöstlich von Bagdad wurden neun mit Schusswunden übersäte Leichen gefunden, wie die Behörden gestern mitteil-

ten. Unter den Opfern seien auch Scheich Hamid Irbat Ghassi, ein Führer des einflussreichen sunnitischen Mahamdeh-Stammes, und zwei seiner Neffen, hieß es. Irakische Soldaten hatten die Toten in der Nähe von zwei ausgebrannten Minibussen an der Straße von Bagdad in die Provinz Dijala gefunden, wo es zuletzt zahlreiche Unruhen gab. In Amara, 290 Kilometer südöstlich von Bagdad, wurden nach Angaben des Londoner Verteidigungsministeriums zwei britische Soldaten getötet.

Im Nordirak wurde ein Bombenanschlag auf die Moschee mit dem Grab des Vaters von Exmachthaber Saddam Hussein verübt. Wie die Polizei mitteilte, wurde dabei die Kuppel der Hussein-al-Madschid-Moschee beschädigt, auch Türen und Fenster wurden aus den Angeln gerissen. Opfer habe es aber nicht gegeben.



FOTO: REUTERS

Haiders Bündnis mit SPÖ vor dem Aus

Explosive Madonna
Weil sie ihrer britischen Firma den explosiven Namen „Semtex Girls Ltd“ gab, droht der Pop-Madonna eine Millionenklage aus Tschechien. Die Firma Explosia, Hersteller des Plastiksprengstoffs Semtex, will gegen die Sängerin wegen Verletzung des Namensrechtes klagen. Was Madonna mit der Firma vorhat, ist nicht bekannt.

WIEN afp ■ Im österreichischen Bundesland Kärnten steht die Regierungskoalition von Landeshauptmann Jörg Haider mit den Sozialdemokraten nach zwei Jahren vor dem Bruch. Nach einem heftigen koalitionsinternen Streit über die Sozialpolitik kündigte die SPÖ-Landesvorsitzende Gaby Schaunig gestern an, ihrer Partei das Verlassen der Regierungskoalition zu empfehlen. Schaunig gab Haider die Schuld für die Krise: „Der Landeshauptmann trägt durch sein Verhalten insgesamt die Schuld.“ Haider sagte, er halte die Zusammenarbeit mit der SPÖ noch nicht für beendet. Grund für die Eskalation war der Streit um die so genannte Kärntner Lebenssicherung, in der alle Sozialleistungen des Landes gebündelt werden sollten. Hier gab es deutliche Meinungsunterschiede zwischen Schaunig und Haider, der dem rechtslastigen Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) angehört.

Kiffen in Europa auch 2005 in

WIEN dpa ■ Etwa 30 Millionen Menschen in den EU-Ländern sowie in Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz haben im abgelaufenen Jahr Cannabis missbraucht. Immerhin 15 Prozent aller 15-jährigen Schüler in der Union greifen nach Erkenntnissen des Internationalen Drogenkontrollrats (INCB) in Wien mehr als 40-mal im Jahr zu dieser Droge, heißt es im Jahresbericht der UN-Behörde, der gestern vorgestellt wurde. Besonders hoch sei der Cannabis-Konsum in Frankreich, Irland, der Schweiz, der Tschechischen Republik und Großbritannien.

China: Polizei darf nicht foltern

PEKING afp ■ Der Polizei in China soll es ab heute verboten sein, Gefangene zur Erpressung von Geständnissen zu foltern. Das entsprechende Gesetz verbietet auch, unter Folter erpresste Geständnisse vor Gericht zu verwenden, so die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua. Brutales Vorgehen der Polizei ist in China an der Tagesordnung. Nach Medienberichten stellten Aufsichtsbeamte 2005 12.000 Fälle von unangemessener Behandlung von Häftlingen fest. Erst kürzlich wurde der Journalist Wu Xianghu in der Haft so stark geschlagen, dass er seinen Verletzungen erlag.

..... portrait



Otto Wiesheu, 61, vermittelte die Lösung im Streit um das Nürnberger AEG-Werk. Hauptberuflich ist Wiesheu Vorstand bei der Deutschen Bahn AG, davor war er Landesminister in Bayern FOTO: AP

Zupacken konnte Otto Wiesheu stets, und zwar nicht nur auf dem väterlichen Bauernhof. Der promovierte Jurist finanzierte sich sein Studium in München unter anderem mit Jobs auf dem Schlachthof. Die

spielte der ehemalige bayerische Wirtschaftsminister den Notnagel. Das allzu diplomatische Kuscheln ist Wiesheus Sache nicht, er hört konzentriert zu, sammelt Standpunkte und geht dann pragmatisch zu

ernster Miene begegnet er Journalisten und Kollegen. Vielleicht ist es der steten Erinnerung an das Jahr 1983 geschuldet, als er alkoholisiert einen tödlichen Autounfall verursachte. Eine Bewährungsstrafe wurde ihm auf-

Ein hemdsärmeliger Problemlöser

Hemdsärmeligkeit war dem CSU-Politiker zwar manchmal im Weg – etwa als er einmal Schröder mit Hitler verglich –, aber schon immer holte man ihn in verfahrenen Situationen gern an den Tisch.

Auch beim Streit zwischen Electrolux und der IG Metall um das Nürnberger AEG-Werk

Werk, wie auch AEG-Sprecher Michael Eichel bestätigt: „Er hat beide Seiten dazu gebracht, von ihren Verhandlungspositionen runterzukommen und sich anzunähern.“

Gelacht haben wird er dabei selten in den letzten Tagen, denn überschwänglicher Humor ist nicht Wiesheus Stärke. Meist mit

gebrummt, und für einige Monate zog er sich von der politischen Bühne zurück, die er damals als CSU-Generalsekretär dirigierte. Nach einer Anstandsfrist als Geschäftsführer der CSU-Parteistiftung trat er Anfang der Neunziger wieder auf die politische Bühne.

Und weil Wiesheu ein fleißi-

ger Arbeiter ist, ganz wie der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, holte der ihn 1993 als Superminister ins bayerische Kabinett. Neben dem Ressort Wirtschaft war Wiesheu am Ende verantwort-

lich für die Bereiche Verkehr, Technologie, Infrastruktur und Landesplanung. Durchaus mit Erfolg: Analysten und Ratingagenturen geben der bayerischen Wirtschaft Bestnoten.

Und schon während seiner Zeit als Minister hat sich Wiesheu bei Standortschließungen eingeschaltet: Das Stahlwerk

Maxhütte, die Grundig AG, Kirch Media oder zuletzt Infineon – immer wieder versuchte er Insolvenzen oder Abwanderungen zu verhindern.

Umso schwerer war es wohl für Stoiber, dass der altgediente Politiker, der schon unter Franz Josef Strauß als Assistent gedient hatte, zum Jahreswechsel als Vorstand der Deutschen Bahn in die Wirtschaft und nach Berlin gewechselt ist. „Für mich ist das eine Chance“, kommentierte Wiesheu seinen Wechsel selbstbewusst. „Für Stoiber vielleicht ein Problem.“ Aber vielleicht bucht der ihn ja auch einmal als Problemlöser, wenn's mal richtig bergab geht.

MAX HÄGLER
wirtschaft und umwelt SEITE 8

VOGELGRIPPEVIRUS SPRINGT AUF KATZE ÜBER

■ Zum ersten Mal in Deutschland ist das Vogelgrippevirus bei einem Säugetier festgestellt worden. Auf Rügen wurde eine infizierte tote Katze gefunden. Das Virus H5N1 wird uns noch lange begleiten: Experten rechnen mit einer Seuchendauer von 150 Jahren

Virus für die Katz

VON T. AHMIA, H. GERSMANN UND U. HERRMANN

Das Vogelgrippe-Virus H5N1 ist erstmals in Europa auf ein Säugetier übergesprungen – eine Katze auf Rügen ist daran verendet. Dies teilte gestern der Krisenstab des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit. Der

reicht hat: Dort wurde es bei einem Höckerschwan und einer wilden Stockente nachgewiesen. Damit sind nun fünf Bundesländer betroffen. In Schweden wurden ebenfalls zwei tote Wildvögel gefunden, die sich mit der Vogelgrippe infiziert hatten.

Experten sind nicht erstaunt, dass nun auch eine Katze an der

Für die Menschen sei aber keine Gefahr zu befürchten: „Vom Katzenstreicheln bekommt man keine Vogelgrippe.“ Auch mit einer „Katzenepidemie“, bei der das Virus von Tier zu Tier springt, sei nicht zu rechnen. „Allerdings sollten die Halter dafür sorgen, dass ihre Hauskatzen die Vögel lieber in Ruhe lassen.“ Das Bundesinstitut für Tiergesundheit riet Katzenbesitzern, ihre Tiere in Vogelgrippe-Gegenden nicht mehr frei herumlaufen zu lassen.

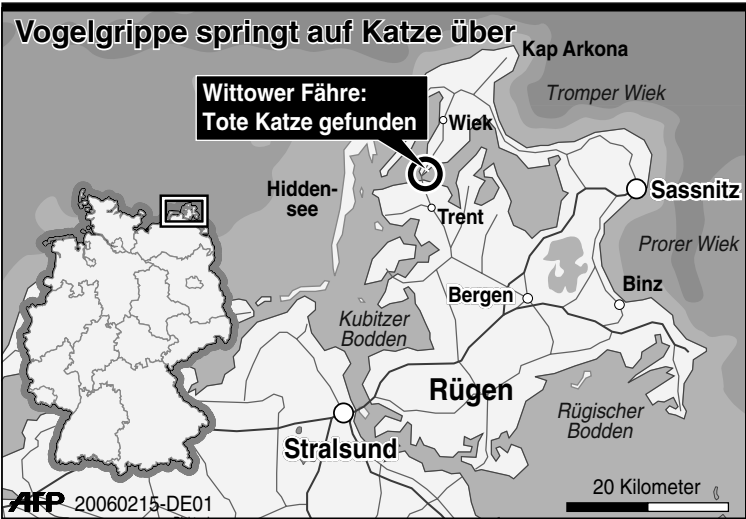
„Keine Panik“, mahnte auch Lutz Gürtler, der die Abteilung medizinische Mikrobiologie an der Universität Greifswald leitet. „Es ist weiter nur eine Tierkrankheit“, sagte Gürtler der taz. Er ist ebenfalls nicht überrascht, dass es nun eine Katze erwischt hat: „Sie reagieren besonders empfindlich auf das Grippevirus.“ Allerdings könnten sich auch andere Säugetiere anstecken – wie Schweine, Robben, Wale, Pferde. „Aber sie sind medizinisch behandelbar.“ Zudem erkranken sie nur, wenn sie sehr großen Virusmengen ausgesetzt sind.

An der eigentlichen Gefahr hat sich somit nichts geändert: Es muss verhindert werden, dass die Vogelgrippe die Geflügelställe erreicht. „Dann steigt auch die Gefahr für den Menschen“, warnt Löscher. „In infi-

zierten Ställen ist die Viruskonzentration in der Luft so hoch, dass sich auch die Bauern anstecken können“ (siehe auch Text unten). An den bisherigen Schutzmaßnahmen haben die Experten nichts zu kritisieren: „Sie sind ausreichend“, sagt Gürtler. „Für Reiseverbote oder Mundschutz besteht kein Anlass.“

Die Tierseuche wird über viele Jahre ein Problem bleiben. Emil Reisinger, Rostocker Spezialist für Tropenmedizin und Infektionskrankheiten, sagt: „Wir rechnen damit, dass das Virus H5N1 eine Laufzeit von 150 Jahren hat.“ Auch Löscher prognostiziert, dass sich die Vogelgrippe „in den nächsten Jahren in der Natur halten wird“. Besonders empfindliche Vögel wie die Schwäne könnten sich stark dezimieren – „bis sich wieder ein natürliches Gleichgewicht eingestellt hat“.

Bleibt die Hoffnung auf besseres Wetter. Die Kältewelle macht die Vogelgrippe derzeit besonders gefährlich. Wie Tierärztin Anita Idel erklärt, überlebt das Virus im Warmen nicht so lange wie im Kalten. Das zeigt den Beobachtungen aus Afrika: „Auf den Rastplätzen der Zugvögel wären sonst viel mehr Tiere gestorben.“ Bei Temperaturen unter vier Grad fühlt sich H5N1 wohler.



Katzenkadaver wurde am Wochenende nahe der Wittower Fähre gefunden, wo auch die ersten toten Schwäne entdeckt wurden. Möglicherweise hatte die Katze Aas gefressen. Zudem wurde gestern bekannt, dass das Vogelgrippevirus Bayern er-

Vogelgrippe verendet ist. „In Nordthailand sind rund 60 Tiger gestorben, nachdem sie mit toten Hühnern gefüttert wurden“, sagte Thomas Löscher, der die Abteilung für Infektions- und Tropenmedizin an der Universität München leitet, der taz.

Das Geflügel wird nicht immun

Um Hühner zu schützen, könnte die Freilandhaltung in Deutschland auf lange Zeit verboten werden

BERLIN taz ■ Die Hühner sollen das ganze Jahr in den Stall. Das fordert der Brandenburger SPD-Agrarminister Dietmar Woidke. Auch das Bundesagrarministerium schloss gestern nicht aus, die Freilandhaltung über längere Zeit zu verbieten.

Es ist unwahrscheinlich, dass das Geflügel eines Tages gegen den gefürchteten Erreger immun wird. „Voraussichtlich passiert das nicht“, sagt Anita Idel vom Projektmanagement Tiergesundheit & Agrobiodiversität in Berlin. Am meisten gefährdet seien Hühner. Sie stürben innerhalb von zwanzig Stunden, nachdem sie sich angesteckt haben. Enten seien da robuster. Sie können das Virus in sich tragen – und unauffällig weiterleben.

Trotz der Anfälligkeit der Hühner hält Idel aber nichts vom Stallzwang „als Lösung“. Es sei eine „Illusion zu glauben, geschlossene Ställe seien ein geschlossenes System“. Es blieben Risiken: „Stellen Sie sich vor, eine kranke Ente kackt auf das Stroh, das draußen vorm Stall liegt“, sagt die Tierärztin. „Das Virus wird doch – wie vermutlich in Frankreich passiert

„Statt sie für immer einzusperrern, sollten wir überlegen, die Tiere zu impfen“

– bei der nächsten Fuhre mit reingekarrt.“ Außerdem brauche das Geflügel Auslauf, natürliches Licht, Sand und Gras. Idel fordert: „Statt sie für immer einzupferchen, sollten wir überlegen, Tiere zu impfen.“

Die deutsche Regierung lehnt die Immunisierung jedoch strikt ab: Infizierte Tiere ließen sich von geimpften nicht mehr unterscheiden. Das behandelte Federvieh könnte unbemerkt Viren ausscheiden. Dazu kommt eine wirtschaftliche Komponente: Das Fleisch von geimpften Tieren kann nicht exportiert werden.

Die Fachleute in den Niederlanden und Frankreich haben damit weniger Probleme. Beide Länder wollen das Geflügel in bestimmten Regionen impfen. Dabei sollen einige Tiere in der Herde jeweils ungeimpft bleiben. Sie gelten als Wächter – bei ihnen würde sich eine Erkrankung sofort bemerkbar machen.

Probleme aber bleiben. „Jetzt impf ich, und ich bin geschützt

– so einfach ist das nicht“, sagt Martin Schneidereit vom Bundesverband für Tiergesundheit, ein Lobbyverband der Tierärzteinhersteller. Es gebe keine hundertprozentige Sicherheit. Bisher sei kein spezieller Impfstoff gegen den Stamm H5N1 erforscht. Und: Weltweit stellen nur drei Firmen die Impfstoffe her. Dazu gehört z. B. Intervet in den Niederlanden.

Außerdem erklärt Schneidereit: „Wir werden keine Grillhühner impfen.“ Diese würden nie länger als 35 Tage gemästet. Und ein Tier könne erst geimpft werden, wenn es drei Wochen alt ist. „Das lohnt nicht.“ Für Bauern ist das Impfen relativ teuer: Für jedes tote Huhn bekommen sie eine Entschädigung aus der Tierseuchenkasse der Länder, fürs Impfen nicht.

HANNA GERSMANN

in kürze

NORMALE POSTLAUFZEIT

Voll verlässlich

Ein Bürger darf sich grundsätzlich auf die normale Postlaufzeit von zwei bis drei Tagen verlassen, so das OLG Frankfurt. Ein Kläger müsse sich deshalb nicht bei Gericht erkundigen, ob seine Klage rechtzeitig eingegangen sei. Verzögere sich die Postzustellung unvorhersehbar, sei die Klage trotz der versäumten Frist zulässig. (dpa)

ENTLASSUNG ÄLTERER

Strafzahlung gefordert

Die Gewerkschaften fordern eine härtere gesetzliche Gangart gegen Unternehmen, die ältere Mitarbeiter entlassen. DGB-Vize Engelen-Kefer schlug vor, einen Fonds nach österreichischem Vorbild einzurichten. In ihn sollten Arbeitgeber einzahlen, wenn sie ohne Not Ältere entlassen, um deren Wiedereingliederung zu fördern. (afp)

MESSERSCHMUGGEL

Journalist verurteilt

Ein Journalist, der für einen Fernsehbeitrag Messer in Flugzeuge geschmuggelt hat, ist vom Düsseldorf Oberlandesgericht wegen Verstoßes gegen das Luftverkehrsgesetz gestern schuldig gesprochen worden. Das Gericht beließ es aber wie schon die Vorinstanz bei der mildesten Form der Strafe: einer Verwarnung. (dpa)

RIESTER-RENTE

Vorerst keine Pflicht

Die private Riester-Vorsorge soll vorerst nicht zur Pflicht werden. Dies geht aus dem Alterssicherungsbericht hervor, den Sozialminister Müntefering heute dem Kabinett vorlegt. Darin zeigt sich die Regierung mit der Ausweitung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge weitgehend zufrieden. Der Ausbau benötige Zeit. (ap)

RECHTER ABTRÜNNIGER

Kumpane schlagen zu

Angehörige der rechten Szene haben in Stendal einen Gesinnungs-genossen zusammengeschlagen und schwer verletzt, weil er mit Schwarzafrikanern Alkohol und Drogen konsumiert und jemanden aus der Szene verraten haben soll. Die Staatsanwaltschaft stellte fünf Haftanträge wegen gemeinschaftlichen versuchten Mordes. (ap)

DAS WETTER

Ein kapriziöses Atlantiktief erschwert den Wetterpropheten die Vorhersage: Ob es im Süden zu kräftigen Schneefällen kommt oder zu heftigem Regen gepaart mit massivem Tauwetter, weil sich die Luftmassen schneller erwärmen, bleibt ungewiss. Heute ist es im Nordosten zunächst heiter, später bewölkt, aber trocken. Die Temperaturen erreichen um 0 Grad in Niederrhein bis 6 Grad am Rhein.

Streik erreicht auch Thüringen

STUTTGART ap ■ Die Streikwelle im öffentlichen Dienst hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Nach Ver.di-Angaben waren gestern Beschäftigte in elf Bundesländern im Ausstand. Neu hinzu kam Thüringen. Dort legten erstmals rund 120 Beschäftigte des Landesrechenzentrums und des Straßenbauamts ihre Arbeit nieder. Die Forderung von Ministerpräsident Dieter Althaus nach einer bundesweit einheitlichen 42-Stunden-Woche hatte die Streikbereitschaft unter den rund 36.000 Landesbeschäftigten erhöht. Derweil kamen in Baden-Württemberg, wo seit 6. Februar gestreikt wird, gestern Vertreter von Ver.di und kommunalem Arbeitgeberverband zu Sondierungsgesprächen zusammen.

tazrecherchedienst
Aktuell

taz-Diskussionen:
Der EU-Beitritt der Türkei

32 Seiten, Ringbindung
6€ zzgl. 0,85€ Porto

taz-Recherchedienst
www.taz.de | recherche@taz.de,
T (030) 25 90 22 84 (Di. – Do. 11 – 15 Uhr)

Porsche-Demo für Steinkühlerpause

STUTTGART dpa ■ Mehrere tausend Porsche-Beschäftigte sind gestern in Stuttgart aus Protest gegen die beabsichtigte Streichung der Steinkühlerpause auf die Straße gegangen. Betriebsratschef Uwe Hück rief die Metallarbeiter im ganzen Land dazu auf, für den Erhalt der fünf Minuten Erholzeit pro Stunde plus drei Minuten Bedürfniszeit für die 92.000 Fließband- und Akkordarbeiter in Nordwürttemberg/Nordbaden zu kämpfen. Auf Plakaten stand „Wir sind kampfbereit“ und „Stress, mach Pause“. Die Gespräche über diesen Sonderfall sollen am 17. März weitergehen. Die zweite Etappe in der regulären Tarifrunde für die 800.000 Beschäftigten, für die die IG Metall fünf Prozent mehr fordert, ist im Südwesten am 14. März geplant.

Polizei zählt weniger Delikte

HAMBURG dpa ■ Die Polizei hat voriges Jahr weniger Straftaten registriert. Das geht aus den Polizeilichen Kriminalstatistiken hervor, die bislang aus zehn Bundesländern vorliegen. So wurden in NRW mit 1,5 Millionen registrierten Delikten 1,8 Prozent weniger als 2004 gezählt, in Bayern sank die Zahl um 4,5 Prozent auf 682.266. Zugleich stieg die Aufklärungsquote fast in allen Ländern leicht an. Die Polizei verzeichnete weniger Sexualdelikte, Einbrüche und Diebstähle, während mehr Gewaltdelikte unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gezählt wurden. Berlins Innensenator Körting verwies auf den besorgniserregenden Anstieg nichtdeutscher Tatverdächtiger bis 21 Jahre.

Grüne: Ausschuss ja, Vorurteile nein

Die Exregierungspartei rangelt mit den Freidemokraten darüber, was der Auftrag für die Geheimdienstuntersuchung sein soll. Liberale wollen rot-grüne Täuschungsmanöver aufdecken, Grüne die Fakten um CIA, BND und Al-Masri-Entführung klären

AUS BERLIN LUKAS WALLRAFF

Der zweite Anlauf beginnt. Nach der Entscheidung der drei Oppositionsfraktionen für einen Geheimdienst-Untersuchungsausschuss geht das Fingerhakeln um den Untersuchungsauftrag los. Während FDP-Chef Guido Westerwelle erklärte, es müsse „aufgeklärt werden, ob die alte Bundesregierung die Öffentlichkeit getäuscht hat“, nannte ein Fraktionssprecher der Grünen als Bedingung für eine Einigung, der schriftliche Untersuchungsauftrag dürfe „keine Vorverurteilungen und keine politischen Wertungen“ enthalten.

Es sei jedoch „eine Unterstellung der FDP“, dass die Grünen nur die Aktivitäten einzelner Mitarbeiter untersuchen wollten, sagte der Grünen-Abge-

ordnete Wolfgang Wieland. „Auch wir halten es für nötig, die politische Verantwortung zu klären“, so Wieland zur taz. „Aber beginnen müssen wir mit den Fakten.“

„Für uns sind primär drei Komplexe ungeklärt“, sagte Wieland, der neben Christian Ströbele als möglicher Ausschussobmann der Grünen gehandelt wird. „Die CIA-Flüge, die BND-Zuarbeit an amerikanische Streitkräfte und einige Fragen im Zusammenhang mit der Entführung von al-Masri.“ Die Besuche deutscher Beamter in Guantanamo und in einem syrischen Gefängnis sähen die Grünen dagegen als „geklärt“ an.

Die Oppositionsparteien verfolgen gänzlich unterschiedliche Ziele: FDP und Linke wollen Rot-Grün im Nachhinein belasten, die Grünen natürlich nicht.

Ein Scheitern der Verhandlungen kann sich aber kaum jemand vorstellen. Vor dem ersten Treffen der drei Delegationen gestern Abend hieß es bei den Grünen: „Die werden sich einigen müssen.“ Käme der Ausschuss

Im Januar war Joschka Fischer gegen einen Ausschuss. Gestern fehlte er im Bundestag

wieder nicht zustande, wäre die gesamte Opposition blamiert.

Die Grünen, die im Januar eine Einigung verhindert hatten, geben sich nun kompromissbereit und gelassen. In Abwesenheit ihres Exaußenministers verteilte die Fraktion gestern einstimmig für einen Ausschuss. Bei der letzten Debatte im Januar hatte Joschka Fischer einen U-

Ausschuss abgelehnt, weil er ein reines „Kampfinstrument“ sei.

Mit ihrer Rolle als jetziger Opposition und früherer Regierung haben die Grünen dennoch weiterhin Probleme. Sie müssen mehr als andere auf Genauigkeit achten. Die Feststellung ihres eigenen Geheimdienstkontrolllehrs Christian Ströbele, es habe „eine Unterstützung der US-Luftkriegsführung“ gegeben, bezog sich nur auf BND-Mitarbeiter – darauf legen die Grünen Wert.

Es habe „eine klare Weisungslage der rot-grünen Regierung an die BND-Agenten gegeben“, sagte Grünen-Chef Reinhard Bütikofer. „Wir lehnten den Krieg ab und nahmen nicht daran teil.“

SPD und Union erklärten einen Untersuchungsausschuss noch mal für überflüssig. CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer sagte, die Zusammen-

arbeit mit befreundeten Ländern wie den USA sei „eine Selbstverständlichkeit“. Sollte es dennoch einen Ausschuss geben, werde die Union als stärkste Fraktion den Vorsitz übernehmen. Im Übrigen warte die Union „mit großer Gelassenheit“ ab. Das darf man sogar glauben: Wenn überhaupt, dürfte Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) in Bedrängnis geraten. Steinmeier war als Kanzleramtschef unter Rot-Grün für die Geheimdienste zuständig und tat noch im Januar so, als sei es bei dem BND-Einsatz im Irak „um das Retten unschuldiger Menschenleben“ gegangen. Eine Haltung, die auch die früheren grünen Koalitionspartner nicht mehr nachvollziehen können. „Wenn weiter gesagt wird, das diene alles humanitären Zielen, kann ich nur den Kopf schütteln“, sagte Ströbele der taz.

Arbeitskampf bei AEG beendet

81 Prozent der stimmberechtigten AEGler votierten für ein Streikende. Nun wird wieder produziert – für kurze Zeit. Ende 2007 wird das Werk geschlossen



Hitziger Kampf hat den AEG-Mitarbeitern immerhin 150 Millionen Euro beschert FOTO: REUTERS

NÜRNBERG dpa/ap ■ Nach mehr als sechs Streikwochen wurde gestern im Nürnberger AEG-Werk die Arbeit wieder aufgenommen. Zuvor hatten 81 Prozent der Stimmberechtigten den Sozialtarifvertrag angenommen, den der Mutterkonzern Electrolux und die IG Metall ausgehandelt hatten. Das sei die höchste Zustimmung, die jemals in Deutschland erreicht wurde, sagte der Betriebsrat.

Der Vertrag sieht Abfindungen von 1,8 Monatsgehältern pro Beschäftigungsjahr vor. Electrolux muss 150 Millionen für das Paket aufwenden, das außerdem Qualifizierungs- und Vorruhestandsregelungen vorsieht.

Die 1.700 Beschäftigten haben den Kampf dennoch verloren. Sie haben ihr Ziel nicht erreicht, die Arbeitsplätze zu erhalten. Ende 2007 wird die Fabrik geschlossen, die Waschmaschinen und Geschirrspüler werden dann in Italien und Polen produziert. Möglicherweise wird das AEG-Werk sogar noch früher abgewickelt: Während der Verhandlungen hatte Electrolux immer wieder gedroht, den Nürnberger Betrieb schon Ende 2006 zu verlagern. Die ersten 580 Entlassungen dürfte es im Juli geben. Dann läuft die Trockenproduktion in Nürnberg aus. Bis Jahresende werden weitere hundert ihre Kündigung erhalten.

Ob bei AEG noch einmal eine rentable Produktion erreicht werden kann, ist fraglich, denn es fehlen sowohl Bauteile als auch Mitarbeiter. „450 Beschäftigte sind derzeit im Krankenstand“, so die IG Metall. Die Motivation beim Rest der Belegschaft sei niedrig. „Niemand wird sich noch ein Bein ausreißen“, glaubt auch Betriebsratschef Harald Dix. Electrolux wollte daher eine Prämienvereinbarung abschließen, um die Produktivität und Qualität zu sichern. Doch der Betriebsrat lehnte ab. „Das machen wir nicht mit“, sagte Dix. „Für die meisten Mitarbeiter ist es das Wichtigste, so schnell wie möglich hier rauszukommen.“ BPR

Nervöse Föderalisten

In SPD und FDP große Zweifel an föderaler Reform. Große Koalition entschlossen, Minderheitenrechte zu verletzen

BERLIN taz ■ Es war der Tag zwei nach dem vermeintlichen Absegnen der großen Reform, der Neujustierung der Zuständigkeiten von Bund und Ländern. Anders als es die hehren Worte an Tag eins vermuten ließen, werden die Mehrheitsmanager in der großen Koalition nervös. Sie müssen immerhin eine Zweidrittelmehrheit in Bundesrat und -tag organisieren. Dazu brauchen sie mehr Zustimmung, als sie bisher bekommen haben.

Die SPD-Fraktion im Bundestag diskutierte am Montagabend, wie Teilnehmer gestern berichteten, auf hohem Niveau – und kritischer, als es viele erwartet hatten. Formell winkte die Fraktion zwar den Entwurf über ein Vielzahl von Verfassungs- und Gesetzesänderungen durch. SPD-Bundestagsabgeordnete betonten freilich, das Plaket habe lediglich dem Einbringen gegolten, nicht dem Entwurf selbst. Überraschend war die Zahl von 100 Neinstimmen und Enthaltungen. Dem Vernehmen nach waren es mehr, als die Zweidrittelmehrheit im Bundestag trägt. Obendrein hatten jüngere SPDler angekündigt, dass etwa fünfzig Anhänger ihres Netzwerks den Entwürfen „so nicht zustimmen“ werden.

Theoretisch könnten sich bis zu 39 Sozialdemokraten enthalten oder mit Nein stimmen – und die Reform käme trotzdem durch. Für die Verfassungsänderung im Bundestag sind 409 der 614 Abgeordneten nötig. Die große Koalition kommt auf 448 Abgeordnete.

Besondere Empörung hat in der SPD-Fraktion hervorgerufen, „dass ein Verfassungsorgan das andere zu erpressen versucht“, wie ein Parlamentarier in der Sitzung des SPD-Fraktion sagte. Er erhielt viel Applaus. Gemeint sind Warnungen von Ministerpräsidenten auch der SPD an den Bundestag, das Föderalismuspaket erneut aufzuschüßern,

spricht: Änderungen zu verlangen. „Es ist ein Skandal, dass Mitglieder des Bundesrats dem Bundestag das Denken und Handeln verbieten wollen“, hieß es dazu in der Fraktion.

In der SPD wurde aufmerksam registriert, dass nur wenige Abgeordnete sich explizit für die Reform in der vorliegenden Fassung aussprachen. SPD-Umweltminister Sigmar Gabriel, der sich zunächst als Gegner zu erkennen gegeben hatte, habe für die Föderalismusreform votiert. SPD-Fraktionschef Peter Struck, so heißt es, habe sich auffallend zurückgehalten.

Auch in der FDP verhärten sich die Fronten. In einer Fraktionsklausur setzte sich eine Pro-Föderalismus-Mehrheit durch, allerdings gibt es auch dort rund ein Drittel an Gegenstimmen und Enthaltungen. Darunter prominente FDPler wie die Exgeneralsekretärin Cornelia Pieper. Sie sagte dem Vernehmen nach, sie sei für eine Reform, „deswegen werde ich aber nicht für jede Dummheit stimmen“. Pieper hat Bedenken wegen der Benachteiligung der Ostländer.

Zu einem handfesten Krach wird es morgen im Bundestag kommen. Das Plenum hatte Anträge zum Föderalismus an den Bildungs- und den Umweltausschuss überwiesen, wo heute eigene Anhörungen zur Reform mit Minderheitenvoten der Opposition beschlossen werden. Weil die große Koalition dies verhindern will, wird sie das Plenum erneut mit dem Fall befassen – um das Thema dem Ausschüssen wieder zu entziehen. Juristisch ist dies fragwürdig, denn der Bundestag müsste dazu rechtsgültige Beschlüsse annullieren und dabei Minderheitenrechte verletzen. „Die Koalition begeht übelste Trickerei mit der Geschäftsordnung“, sagte dazu die bildungspolitische Sprecherin der Grünen, Priska Hinz.

CHRISTIAN FÜLLER